

Verordnung zum Schutze der Landschaft in der Rhön (Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön“)

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des dritten Änderungsgesetzes vom 20. Januar 1938 (RGBl. I S. 38) sowie des § 13 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) in der Fassung der Ergänzungsverordnung vom 16. September 1938 (RGBl. I S. 1184) in Verbindung mit § 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159) hat der Kreistag des Kreises Fulda in seiner Sitzung am 25. 10. 1967 mit Zustimmung des Regierungspräsidenten in Kassel und nach Beschlußfassung durch den Kreisausschuß des Kreises Fulda verordnet:

§ 1

- 1) Das in Absatz 2 näher bezeichnete Gebiet wird als Landschaftsschutzgebiet (Naturpark „Hessische Rhön“) dem Schutze des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt. Zur Verdeutlichung des Grenzverlaufs ist das Landschaftsschutzgebiet in einer Karte mit Maßstab 1:25 000 orange eingetragene, die bei dem Kreisausschuß des Kreises Fulda in Fulda, Wörthstraße 15, archivmäßig hinterlegt ist. Eine weitere Ausfertigung befindet sich beim Regierungspräsidenten in Kassel als höherer Naturschutzbehörde.
- 2) Das Landschaftsschutzgebiet umfaßt:
 - a) die gesamten Gemarkungsflächen folgender Gemeinden:
Abtsroda, Altenfeld, Altenhof, Batten, Brand, Danzwiesen, Dietges, Dörmbach a. d. M., Eckweilsbach, Eilers, Finkenbain, Gackenhof, Gersfeld, Günthers, Habel, Hettenhausen, Elders, Hundsbach, Kleinsassen, Lahrbach, Lichards, Matersbach, Melperts, Mosbach, Neuschwambach, Neuswarts, Obernhäusen, Poppenhausen, Reulbach, Rodholz, Rupstoth, Sandberg, Schachen, Schlitzhausen, Seiferts, Simmershausen, Steens, Stelberg, Steinwand, Tann, Thalden, Theobaldshof, Wendershausen, Wickers, Wolferts und Wüstensachsen.
 - b) die gesamten Gemarkungsflächen folgender Gemeinden — mit Ausnahme des Gebietes des Truppenübungsplatzes Wildflecken —:
Dalherda, Gichenbach, Rengerfeld, Rodenbach und Rommers.
 - c) Teile der Gemarkungsflächen folgender Gemeinden:
Büchenberg:
der südliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Kreisstraße 75
Dietershausen:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von den Landesstraßen 3258 und 3377
Dipperz:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Bundesstraße 458 und der Landesstraße 3258
Döllbach:
der südliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Kreisstraße 75, der Landesstraße 3207 und der Bundesstraße 279
Dörmbach (Fulda):
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Landesstraße 3377
Ebersberg:
die gesamte Gemarkungsfläche mit Ausnahme des nördlich der Landesstraße 3258 gelegenen Teils

- Friesenhausen:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Landesstraße 3377 und nordöstlich der Bundesstraße 458,
Hofbieber:
der südöstliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Landesstraße 3174
Langenbieber:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Landesstraße 3258.
Lütter:
der südöstliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Kreisstraße 48
Niederbieber:
der südliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Landesstraße 3258
Ried:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Kreisstraße 48
Rödergrund-Egelmess:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Landesstraße 3174
Schmalnau:
die gesamte Gemarkung mit Ausnahme des westlichen Teils, der von der Bundesstraße 279 und der Landesstraße 3458 begrenzt wird
Thalau:
der südliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Bundesstraße 279,
Weyhers:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Landesstraße 3258
Wittges:
die Gemarkungsfläche südlich der Landesstraße 3174
Zillbach:
der östliche Teil der Gemarkung, begrenzt von der Kreisstraße 75/L 3207.

§ 2

Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung auf

- a) Flächen, die innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes im Sinne des § 30 des Bundesbaugesetzes oder innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile im Sinne des § 34 des Bundesbaugesetzes liegen, sofern davon keine Auswirkungen auf die freie Natur ausgehen, die dem Zweck dieser Verordnung zuwiderlaufen würden;
- b) behördliche geleitete oder beabsichtigte Maßnahmen, die Einwirkungen auf die Landschaft mit sich bringen, sofern die untere Naturschutzbehörde am Verfahren beteiligt ist;
- c) die Bewirtschaftung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke und die Umwandlung von Flächen im Rahmen dieser beiden Bewirtschaftungsarten nach den Bestimmungen des Hessischen Forstgesetzes. Vor einer beabsichtigten Umwandlung der Nutzungsart bei Flächen von mehr als 1 ha Größe ist die untere Naturschutzbehörde jedoch rechtzeitig zu unterrichten. Zweck dieser Unterrichtung ist, durch Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern zu erreichen, daß bestimmte Flächen, die die landschaftliche Eigenart der Rhön in starkem Maße bestimmen oder besonders ihren Erholungs- und Sportmöglichkeiten dienen, in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten bleiben;
- d) den Umbau und die Erweiterung von bäuerlichen Hofstellen sowie die Errichtung von Ausiedlungs- und Neusiedlungsgehöften für bäuerliche Betriebe;
- e) die rechtmäßige Ausübung der Jagd und Fischerei.

§ 3

- 1) Es ist verboten, innerhalb des in § 1 beschriebenen Landschaftsschutzgebietes Veränderungen vorzunehmen, die geeignet sind, die Natur zu schädigen, den Naturgenuß zu beeinträchtigen oder das Landschaftsbild zu verunstalten.
- 2) Es ist insbesondere verboten:
 - a) Müll, Schutt und andere Abfälle oder sonstige Sachen, an denen das Eigentum aufgegeben wird, an anderen als an den mit Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde zugelassenen Plätzen abzulagern oder zu verbrennen;
 - b) auf landwirtschaftlichen Nutzflächen und in Forstkulturen zu lagern und außerhalb der von der unteren Naturschutzbehörde zugelassenen Plätze Wohnwagen abzustellen oder Abstellmöglichkeiten zu gewähren;
 - c) die Ruhe in der Natur durch Lärm zu stören, wozu auch der laute Betrieb von Tonwiedergabegeräten aller Art gehört;
 - d) die für den allgemeinen Verkehr nicht zugelassenen Wege mit Kraftfahrzeugen aller Art zu befahren und Kraftfahrzeuge dort abzustellen. Der Anliegeverkehr zu Wohnplätzen und der land- und forstwirtschaftliche Verkehr bleiben hiervon unberührt;
 - e) Verkaufsstände (auch fahrbare) sowie Buden, Baracken, abgewrackte Fahrzeuge und ähnliche Baulichkeiten zu errichten oder aufzustellen, dies gilt nicht für Arbeiterschutzhütten und Arbeiterwohnwagen, die betrieblichen Zwecken der Forstwirtschaft dienen oder die zur Ausführung öffentlicher Baumaßnahmen aller Art notwendig sind;
 - f) an Gewässern und auf Parkplätzen Fahrzeuge zu waschen;
 - g) Hecken, Raine und Böschungen auch außerhalb der in § 14 NSchVO genannten Zeit abzubrennen;
 - h) Vogelschutzgehölze und Pflanzungen, die der Landschaftspflege dienen, zu beseitigen oder zu beschädigen.

§ 4

- 1) Zur Vermeidung der in § 3 Abs. 1 genannten schädigenden Wirkungen bedürfen folgende Vorhaben der vorherigen Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde:
 - a) die Errichtung von Bauwerken aller Art, auch von solchen, die keiner bauaufsichtlichen Genehmigung oder Bauanzeige bedürfen.
Die Zustimmung zu Baumaßnahmen kann hinsichtlich der Gestaltung der Baukörper, der Außen- und Dachflächen, der Einfriedigung und der Einbindung der Bauwerke in die Landschaft mit besonderer Auflagen verbunden werden. In der Regel gilt die Zustimmung nach dieser Verordnung mit der Aushändigung des Bauschéines als erteilt;
 - b) das Anbringen von Werbevorrichtungen und Hinweistafeln, auch soweit sie dem Fremdenverkehr dienen. Die untere Naturschutzbehörde kann die Gestaltung dieser Vorrichtungen allgemein vorschreiben. Bild- oder Schrifttafeln, die auf den Schutz der Landschaft und auf Einrichtungen des Naturparks hinweisen, der Kennzeichnung der Wanderwege oder der Verkehrsregelung dienen, bedürfen keiner Zustimmung;
die Beseitigung von Hecken, Bäumen und Gehölzen außerhalb von Waldungen und entlang von Wasserläufen. Die Holznutzung der Hecken ist gestattet, wenn die Möglichkeit des Stockausschlages erhalten bleibt. Hecken, Bäume und Gehölze an Verkehrswegen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit beseitigt werden müssen, bleiben hiervon ausgenommen;
 - d) die Austrocknung oder Auffüllung von Mooren, Teichen und Tümpeln;

- e) die Entnahme oder das Einbringen von Bodenbestandteilen oder sonstige Veränderungen der Bodengestaltung. Ausgenommen ist die Ausbeutung bereits im Abbau befindlicher Lagerstätten innerhalb des Geltungsbereiches dieser Verordnung, soweit es sich nicht um wesentliche Erweiterungen handelt.
Nach Einstellung des Abbaus sind die ausgebeuteten Grundstücke einschließlich etwaiger Schutthalde nach Angabe der unteren Naturschutzbehörde zu rekultivieren. Die untere Naturschutzbehörde ist berechtigt, Sicherheiten für die Rekultivierung zu fordern;
 - f) die Anlage und Erweiterung von Materiallagerplätzen außerhalb geschlossener Ortslagen oder ausgewiesener Baugebiete;
 - g) die Errichtung von Drahtzäunen aller Art. Zugelassen ist die betriebswirtschaftlich notwendige Einfriedigung land- und forstwirtschaftlich genutzter oder dem Erwerbsgartenbau dienender Flächen;
 - h) wasserwirtschaftliche und wegebauliche Maßnahmen, sowie der Bau von Schienen- und Seilbahnen (Skilifts) und von Versorgungseinrichtungen jeglicher Art, insbesondere von Freileitungen. Ausgenommen bleiben Be- und Entwässerungsmaßnahmen auf land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken und Wegebauarbeiten zur besseren Erschließung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke und Hofreiten.
- 2) Die Zustimmung kann von Auflagen abhängig gemacht werden. Sie darf nur versagt werden, wenn es sich trotz Auflagen nicht vermeiden läßt, daß das Vorhaben die Natur schädigt, den Naturgenuß beeinträchtigt oder das Landschaftsbild verunstaltet. Die Zustimmung ist zu erteilen, wenn das Vorhaben im überwiegenden öffentlichen Interesse durchgeführt werden muß.

§ 5

Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung können auf Antrag in besonderen Fällen von der unteren Naturschutzbehörde zugelassen werden.

§ 6

- 1) Wer den Bestimmungen der §§ 3 und 4 (1) dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und § 18 der Durchführungsverordnung bestraft, soweit die Zuwiderhandlung nach anderen gesetzlichen Bestimmungen nicht mit höherer Strafe bedroht ist.
- 2) Werden Maßnahmen im Widerspruch zu dieser Verordnung oder zu Verfügungen auf Grund dieser Verordnung vorgenommen, so kann die untere Naturschutzbehörde die vollständige oder teilweise Beseitigung der geschaffenen Anlagen sowie die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes verlangen.

§ 7

- 1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in der Fuldaer Zeitung und in der Fuldaer Volkszeitung in Kraft.
- 2) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung werden aufgehoben
 - a) die Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen und Landschaftsbestandteilen im Landkreis Fulda vom 12. 10. 1954 (St. Anz. S. 1072),
 - b) die Verordnung zum Schutze der Landschaftsgebiete „Hohe Rhön“ und „Milseburg“ vom 7. Juni 1961,
 - c) die Anordnung zur einstweiligen Sicherstellung von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda vom 13. November 1963.

Fulda, den 8. Oktober 1967

Der Kreis Ausschuß des Kreises Fulda
als untere Naturschutzbehörde
gez. Dr. Stieler
(Landrat)

907

1. Sitzung (Konstituierung) der regionalen Planungsversammlung beim Regierungspräsidium Gießen

Die 1. Sitzung (Konstituierung) der regionalen Planungsversammlung findet am

Dienstag, 26. September 1989, 17.00 Uhr,

in der Fernwaldhalle in Fernwald, Ortsteil Steinbach, Landkreis Gießen, statt.

Nachstehend gebe ich die Tagesordnung bekannt:

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einberufung und der Beschlußfähigkeit
2. Feststellung des an Jahren ältesten Mitgliedes der regionalen Planungsversammlung und Übergabe des Vorsitzes
3. Wahl des Vorsitzenden der regionalen Planungsversammlung gem. § 3 der Geschäftsordnung
4. Wahl der zwei Stellvertreter des Vorsitzenden der regionalen Planungsversammlung gem. § 3 der Geschäftsordnung
5. Wahl des Schriftführers der regionalen Planungsversammlung und seines Stellvertreters gem. § 13 der Geschäftsordnung
6. Beschlußfassung über die Besetzung der Ausschüsse der regionalen Planungsversammlung gem. § 8 der Geschäftsordnung (Wahl- bzw. Benennungsverfahren)
7. Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes Mittelhessen; hier: Bericht der oberen Landesplanungsbehörde zum Sachstand
8. Anfragen und Mitteilungen

Gießen, 7. September 1989

Regierungspräsidium Gießen

51 — 93 b 10/01

StAnz. 39/1989 S. 1990

908

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 5. September 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Aßlar in den in § 2 genannten Straßen und Plätzen aus Anlaß des Emmiliusmarktes

am 8. Oktober 1989 freigegeben.

Die Offenhaltung ist beschränkt auf die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr.

§ 2

Der Geltungsbereich der Verordnung umfaßt die Straßen und Plätze Hauptstraße, Hermannsteiner Straße, Bachstraße (mit Backhausplatz), Helenenstraße sowie Europastraße.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 8. Oktober 1989 in Kraft.

Gießen, 5. September 1989

Regierungspräsidium Gießen

gez. Dr. Rhiel
Regierungspräsident

StAnz. 39/1989 S. 1990

909

Verordnung zur Verlängerung der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Im Tiefen Ried bei Steinheim“ vom 25. November 1986 vom 7. September 1989

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 1988 (GVBl. I S. 130), wird verordnet:

Die Gültigkeitsdauer der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des künftigen Naturschutzgebietes „Im Tiefen Ried bei Steinheim“ vom 25. November 1986 (StAnz. S. 2341) wird um zwei Jahre auf fünf Jahre verlängert.

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 7. September 1989

Regierungspräsidium Gießen

gez. Dr. Rhiel
Regierungspräsident

StAnz. 39/1989 S. 1990

910

Verordnung zur Verlängerung der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung der künftigen Erweiterungsfläche des Naturschutzgebietes „Mairied von Rodheim und Gänsweid von Steinheim“ vom 24. Oktober 1986 vom 7. September 1989

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 1988 (GVBl. I S. 130), wird verordnet:

Die Gültigkeitsdauer der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung der künftigen Erweiterungsfläche des Naturschutzgebietes „Mairied von Rodheim und Gänsweid von Steinheim“ vom 24. Oktober 1986 (StAnz. S. 2137) wird um zwei Jahre auf fünf Jahre verlängert.

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Gießen, 7. September 1989

Regierungspräsidium Gießen

gez. Dr. Rhiel
Regierungspräsident

StAnz. 39/1989 S. 1990

911

KASSEL

Verordnung zur Änderung der „Verordnung zum Schutz der Landschaft in der Rhön — Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön““ vom 8. Oktober 1967, vom 5. September 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. September 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes, i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

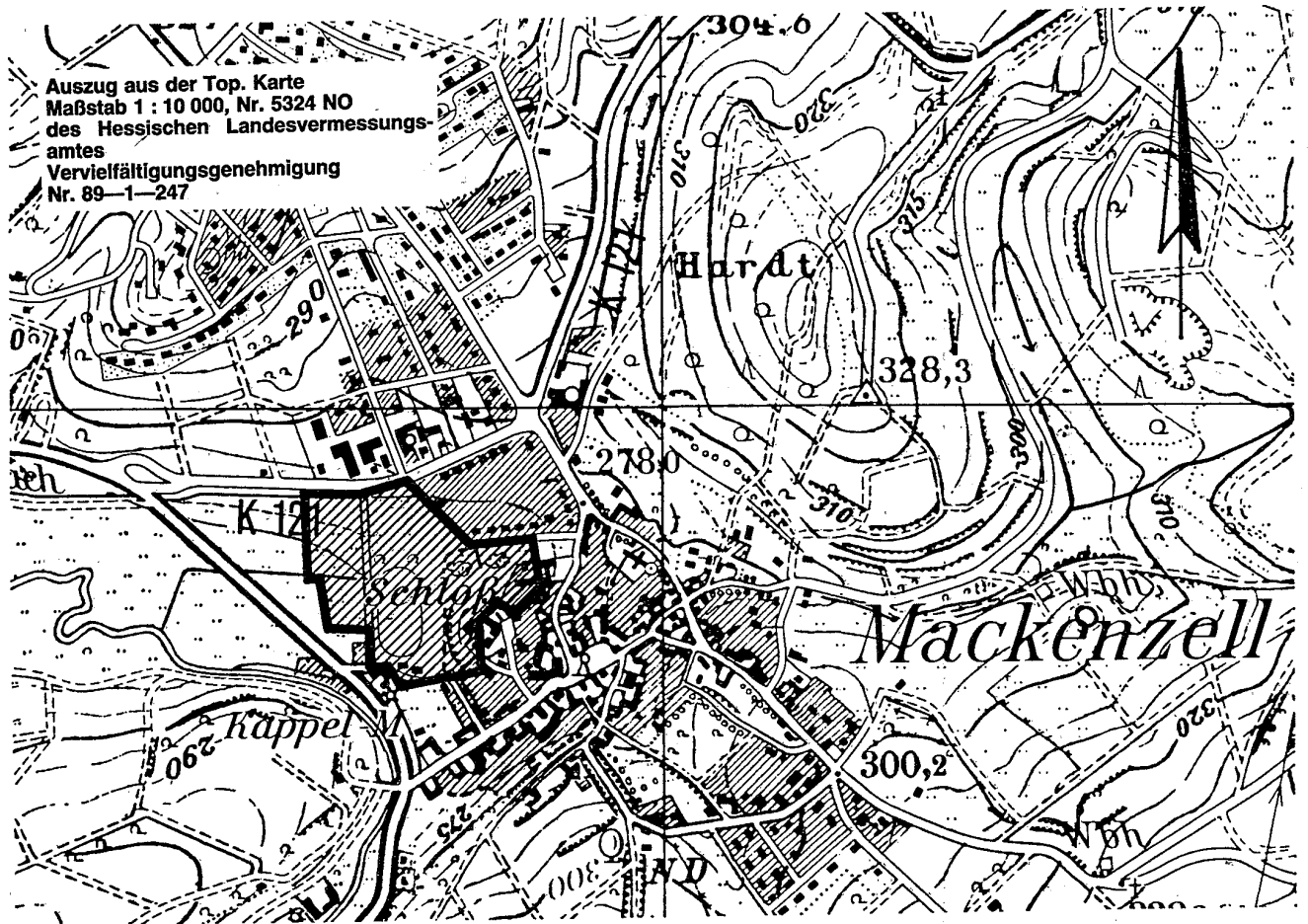
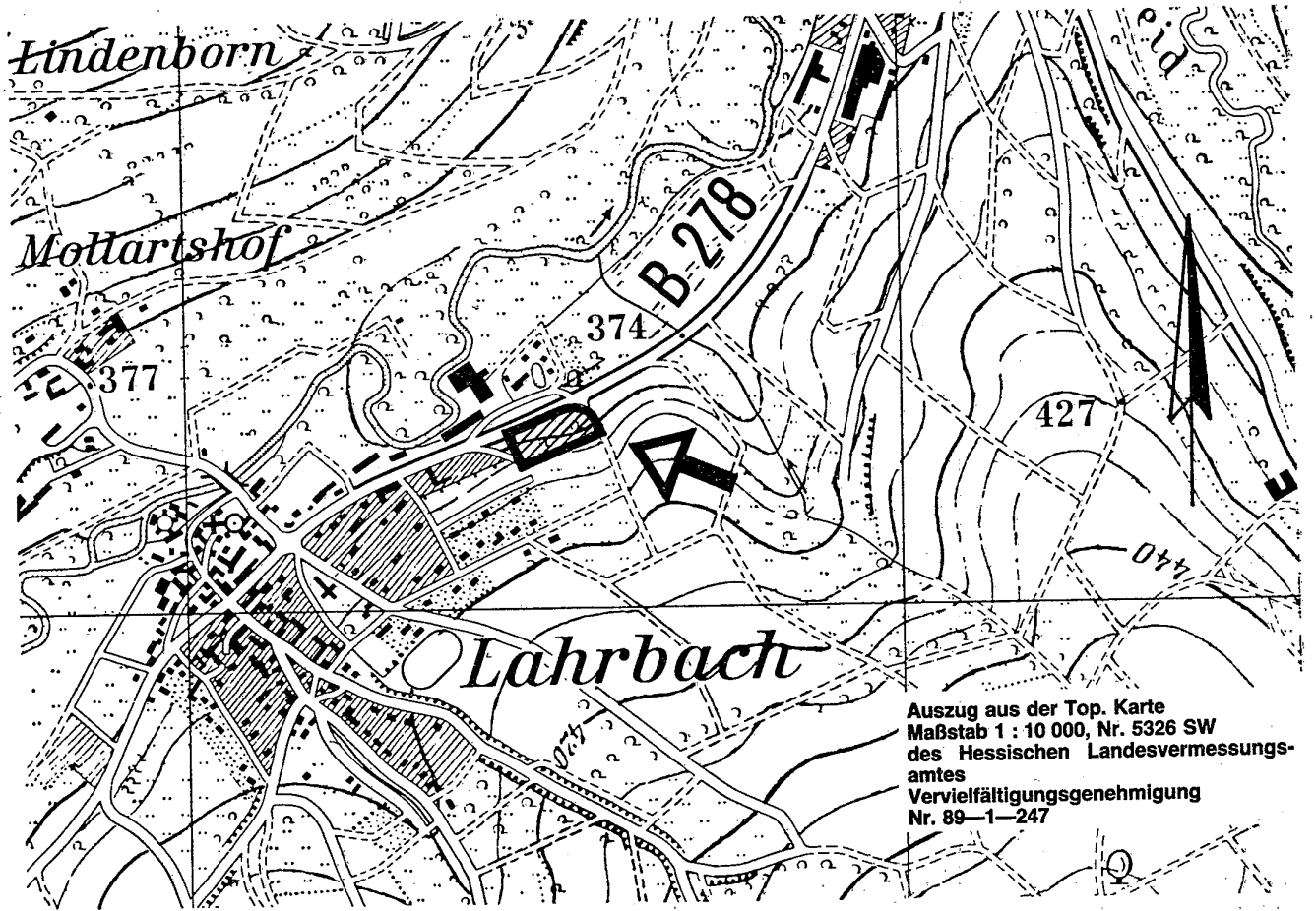
(1) Die „Verordnung zum Schutze der Landschaft in der Rhön — Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön““ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Zeitung vom 10. November 1967) wird für die in Flurkarten im Maßstab 1 : 1000 kenntlich gemachten Flächen in der Flur 2, Gemarkung Lahrbach, Stadt Tann und in der Flur 15, Gemarkung Mackenzell, Stadt Hünfeld im Landkreis Fulda aufgehoben. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden vom Regierungspräsidium Kassel — oberer Naturschutzbehörde —, Wilhelmshöher Allee 157—159, 3500 Kassel, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karten befindet sich beim Kreis Ausschuß des Kreises Fulda — unterer Naturschutzbehörde —, Wörthstraße 15, 6400 Fulda. Die Karten können von jedermann während der Dienstzeit eingesehen werden.

(2) Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 10 000.

Art. 2

(1) Die „Verordnung zum Schutze der Landschaft in der Rhön — Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön““ wird ferner für die Geltungsbereiche der Verordnungen folgender Naturschutzgebiete aufgehoben:

- a) „Kesselrain“ vom 25. September 1968 (StAnz. S. 1608),
- b) „Milseburg“ vom 30. Dezember 1968 (StAnz. 1969 S. 204),
- c) „Basaltblockmeer am Buchschirmküppel“ vom 1. Juni 1970 (StAnz. S. 1278),



- d) „Oberbernhardser Höhe“ vom 13. Juni 1977 (StAnz. S. 1489)
 e) „Rotes Moor“ vom 27. Juni 1979 (StAnz. S. 1515).
 (2) Die Abgrenzung sowie die örtliche Lage der Naturschutzgebiete ergibt sich aus den Verordnungen über die jeweiligen Naturschutzgebiete.

Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 5. September 1989

Regierungspräsidium Kassel
 gez. Dr. Wilke
 Regierungspräsident

StAnz. 39/1989 S. 1990.

912

Vorhaben der Zement- und Kalkwerke Otterbein, Großelüder-Müs

Die Zement- und Kalkwerke Otterbein GmbH + Co KG, 6402 Großelüder, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung des bestehenden Zementwerks durch Errichtung und Betrieb einer Anlage zum Entladen von Zementklinker (Anlage nach Nr. 2.3 Spalte 1 der 4. BImSchV) auf dem Grundstück in Großelüder, Gemarkung: Müs, Flur: 8, Flurstück(e): 86/1, 61/1 u. a., gestellt. Die Anlage soll Ende 1989 in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Kassel. Es wird

hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen innerhalb der Auslegungsfrist vom 3. Oktober bis 4. Dezember 1989 bei der Gemeindeverwaltung Großelüder, Am Fronhof 8, während der Dienststunden Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 7.30 bis 12.30 Uhr und von 13.30 bis 16.00 Uhr, Mittwoch von 7.30 bis 12.30 Uhr und von 13.30 bis 18.30 Uhr oder bei dem Regierungspräsidium Kassel, Dr.-Fritz-Hoch-Haus, Steinweg 6, 3500 Kassel, Zimmer 653, Dienststunden montags bis donnerstags von 8.30 bis 12.00 Uhr und 13.30 bis 15.30 Uhr, freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr, schriftlich (in lesbarer Form) oder zur Niederschrift vorzubringen.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen dort zur Einsichtnahme aus.

Mit Ablauf der o. g. Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Termin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen erörtert werden, wird Donnerstag, der 14. Dezember 1989, 10.00 Uhr, bestimmt. Versammlungsraum ist der Große Saal des Bürgerhauses Müs.

Besondere Einladungen hierzu ergehen nicht. Die Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder der Einwender erörtert. Die Erörterung ist nicht öffentlich, zugelassen sind nur die Personen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Kassel, 5. September 1989

Regierungspräsidium Kassel
 32 b — 53 e 621 — 4.8

StAnz. 39/1989 S. 1992

913

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND**Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Kassel**

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Kassel — bietet die nachstehend aufgeführten Fortbildungslehrgänge an.

Namentliche Anmeldungen sind über die Dienststellen an das Verwaltungsseminar Kassel, Kölnische Straße 42/42 A, 3500 Kassel, zu richten.

- Thema:** Organisation in der staatlichen Verwaltung A 10
 — Aufbau der Verwaltung
 — äußerer Aufbau
 — innerer Aufbau
 — Kommunikation und Information
 — Ablauforganisation
 — Geschäftsverfahren
 — Schriftgutverfahren
 — Vordrucke
 — Informations- und Kommunikationstechnologie
 — Automatische Datenverarbeitung
 — Personalwirtschaft/Personalführung
 — Automatisierte Datenverarbeitung
 — Arbeitstechniken
- Dauer:** 5 Nachmittage
- Teilnehmerkreis:** Mitarbeiter/innen, die ihre Grundkenntnisse in diesen Rechtsgebieten vertiefen wollen.
- Termine:** Oktober/November 1989
- Teilnehmergebühren:** 116,— DM für Mitglieder,
 146,— DM für Nichtmitglieder
- Thema:** Grundzüge des staatlichen Haushaltsrechts D 8
 — die öffentliche Finanzwirtschaft und ihre Aufgabenstellung
 — Gliederung und Gruppierung des Haushaltsplans
 — Haushaltsgrundsätze
 — Aufstellung und Ausführung des Landeshaushaltsplans
 — Arten der Kassenanweisungen

- Rechnungsbelege, Feststellungsvermerke, Anordnungsbefugnis
- Rechnungslegung, Rechnungsprüfung

Dauer: 4 Nachmittage

Teilnehmerkreis: Mitarbeiter/innen, die ihre Grundkenntnisse in diesen Rechtsgebieten vertiefen wollen

Termine: Oktober/November 1989

Teilnehmergebühren: 92,80 DM für Mitglieder,
 116,80 DM für Nichtmitglieder

Thema: Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz G 19

- Grundkurs
- Leistung
- Anspruchsberechtigung
- Kinder
- Zusammentreffen mehrerer Ansprüche
- Beginn und Ende des Anspruchs
- Höhe des Kindergeldes
- Zuschlag zum Kindergeld

- Verfahren
- Antrag
- Auskunftspflicht/regelmäßige Überprüfung
- Festsetzung/Bescheid
- Zahlung/Rückzahlung

- Zahlung von Kindergeld an Angehörige des öffentlichen Dienstes

Dauer: 2 Nachmittage

Teilnehmerkreis: Personalsachbearbeiter/innen und Mitarbeiter/innen mit entsprechenden Aufgabengebieten

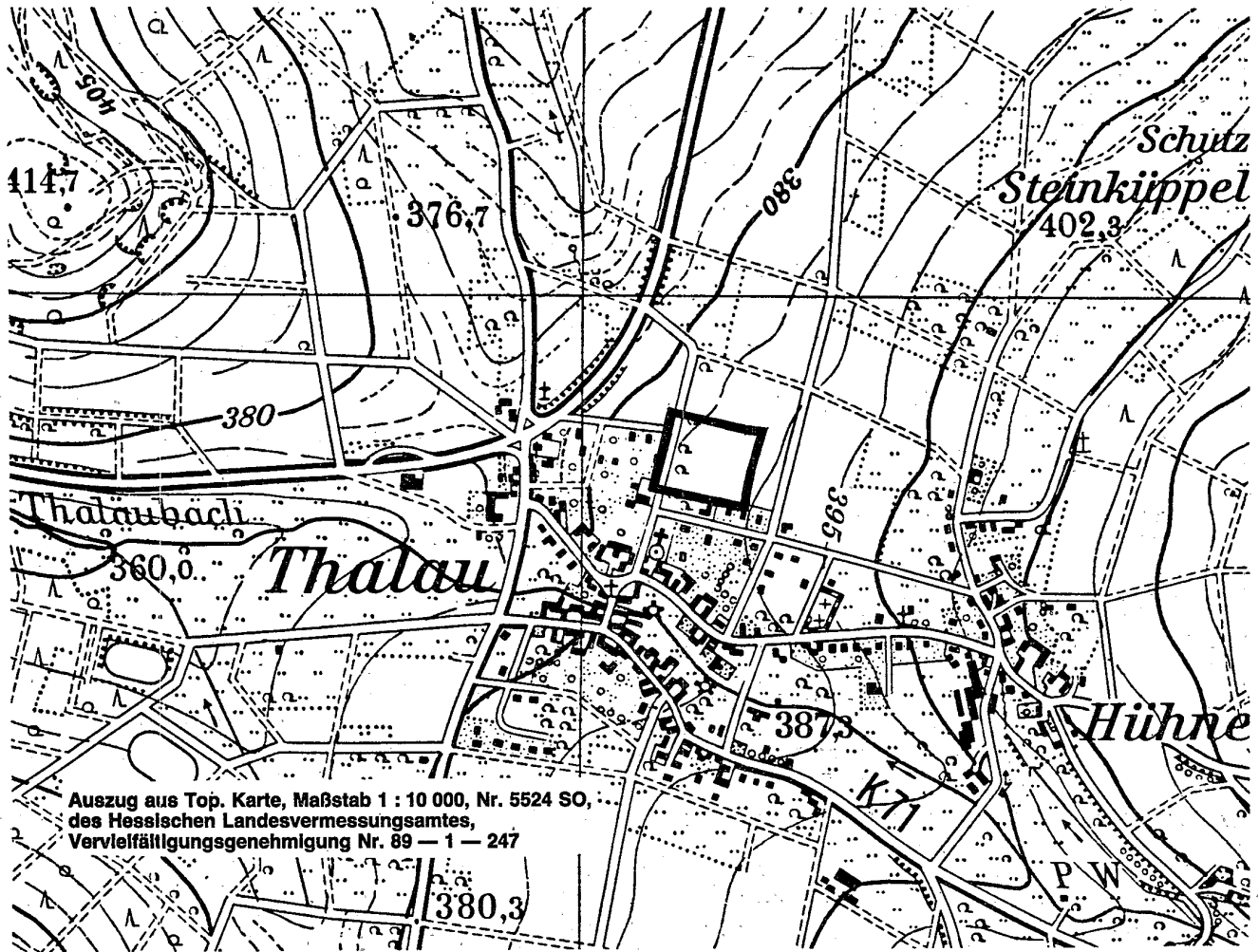
Termine: Oktober/November 1989

Teilnehmergebühren: 46,40 DM für Mitglieder,
 58,40 DM für Nichtmitglieder

Kassel, 1. September 1989

Hessischer Verwaltungsschulverband
 Verwaltungsseminar Kassel

StAnz. 39/1989 S. 1992



Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Nr. 5524 SO, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 89 - 1 - 247

805

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze der Landschaft in der Rhön — Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark Hessische Rhön — vom 1. August 1990

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

- (1) Die Verordnung zum Schutze der Landschaft in der Rhön — Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark Hessische Rhön — vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Zeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. September 1989 (StAnz. S. 1990), wird für die in einer Flurkarte im Maßstab 1 : 1 000 kenntlich gemachte Fläche in der Flur 4, Gemarkung Thalau, Gemeinde Ebersburg, im Landkreis Fulda aufgehoben. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Kassel — oberer Naturschutzbehörde —, Wilhelmshöher Allee 157-159, 3500 Kassel, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karte befindet sich beim Kreisausschuß des Landkreises Fulda — unterer Naturschutzbehörde —, Wörthstraße 15, 6400 Fulda. Die Karte kann von jedermann bei der oberen Naturschutzbehörde und bei der unteren Naturschutzbehörde während der Dienstzeiten eingesehen werden.
- (2) Die örtliche Lage des aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiches ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10 000.

Art. 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 1. August 1990

Regierungspräsidium Kassel
gez. Dr. Wilke
Regierungspräsident
StAnz. 34/1990 S. 1697

806

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Obersuhler Aue“ vom 7. August 1990

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. April 1990 (GVBl. I S. 86), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

- (1) Die Auewiesen südöstlich von Obersuhl werden in den in Absatz 3 festgelegten Grenzen zum Naturschutzgebiet erklärt.
- (2) Das Naturschutzgebiet „Obersuhler Aue“ liegt in der Gemarkung Obersuhl der Gemeinde Wildeck im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Es hat eine Größe von 52,52 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.
- (3) Die Grenze des Naturschutzgebietes verläuft von der Südwestecke des Flurstückes 81/34 der Flur 2, Gemarkung Obersuhl, Ge-

850

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze der Landschaft in der Rhön — Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön“ vom 23. August 1991

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Artikel 1

Die von der Verordnung zum Schutze der Landschaft in der Rhön — Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Zeitung vom 10. November 1967), geändert durch Verordnung vom 5. September 1989 (StAnz. S. 1990), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. August 1990 (StAnz. S. 1697), und der Landschaftsschutzverordnung für den südöstlichen Teil des Landkreises Hünfeld vom 30. Juni 1970 (Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Hünfeld Nr. 16 vom 10. Juli 1970) — betroffenen Landschaftsteile werden zum Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ zusammengeschlossen. Für dieses Gebiet gilt der Verordnungstext der Landschaftsschutzverordnung für den Naturpark „Hessische Rhön“, der wie folgt geändert wird:

1. Die Bezeichnung erhält folgende Fassung:

„Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet Hessische Rhön —.“

2. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

(1) Die Mittelgebirgslandschaft der Hessischen Rhön wird in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.

(2) Das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ umfaßt Flächen im Bereich der Städte Gersfeld (Rhön), Hünfeld und Tann (Rhön) und der Gemeinden Dipperz, Ebersburg, Ehrenberg (Rhön), Eichenzell, Eiterfeld, Hilders, Hofbieber, Künzell, Nüstal, Poppenhausen (Wasserkuppe) und Rasdorf. Das Landschaftsschutzgebiet hat eine Größe von ca. 45 750 ha. Die örtliche Lage des Landschaftsschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 100 000.

(3) Die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000 festgelegt, in der das Landschaftsschutzgebiet rot umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Kassel — oberer Naturschutzbehörde —, Wilhelmshöher Allee 157—159, 3500 Kassel, archivmäßig verwahrt. Eine Abzeichnung dieser Karte befindet sich bei dem Kreisausschuß des Landkreises Fulda — unterer Naturschutzbehörde —, Wörthstraße 15, 6400 Fulda. Die Karten können bei der oberen und der unteren Naturschutzbehörde während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

(4) Die von den in den Karten dargestellten Grenzlinien abgedeckten Flächenteile sind nicht Bestandteil des Landschaftsschutzgebietes. Soweit die Grenzziehung Straßen, Wegen oder Schienenwegen folgt, gehören diese nicht zum Landschaftsschutzgebiet.“

(5) Das Landschaftsschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

3. § 2 Ziff. a wird gestrichen.

4. Dem § 3 wird als Abs. 3 angefügt:

„Handlungen und Maßnahmen, die nachteilige Auswirkungen auf die ökologische Funktionsfähigkeit der Waldaußenränder haben können und nicht den Zielen des § 16 Abs. 2 des Hessischen Forstgesetzes entsprechen, bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die obere Naturschutzbehörde. Hierzu zählen insbesondere der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, das Verhindern des Aufwuchses oder die Beseitigung von Saumgebüsch, die Beseitigung von heimischen Baumarten zweiter Ordnung sowie das Einbringen von nicht heimischen Baumarten und Gehölzen. Ausgenommen hiervon bleiben die Entnahme von Bäumen erster Ordnung sowie die Neubegründung und Pflege eines stufigen und artenreichen Bewuchses aus heimischen Sträuchern und Baumarten.“

5. § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„§ 6

(1) Ordnungswidrig i. S. des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Verboten des § 3 Abs. 1 und 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
2. ohne vorherige Genehmigung durch die obere Naturschutzbehörde Maßnahmen und Handlungen vornimmt, die den Waldaußenrand in seiner ökologischen Funktionsfähigkeit beeinträchtigen,
3. ohne vorherige Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde Veränderungen i. S. des § 4 Abs. 1 dieser Verordnung vornimmt.“

Artikel 2

Die Landschaftsschutzverordnung für den südöstlichen Teil des Landkreises Hünfeld vom 30. Juni 1970 (Amtliche Bekanntmachungen des Landkreises Hünfeld Nr. 16 vom 10. Juli 1970) wird aufgehoben.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 23. August 1991

Regierungspräsidium Kassel
gez. Dr. Wilke
Regierungspräsident

StAnz. 37/1991 S. 2114

851

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 28. August 1991

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kernstadt der Stadt Wolfhagen anlässlich des Michaelismarktes für den festgesetzten Marktbereich:

— Schützeberger Straße von der Einmündung Ritterstraße bis zur Einmündung Wilhelmstraße, Mittelstraße von Einmündung Schützeberger Straße bis zur Kurfürstenstraße und Marktplatz (Kirchplatz) — am Sonntag, 22. September 1991, für die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr freigegeben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 22. September 1991 in Kraft.

Kassel, 28. August 1991

Regierungspräsidium Kassel
In Vertretung
gez. Schestag
Regierungsvizepräsident

StAnz. 37/1991 S. 2114

852

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 29. August 1991

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

Gemeinde/Stadt Ortsteil/Stadtteil	Art der baulichen Nutzung Wohnbauflächen (W) Gemischte Bauflächen (M) Gewerbliche Bauflächen (G)	baureifes Land		Robbau- land	
		von DM	bis DM	von DM	bis DM
Höckersdorf	W	10,—	20,—		
Ilsdorf	W	15,—	25,—		
Merlau	W	15,—	35,—		
Nieder-Ohnen	W	25,—	50,—		
Ober-Ohnen	W	12,—	25,—		
Ruppertenrod	W	12,—	20,—		
Sellnrod	W	15,—	25,—		
Wettersaen	W	10,—	20,—		
Stadt Romrod					
Romrod	W	25,—	55,—		
Ober-Breidenbach	W	10,—	20,—		
Strebendorf	W	10,—	20,—		
Zell	W	15,—	25,—		
Stadt Schlitz					
Bernshausen	W	15,—	25,—		
Hutzdorf	W	30,—	50,—		
Queck	W	15,—	25,—		
Rimbach	W	15,—	25,—		
Schlitz	W	30,—	70,—		
Sandlofs	W	30,—	70,—		
Willors	W	10,—	25,—		
Stadt Schotten					
Betzenrod	W	25,—	65,—		
Breungeshain	W	25,—	40,—		
Burkhardt	W	25,—	45,—		
Eichelsachsen	W	20,—	50,—		
Einarthausen	W	20,—	50,—		
Eschenrod	W	20,—	50,—		
Götzen	W	15,—	45,—		
Rainrod	W	25,—	60,—		
Rudingshain	W	20,—	45,—		
Schotten	W	45,—	115,—		
Sichenhausen	W	60,—	110,—		
Gemeinde Schwalmatal					
Hopfgarten	W	15,—	20,—		
Ober-Sorg	W	10,—	20,—		
Rainrod	W	15,—	25,—		
Renzendorf	W	15,—	20,—		
Storndorf	W	15,—	25,—		
Vadenrod	W	15,—	20,—		
Stadt Ulrichstein					
Helbershain	W	15,—	25,—		
Kölzenhain	W	10,—	15,—		
Rebeshain	W	15,—	25,—		
Ulrichstein	W	25,—	45,—		
Unter-Seibertenrod	W	10,—	20,—		
Wohnfeld	W	10,—	15,—		
Gemeinde Wartenberg					
Angersbach	W	25,—	45,—		
Landenhausen	W	20,—	35,—		

712

KASSEL

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet Hessische Rhön — vom 10. Juli 1992

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Artikel 1

(1) Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet Hessische Rhön — vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Zeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. August 1991 (StAnz. S. 2114), wird für die in einer Flurkarte im Maßstab 1 : 1 000 kenntlich gemachte Fläche in der Flur 16, Gemarkung Reulbach der Gemeinde Ehrenberg (Rhön) im Landkreis Fulda aufgehoben. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Kassel — oberer Naturschutzbehörde —, Wilhelmshöher Allee 157—159, 3500 Kassel, archivgemäß verwahrt. Eine Abschrift dieser Karte befindet sich bei dem Kreisausschuß des Landkreises Fulda — unterer Naturschutzbehörde —, Wörthstraße 15, 6400 Fulda. Die Karte kann bei der oberen und der unteren Naturschutzbehörde während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

(2) Die örtliche Lage des aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiches ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 10 000.

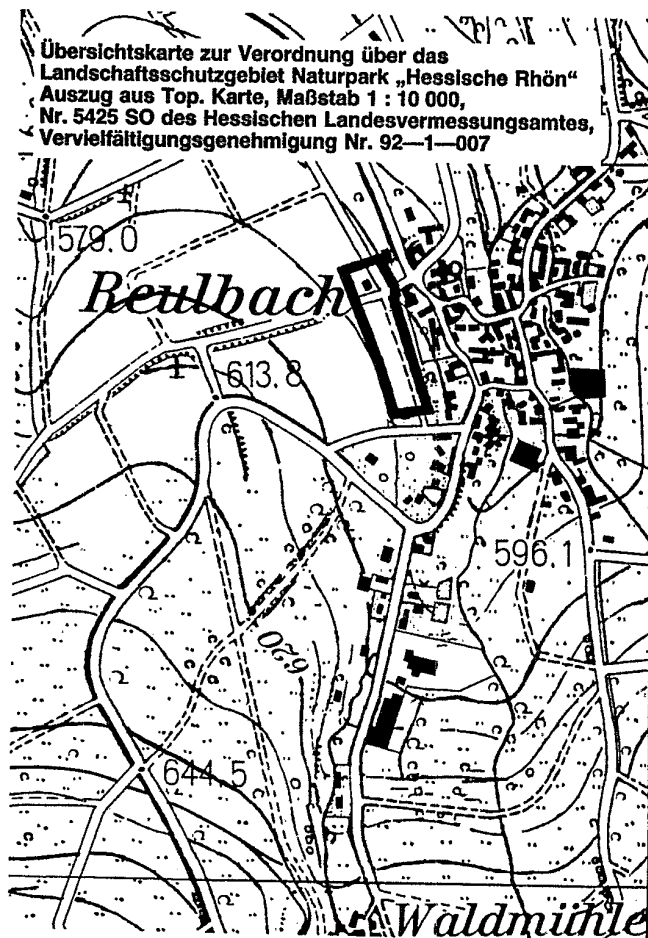
Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

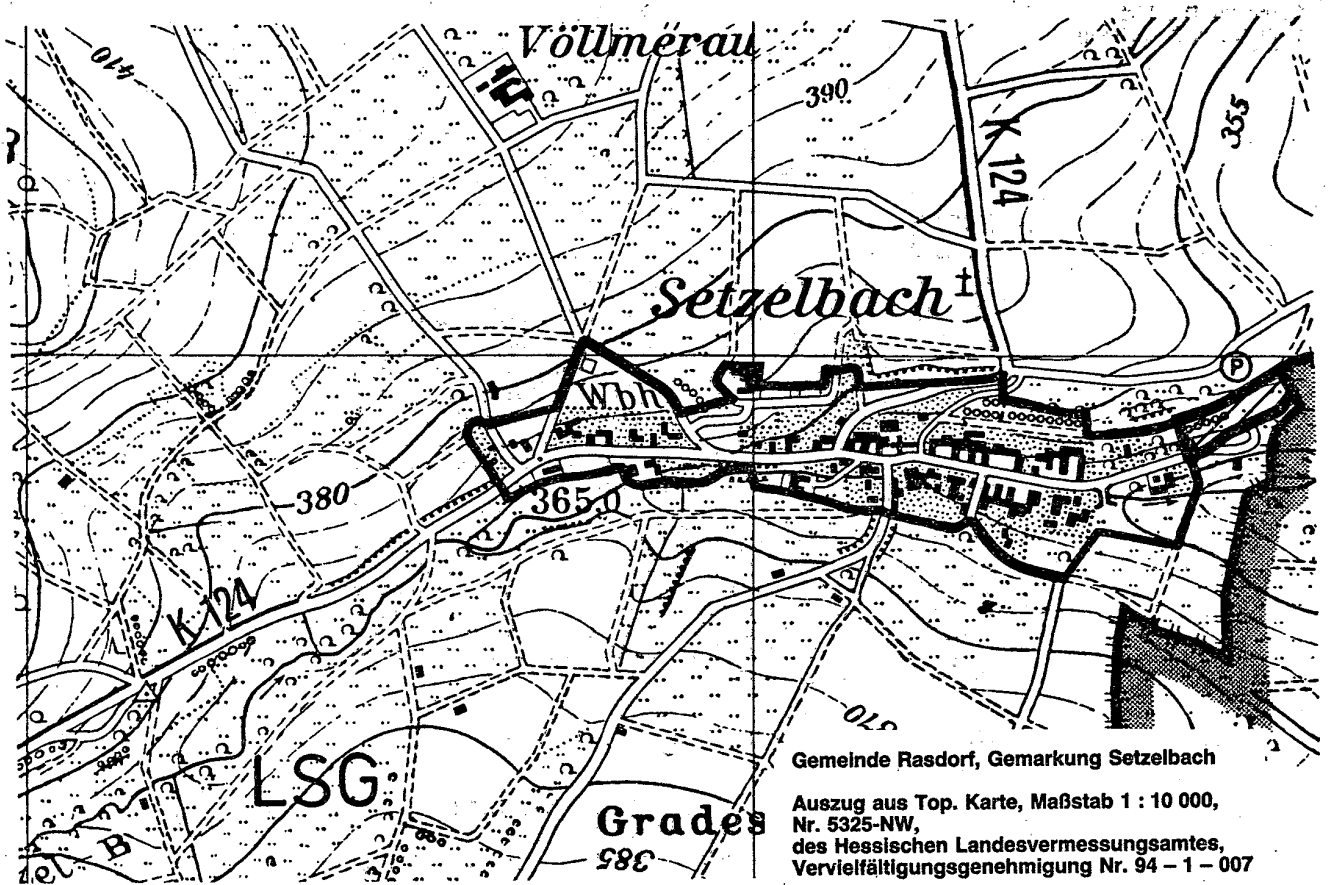
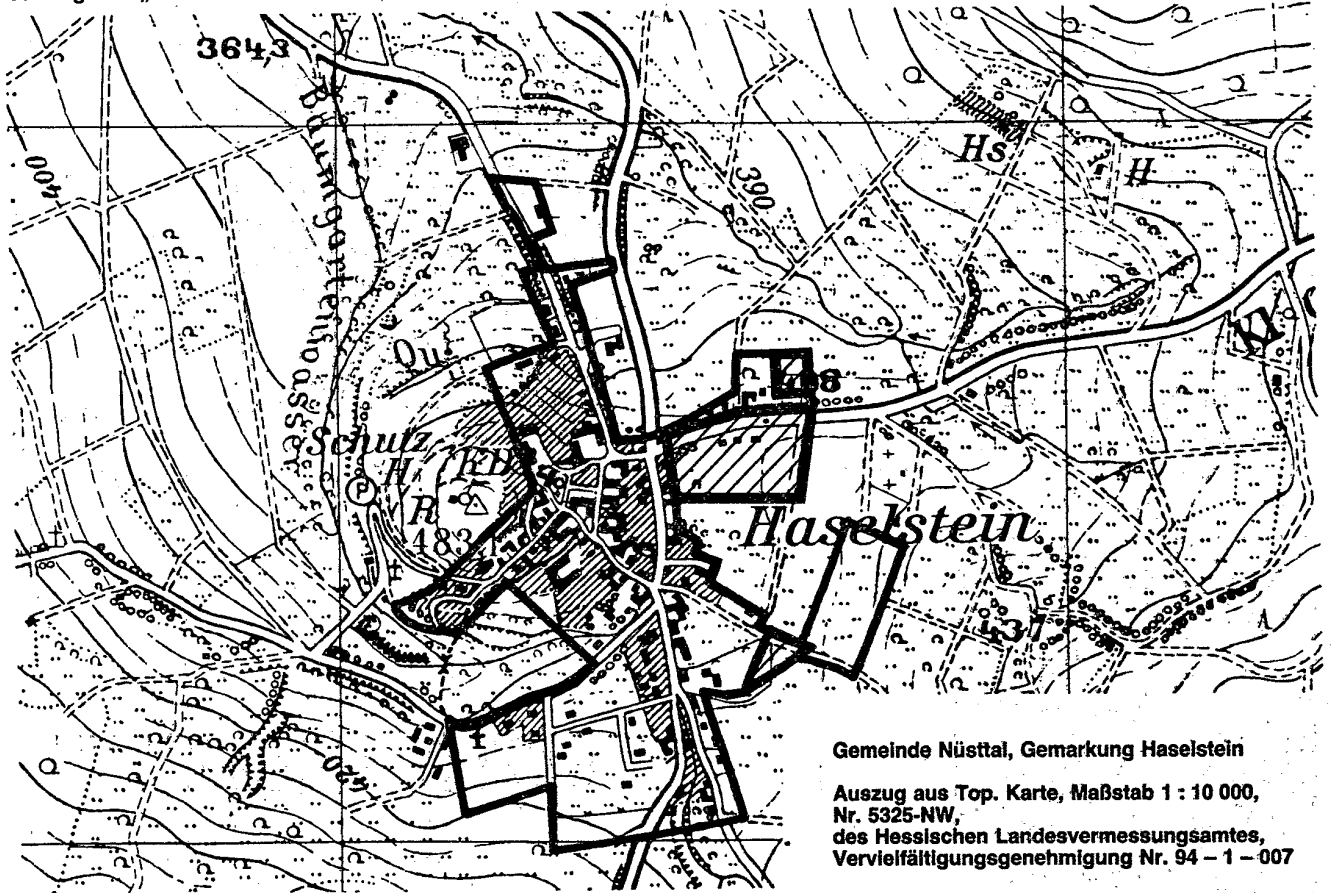
Kassel, 10. Juli 1992

Regierungspräsidium Kassel
gez. Stiewitt
Regierungspräsidentin

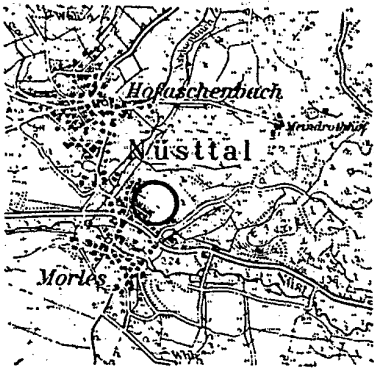
StAnz. 34/1992 S. 2012



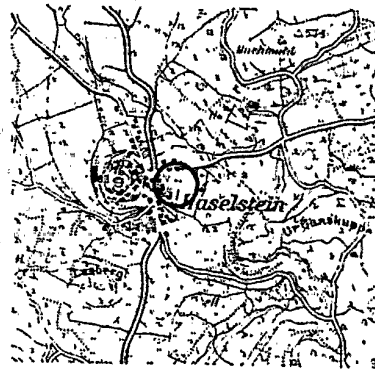
Anlage 1 zur fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 22. Februar 1994



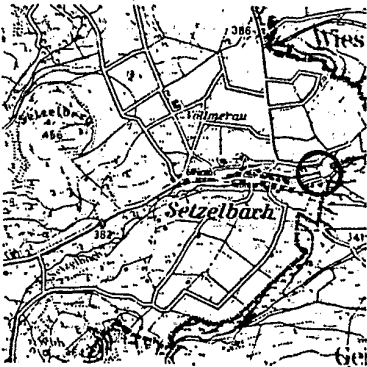
Anlage 2 zur fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 22. Februar 1994



Gemeinde Nüsttal,
Gemarkung Morles



Gemeinde Nüsttal,
Gemarkung Haselstein



Gemeinde Rasdorf,
Gemarkung Setzelbach

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Nr. L 5324,
des Hessischen Landesvermessungsamtes,
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 94 - 1 - 007

241

**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten,
Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 16 des
Ladenschlußgesetzes vom 17. Februar 1994**

Gemäß § 16 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kernstadt von Bebra in der Bismarckstraße von der Postkreuzung bis zur Nürnberger Straße und der Nürnberger Straße von der Einmündung Pfarrstraße bis zur Ecke Apothekenstraße aus Anlaß des Ostermarktes am Samstag, 19. März 1994, für die Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr, freigegeben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 19. März 1994 in Kraft.

Kassel, 17. Februar 1994

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 10/1994 S. 806

1290

Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ —

Vom 5. Dezember 1994

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Februar 1994 (StAnz. S. 804), wird wie folgt geändert:

Artikel 2

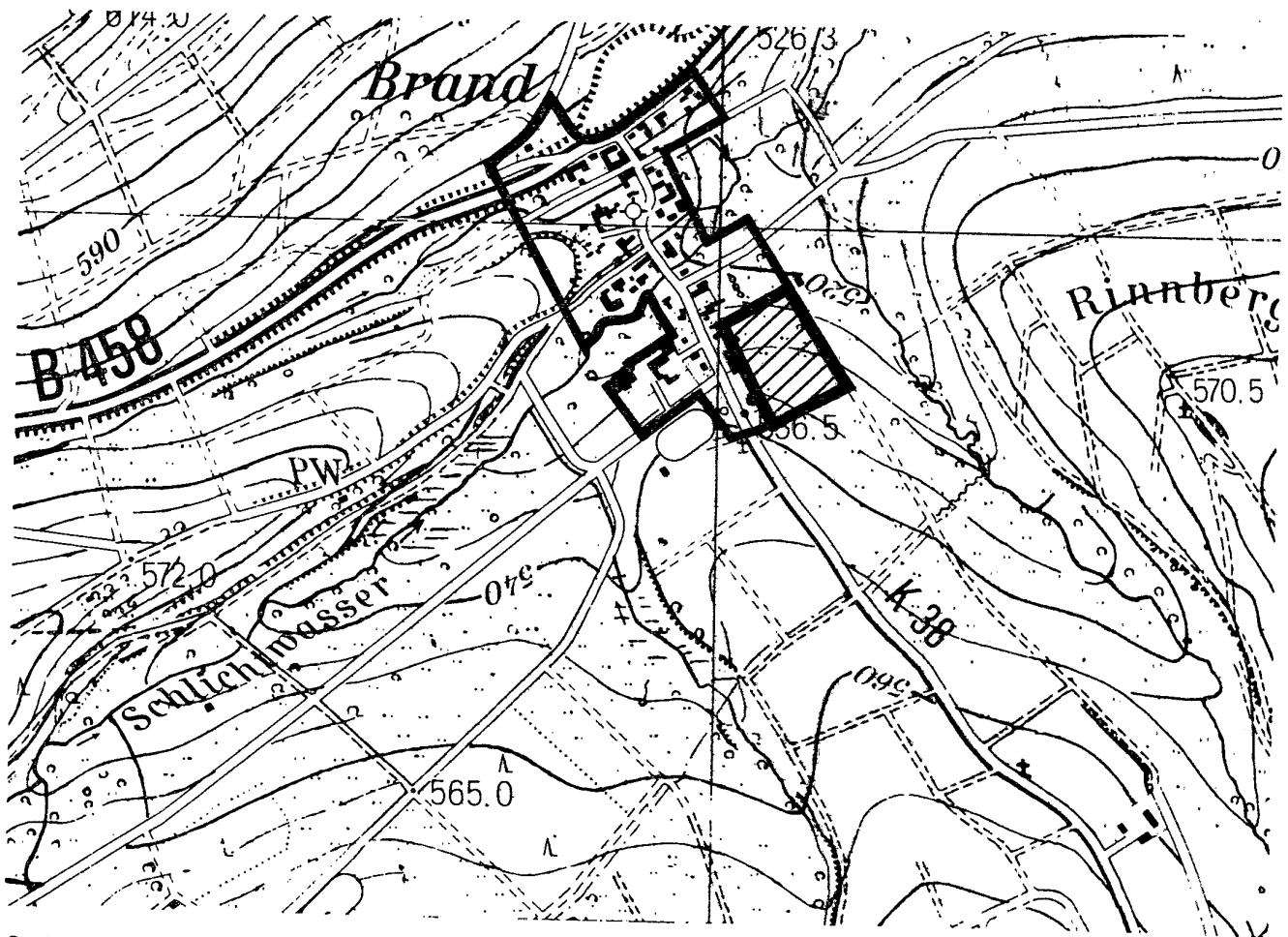
Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 5. Dezember 1994

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 52/1994 S. 3948

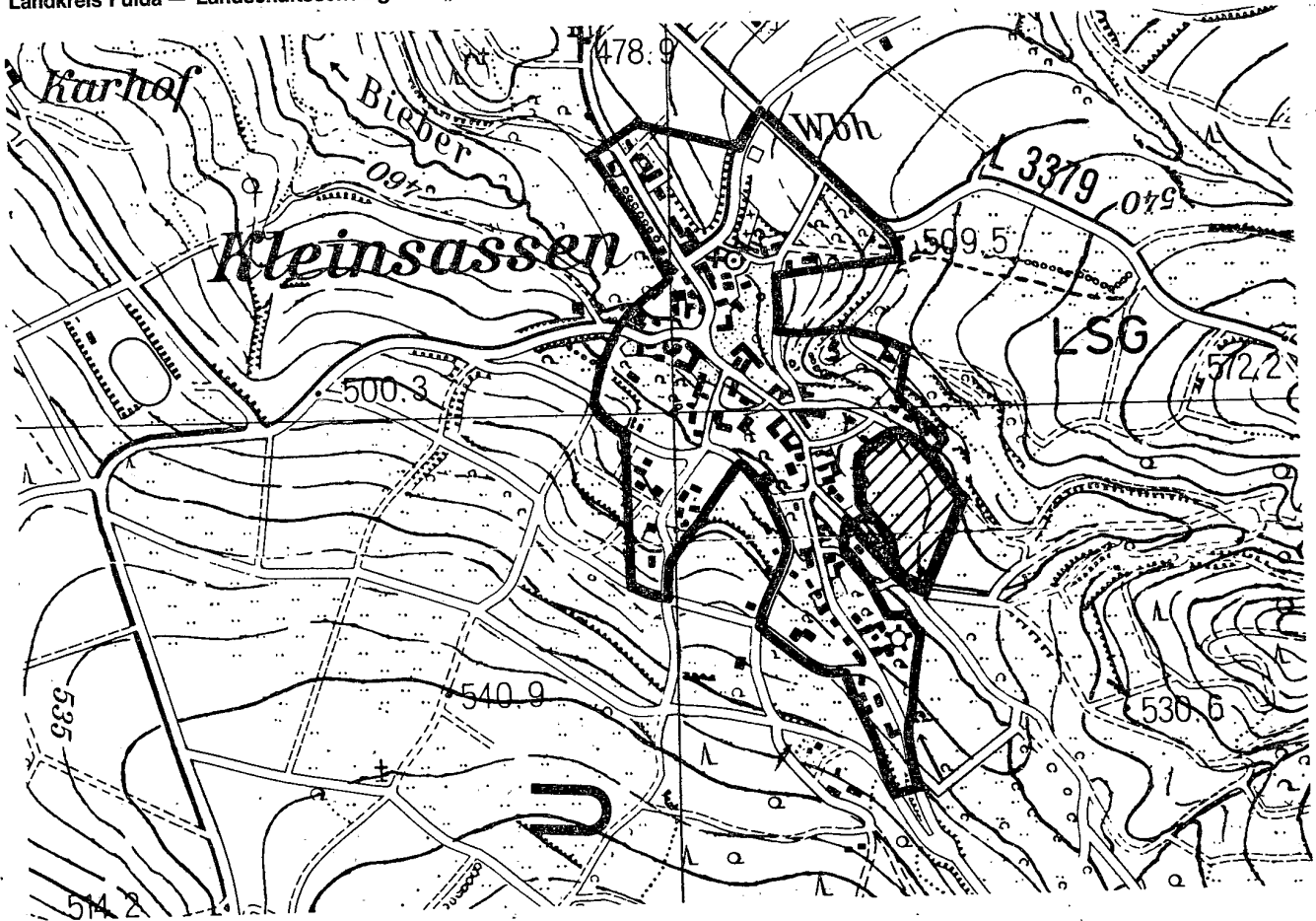
Anlage 1 (Abgrenzungskarte), Bestandteil der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 5. Dezember 1994



Stadt Hilders, Gemarkung Brand

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt Nr. 5425 SO des Hessischen Landesvermessungsamtes,
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 94 - 1 - 007

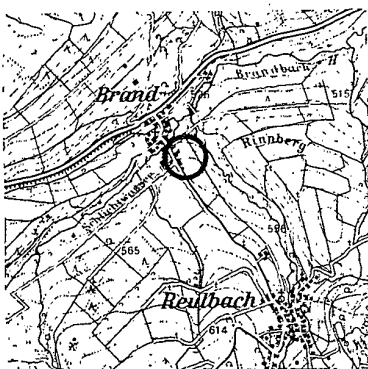
Anlage 1 (Abgrenzungskarte), Bestandteil der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 5. Dezember 1994



Gemeinde Hofbieber, Gemarkung Kleinsassen
 Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt Nr. 5425 SO des Hessischen Landesvermessungsamtes,
 Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 94 - 1 - 007

Anlage 2 (Übersichtskarte), Bestandteil der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 5. Dezember 1994

Stadt Hilders, Gemarkung Brand

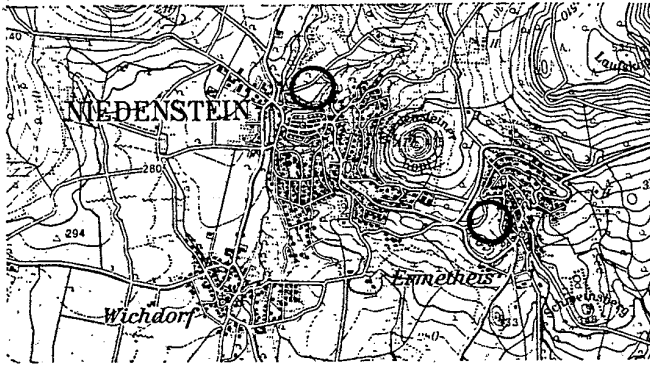


Gemeinde Hofbieber
 Gemarkung Kleinsassen

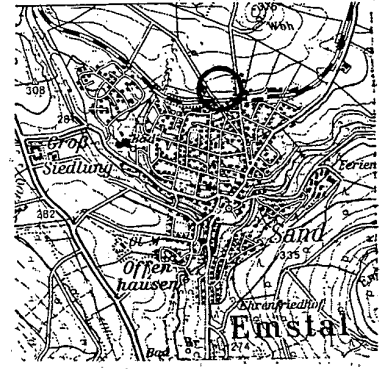


Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blatt Nr. L 5524 des Hessischen Landesvermessungsamtes,
 Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 94 - 1 - 007

Anlage 2, Übersichtskarte zur Achten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Bereich der Stadt Kassel und in den Landkreisen Kassel, Schwalm-Eder-Kreis und Waldeck-Frankenberg im Regierungsbezirk Kassel – Landschaftsschutzgebiet „Naturpark Habichtswald“ vom 20. Juli 1995



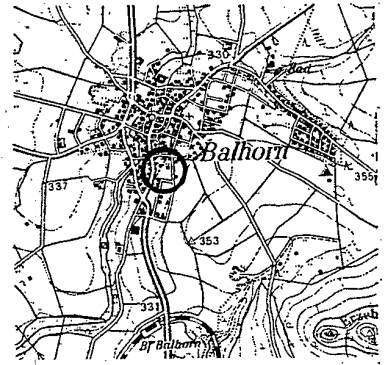
**Stadt Niederstein,
Gemarkungen Ermethis
und Niederstein**



**Gemeinde Bad Emstal,
Gemarkung Sand**



Gemeinde Breuna



**Gemeinde Bad Emstal,
Gemarkung Balhorn**

Auszüge aus den Top. Karten, Maßstab 1 : 50 000, Nrn. L 4720, L 4722 und L 4520, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 – 1 – 007

906

Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 21. Juli 1995

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Dezember 1994 (StAnz. S. 3948), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das

Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — oberer Naturschutzbehörde —, Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich bei den beim Kreisaußschuß — unterer Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda, befindlichen, das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ betreffenden Abschriften der Verordnung. Die Karten können bei den genannten oberen und unteren Naturschutzbehörden während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus der als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
Kassel, 21. Juli 1995

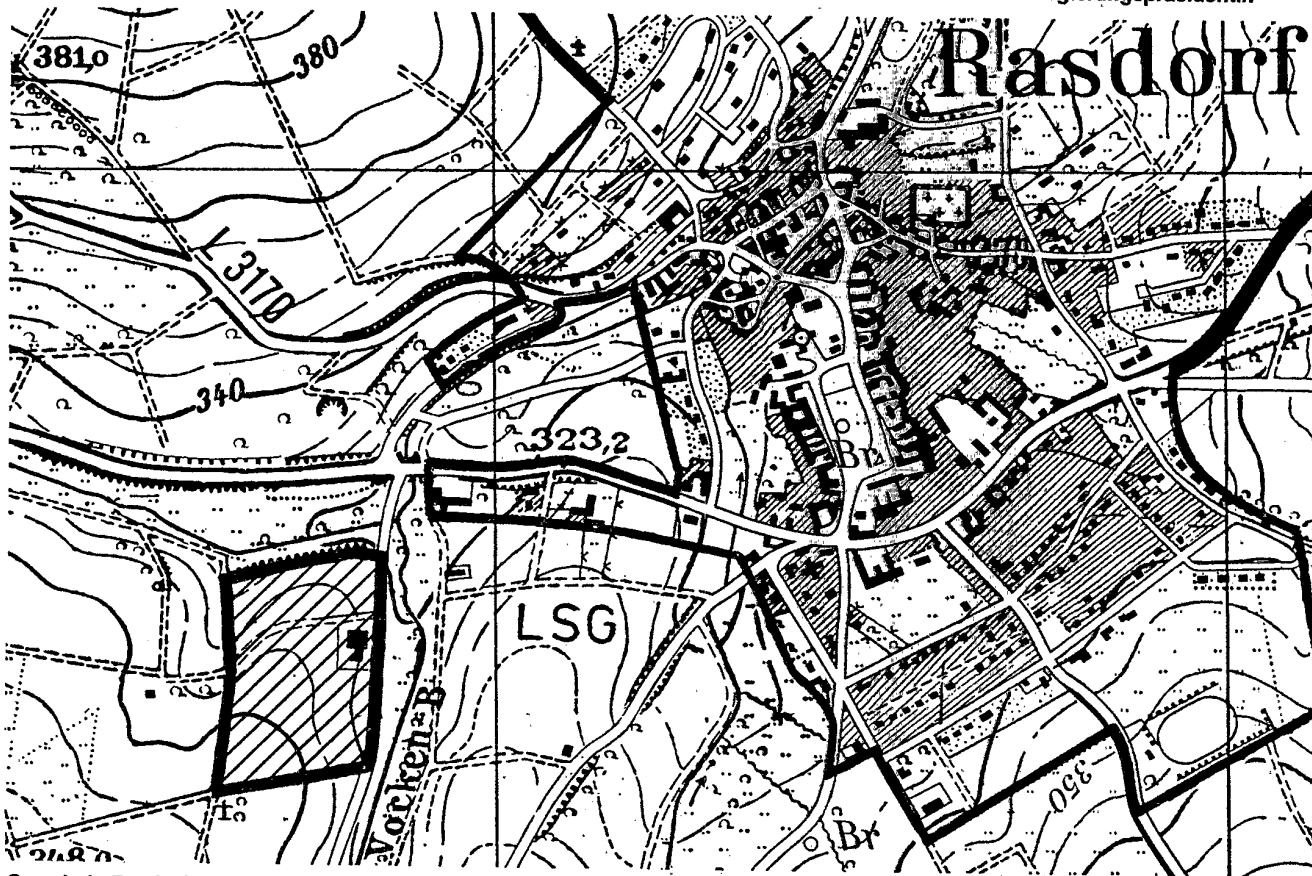
Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 35/1995 S. 2791

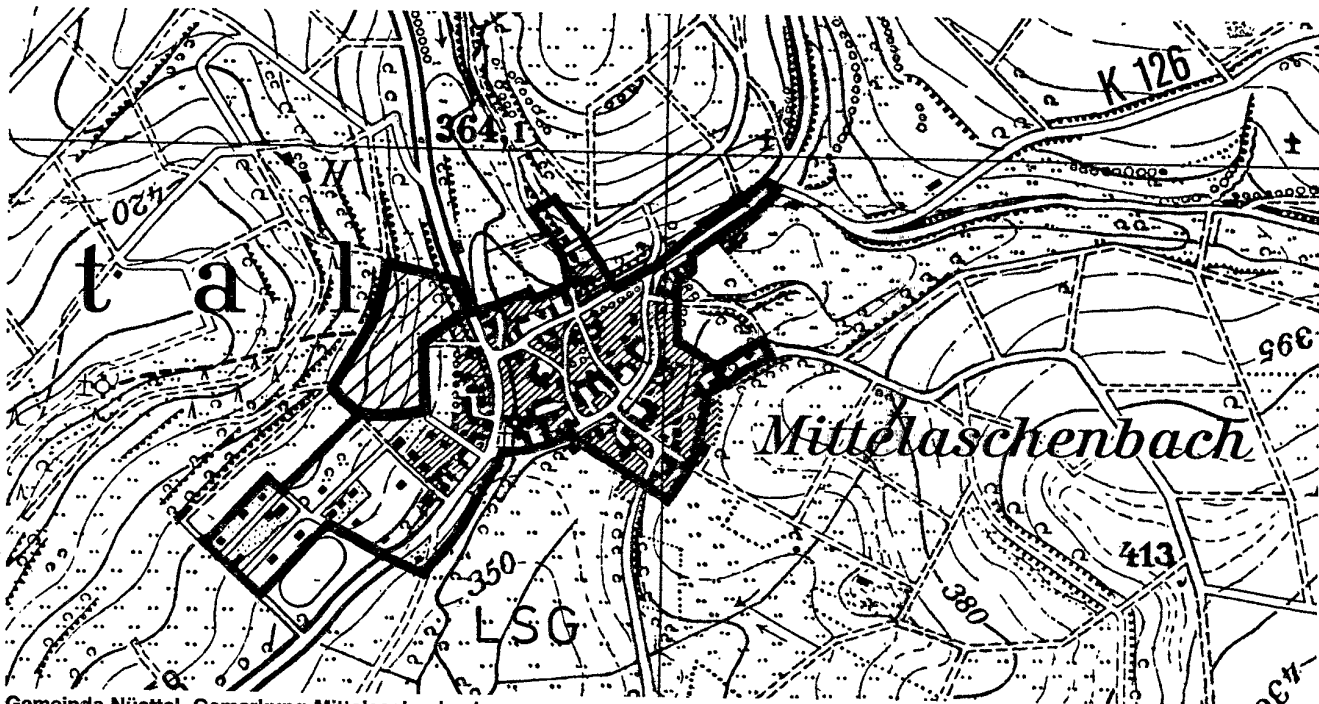
Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 21. Juli 1995

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin



Gemeinde Rasdorf
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5225 SW des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

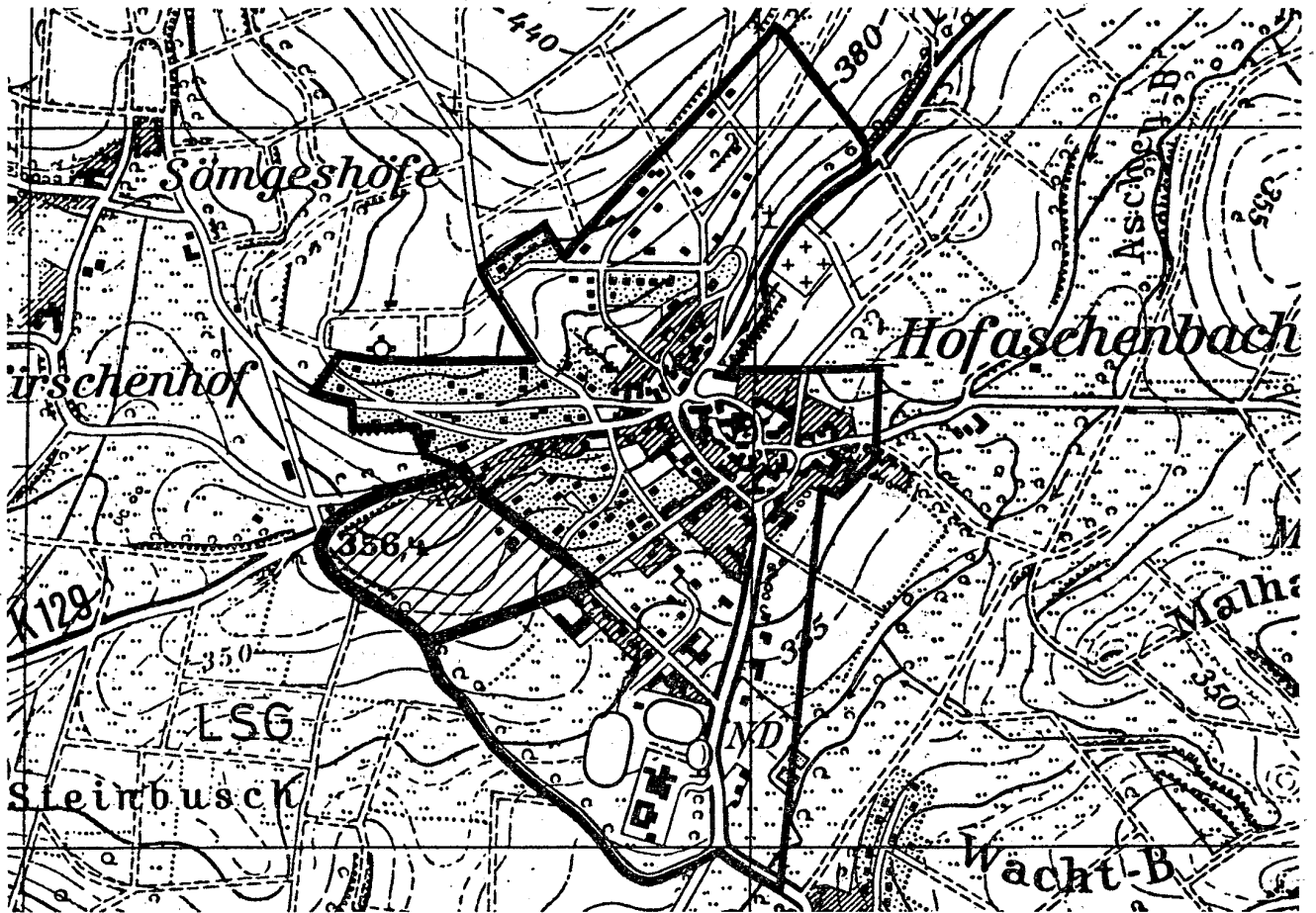


Gemeinde Nüsttal, Gemarkung Mittelaschenbach
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5325 NW/SW des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 21. Juli 1995

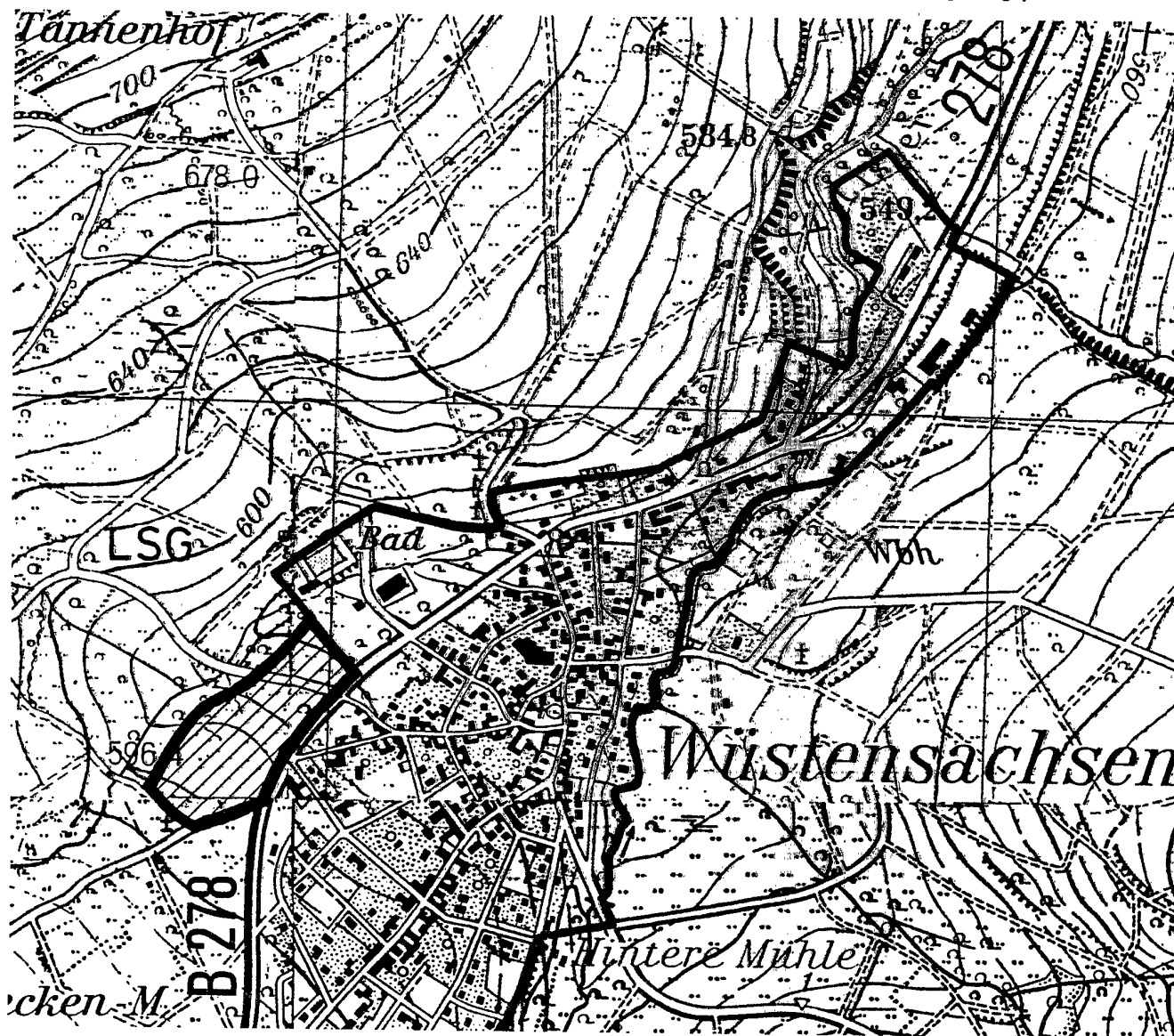
Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin



Gemeinde Nüsttal, Gemarkung Hofaschenbach
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5325 NO des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung
Nr. 95 - 1 - 007

Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 21. Juli 1995

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

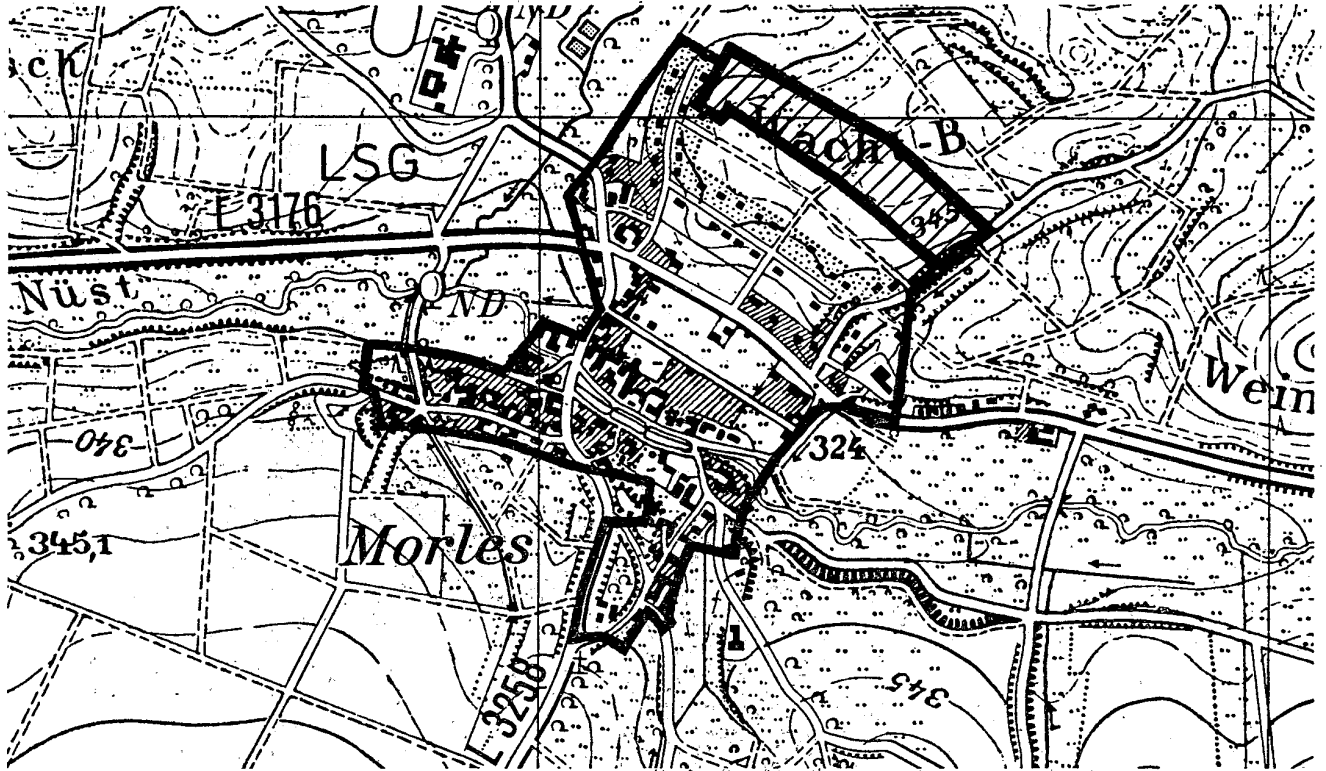
Gemeinde Ehrenberg, Gemarkung Wüstensachsen

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blätter 5425, 5426, 5525 und 5526 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

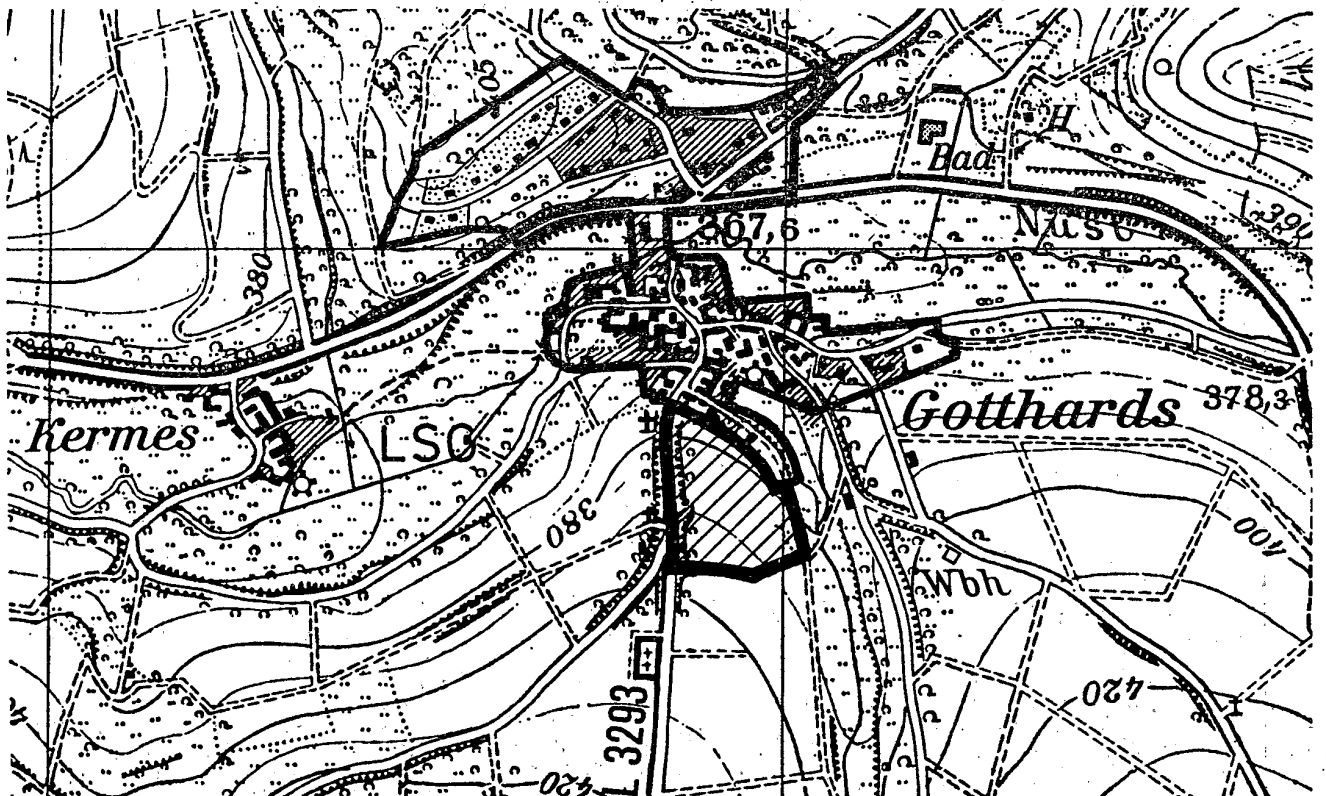
Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 21. Juli 1995

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin



Gemeinde Nüsttal, Gemarkung Morles
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5325 SW des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

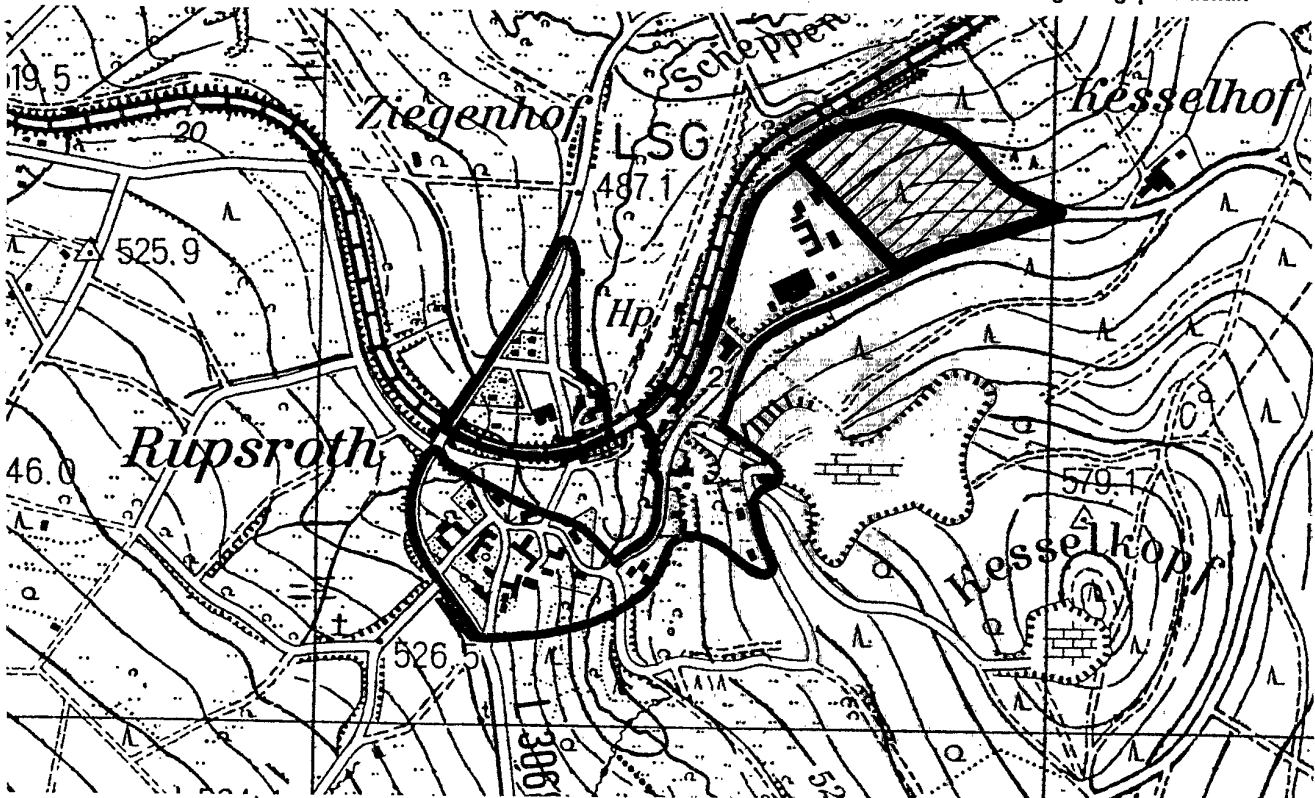


Gemeinde Nüsttal, Gemarkung Gotthards
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5325 NO des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

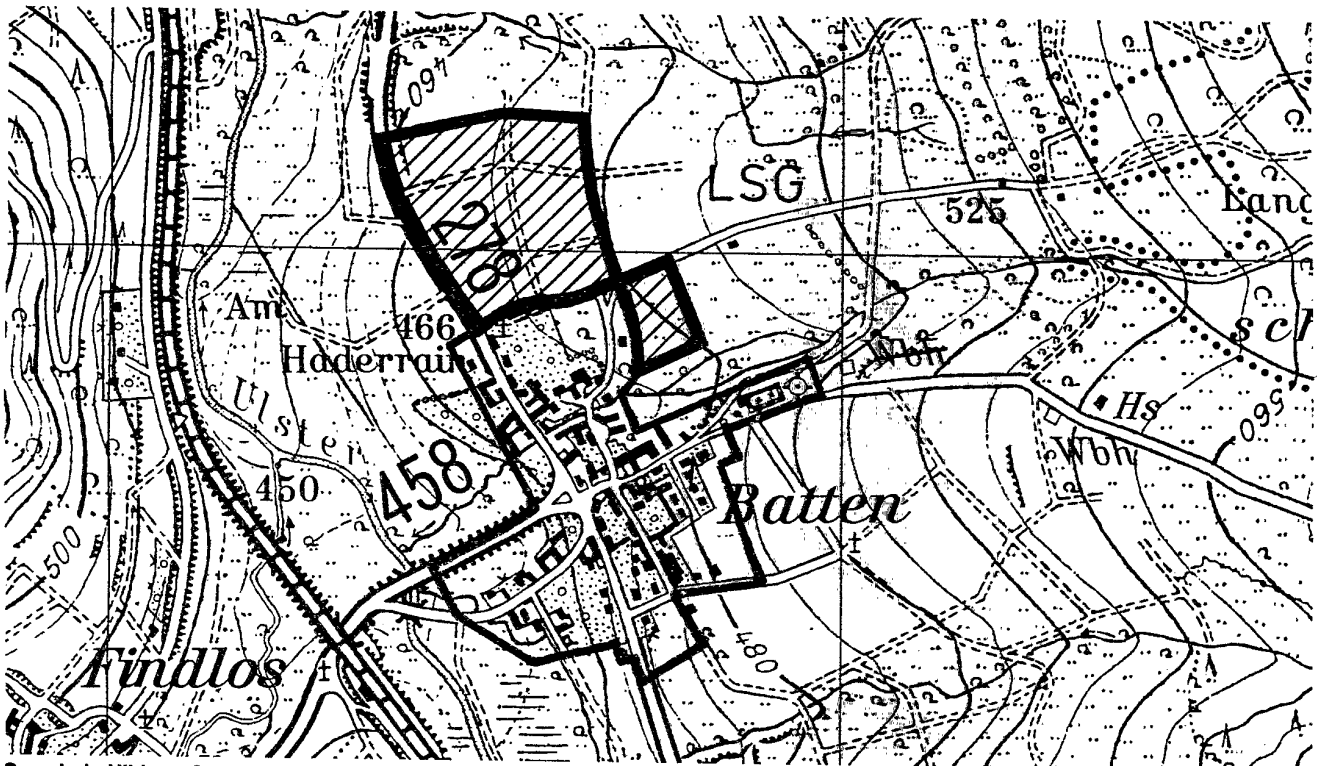
Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 21. Juli 1995

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

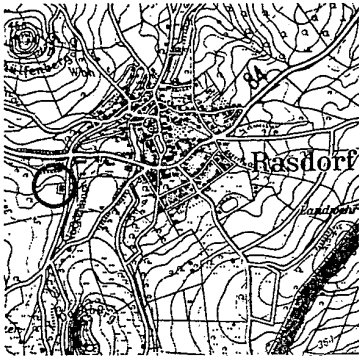


Gemeinde Hilders, Gemarkung Rupsroth,
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5425 NO des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung
Nr. 95 - 1 - 007

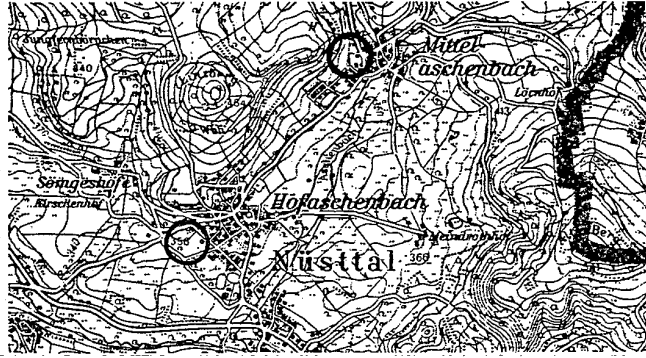


Gemeinde Hilders, Gemarkung Batten
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5426 NW des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung
Nr. 95 - 1 - 007

Anlage 2, Übersichtskarte, Bestandteil der Siebten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 21. Juli 1995



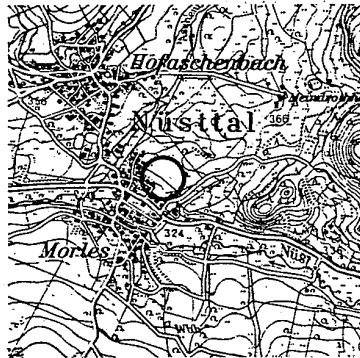
Gemeinde Rasdorf



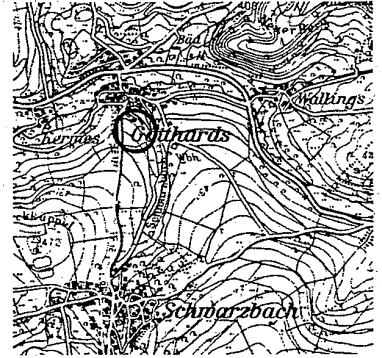
Gemeinde Nüsttal, Gemarkungen Hofaschenbach und Mittelaschenbach



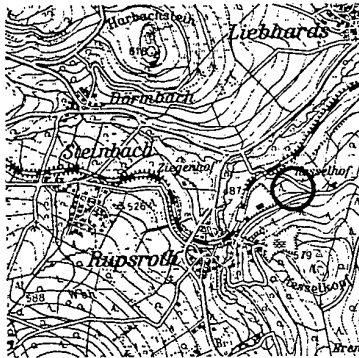
Gemeinde Ehrenberg, Gemarkung Wüstensachsen



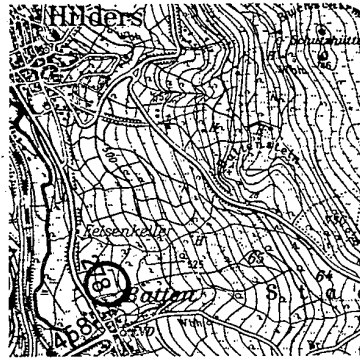
Gemeinde Nüsttal, Gemarkung Morles



Gemeinde Nüsttal, Gemarkung Gotthards



Gemeinde Hilders, Gemarkung Rupsroth



Gemeinde Hilders, Gemarkung Batten

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blätter L 5324, L 5524 und L 5526 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

Anlage 2, Übersichtskarte, Bestandteil der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Kellerwald“ vom 29. Januar 1996



Stadt Bad Wildungen,
Gemarkung Braunau

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blatt L 4920, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95-1-007

269

Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 29. Januar 1996

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I

S. 775), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Juli 1995 (StAnz. S. 2791), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — oberer Naturschutzbehörde —, Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich bei den beim Kreisauausschuß — unterer Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda, befindlichen, das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ betreffenden Abschriften der Verordnung. Die Karten können bei den genannten oberen und unteren Naturschutzbehörden während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 29. Januar 1996

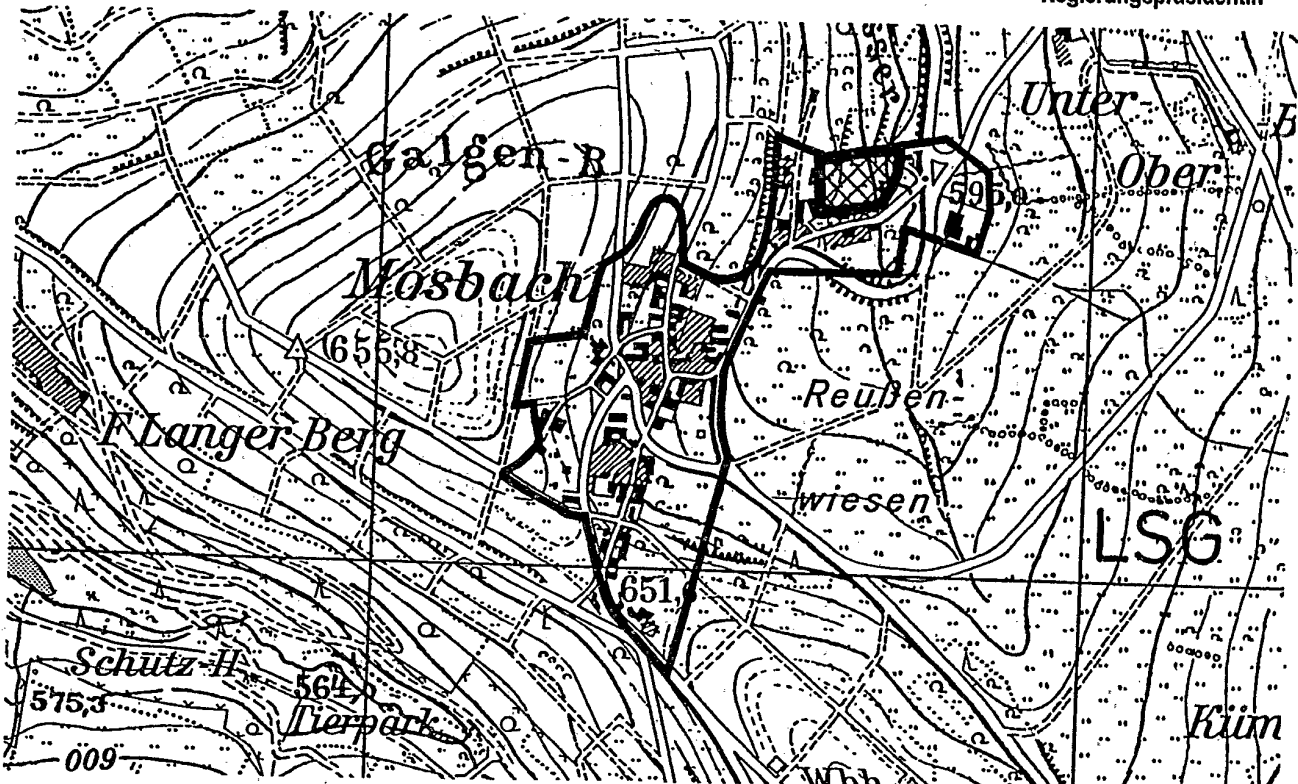
Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 9/1996 S. 726

Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Achten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 29. Januar 1996

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin



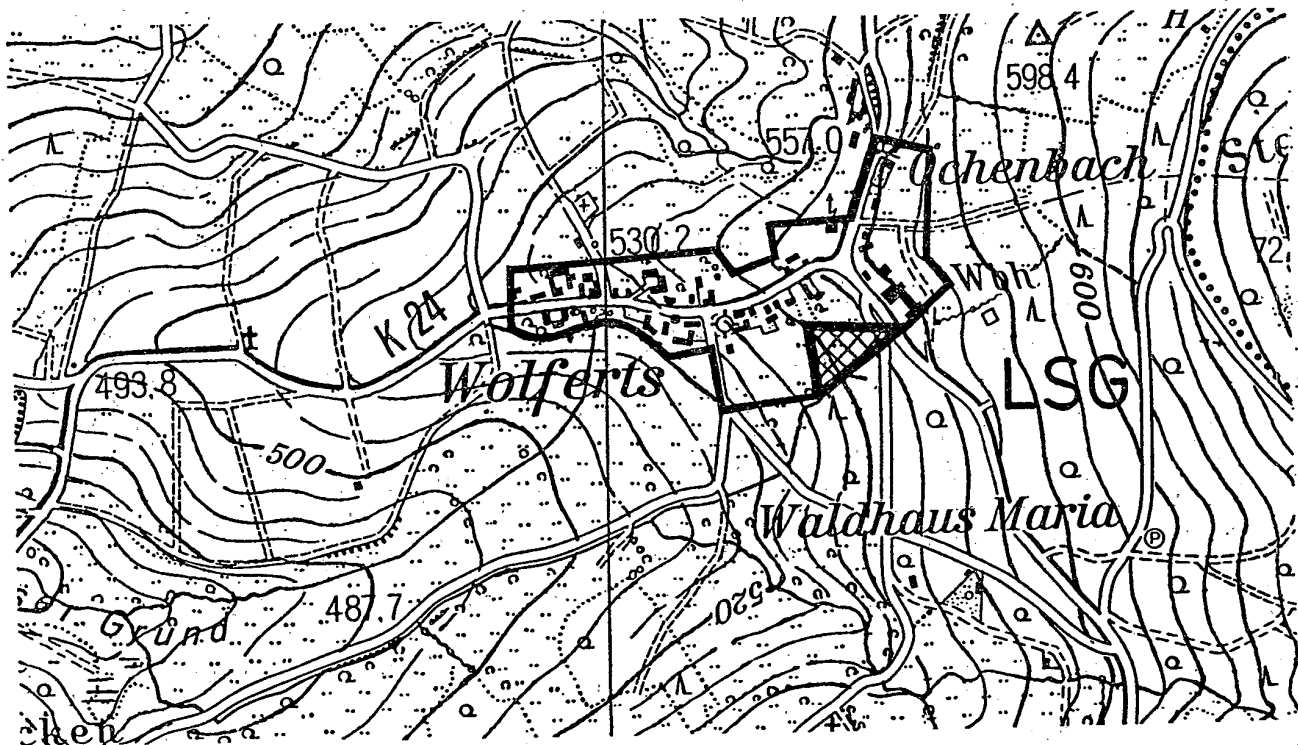
Stadt Gersfeld, Gemarkung Mosbach

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 SO, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95-1-007

Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Achten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

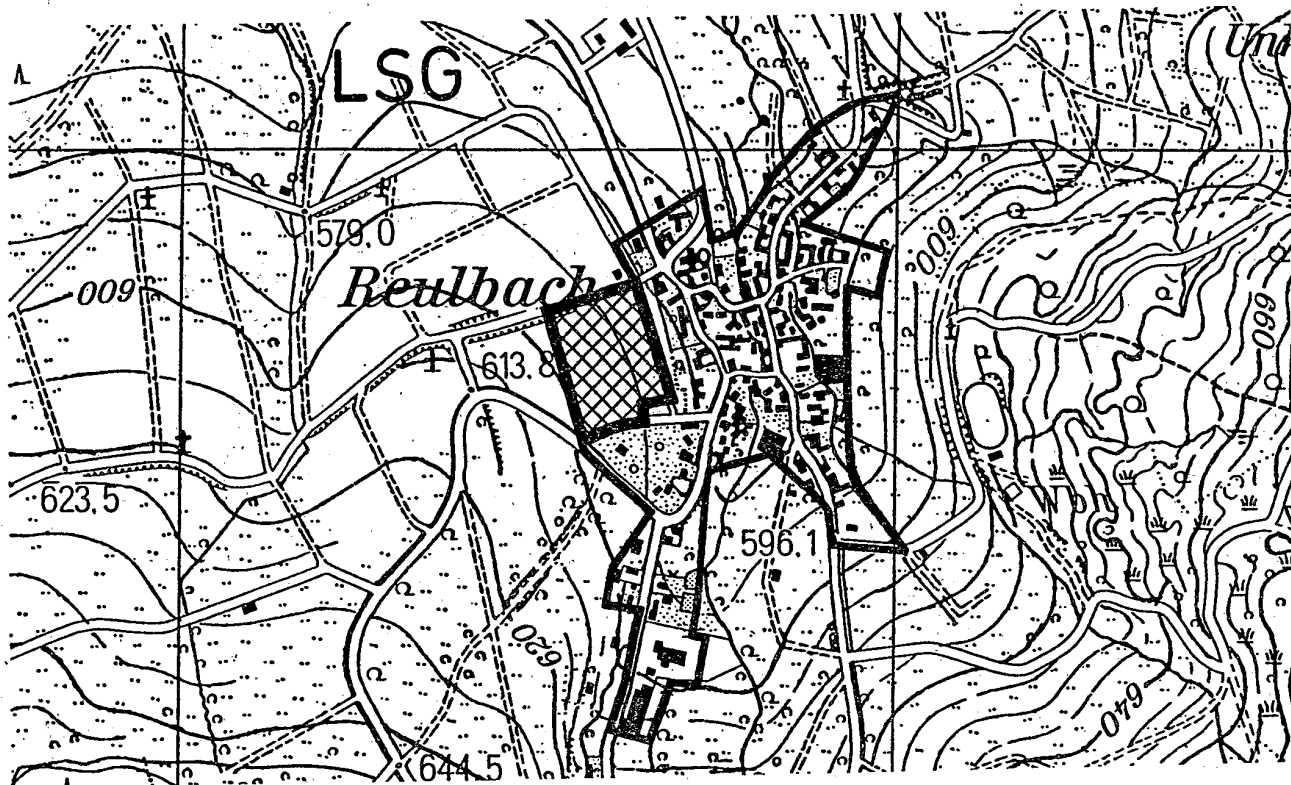
Kassel, 29. Januar 1996

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin



Gemeinde Dippertz, Gemarkung Wolferts

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5425 SW, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95-1-007



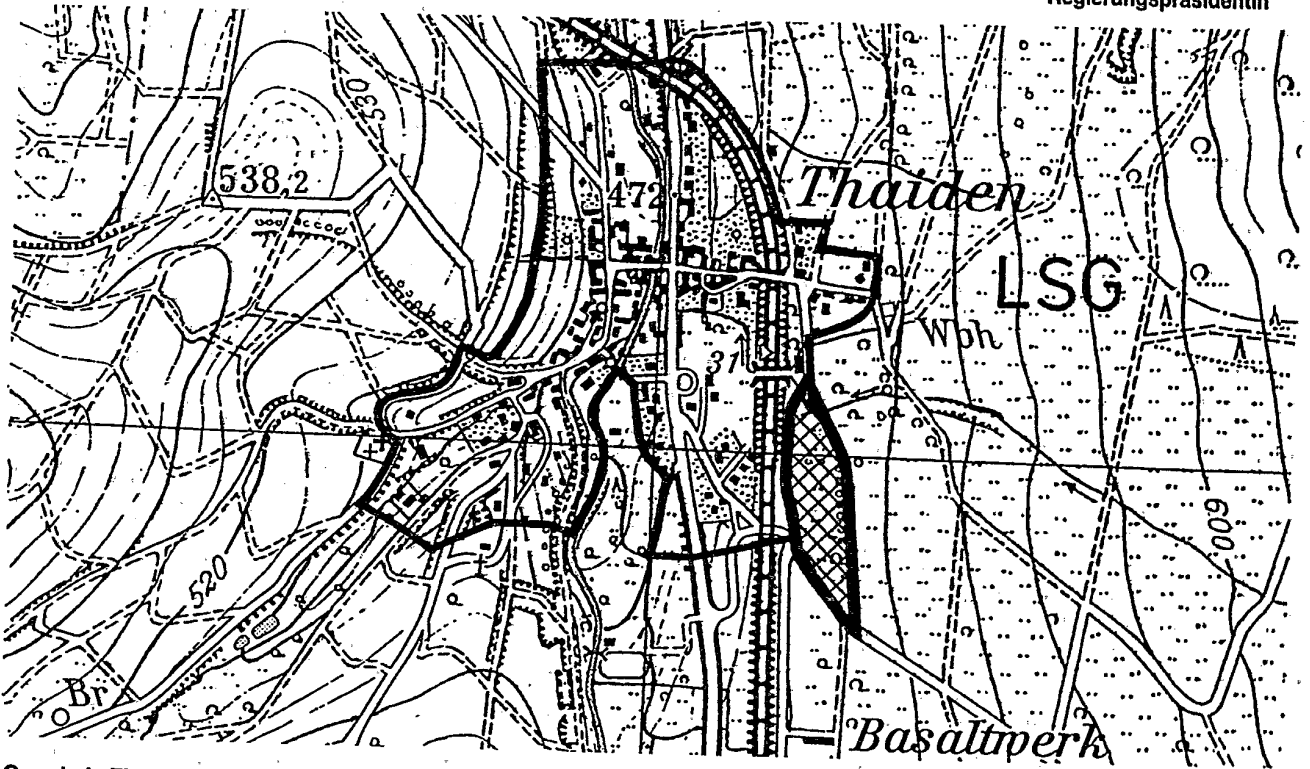
Gemeinde Ehrenberg, Gemarkung Reulbach

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5425 SO, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95-1-007

Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Achten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 29. Januar 1996

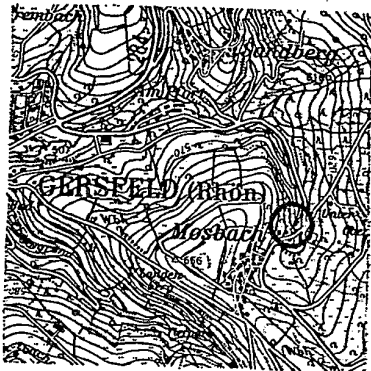
Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin



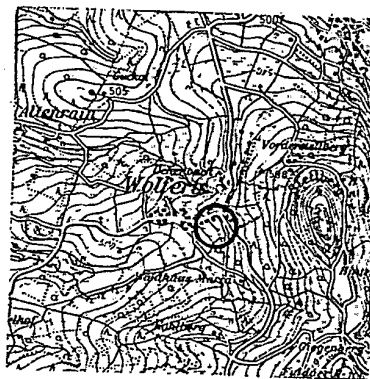
Gemeinde Ehrenberg, Gemarkung Thalden

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5426 SW, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95-1-007

Anlage 2, Übersichtskarte, Bestandteil der Achten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 29. Januar 1996



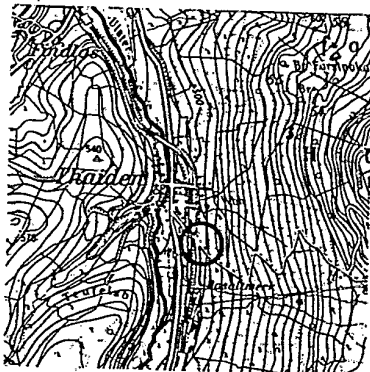
Stadt Gersfeld,
Gemarkung Mosbach



Gemeinde Dippertz,
Gemarkung Wolferts



Gemeinde Ehrenberg,
Gemarkung Reulbach



Gemeinde Ehrenberg,
Gemarkung Thalden

Auszüge aus Top. Karte,
Maßstab 1 : 50 000,
Blätter L 5524 und L 5526,
des Hessischen
Landesvermessungsamtes,
Vervielfältigungsgeneh-
migung Nr. 95-1-007

(StAnz. S. 1188), geändert durch Verordnung vom 22. Februar 1994 (StAnz. S. 866), wird aufgehoben.

§ 7

Die Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 4. April 1996

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 17/1996 S. 1353

502

Neunte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 26. März 1996

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt

geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. Januar 1996 (StAnz. S. 726), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 26. März 1996

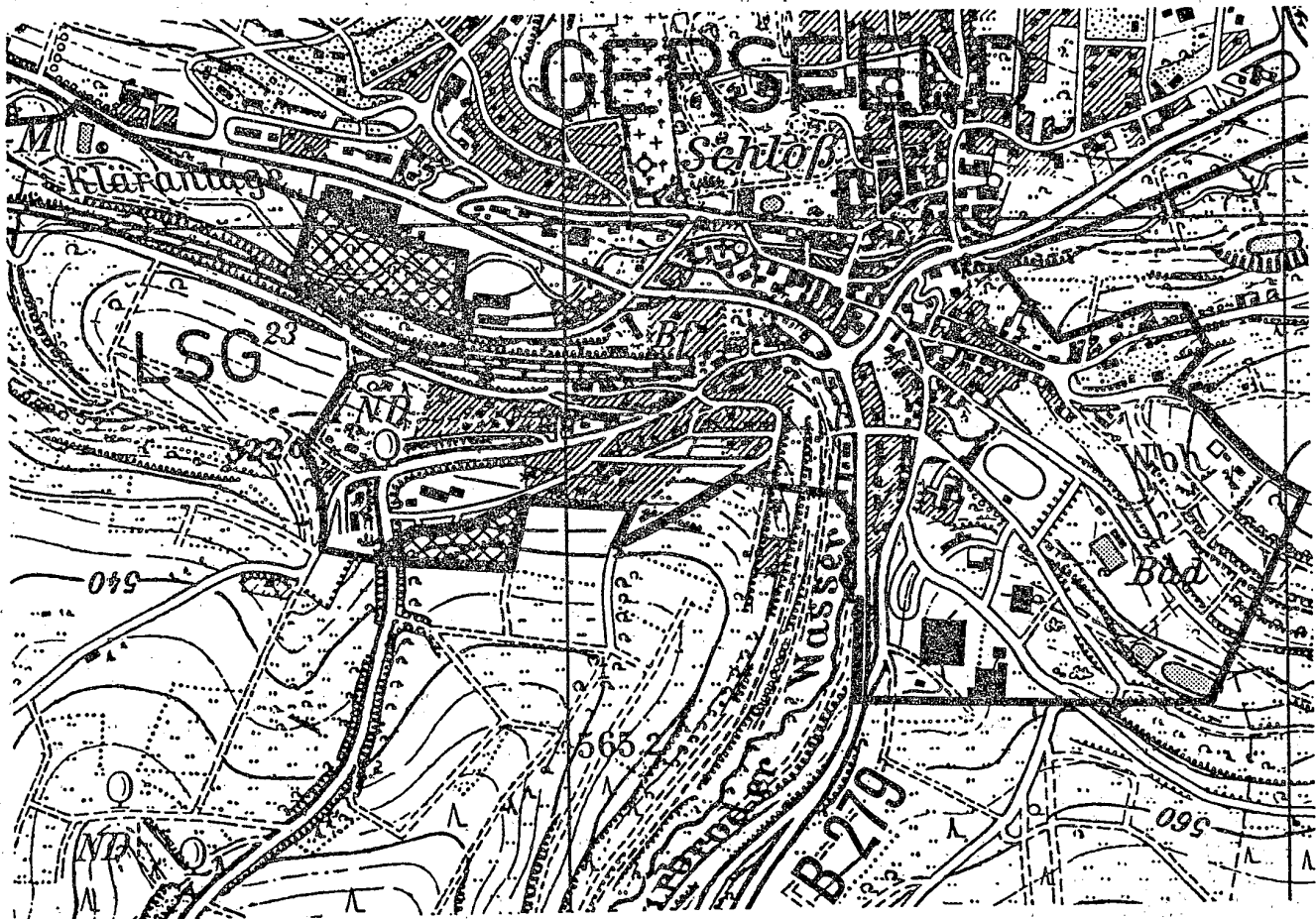
Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 17/1996 S. 1357

Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 26. März 1996

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich, Regierungspräsidentin



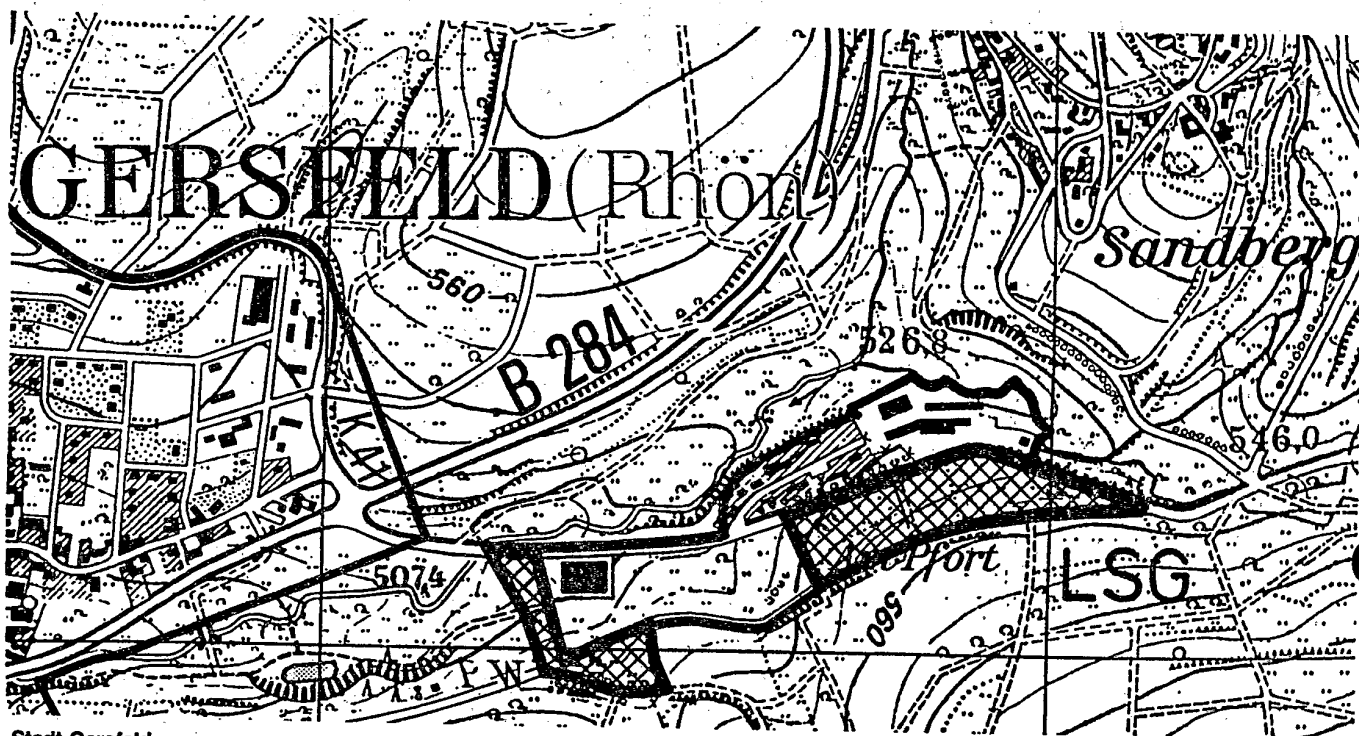
Stadt Gersfeld

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 96-1-007

Anlage 1, Abgrenzungskarte, Bestandteil der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

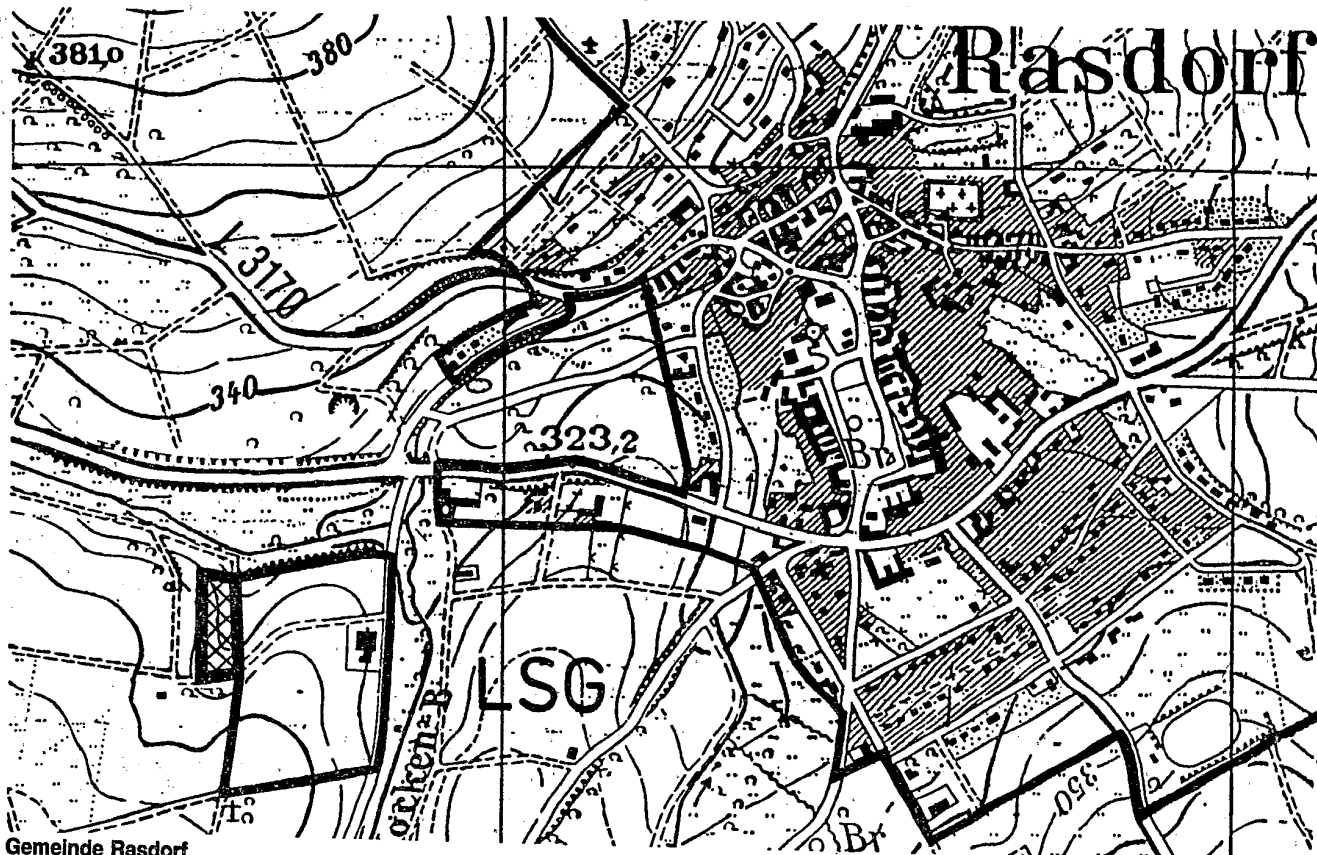
Kassel, 26. März 1996

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich, Regierungspräsidentin



Stadt Gersfeld

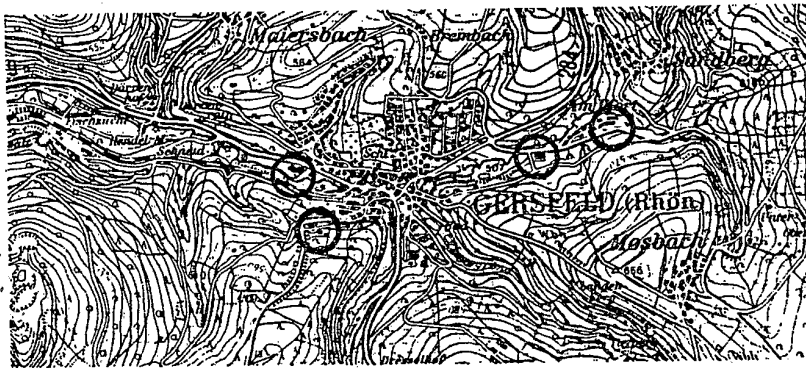
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 NO des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 96-1-007



Gemeinde Rasdorf

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 SW des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 96-1-007

Anlage 2, Übersichtskarte, Bestandteil der Neunten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 26. März 1996



Stadt Gersfeld



Gemeinde Rasdorf

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blätter L 5524 und L 5324 des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 96-1-007

503

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 3. April 1996

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 5. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen im Ortszentrum der Gemeinde **Hilders** für den in § 2 dieser Verordnung genannten Geltungsbereich aus Anlaß des Frühlingmarktes am Sonntag, dem 28. April 1996, in der Zeit von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr, freigegeben.

§ 2

Der Geltungsbereich dieser Verordnung umfaßt folgende Straßen und Plätze:

Bahnhofstraße, Heidelbergstraße, Marktstraße, Kirchstraße, Marienstraße bis zur Einmündung Kolpingstraße und Thüringer Straße bis zur Einmündung Marktstraße.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 28. April 1996 in Kraft.

Kassel, 3. April 1996

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 17/1996 S. 1359

504

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 4. April 1996

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1382), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 5. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kernstadt von **Witzenhausen** aus Anlaß der „3. Witzenhäuser Woche mit Kirschblütenmarkt“ am Sonntag, dem 28. April 1996, in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr, freigegeben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 28. April 1996 in Kraft.

Kassel, 4. April 1996

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 17/1996 S. 1359

124

GIESSEN

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des zukünftigen Naturschutzgebietes „Kerkerbachtal“ vom 15. Januar 1997

Auf Grund des § 18 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145) wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des zukünftigen Naturschutzgebietes „Kerkerbachtal“ vom 4. Februar 1994 (StAnz. S. 743) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Die Grünlandauflage des Kerkerbaches und die angrenzenden Waldbereiche nordöstlich von Eschenau werden in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, als zukünftiges Naturschutzgebiet für die Dauer von fünf Jahren einstweilig sichergestellt. Die Sicherstellung kann um höchstens ein Jahr verlängert werden.“
2. § 5 wird gestrichen.
3. In § 6 Satz 1 wird die Verweisung „§ 43 Abs. 2 Nr. 15“ durch die Verweisung „§ 43 Abs. 3 Nr. 9“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gießen, 15. Januar 1997

Regierungspräsidium Gießen
— Obere Naturschutzbehörde —
gez. B ä u m e r
Regierungspräsident
StAnz. 5/1997 S. 457.

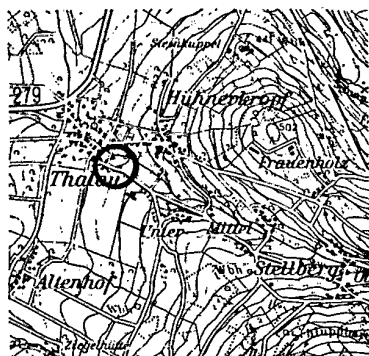
125

KASSEL

Zehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 14. Januar 1997

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000, Bestandteil der Zehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 14. Januar 1997



Gemeinde Ebersburg;
Gemarkung Thalau

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000,
Blatt L 5524 des Landesvermessungsamtes Hessen,
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 96-1-007

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. März 1996 (StAnz. S. 1357), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in einer Karte im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachte Fläche aufgehoben (Anlage 1). Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karte befinden sich bei dem Kreisauausschuß — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karte kann bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage des aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiches ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 14. Januar 1997

Regierungspräsidium Kassel
— Obere Naturschutzbehörde —
gez. Hilgen
Regierungspräsident
StAnz. 5/1997 S. 457

126

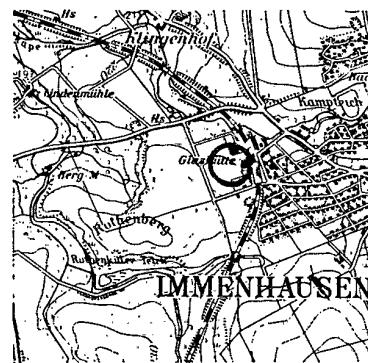
Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsbestandteilen und Landschaftsteilen im Kreise Hofgeismar vom 14. Januar 1997

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 1996 (GVBl. I S. 102), wird nachdem, den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Landschaftsbestandteile und Landschaftsteile im Kreise Hofgeismar“ vom 11. März 1938 (Amtsblatt der Regierung Kassel vom 29. März 1938), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 1938

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000, Bestandteil der Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsbestandteilen und Landschaftsteilen im Kreise Hofgeismar vom 14. Januar 1997



Stadt Immenhausen

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000,
Blatt L 4522 des Landesvermessungsamtes Hessen,
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 96-1-007

1107

Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis „Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 10. September 1997

Aufgrund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 217, 224), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. Januar 1997 (StAnz. S. 457), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufge-

hoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich bei dem Kreisausschuß — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

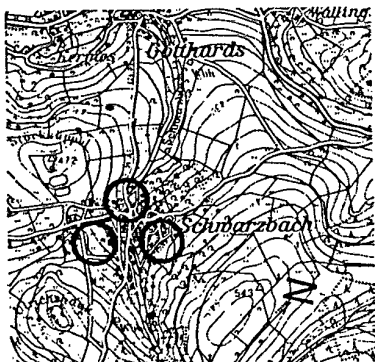
Kassel, 10. September 1997

Regierungspräsidium Kassel
— Obere Naturschutzbehörde —
gez. Hilgen
Regierungspräsident

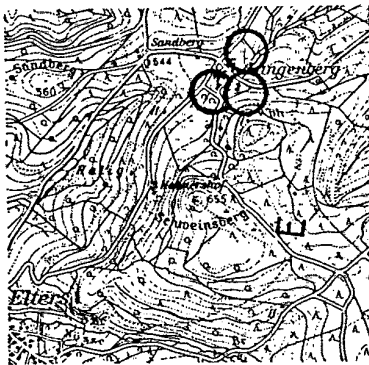
StAnz. 41/1997 S. 3076

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000

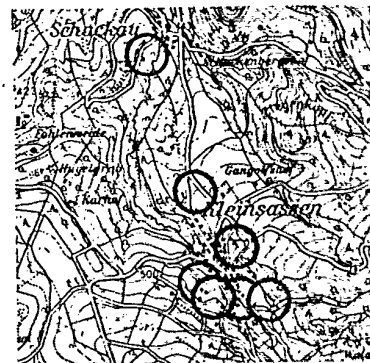
Bestandteil der Elften Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 10. September 1997



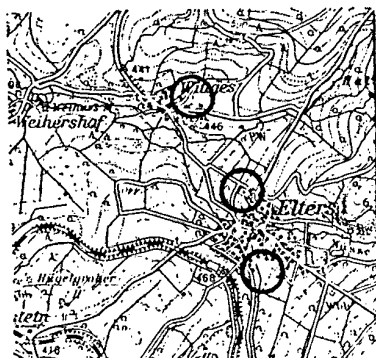
Gemeinde Hofbieber
Gemarkung Schwarzbach



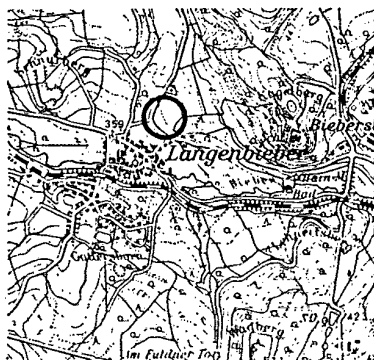
Gemeinde Hofbieber
Gemarkung Langenberg



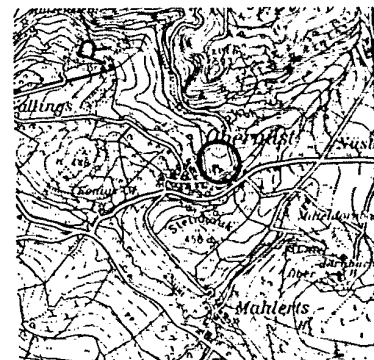
Gemeinde Hofbieber
Gemarkung Schackau und
Kleinsassen



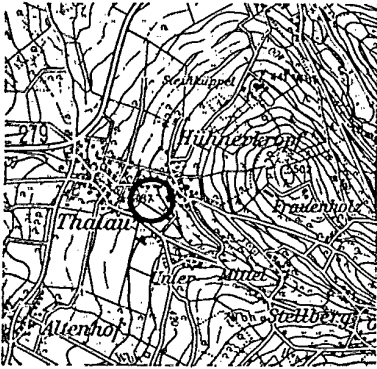
Gemeinde Hofbieber
Gemarkung Wittges und Elters



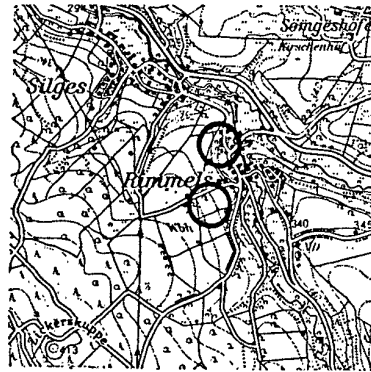
Gemeinde Hofbieber
Gemarkung Langenbieber



Gemeinde Hofbieber
Gemarkung Oberrüst



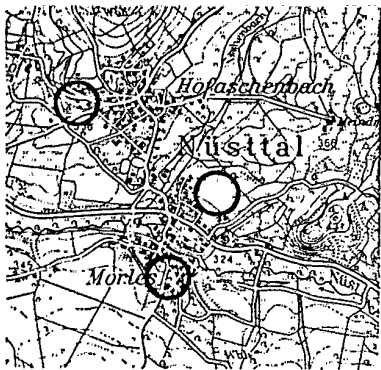
Gemeinde Ebersburg
Gemarkung Thalau



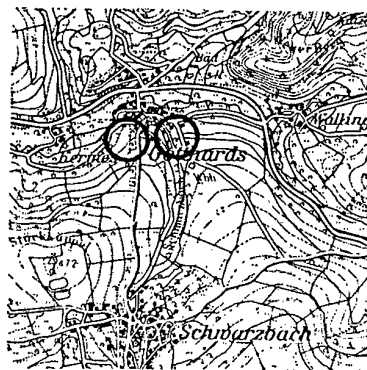
Gemeinde Nüsttal
Gemarkung Rimmels



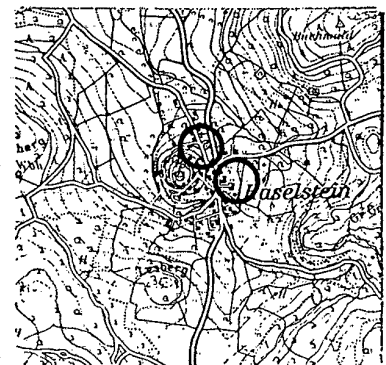
Gemeinde Nüsttal
Gemarkung Mittelaschenbach



Gemeinde Nüsttal
Gemarkung Morles und
Hofaschenbach



Gemeinde Nüsttal
Gemarkung Gotthards



Gemeinde Nüsttal
Gemarkung Haselstein

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blätter L 5324 und L 5524 des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 97 — 1 — 007

1108

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Fortbildungsseminare des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Darmstadt

Der Hessische Verwaltungsschulverband — Verwaltungsseminar Darmstadt — führt nachfolgend aufgeführte Seminare durch.
Namentliche Anmeldungen bitten wir über die Dienststelle an das Verwaltungsseminar Darmstadt, Kiesstraße 5—15, 64283 Darmstadt, Tel. 0 61 51/4 98 10, zu richten.

Darmstadt, 26. September 1997

Hessischer Verwaltungsschulverband
Verwaltungsseminar Darmstadt
St.Anz. 41/1997 S. 3077

Thema: **Kulturarbeit in der kommunalen Praxis Workshop**
Kurs: **AT 03**
Lernziel: **Ergänzung des AT 02**
Themen-
schwerpunkte: **Konkrete Einzelfall-Fragestellungen aus den kommunalen Kulturverwaltungen sollen gemeinsam gelöst und diskutiert werden. Fragen bzw. Problemstellungen sollen bis spätestens 30. April 1997 schriftlich an das Verwaltungsseminar eingereicht werden!**

Teilnehmerkreis: **Lehrgangsteilnehmer am Fortbildungsseminar AT 02 „Kulturarbeit in der kommunalen Praxis“.**
Zeitplan: **Das Seminar umfaßt sechs Unterrichtsstunden und wird an einem Tag, in der Zeit von 8.15—13.15 Uhr, durchgeführt. Veranstaltungstermin: Dienstag, 25. November 1997**
Dozent: **Roland Dotzert**
Thema: **Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts**
Kurs: **PW 16**
Lernziel: **Das Gesetz zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (1997) hat erhebliche Änderungen im Beamtenrechtsrahmengesetz, im Bundesbesoldungsgesetz sowie im Beamtenversorgungsgesetz zum Inhalt. Die Änderungen und deren Auswirkungen auf die bestehenden Beamtenverhältnisse sollen eingehend besprochen werden. Das Gesetz war zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Fortbildungsprogramms noch nicht verabschiedet.**

Eine Ausfertigung des genannten Bescheides ist vom Tage nach dieser Bekanntmachung an zwei Wochen beim Regierungspräsidium Gießen, Abt. IV, Staatliches Umweltamt Marburg, Landgraf-Philipp-Platz 3—7, 35390 Gießen, Zimmer 217, zu den üblichen Dienstzeiten zur Einsicht ausgelegt.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Bescheid bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Beteiligten schriftlich beim Regierungspräsidium Gießen, Abt. IV, Staatliches Umweltamt Marburg, Landgraf-Philipp-Platz 3—7, 35390 Gießen, angefordert werden.

Genehmigungsbescheid

1. Aufgrund des Antrages vom 11. Februar 1998 wird der Chiron Behring GmbH, Emil-von-Behring-Straße 76, 35041 Marburg — im folgenden Antragstellerin genannt —, die Genehmigung erteilt, nach Maßgabe der im folgenden aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und unter Beachtung der nachfolgenden Nebenbestimmungen in Marburg, im Werksteil Berghof-Hinkelbach, Gemarkung Marburg-Marbach, Flur 5, Flurstück 27/13, im Gebäude Z 26 eine gentechnische Anlage der Sicherheitsstufe 1 zu Forschungszwecken wesentlich zu ändern und sie nachfolgend als gentechnische Anlage der Sicherheitsstufe 2 zu Forschungszwecken weiter zu betreiben.

Die gentechnische Anlage umfaßt folgende Räume:

402—429 und den Flur 401/401.1 im 4. Geschoß, das Treppenhaus 400/500 zum 5. Geschoß und 511—521; 528—531 und den Flur 501 im 5. Geschoß des Gebäudes Z 26.

In der Anlage ist die Durchführung des Vorhabens:

„Entwicklung einer Vakzine gegen *Neisseria meningitidis*.“

unter Verwendung von

— *Neisseria meningitidis*

als Spenderorganismen

E. coli K 12 Stämmen

als Empfängerorganismen und

— pcDNA1

— pGEX

— pET

— pQE

— pMAL-c/p

— λ-ZAPII

— pBluescript

sowie Derivate dieser Vektoren, mit Abweichungen in der multiplen Klonierungsstelle und C- oder N-terminalen poly-Histidin Sequenzen

als Vektoren

zulässig.

2. Die Genehmigung schließt andere, die gentechnische Anlage betreffende behördliche Entscheidungen, gemäß § 22 Abs. 1 GenTG mit ein.
3. Die gentechnische Anlage darf nicht anders als in den genannten Unterlagen beschrieben geändert und betrieben werden, es sei denn, im folgenden werden Änderungen gefordert.
4. **Rechtsgrundlagen**

Dieser Bescheid ergeht aufgrund der §§ 9 Abs. 2 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 und Abs. 4 sowie 11 Abs. 6 des Gesetzes zur Regelung der Gentechnik (GenTG) in der Fassung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2064) in Verbindung mit § 1 der Hessischen Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten nach dem Gentechnikgesetz vom 20. Dezember 1995 (GVBl. I S. 566) in der Fassung des Gesetzes zur Neuorganisation der hessischen Umweltverwaltung vom 15. Juli 1997 (GVBl. S. 232).

Ein Projektleiter, ein Stellvertreter und ein Beauftragter für die Biologische Sicherheit wurden bestellt.

Nebenbestimmungen

Der Bescheid enthält Bedingungen zum Betrieb der Anlage. Die Nebenbestimmungen betreffen unter anderem den Arbeits- und Gesundheitsschutz der in der Anlage Beschäftigten sowie Aspekte des Brandschutzes, der Abwasser- und Abfallentsorgung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Regierungspräsidium Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 3—7, 35390 Gießen, oder bei der Abteilung IV, Staatliches Umweltamt Marburg, Robert-Koch-Straße 15/17, 35037 Marburg, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Gießen, 11. März 1998

Regierungspräsidium Gießen

46 Mr/53 o 06.05.02 G CBG 1/98

StAnz. 13/1998 S. 936

297

KASSEL

Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 26. Februar 1998

Aufgrund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1997 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. September 1997 (StAnz. S. 3076), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in den Karten im Maßstab 1:10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Ver-

ordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreisausschuß — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutzgebiet entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1:50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 26. Februar 1998

Regierungspräsidium Kassel

Obere Naturschutzbehörde

gez. Hilgen

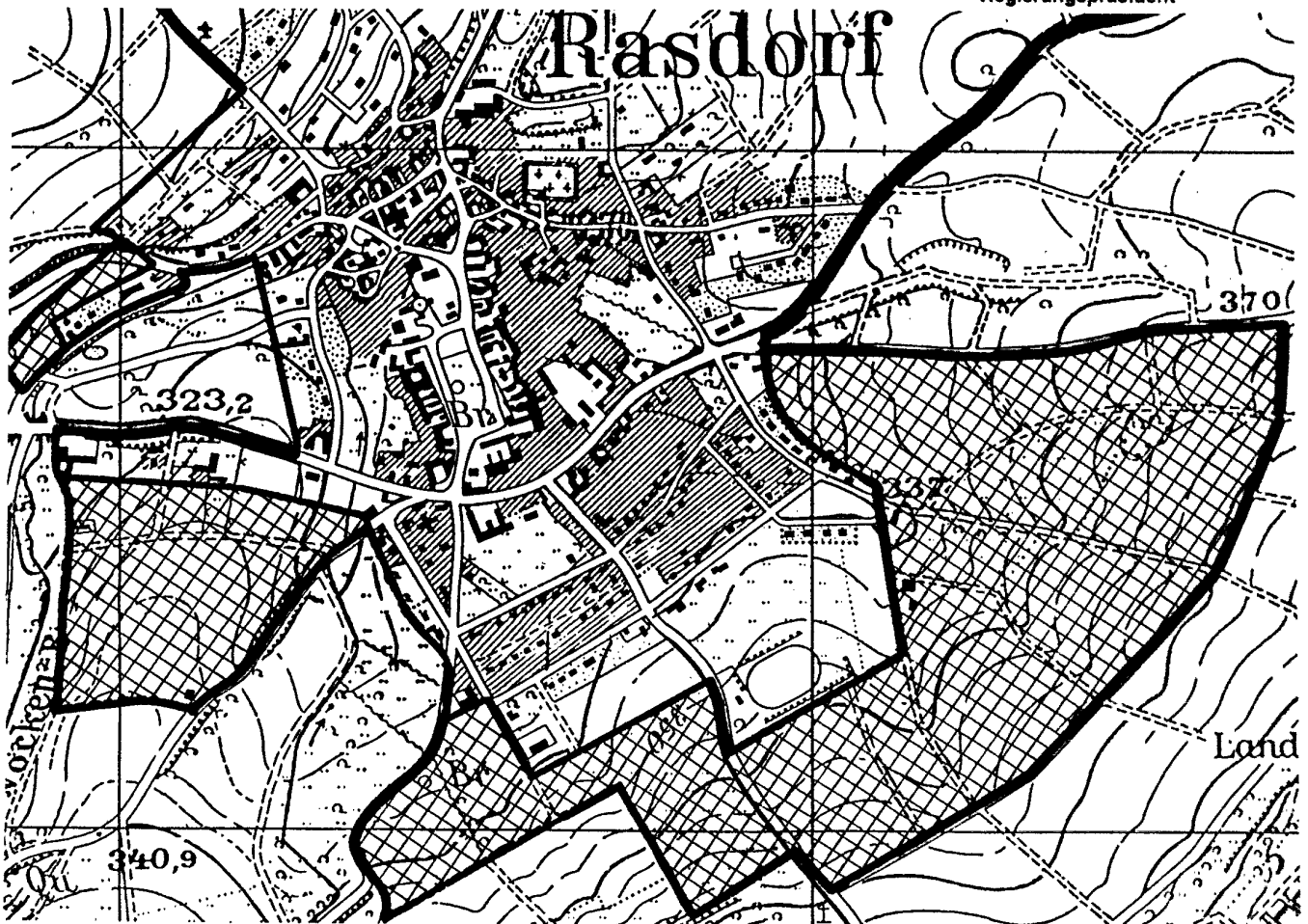
Regierungspräsident

StAnz. 13/1998 S. 937

Anlage 1, Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000, Bestandteil der Zwölften Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 26. Februar 1998

Regierungspräsidium Kassel
Obere Naturschutzbehörde
gez. Hilgen
Regierungspräsident



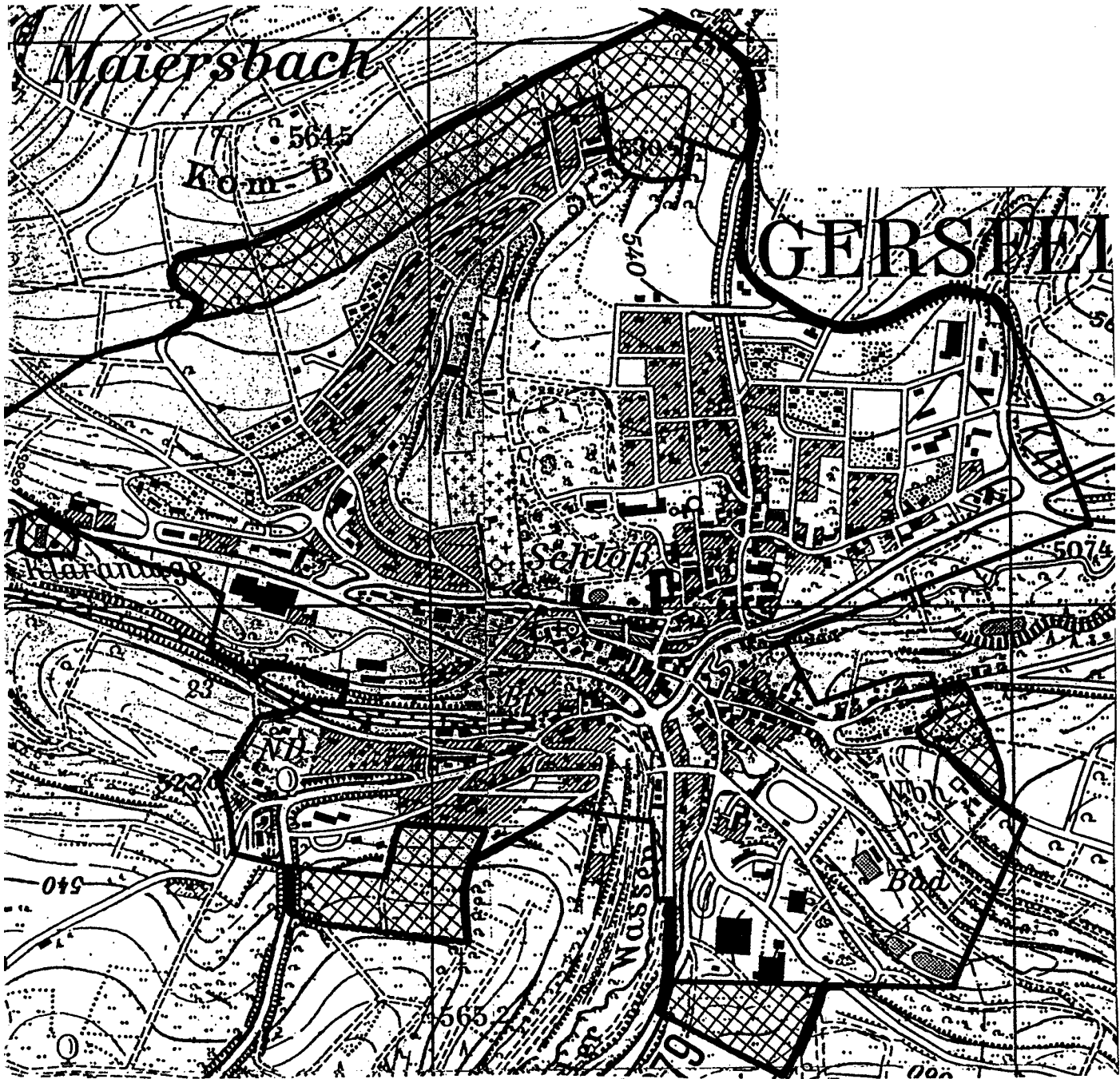
Gemeinde Rasdorf, Gemarkung Rasdorf

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 SW des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



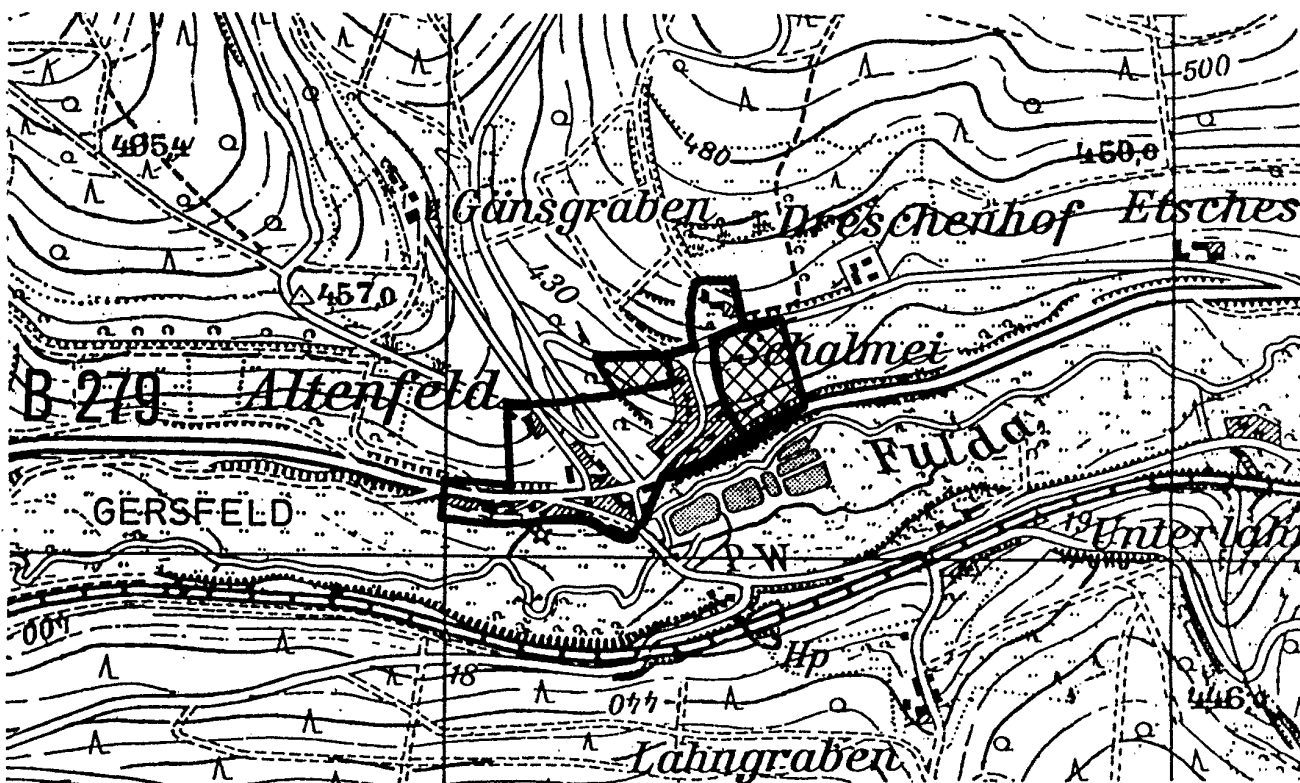
Gemeinde Rasdorf, Gemarkung Setzelbach

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5325 NW des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



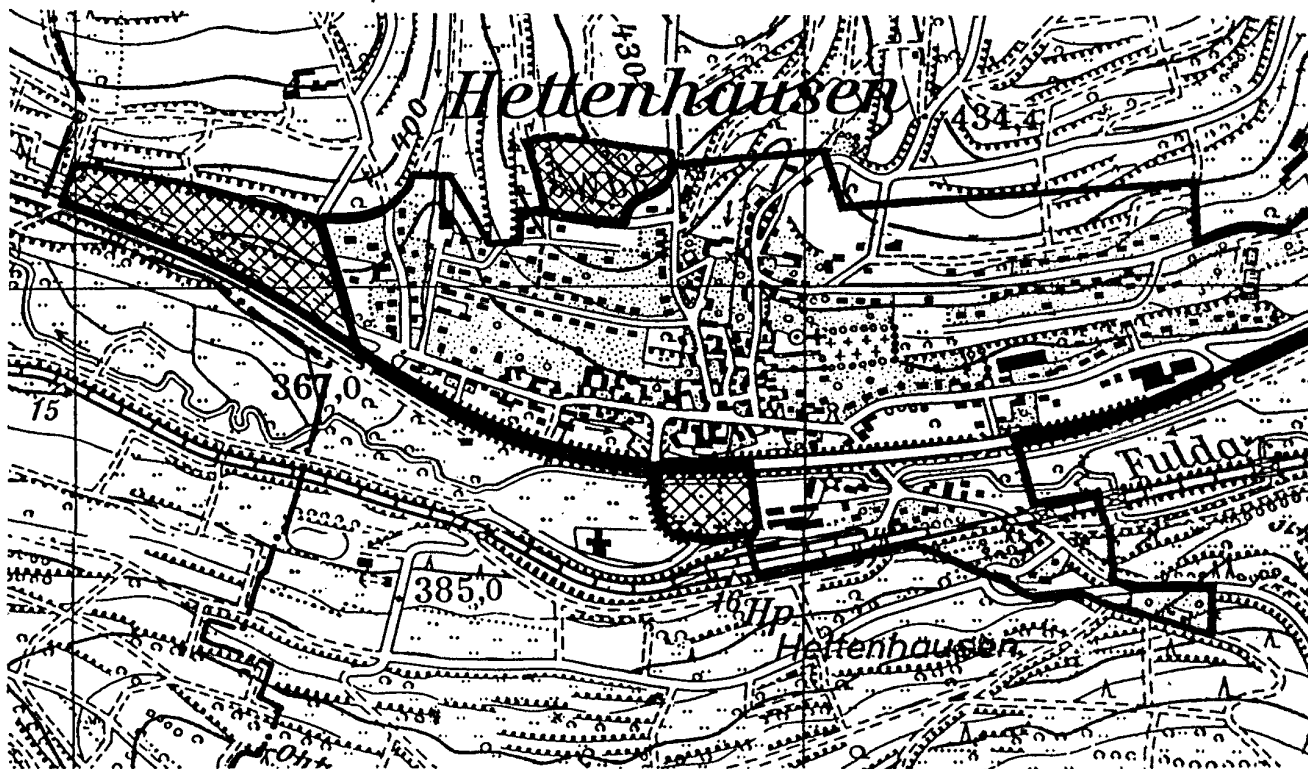
Stadt Gersfeld

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 NO, NW, SW, SO des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



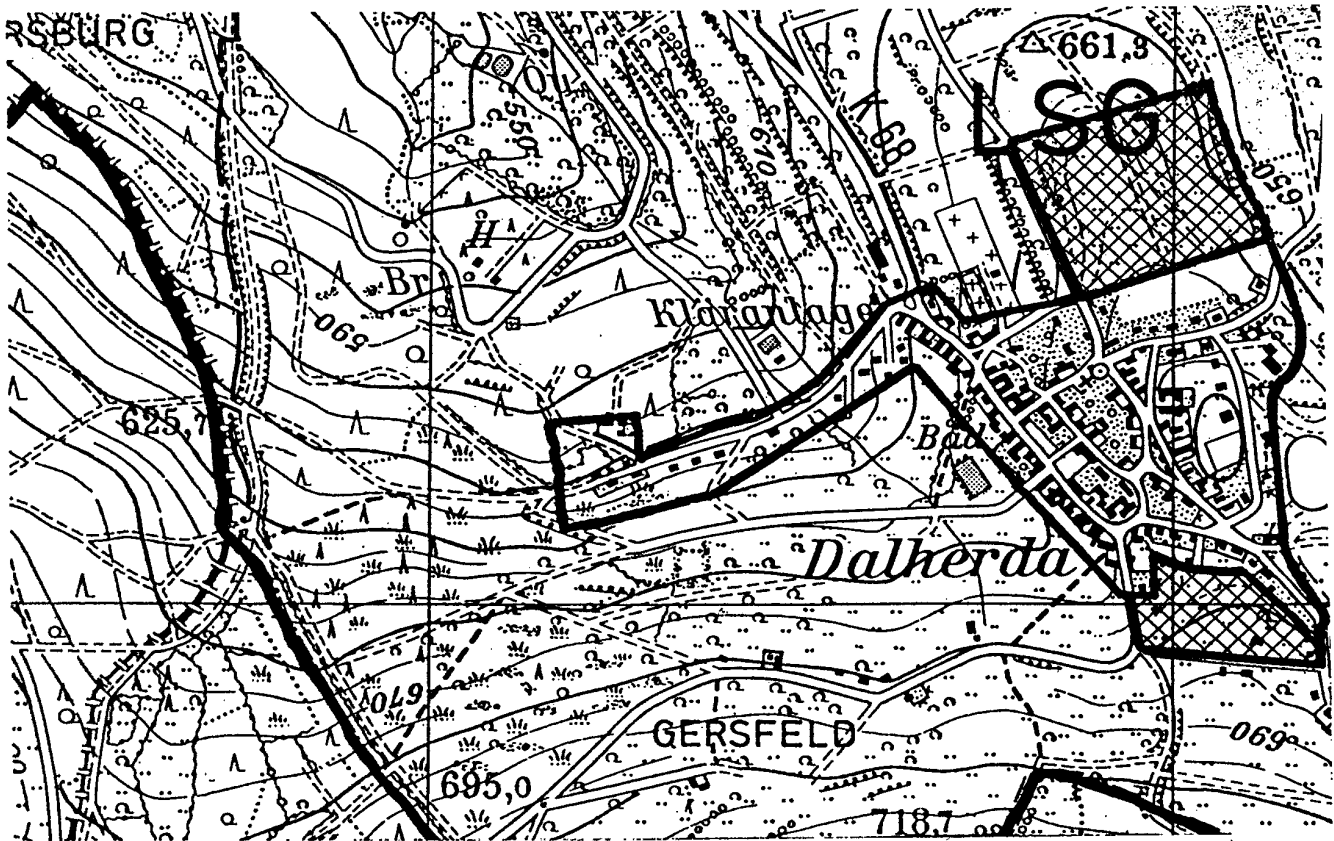
Stadt Gersfeld, Gemarkung Altenfeld

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 NW des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



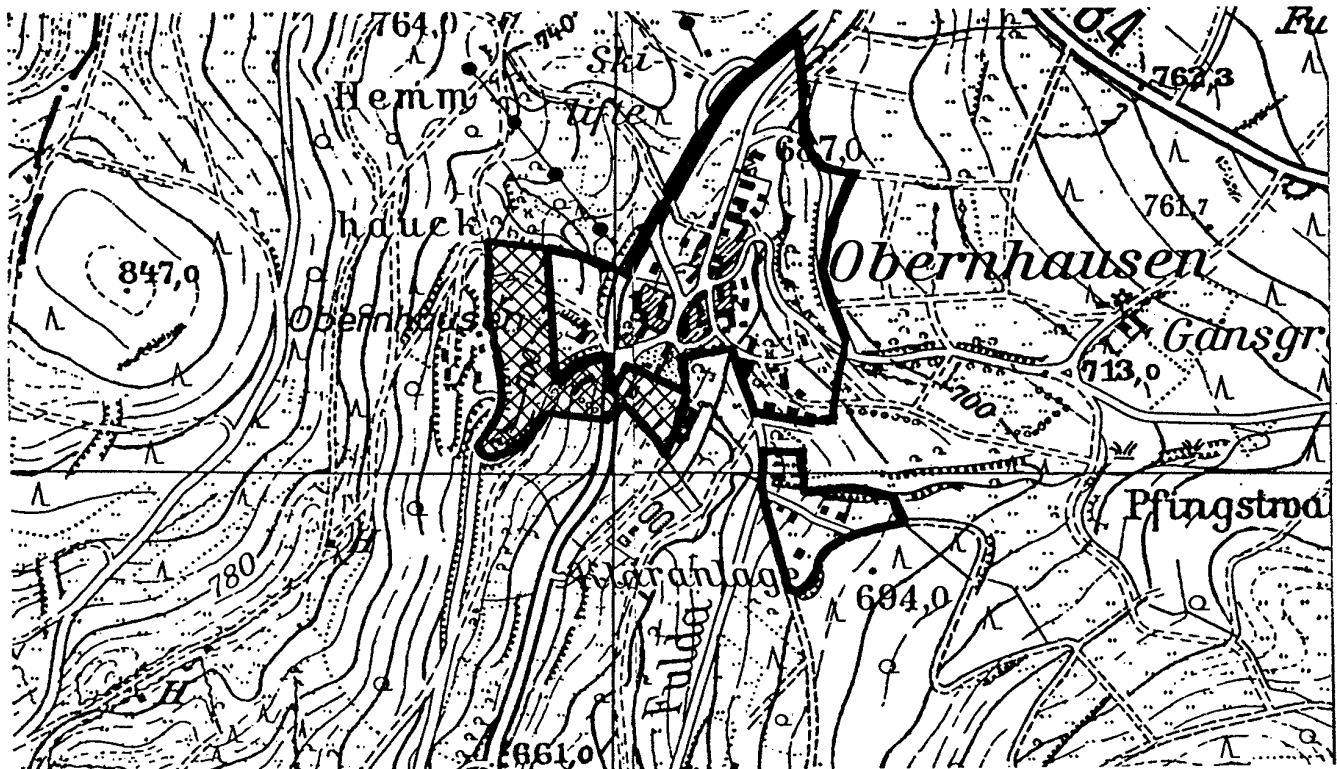
Stadt Gersfeld, Gemarkung Hettenhausen

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5524 NO des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



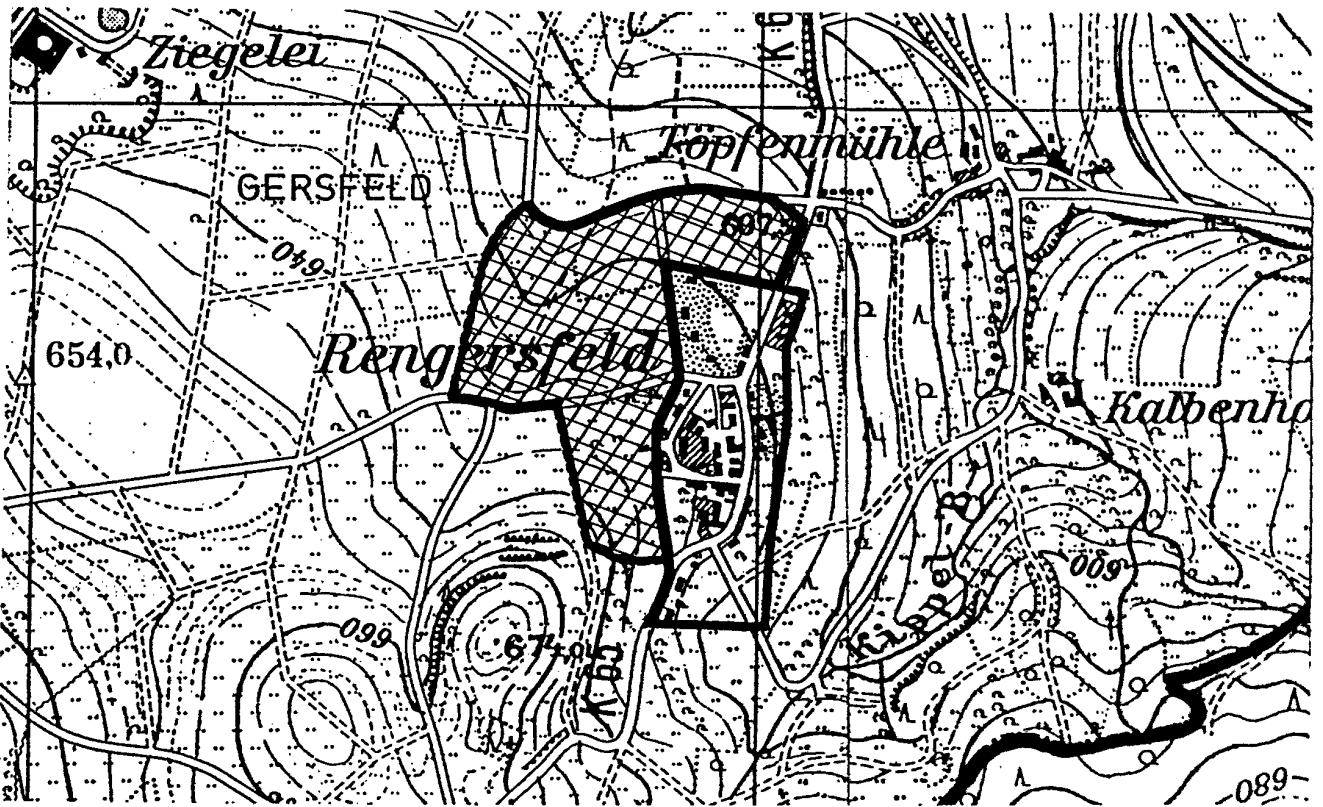
Stadt Gersfeld, Gemarkung Dalherda

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5524 SO des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007

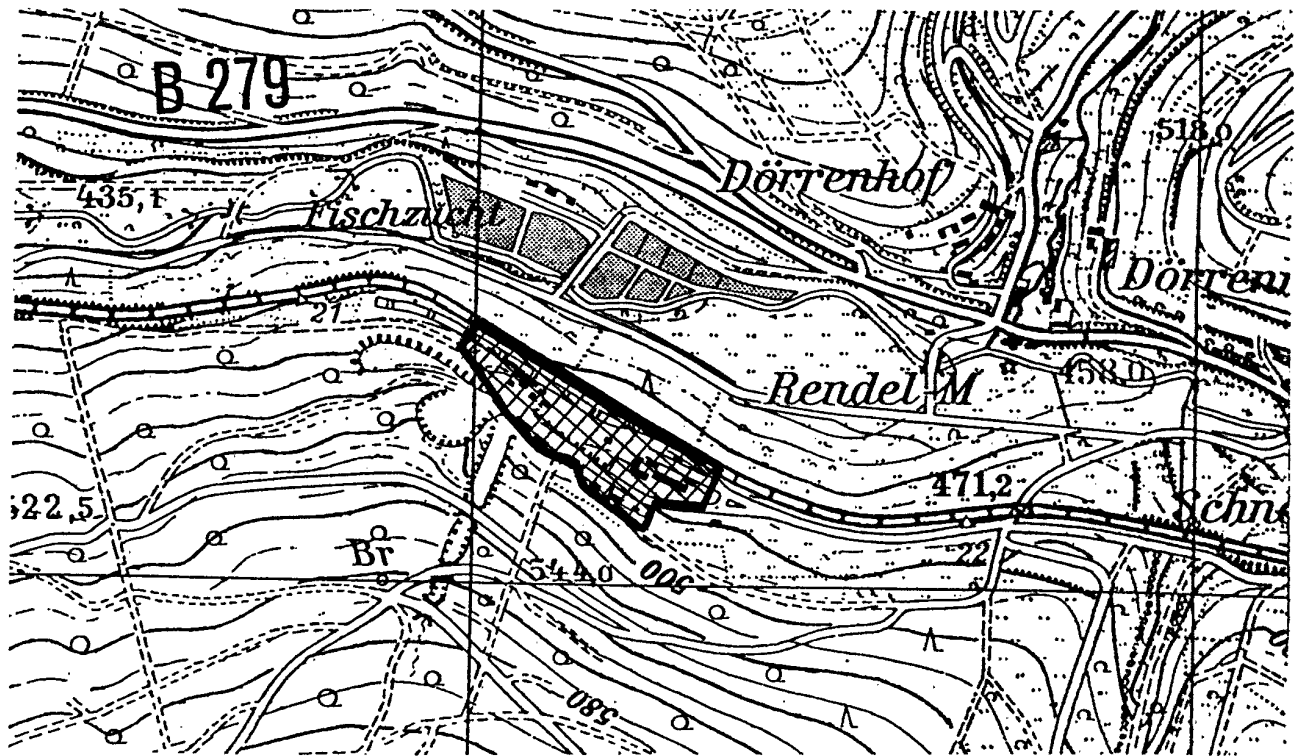


Stadt Gersfeld, Gemarkung Obernhausen

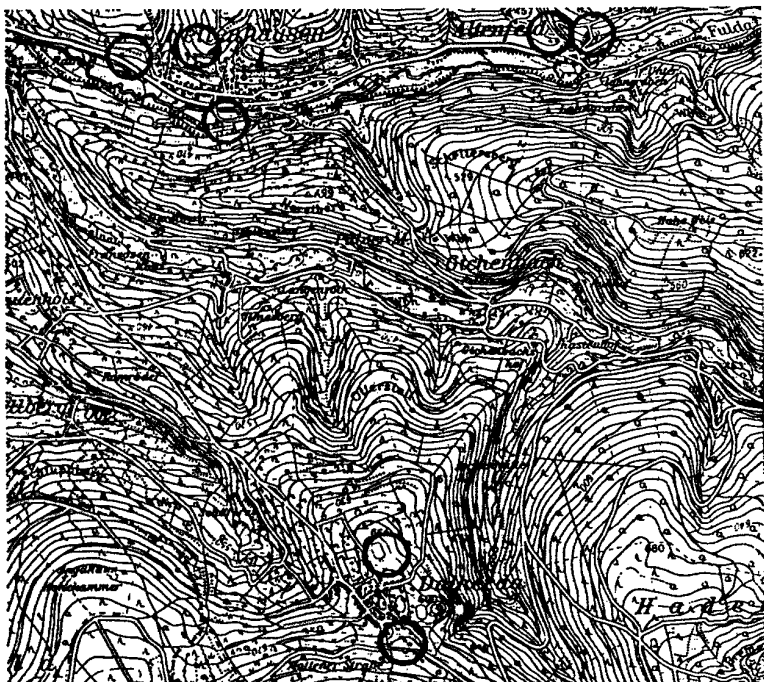
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 NO des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



Stadt Gersfeld, Gemarkung Rengersfeld
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 SW des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007

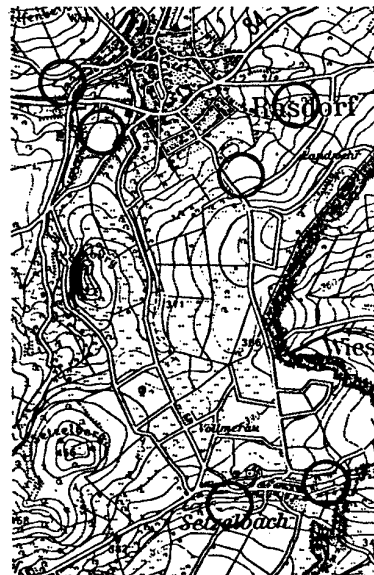


Stadt Gersfeld, Gemarkung Gersfeld
Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 10 000, Blatt 5525 NW des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



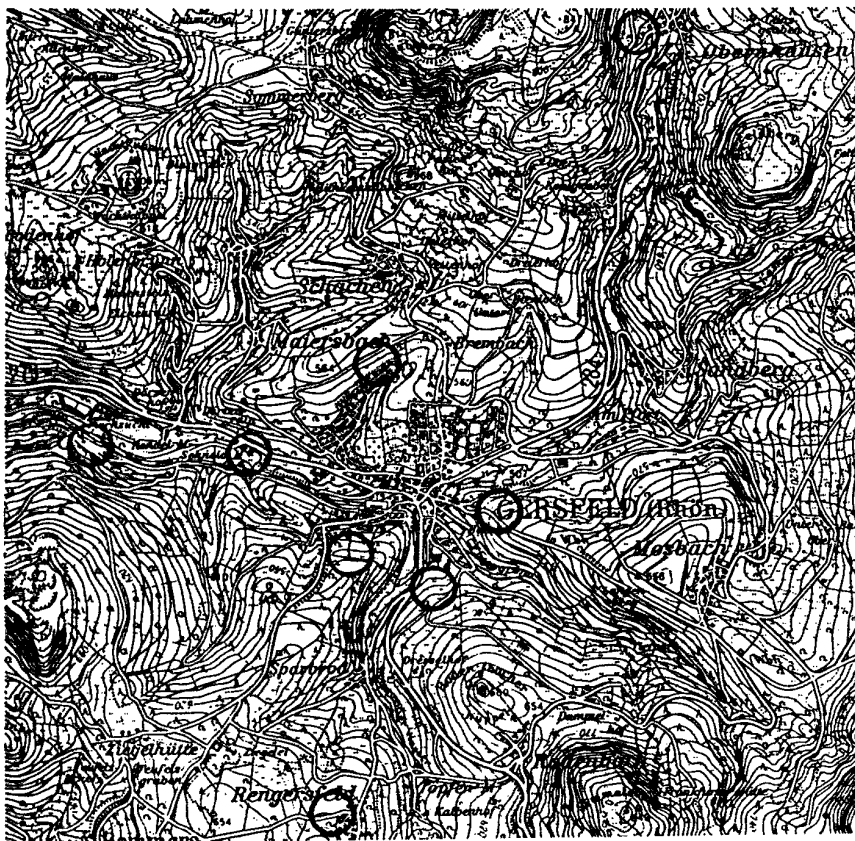
Stadt Gersfeld
 Gemarkung Hattenhausen
 Gemarkung Altenfeld
 Gemarkung Dalherda

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000, Bestandteil der Zwölften Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 26. Februar 1998



Gemeinde Rasdorf
 Gemarkung Rasdorf
 Gemarkung Setzelbach

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blätter L 5324 und L 5524 des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007



Stadt Gersfeld
 Gemarkung Obernhäusen
 Gemarkung Rengersfeld
 Gemarkung Gersfeld

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blatt L 5524 des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 — 1 — 007

708

Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 15. Juni 1998

Aufgrund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1997 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 1998 (BGBl. I S. 823), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Februar 1998 (StAnz. S. 937), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben

(Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich bei dem Kreisaußenamt — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

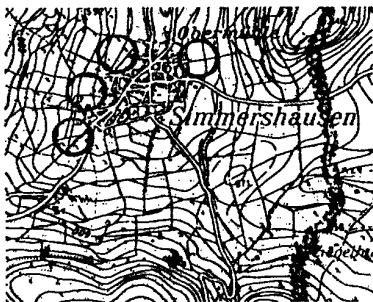
Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 15. Juni 1998

Regierungspräsidium Kassel
— Obere Naturschutzbehörde —
gez. Hilgen
Regierungspräsident

StAnz. 29/1998 S. 2086

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000, Bestandteil der Dreizehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 15. Juni 1998



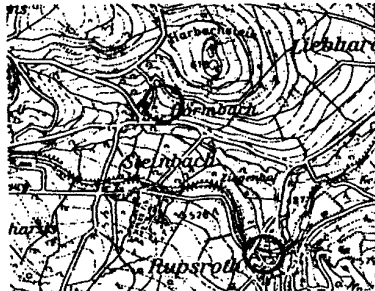
Gemeinde Hilders
Gemarkung Simmershausen



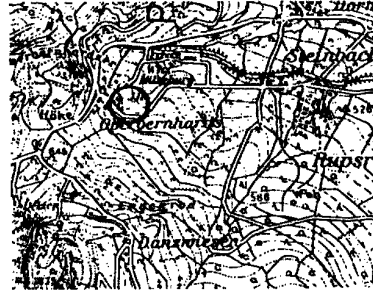
Gemeinde Hilders
Gemarkung Rupsroth



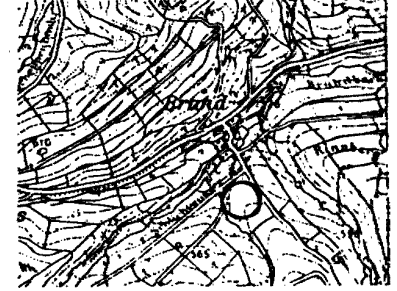
Gemeinde Hilders
Gemarkung Dietges



Gemeinde Hilders
Gemarkungen Ruperoth und Dörbach



Gemeinde Hilders
Gemarkung Oberbernhards



Gemeinde Hilders
Gemarkung Brand



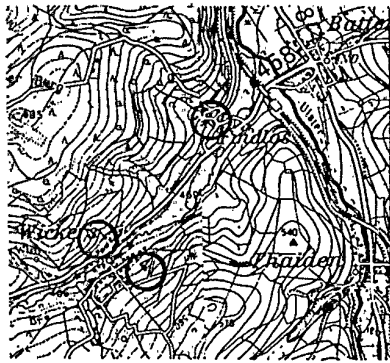
Gemeinde Hilders
Gemarkung Hilders



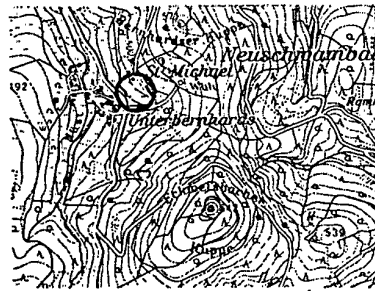
Gemeinde Hilders
Gemarkung Batten



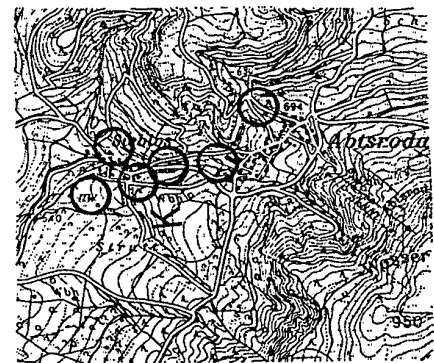
Gemeinde Hilders
Gemarkungen Eckweisbach und
Liebhardts



Gemeinde Hilders
Gemarkungen Wickers und Findlos



Gemeinde Hilders
Gemarkung Unterbernhards



Gemeinde Poppenhausen
Gemarkungen Sieblos und Abtsroda



Gemeinde Poppenhausen
Gemarkungen Rodholz und Poppenhausen

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1: 50 000,
Blätter L 5524 und L 5526
des Landesvermessungsamtes Hessen,
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 98 - 1 - 007

709

Staatliche Anerkennung als sachverständige Stelle nach § 4 der Indirekteinleiterverordnung

Wasserrechtliche Anerkennung als sachverständige Stelle gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung

Verlängerungsbescheid

Der Anerkennungsbescheid der Firma Altschul Dental GmbH, Rheinallee 191, 55120 Mainz, vom 8. August 1996, Az. 39 a—79 g 12.01.1 (Nr. 3/95), wird gemäß § 4 der Indirekteinleiterverordnung — VGS — vom 9. Dezember 1992 (GVBl. I S. 675), geändert durch Verordnung vom 1. September 1994 (GVBl. I S. 443) in der jetzt geltenden Fassung verlängert.

Die Anerkennung gilt für die Überwachung der durch § 1 Abs. 1 Nr. 3 der Indirekteinleiterverordnung von der Erlaubnispflicht befreiten indirekten Einleitungen von Abwasser mit gefährlichen Stoffen für den nachstehend genannten Prüfbereich:

Zahnbehandlung (Anhang 50 zur Rahmen-Abwasserverwaltungsvorschrift).

Die Anerkennung beginnt am 7. August 1997 und ist befristet bis zum 31. Dezember 1998.

Kassel, 7. August 1998

Regierungspräsidium Kassel
42.4/KS — 79 g 12.01 (Nr. 3-95)
StAnz. 29/1998 S. 2087

710

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Fortbildungslehrgänge 1998 des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Wiesbaden

Das Verwaltungsseminar Wiesbaden bietet in Wiesbaden und Gießen folgende Lehrgänge an:

- F 01-02 Grundlehrgang in Personalführung**
Zielgruppe: Jüngere Führungskräfte des gehobenen und höheren Dienstes sowie vergleichbare Angestellte
Schwerpunkte: — Traditionelle Führungsmodelle
— Führung und Leitung
— Führungsstile
— Führungsaufgaben
— Führungsgespräche

- Dauer: 16 Stunden
Veranstaltungsort: Wiesbaden
Zeitplan: 9./16. November 1998, jeweils von 8.00 bis 15.30 Uhr
Dozent: Herr Schickel, Dozent beim Hessischen Verwaltungsschulverband

- F 01-03 Instrumentarien der Personalführung**
Zielgruppe: Führungskräfte
Ziel: Das Wissen über erfolgsorientierte Unternehmensführung nimmt explosionsartig zu. Führungskräfte müssen erkennen, daß zur Bewältigung der Führungsaufgaben neue Konzepte, Denkansätze und Methoden erlernt und angewendet werden müssen. Be-

zusehen. Ich bitte, das vom Landespersonalamt Hessen mit Rundschreiben vom 30. November 1993 (StAnz. S. 3127) abgedruckte Muster eines Ausbildungsnachweises zu verwenden.

6. Sonstiges

Hinsichtlich der bei mir gemäß den §§ 31 bis 33 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zu beantragenden Eintragung der neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bitte ich, entsprechend meinem Rundschreiben vom 3. September 1998 (StAnz. S. 3028) zu verfahren.

Die Durchführungshinweise vom 12. Mai 1992 (StAnz. S. 1210) werden aufgehoben.

Gießen, 4. Juni 1999

Regierungspräsidium Gießen
I 19 — LS 1906/02/1907
StAnz. 26/1999 S. 2137

666

Richtlinien über die Zulassung von Externen zur Abschlussprüfung in den Ausbildungsberufen „Verwaltungsfachangestellter/Verwaltungsfachangestellte“ und „Fachangestellter/Fachangestellte für Bürokommunikation“ vom 4. Juni 1999

Aufgrund des § 44 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) erlasse ich im Einvernehmen mit dem Berufsbildungsausschuss nachstehende Richtlinien über die Zulassung von Externen zur Abschlussprüfung in den Ausbildungsberufen „Verwaltungsfachangestellter/Verwaltungsfachangestellte“ und „Fachangestellter/Fachangestellte für Bürokommunikation“:

1. Für die Zulassung zur Abschlussprüfung ist eine mindestens sechsjährige praktische Tätigkeit in Aufgaben des Ausbildungsberufs nachzuweisen, in dem die Prüfungszulassung erfolgen soll (§ 40 Abs. 2 Satz 1 BBiG).
2. Von der in Ziffer 1 genannten Dauer der Berufstätigkeit kann abgewichen werden, wenn von der zu der Prüfung anstehenden Person durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft dargelegt wird, dass sie Kenntnisse und Fertigkeiten erworben hat, die die Zulassung zur Abschlussprüfung rechtfertigen (§ 40 Abs. 2 Satz 2 BBiG). Diese Voraussetzungen können bei Personen als erfüllt angesehen werden, die bis zum Zeitpunkt des Beginns der Prüfung
 - a) eine mindestens dreijährige praktische Tätigkeit abgeleistet und das Abschlusszeugnis in einem Beruf, der dem Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung zuzuordnen ist, besitzten oder
 - b) eine mindestens vierjährige praktische Tätigkeit abgeleistet und einen Grundlehrgang Verwaltung an einem Verwaltungsseminar des Hessischen Verwaltungsschulverbandes mit Erfolg besucht haben
 und regelmäßig am Unterricht eines Lehrgangs an einem Verwaltungsseminar des Hessischen Verwaltungsschulverbandes zur Vorbereitung auf die Abschlussprüfung teilgenommen haben.
3. Bei Teilzeitbeschäftigung werden die Zeiten der praktischen Tätigkeit wie folgt berechnet:
 - a) Eine Teilzeitbeschäftigung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit wird einer Vollzeitbeschäftigung gleichgestellt.
 - b) Eine Teilzeitbeschäftigung, deren Umfang zwischen einer geringfügigen Beschäftigung im Sinne von § 3 Buchstabe n BAT in Verbindung mit § 8 SGB IV und einer Tätigkeit mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit liegt, wird unter Beachtung des Grundsatzes von Ziffer 3 a) anteilig angerechnet.
 - c) Eine geringfügige Beschäftigung im Sinne von § 3 Buchstabe n BAT in Verbindung mit § 8 SGB IV wird nicht berücksichtigt.
4. Über die Zulassung zur Abschlussprüfung wird im Einzelfall entschieden. Anträge sind mir spätestens drei Monate vor Beginn der Vorbereitungslehrgänge auf dem hierfür vorgesehenen Vordruck vorzulegen.

5. Diese Richtlinien treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt treten die Richtlinien über die Zulassung von Externen zur Abschlussprüfung in den Ausbildungsberufen „Verwaltungsfachangestellte/r“ und „Fachangestellte/r für Bürokommunikation“ vom 19. Januar 1994 (StAnz. S. 573) außer Kraft.

Gießen, 4. Juni 1999

Regierungspräsidium Gießen
I 19 — LS 1944 A
StAnz. 26/1999 S. 2138

667

Genehmigung der „Stadtwaldstiftung Laubach“, Sitz Laubach

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1998 (GVBl. I S. 562), habe ich die durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. April 1999 errichtete „Stadtwaldstiftung Laubach“ mit Sitz in 35321 Laubach mit Stiftungsurkunde vom 31. Mai 1999 genehmigt.

Gießen, 31. Mai 1999

Regierungspräsidium Gießen
II 21 — 25 d 04/11 — (1) — 62
StAnz. 26/1999 S. 2138

668

KASSEL

Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 22. April 1999

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1997 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juni 1998 (StAnz. S. 2086), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in den Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreisaußschuß — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Würthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000

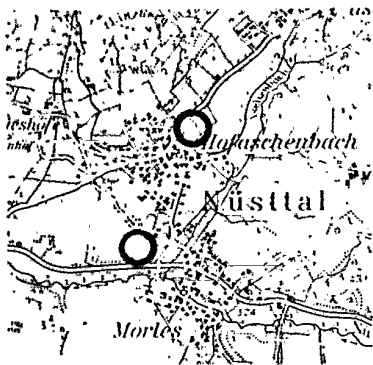
Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

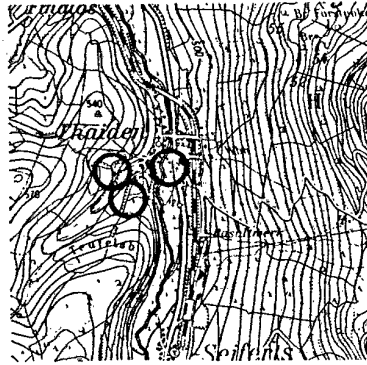
Kassel, 22. April 1999

Regierungspräsidium Kassel
— obere Naturschutzbehörde —
gez. Hilgen
Regierungspräsident
StAnz. 26/1999 S. 2138

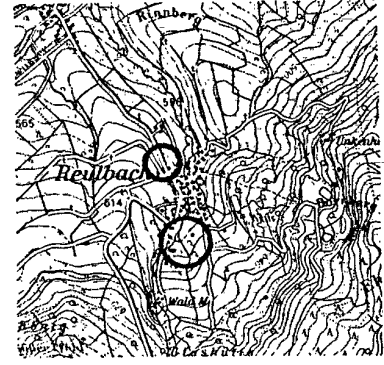
Anlage 2
Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000
Bestandteil der Vierzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 22. April 1999



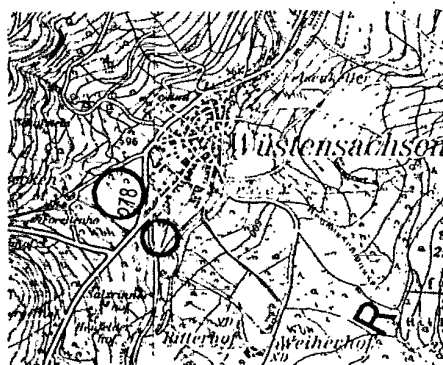
Gemeinde Nüsttal
 Gemarkung Hofaschenbach



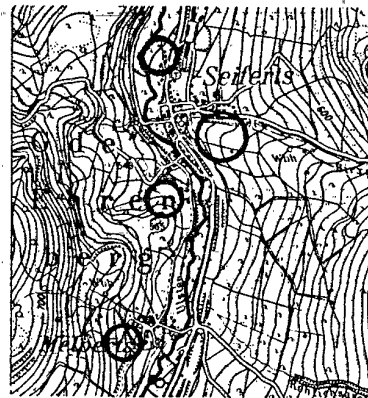
Gemeinde Ehrenberg
 Gemarkung Thaiden



Gemeinde Ehrenberg
 Gemarkung Reulbach



Gemeinde Ehrenberg
 Gemarkung Wüstensachsen



Gemeinde Ehrenberg
 Gemarkung Melperts
 Gemarkung Seiferts

Auszüge aus der Topographischen Karte im Maßstab 1 : 50 000, Blätter L 5324, 5524 und 5526 des Landesvermessungsamtes Hessen; Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 99 - 1 - 007

669

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 10. Juni 1999

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1186), in Verbindung mit der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums zum Erlaß von Rechtsverordnungen aufgrund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kernstadt **Witzenhausen** aus Anlaß der Kesperkirmes in Verbindung mit dem Altstadtfest am Sonntag, dem 11. Juli 1999, in der Zeit von 13.00 Uhr bis 18.00 Uhr freigegeben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 11. Juli 1999 in Kraft.

Kassel, 10. Juni 1999

Regierungspräsidium Kassel
 gez. Scheibelhuber
 Regierungspräsidentin

StAnz. 26/1999 S. 2139

670

Genehmigung der Verfassungsänderung und der Zusammenlegung der Dr.-Ing.-Rubin-Stiftung mit der Stiftung Deutsches Segelflugmuseum mit Modellflug, Sitz Gersfeld

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit § 9 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Art. 5 des Dritten Gesetzes zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung vom 17. Dezember 1998 (GVBl. I S. 562), habe ich die Verfassungsänderung sowie die damit einhergehende Zusammenlegung der Dr.-Ing.-Rubin-Stiftung mit der Stiftung Deutsches Segelflugmuseum mit Modellflug, Sitz Gersfeld (Landkreis Fulda), am 26. Mai 1999 genehmigt.

Kassel, 8. Juni 1999

Regierungspräsidium Kassel
 21 — 25 d 04/11 — 2.13

StAnz. 26/1999 S. 2139

278

Anerkennung als staatlich anerkannte Prüfstelle für Durchflussmessungen

Das Ingenieurbüro Reich + Heß, Heinrich-Albert-Straße 12, 34131 Kassel, und Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße 13, 36141 Lauterbach (Hessen), wird gemäß § 53 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) in der Fassung vom 22. Januar 1990 (GVBl. I S. 113 ff.) in Verbindung mit §§ 5 und 6 der Eigenkontrollverordnung (EKVO) vom 22. Februar 1993 (GVBl. I S. 69 ff.) und Nr. 3 der Verwaltungsvorschrift zur Eigenkontrolle von Abwasseranlagen (VwV-EKVO) vom 5. Juni 1993 (StAnz. S. 1639 ff.) widerruflich als Prüfstelle für Durchflussmessungen anerkannt.

Die Anerkennung gilt für Durchflussmessungen bei Abwasseranlagen.

Ausgenommen ist das Verfahren der Messungen mit Tracern. Die Anerkennung beginnt am 8. Februar 2000 und ist bis zum 7. Februar 2005 befristet.

Eine Liste sämtlicher staatlich anerkannter und staatlicher Prüfstellen ist beim Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Staatliches Umweltamt Wetzlar, Schanzenfeldstraße 10–12, 35578 Wetzlar, oder per eMail dez42.4-wz@rpu-wz.hessen.de erhältlich.

Gießen, 17. Februar 2000

Regierungspräsidium Gießen
IV/Wz 42.4 — 79 f 12/01 — We
StAnz. 12/2000 S. 986

279

KASSEL

Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 21. Februar 2000

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1997 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. April 1999 (StAnz. S. 2138), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in den Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie

werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreisausschuss — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

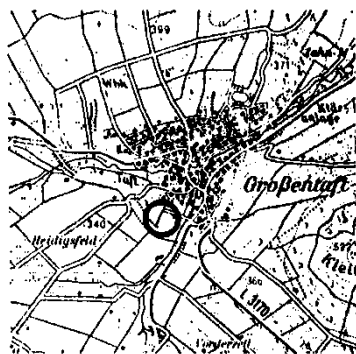
Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

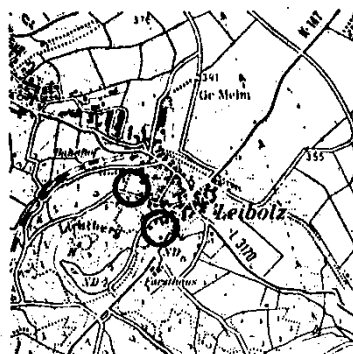
Kassel, 21. Februar 2000

Regierungspräsidium Kassel
— obere Naturschutzbehörde —
gez. Scheibelhuber
Regierungspräsidentin
StAnz. 12/2000 S. 986

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000, Bestandteil der Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 21. Februar 2000

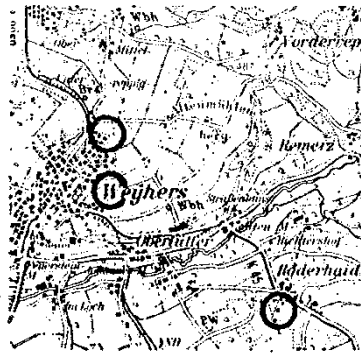


Gemeinde Elterfeld
Gemarkung Großertaft

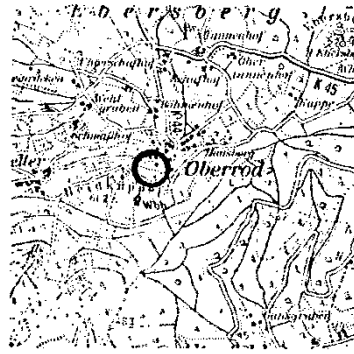


Gemeinde Elterfeld
Gemarkung Leibolz

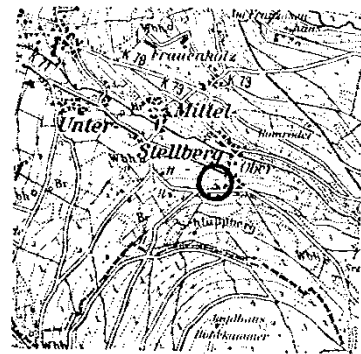
Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000,
Blatt Nr. L 5324
des Landesvermessungsamtes Hessen;
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 00 – 1 – 007



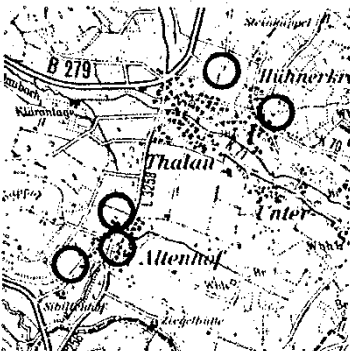
Gemeinde Ebersburg
Gemarkung Weyhers
Gemarkung Ebersberg



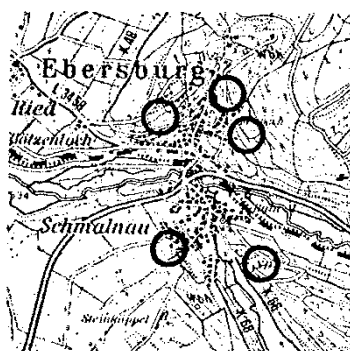
Gemeinde Ebersburg
Gemarkung Ebersberg



Gemeinde Ebersburg
Gemarkung Stellberg



Gemeinde Ebersburg
Gemarkung Thalau
Gemarkung Altenhof



Gemeinde Ebersburg
Gemarkung Schmalnau

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000,
Blatt Nr. L 5524
des Landesvermessungsamtes Hessen;
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 00 - 1 - 007

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Dienstbefreiung zur Vorbereitung auf Prüfungen des Hessischen Verwaltungsschulverbandes

Meine im Interesse der Chancengleichheit ausgesprochene Empfehlung vom 27. Juli 1988 ist inzwischen durch rechtliche und tatsächliche Veränderungen überholt.

Um auch künftig unterschiedliche Verfahrensweisen durch einzelne Verwaltungen und damit ungleiche Ausgangsvoraussetzungen für die Lehrgangsteilnehmer/innen zu vermeiden, empfehle ich — im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport — zur Vorbereitung auf Prüfungen durch den Hessischen Verwaltungsschulverband wie folgt Dienstbefreiung zu gewähren:

Laufbahnprüfung mittlerer Dienst

- für jede schriftliche Prüfung einen Tag
- vor der mündlichen Prüfung einen Tag

Vorbereitungslehrgänge für Externe auf die Abschlussprüfung in den Ausbildungsberufen „Verwaltungsfachangestellter/Verwaltungsfachangestellte“ und „Fachangestellter/Fachangestellte für Bürokommunikation“

- für jede schriftliche Prüfung einen Tag
- vor der mündlichen/praktischen Prüfung einen Tag
(Regelung analog § 16 des Manteltarifvertrages für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz)

Vorbereitungslehrgang auf die Fortbildungsprüfung zum Verwaltungsfachwirt/zur Verwaltungsfachwirtin

Erste Teilprüfung

- zwei Tage

Zweite Teilprüfung

- für die schriftliche Prüfung drei Tage
- für die mündliche Prüfung zwei Tage

Darmstadt, 6. März 2000

Hessischer Verwaltungsschulverband
Der Schulleiter

600

GIESSEN

Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung der bestehenden Eisengießerei der Firma Buderus Guss GmbH, Wetzlar

Der Firma Buderus Guss GmbH ist auf Antrag vom 27. November 2000 mit Bescheid vom 15. Juni 2001, Az. IV/Mr 44.1 53 e 621 — BWBr 1/00, gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3178) die Genehmigung erteilt worden, die bestehende Eisengießerei wesentlich zu ändern.

Gemäß § 21 a der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001) wird die Genehmigung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der ausgelegte Genehmigungsbescheid ist mit der nachfolgenden Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Er enthält darüber hinaus auch Nebenbestimmungen und die zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen.

Je eine Ausfertigung des Bescheides liegt vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen (**3. Juli 2001 bis 17. Juli 2001**) bei folgenden Stellen zur Einsicht aus:

Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Staatliches Umweltamt Marburg, Robert-Koch-Straße 15/17, 35037 Marburg, Raum 107
Gemeindevorstand der Gemeinde Breidenbach, Bauamt, Bachstraße 4—14, 35236 Breidenbach, Raum Dachgeschoss
und kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Der verfügbare Teil der Genehmigung hat folgenden Wortlaut:

Auf Antrag vom 27. November 2000, hier eingegangen am 4. Dezember 2000 wird der **Firma Buderus Guss GmbH, 35576 Wetzlar** die Genehmigung erteilt, auf dem Grundstück in 35236 Breidenbach, Gemarkung Breidenbach, Flur 10, Flurstück 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8/1 und 8/2, die bestehende Eisengießerei wesentlich zu ändern.

Die wesentliche Änderung besteht aus:

1. Errichtung und Betrieb einer neuen Eisengießereianlage mit einer Schmelzleistung von maximal 16 t/h im durchgängigen Dreischichtbetrieb.
2. Erweiterung der Kapazität der bestehenden Sandaufbereitung von 240 m³/h auf zukünftig 310 m³/h ohne weitere apparative Änderungen und Betrieb im durchgängigen Dreischichtbetrieb.
3. Errichtung und Betrieb einer 110-kV-Umspannstation und Erweiterung der 20-kV-Schaltstation.

Die neue Eisengießereianlage wird in einer neuen Produktionshalle errichtet und besteht aus folgenden Anlagenteilen:

- zwei wechselseitig betriebene Mittelfrequenz-Stahlmantelöfen mit einer Schmelzleistung von 15,5 t/h einschließlich Gattierung mit Vorratsbunker für Rohstoffe, Silogruppe für Zuschlagstoffe und Abgasreinigungseinrichtung (Trockenfilter) mit 59 000 m³/h, 20-kV-Schaltanlage und automatisches Flüsigeisentransportsystem zum Vergießofen
- kastenlose Formanlage einschließlich Vergießofen, Kerneinleger, Kühlstrecke/Gusskühler, zwei Auspackrinnen, Altsandrückführsystem und Abgasreinigungseinrichtung (Trockenfilter) mit 220 000 m³/h
- Kernmacherei zur Herstellung von Kernen im Cold-Box-Verfahren einschließlich einem Kernsandmischer mit diversen Versorgungseinrichtungen, zwei Kernschießmaschinen, Amin-Flüssiglager, einem Begasungsgerät, einen Aminwäscher mit 22 000 m³/h, zwei Kerntrockenöfen, einem Schlichtebecken und einem Kernlagersystem
- Rohguss-Nachbehandlung bestehend aus einer Durchlaufstrahlanlage, Strahlmittelaufbereitung, Schleifstraße mit zwei separaten Stationen, Nacharbeitstisch, Lager und Abgasreinigungseinrichtung (Trockenfilter) mit 44 000 m³/h
- Schichtlüftungssystem

Diese Genehmigung schließt folgende, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen im Rahmen des § 13 BImSchG ein:

- die baurechtliche Genehmigung nach § 70 HBO
- die naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung nach § 6 HeNatG
- die wasserrechtliche Eignungsfeststellung nach § 19 h WHG

Nicht eingeschlossen ist die arbeitszeitrechtliche Genehmigung für die Beschäftigung der Mitarbeiter an Sonn- und Feiertagen. Hierfür ist eine gesonderte Genehmigung nach Arbeitszeitrecht erforderlich.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Staatliches Umweltamt Marburg, Robert-Koch-Straße 15/17, 35037 Marburg, Widerspruch eingelegt werden. Die Frist wird auch gewahrt, wenn der Widerspruch rechtzeitig beim Regierungspräsidium Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 3—7, 35390 Gießen, eingelegt wird.

Hinweis für Dritte:

Die Widerspruchsfrist beginnt am Tage nach dem Ende der Auslegungsfrist am **18. Juli 2001 und läuft bis zum 20. August 2001**. Im Falle der Unzulässigkeit eines Drittwiderspruchs können Kosten erhoben werden.

Gießen, 15. Juni 2001

Regierungspräsidium Gießen

Abteilung Staatliches Umweltamt Marburg
IV/Mr 44.1 53 e 621 — BWBr 1/00

StAnz. 27/2001 S. 2426

601

KASSEL

Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 12. Juni 2001

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Artikel 38 des Gesetzes zur Reform der Landwirtschafts-, Forst-, Naturschutz-, Landschaftspflege-, Regionalentwicklungs- und Flurneuordnungsverwaltung vom 22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 588), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Februar 2000 (StAnz. S. 986) wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in den Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreisarchiv — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 12. Juni 2001

Regierungspräsidium Kassel

— obere Naturschutzbehörde —

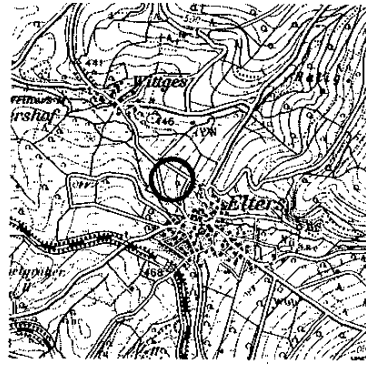
gez. Scheibelhuber

Regierungspräsidentin

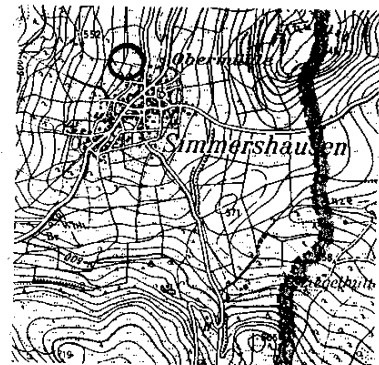
StAnz. 27/2001 S. 2426

**Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000,
Bestandteil der Verordnung zur 16. Änderung der
Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet
„Hessische Rhön“**

**Auszüge aus der Topographischen Karte
im Maßstab 1 : 50 000
des Hessischen Landesvermessungsamtes;
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 00 – 1 – 007**



Blatt 5524



Blatt 5526

602

HESSISCHES LANDESVERMESSUNGSAMT

Flurbereinigung Büdingen-Diebach am Haag L 3193

Vom Hessischen Landesvermessungsamt — Obere Flurbereinigungsbehörde — ist nachstehender Flurbereinigungsbeschluss erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Flurbereinigungsbeschluss wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wetzlar, 13. Juni 2001

Hessisches Landesvermessungsamt
— Obere Flurbereinigungsbehörde —
UF 1360 — LK 710
StAnz. 27/2001 S. 2427

Flurbereinigungsbeschluss

UF 1360 Büdingen-Diebach am Haag L 3193

1. Anordnung

Aufgrund des § 87 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) in der jeweils geltenden Fassung wird aus Anlass des Neubaus der Umgehungstraße Diebach am Haag im Zuge der Landesstraße 3193 für die in dem beiliegenden Grundstücksverzeichnis aufgeführten Grundstücke in Teilen der Gemarkungen Diebach am Haag, Eckartshausen und Hain-Gründau die Flurbereinigung angeordnet.

Das Grundstücksverzeichnis bildet als **Anlage 1** einen Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Flurbereinigungsgebiet

Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von 288 ha. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietsübersichtskarte mit einem orangefarbenen Streifen kenntlich gemacht.

Die Gebietsübersichtskarte bildet als **Anlage 2** (nicht veröffentlicht) einen Bestandteil des Beschlusses.

3. Teilnehmergeinschaft

Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

**„Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung
Büdingen-Diebach am Haag L 3193“**

mit dem Sitz in Büdingen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Unternehmensträger

Träger des Unternehmens ist das Land Hessen (Straßen- und Verkehrsverwaltung); endvertreten durch das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) in Gelnhausen.

5. Flurbereinigungsbehörde

Die für die Durchführung der Flurbereinigung zuständige Flurbereinigungsbehörde ist der Landrat des Wetteraukreises

— Flurbereinigungsbehörde —, Verwaltungsstelle Gelnhausen, Alter Graben 6—10, 63571 Gelnhausen.

6. Beteiligte

Am Flurbereinigungsverfahren sind beteiligt (Beteiligte):

als **Teilnehmer** die Eigentümer und Erbbauberechtigten der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke;

als **Nebenbeteiligte** insbesondere

- der Unternehmensträger (§ 88 Nr. 2 FlurbG),
- Gemeinde und Gemeindeverbände, in deren Bezirk Grundstücke vom Flurbereinigungsverfahren betroffen werden,
- andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Land für öffentliche oder gemeinschaftliche Anlagen erhalten oder deren Grenzen geändert werden,
- Wasser- und Bodenverbände, deren Gebiet mit dem Flurbereinigungsgebiet räumlich zusammenhängen,
- Inhaber von Rechten an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken oder von Rechten an solchen Rechten oder von persönlichen Rechten, die zum Besitz oder zur Nutzung solcher Grundstücke berechtigen oder die Benutzung solcher Grundstücke beschränken.

7. Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte

Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muss die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

8. Bestimmungen über Nutzungsbeschränkungen

Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes die Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde erforderlich:

- wenn die Nutzungsart von Grundstücken im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen oder ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit lan-

Koch-Straße 15, 35037 Marburg, Zimmer 12, zu den üblichen Dienstzeiten zur Einsicht ausgelegt. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid gegenüber Dritten als zugestellt.

Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Genehmigungsbescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist beim Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Staatliches Umweltamt Marburg, Robert-Koch-Straße 15/17, 35037 Marburg, von den Beteiligten schriftlich angefordert werden.

Der verfügbare Teil der Genehmigung regelt:

1. Das Vorhaben der

Pegasus vicesimus primus Vermögensverwaltung GmbH
— zukünftig firmierend als Phyllos GmbH —
Industriepark Höchst
65926 Frankfurt am Main
— im Folgenden **Betreiberin** genannt —

gerichtet auf den Betrieb einer gentechnischen Anlage der Sicherheitsstufe 2 zu Forschungszwecken aufgrund eines Betreiberwechsels wird nach Maßgabe der in Abschnitt II. aufgeführten Unterlagen und der in Abschnitt III. enthaltenen Nebenbestimmungen genehmigt.

Es handelt sich um die bisherige gentechnische Anlage XZG 01 (Az. der Konzessionierung: IV Mr 46 — 53 r 30.03 XZG 01.11.01 vom 20. Dezember 2001). Die gentechnische Anlage befindet sich auf dem Grundstück in 65926 Frankfurt am Main, Industriepark Höchst, Gemarkung Schwanheim, Flur 9, Flurstück 4/21 im Gebäude G 830.

Die Anlage besteht aus den Räumen mit den Nummern:

E01a, E02, E02a, E03, E03a, E04 und E08 im Erdgeschoss des Gebäudes G 830.

2. Ein Projektleiter, zwei stellvertretende Projektleiter sowie ein Beauftragter für die Biologische Sicherheit (BBS) sind bestellt.

3. Die Genehmigung enthält Nebenbestimmungen zur Wahrung der gentechnikrechtlichen Belange.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Staatliches Umweltamt Marburg, Robert-Koch-Straße 15/17, 35037 Marburg, schriftlich oder zur Niederschrift zu erklären. Die Frist wird auch gewahrt, wenn der Widerspruch rechtzeitig beim Regierungspräsidium Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 3—7, 35390 Gießen, eingelegt wird.

Marburg, 22. Februar 2002

Regierungspräsidium Gießen
Abteilung Staatliches Umweltamt Marburg
IV Mr 46 — 53 r 30.03.PHG 01.11.01
StAnz. 10/2002 S. 1005

309

KASSEL

Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ — vom 8. Februar 2002

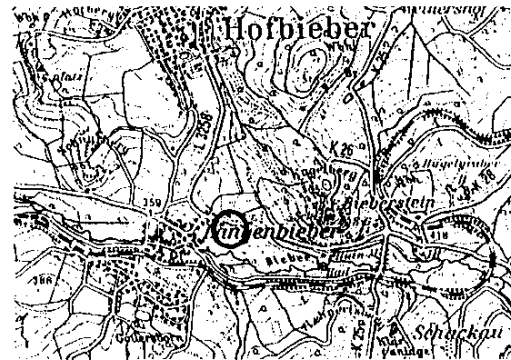
Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Artikel 38 des Gesetzes zur Reform der Landwirtschafts-, Forst-, Naturschutz-, Landschaftspflege-, Regionalentwicklungs- und Flurneuordnungsverwaltung vom 22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 588), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. September 2001 (BGBl. I S. 2331), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Juni 2001 (StAnz. S. 2426), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in den Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000, Bestandteil der Siebzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Februar 2002



Gemeinde Hofbieber
Gemarkung Langenbieber



Gemeinde Poppenhausen
Gemarkung Gackenhof
Gemarkung Steinwand

Auszüge aus Top. Karte, Maßstab 1 : 50 000, Blatt Nr. L 5524 des Landesvermessungsamtes Hessen, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 02 — 1 — 007

Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreis Ausschuss — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 8. Februar 2002

Regierungspräsidium Kassel
— obere Naturschutzbehörde —
gez. Scheibelhuber
Regierungspräsidentin

StAnz. 10/2002 S. 1006

310

Aufhebung der „Hans-Pasche-Stiftung“, Sitz Witzenhausen

Gemäß § 87 des Bürgerlichen Gesetzbuches habe ich die Genehmigung der „Hans-Pasche-Stiftung“, Sitz Witzenhausen, vom 31. März 2000 mit Aufhebungsbescheid vom 13. Februar 2002 aufgehoben.

Kassel, 13. Februar 2002

Regierungspräsidium Kassel
21.1 — 25 d 04/11 — 7.11

StAnz. 10/2002 S. 1006

317

Achtzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ —

Vom 5. Februar 2003

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Oktober 2002 (GVBl. I S. 614), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), anerkannten Verbänden und den zuständigen Bauern-, Waldbesitzer-, Jagd- und Fischerei- sowie Wasser- und Bodenverbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Februar 2002 (StAnz. S. 1006), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in der Karte im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachte Fläche aufgehoben (Anlage 1). Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreis-ausschuss — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus der als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 5. Februar 2003

Regierungspräsidium Kassel
— obere Naturschutzbehörde —
gez. **Scheibelhuber**
Regierungspräsidentin

StAnz. 11/2003 S. 1181

Anlage 2, Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000, Bestandteil der Achtzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 5. Februar 2003



Gemeinde Hilders
Gemarkung Hilders

Auszüge aus der Topographischen Karte im Maßstab 1 : 50 000, Blatt L 5524, L 5526 des Landesvermessungsamtes Hessen; Vervielfältigungsgenehmigung Nr.: 03 – 1 – 007

318

Vorhaben der Firma Herhof Umwelttechnik GmbH, Ludwigsau-Mecklar;

hier: Errichtung und Betrieb einer Anlage zur biologischen Behandlung von nicht überwachungsbedürftigen Abfällen

Die Firma Herhof Umwelttechnik GmbH hat einen Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Trockenstabilatanlage in 36251 Ludwigsau-Mecklar, Gemarkung Mecklar, Flur 1, Flurstücke 13, 14/1, 16, 23, 22, 21, 38, 20, 37 teilw., 39/1 teilw., 54/24 teilw., 52/33 teilw., 51/33 teilw., 32 teilw. und 35 teilweise gestellt.

Die Anlage soll der Behandlung von Rest- und Gewerbeabfällen durch eine mechanische Aufbereitung der Abfälle mit nachgeschalteter biologischer Trocknung und abschließender mechanischer Trennung in verschiedene Stoffströme dienen. Voraussichtliche Inbetriebnahme der Anlage ist Juni 2005.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Fassung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830) in Verbindung mit Spalte 1 b, Nr. 8.6 des Anhanges der 4. Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) der Genehmigung durch das Regierungspräsidium Kassel, Abteilung Staatliches Umweltamt Bad Hersfeld.

Die Prüfung des Einzelfalls nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz ergab, dass keine Verpflichtung besteht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekannt gemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 24. März 2003 bis 23. April 2003 beim Regierungspräsidium Kassel, Abteilung Staatliches Umweltamt Bad Hersfeld, Konrad-Zuse-Straße 19–21, 36251 Bad Hersfeld, Zimmer 3.19, und bei der Gemeindeverwaltung Ludwigsau-Friedlos, Bauamt, 1. Stock, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Innerhalb der Zeit vom 24. März 2003 (erster Tag) bis 7. Mai 2003 (letzter Tag) können gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich bei den vorgenannten Auslegungsstellen erhoben werden. Es wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben. Unleserliche Einwendungen und solche, die die Person des Einwenders nicht erkennen lassen, werden beim Erörterungstermin nicht zugelassen. Einwendungen müssen zumindest die befürchtete Rechtsgutgefährdung und die Art der Beeinträchtigung benennen.

Soweit Name und Anschrift bei Bekanntgabe der Einwendungen an den Antragsteller oder an die im Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden unkenntlich gemacht werden sollen, ist hierauf im Einwendungsschreiben hinzuweisen.

Personenbezogene Daten von Einwendern können zum Beispiel bei Masseneinwendungen für die Dauer des Verfahrens automatisiert verarbeitet werden.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Der Erörterungstermin beginnt am 25. Juni 2003 um 10.00 Uhr im Bürgerhaus Friedlos, Familientrakt Schulstraße 1 a, 36251 Ludwigsau-Friedlos.

Die Erörterung kann am Folgetag, dem 26. Juni 2003 fortgesetzt werden. Der Erörterungstermin endet, wenn sein Zweck erfüllt ist. Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Erörterungstermin nicht stattfindet, wenn Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind.

Der Erörterungstermin ist öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen im Rahmen der beantragten Genehmigung kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Bad Hersfeld, 25. Februar 2003

Regierungspräsidium Kassel
Abteilung Staatliches Umweltamt Bad Hersfeld
43.1/Hef 100 g 14.13 621 A — 2304 Her/Si
StAnz. 11/2003 S. 1181

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären. Daher wird festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Hanau, 10. März 2004

Regierungspräsidium Darmstadt
Abteilung Staatliches Umweltamt Hanau
IV/Hu — 43.1 — SHM 649/12 — Gen 18/03
StAnz. 13/2004 S. 1325

348

Öffentliche Bekanntmachung nach § 3 a UVPG;

hier: Vorhaben der Gemeinde Schmitten

Die Gemeinde Schmitten beabsichtigt Grundwasser in einer Menge von bis zu 93 000 m³/a zum Zwecke der öffentlichen Trinkwasserversorgung zu entnehmen.

Die Gewinnungsanlagen mit den Bezeichnungen Schürfungen „Fuchswiese, Rosengarten, Römerkastell, Schaarwald, Trieb und Wagnerwiese“, Quelle „Limesstraße“ und Tiefbrunnen „Niederreifenberg“ befinden sich in der Gemarkung Niederreifenberg.

Für dieses Vorhaben war nach § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. September 2001 (BGBl. I S. 2350) zu prüfen, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) besteht.

Die Prüfung des Einzelfalles ergab, dass keine Verpflichtung besteht, eine UVP durchzuführen.

Die Feststellung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Wiesbaden, 11. März 2004

Regierungspräsidium Darmstadt
Abteilung Staatliches Umweltamt Wiesbaden
IV Wi 41.1 — 79 e 04 — Sm — N 994
StAnz. 13/2004 S. 1326

349

Neunzehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ –

Vom 4. März 2004

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Oktober 2002 (GVBl. I S. 614), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), anerkannten Verbänden und den zuständigen Bauern-, Waldbesitzer-, Jagd- und Fischerei- sowie Wasser- und Bodenverbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Februar 2003 (StAnz. S. 1181), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in den Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreis Ausschuss — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der oberen Naturschutzbehörde und der genannten unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1: 25 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

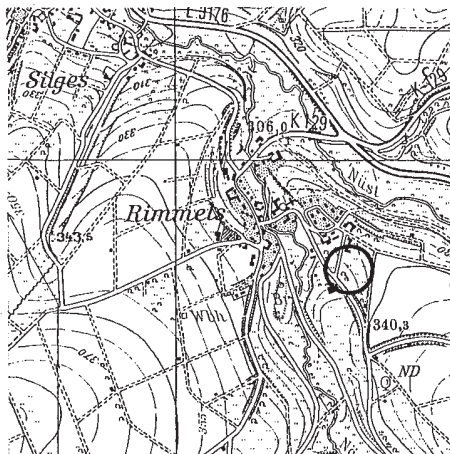
Kassel, 4. März 2004

Regierungspräsidium Kassel
— obere Naturschutzbehörde —
53.3 — R 21.2 — hess rhön — 9/04
gez. Klein
Regierungspräsident
StAnz. 13/2004 S. 1326

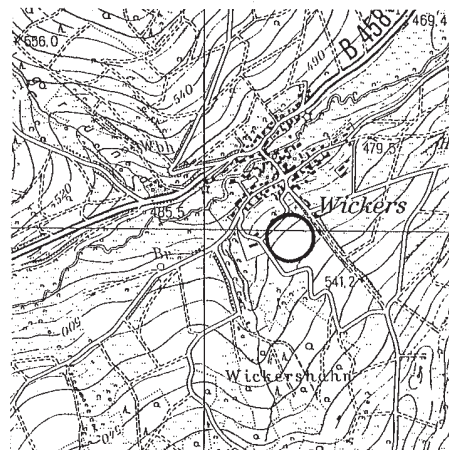
Anlage 2
Übersichtskarten im Maßstab 1 : 25000

Bestandteil der Neunzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

vom 4. März 2004

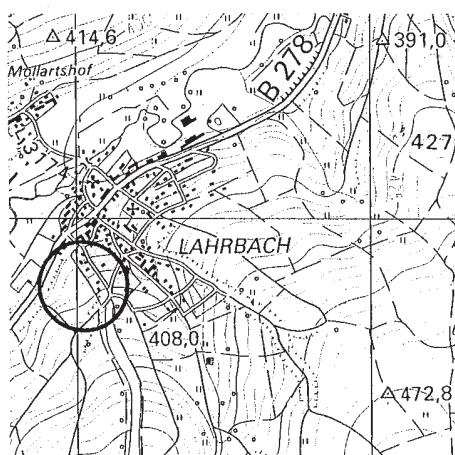


Gemeinde Nüsttal
 Gemarkung Rimmels

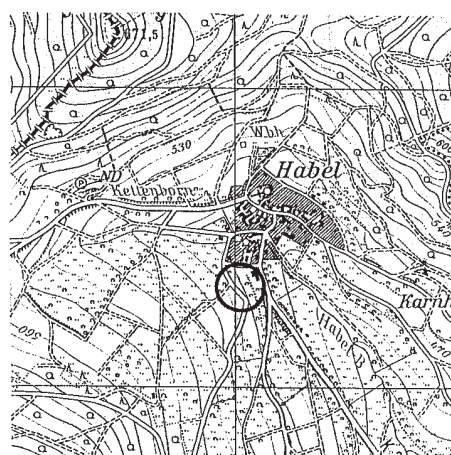


Gemeinde Hilders
 Gemarkung Wickers

Auszüge aus der Topographischen Karte im Maßstab 1 : 25000, Blatt 5324 Hünfeld und Blatt 5425 Kleinsassen des Landesvermessungsamtes Hessen; Vervielfältigungsgenehmigung Nr.: 04-1-007



Stadt Tann
 Gemarkung Lahrbach



Stadt Tann
 Gemarkung Habel

Auszüge aus der Topographischen Karte im Maßstab 1 : 25000, Blatt 5326 Tann und Blatt 5325 Spahl des Landesvermessungsamtes Hessen; Vervielfältigungsgenehmigung Nr.: 04-1-007

743

Zwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in dem Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel — Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 31. Juli 2006

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. November 2005 (GVBl. I S. 769), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994) anerkannten Verbänden und den zuständigen Bauern-, Waldbesitzer-, Jagd- und Fischereiverbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967) zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. März 2004 (StAnz. S. 1326), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in den Karten im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich bei dem Kreisausschuss — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der genannten oberen und unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden. Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergeben sich aus der als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 31. Juli 2006

Regierungspräsidium Kassel
Obere Naturschutzbehörde
gez. Klein
Regierungspräsident

StAnz. 36/2006 S. 2066

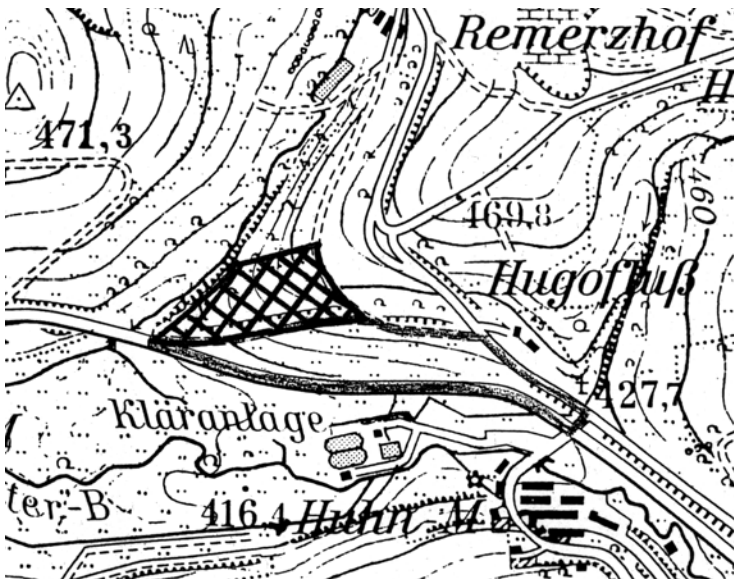
Anlage 1

Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000

Bestandteil der Zwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 31. Juli 2006

Regierungspräsidium Kassel
Obere Naturschutzbehörde
27.1 R 21.2 — 6015 pop
gez. Klein, Regierungspräsident



Gemeinde Poppenhausen, Gemarkung Steinwand
Auszug aus der Topographischen Karte im Maßstab 1 : 10 000
Blatt 5525 NW des Landesvermessungsamtes Hessen
Vervielfältigungsgenehmigung Nr.: 98 — 1 — 007

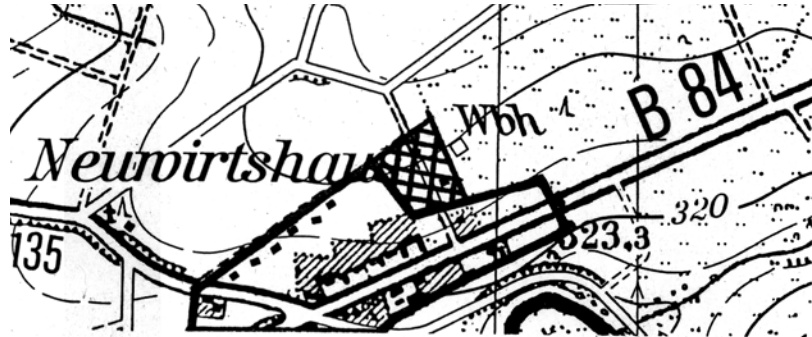
Anlage 1

Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000

Bestandteil der Zwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Kassel, 31. Juli 2006

Regierungspräsidium Kassel
Obere Naturschutzbehörde
27.1 R 21.2 — 6017 hün
gez. Klein, Regierungspräsident



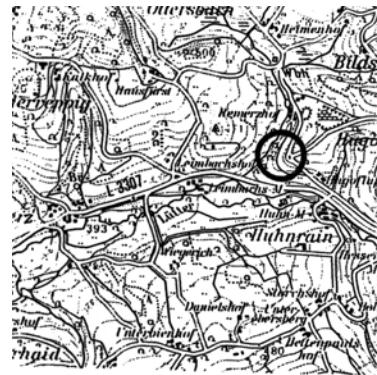
Stadt Hünfeld, Stadtteil Neuwirtshaus

Auszug aus der Topographischen Karte im Maßstab 1 : 10 000
Blatt 5224 SO des Landesvermessungsamtes Hessen
Vervielfältigungsgenehmigung Nr.: 98 — 1 — 007

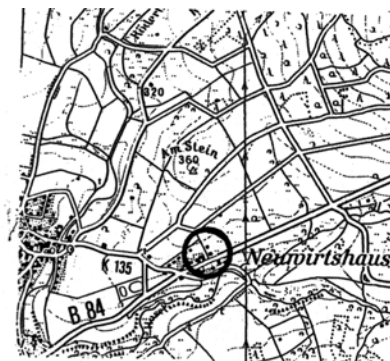
Anlage 2

Übersichtskarte im Maßstab 1 : 50 000

Bestandteil der Zwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 31. Juli 2006



Gemeinde Poppenhausen,
Gemarkung Steinwand



Stadt Hünfeld, Stadtteil Neuwirtshaus
Auszug aus der Topographischen Karte
im Maßstab 1 : 50 000
Blatt L 5324,
L 5522 des Landesvermessungsamtes Hessen
Vervielfältigungsgenehmigung Nr.: 98 — 1 — 007

33

Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in dem Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel, Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Vom 11. Dezember 2006

Aufgrund von § 16 Abs. 2 und von § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 16. April 1996 (GVBl. I S. 145), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. November 2005 (GVBl. I S. 769), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 2994) anerkannten Verbänden und den zuständigen Bauern-, Waldbesitzer-, Jagd- und Fischereiverbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967) zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Juli 2006 (StAnz. S. 2066), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in der Karte im Maßstab 1 : 10 000 mit doppelter Schraffur kenntlich gemachte Fläche aufgehoben (Anlage 1). Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom Regierungspräsidium Kassel — obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich bei dem Kreisausschuss — untere Naturschutzbehörde — des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der genannten oberen und unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 11. Dezember 2006

Regierungspräsidium Kassel

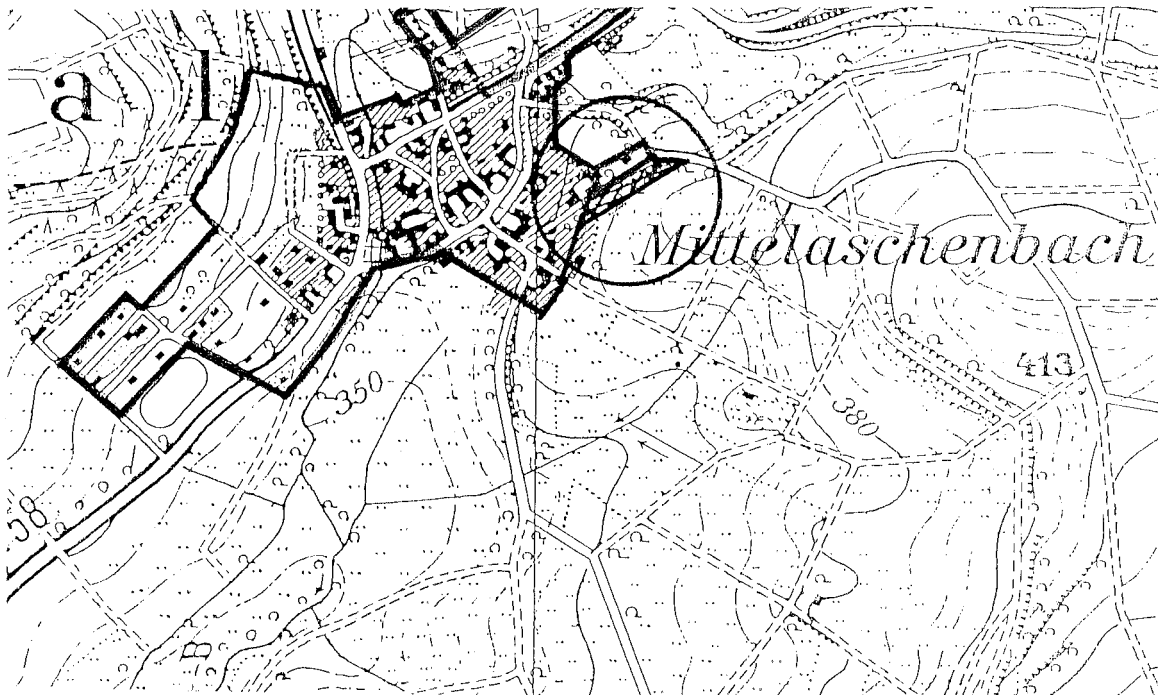
Obere Naturschutzbehörde

gez. Klein

Regierungspräsident

StAnz. 1/2007 S. 29

Anlage 1



Gemeinde Nüsttal, Ortsteil Mittelaschenbach
Auszug aus der Topographischen Karte im Maßstab 1 : 10 000
Blatt 5525 NW des Landesvermessungsamtes Hessen
Vervielfältigungsgenehmigung Nr.: 98-1-007

34

Anordnung der Zusammenfassung der Städte Zierenberg und Naumburg sowie der Gemeinden Bad Emstal, Breuna und Habichtswald, alle Landkreis Kassel, zu einem gemeinsamen örtlichen Ordnungsbehördenbezirk

Vom 11. Dezember 2006

Unter Bezugnahme auf § 85 Abs. 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Oktober 2005 (GVBl. I S. 673) wird Folgendes angeordnet:

§ 1

Die Städte Zierenberg und Naumburg sowie die Gemeinden Bad Emstal, Breuna und Habichtswald, alle Landkreis Kassel, werden zu einem gemeinsamen örtlichen Ordnungsbehördenbezirk zusammengefasst.

§ 2

Alle Aufgaben des Bürgermeisters als örtliche Ordnungsbehörde werden der gemeinsamen örtlichen Ordnungsbehörde mit nachfolgenden Ausnahmen übertragen:

- Alle Aufgaben nach dem Hessischen Ausführungsgesetz zum Gesetz über Personalausweise (Personalausweisbehörde),
- alle Aufgaben für den Bereich Pass-, Personalausweis und Ausländerwesen nach § 1 Nr. 1 der Verordnung über die Zuweisung

2. Lager für Baustoffe und Baumaschinen sowie Baustellen und Baustelleneinrichtungen;
3. der Neubau von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen unbefestigte oder wassergebundene Feld- und Forstwege;
4. das Zelten, Lagern und das Abstellen von Wohnwagen;
5. Parkplätze und Sportanlagen;
6. das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf wasserdurchlässigem Untergrund mit Ausnahme des Abstellens im Rahmen von land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten;
7. das Waschen, Reparieren und Warten von Kraftfahrzeugen;
8. jegliche Bodeneingriffe, die über die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehen und die belebte Bodenzone verletzen oder die Grundwasserüberdeckung vermindern;
9. Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdeckung, zu Einmuldungen oder offenen Wasseransammlungen führen kann;
10. Sprengungen;
11. das Vergraben von Tierkörpern;
12. das Herstellen von oberirdischen Gewässern;
13. Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen, soweit sie nicht den zwischen dem Bundesministerium für Verteidigung und der Länderarbeitsgemeinschaft (LAWA) abgestimmten Vorgaben für die Zone II entsprechen;
14. militärische Anlagen;
15. sämtlicher Umgang mit und das Befördern von radioaktiven und wassergefährdenden Stoffen, mit Ausnahme:
 - des Beförderns von Silagesickersäften, Dünge-, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in Transportbehältern sowie deren ordnungsgemäße Ausbringung;
 - der Verwendung von Betriebsstoffen in Kraftfahrzeugen und in land- und forstwirtschaftlichen Maschinen;
16. das Durchleiten und Hinausleiten von Abwasser;
17. Kompostierungsanlagen;
18. die Bewässerung mit hygienisch bedenklichem Wasser;
19. Kleingärten.

§ 6

Verbote in der Zone I

In der Zone I gelten die Verbote für die Zone II. Darüber hinaus sind verboten:

1. Fahr- und Fußgängerverkehr sowie Reiten mit Ausnahme von Tätigkeiten des Wasserversorgungsunternehmens oder seiner Beauftragten, die der Unterhaltung der Wasserversorgungsanlage oder des Fassungsgebietes dienen;
2. landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gartenbauliche Nutzung;
3. die Anwendung von Düngern, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
4. das Verletzen der belebten Bodenzone;
5. Neuanpflanzungen.

§ 7

Duldungspflichten

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben, soweit sie nicht selbst zur Vornahme dieser Handlung verpflichtet sind, zu dulden, dass Beauftragte der zuständigen Behörden oder von diesen Verpflichtete

1. die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten,
2. den Fassungsgebiet einzäunen,
3. Beobachtungsstellen einrichten,
4. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen,
5. Mulden und Erdaufschlüsse auffüllen,
6. wassergefährdende Ablagerungen beseitigen,
7. notwendige Einrichtungen zur sicheren und unschädlichen Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Wasserschutzgebiet errichten,
8. Vorkehrungen an den im Wasserschutzgebiet liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen und zur Minderung von deren Folgen treffen,
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vornehmen.

§ 8

Ausnahmen

(1) Von den Bestimmungen dieser Verordnung kann die zuständige Wasserbehörde auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Zulassung bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen werden und einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung oder Befreiung, einer immissionsschutzrechtlichen, abfallrechtlichen, naturschutzrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung oder einer bodenschutzrechtlichen Anordnung oder Genehmigung bedürfen oder die aufgrund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnisse oder Bewilligungen oder durch Planfeststellung zugelassen werden, bedürfen keiner gesonderten Ausnahmezulassung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die zuständige Wasserbehörde nicht selbst, ist, außer bei Planfeststellungsverfahren, ihr Einvernehmen erforderlich.

§ 9

Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen die in den §§ 4, 5 und 6 dieser Verordnung genannten Verbote und Gebote (Handlungspflichten) können nach § 86 Abs. 1 Ziffer 12 und Abs. 2 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 27. März 2007

Regierungspräsidium Kassel
gez. Klein
Regierungspräsident

StAnz. 29/2007 S. 1398

680

Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Vom 19. Juni 2007

Aufgrund von § 28 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes (HENatG) vom 4. Dezember 2006 (GVBl. I S. 619) wird nach Beteiligung der Verbände im Sinne des § 48 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Juli 2006 (StAnz. S. 2066), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000 mit kariertem Schraffur kenntlich gemachte Fläche aufgehoben (Anlage 1). Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird zusammen mit der Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 (Anlage 2), die ebenfalls Bestandteil dieser Verordnung ist, vom Regierungspräsidium Kassel — Obere Naturschutzbehörde — Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich bei dem Kreisausschuss des Landkreises Fulda — Untere Naturschutzbehörde —, Wörthstraße 15, 36037 Fulda.

Die Karten können bei der genannten oberen und unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 19. Juni 2007

Regierungspräsidium Kassel
Obere Naturschutzbehörde
gez. Klein
Regierungspräsident

StAnz. 29/2007 S. 1401

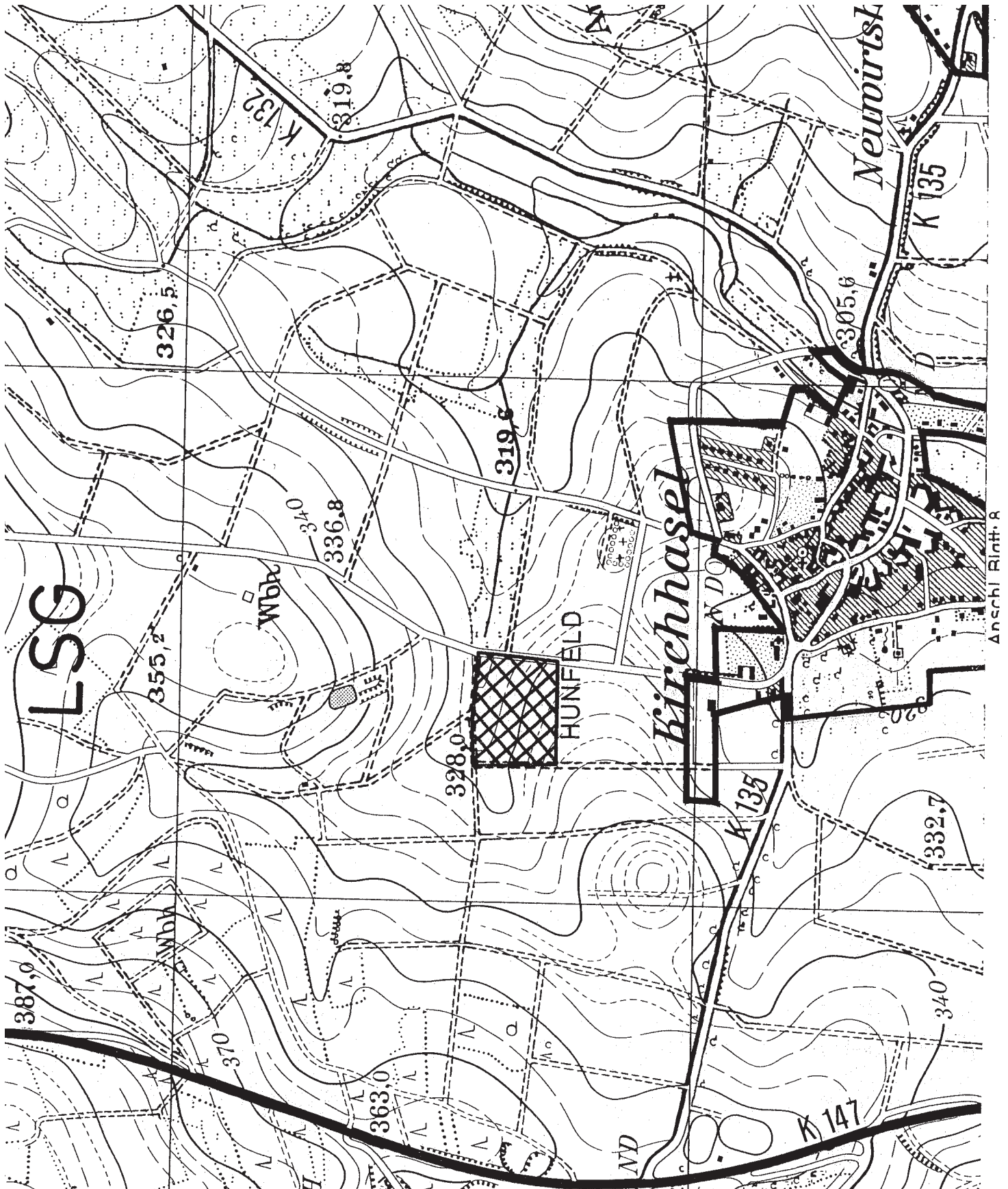
Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000

Bestandteil der Einundzwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 19. Juni 2007

Stadt Hünfeld/OT Kirchhasel

Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000

Kartengrundlage: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)



Gesetz vom 15. Juli 2006 (GVBl. I S. 1619), als Ersatzbrennstoffe zur Verwertung im Sinne des § 4 Abs. 4 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz zugelassen:

Abfallschlüssel nach der AVV	Abfallbezeichnung nach der AVV	Verfahren nach Anhang IIB KrW-/AbfG
19 12 10	Brennbare Abfälle (Brennstoffe aus Abfällen)	R 1
19 12 12	Sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11 fallen	R 1

Verbrennungskapazität der Anlage

Die gesamte Abfallverbrennungskapazität der Anlage ist auf 25.000 Tonnen Ersatzbrennstoff pro Jahr begrenzt. Die maximale Laufzeit der Anlage umfasst 8.760 Jahresstunden.

Massenströme der zur Verbrennung zugelassenen Abfälle

Bei einem Auslegungswert von 12,5 Megajoule pro Kilogramm beträgt der durchschnittliche Massenstrom der Anlage 3,3 Tonnen pro Stunde bezogen auf eine Feuerungswärmeleistung von 11,36 MW.

Der kleinste zur Verbrennung zugelassene Massenstrom der Ersatzbrennstoffe beträgt, bezogen auf die Heizwertspanne 2,8 Tonnen pro Stunde, der größte Massenstrom 3,6 Tonnen pro Stunde.

Heizwerte der zur Verbrennung zugelassenen Abfälle

Die der Verbrennung zugeführten Abfälle dürfen einen minimalen Heizwert 11,5 Megajoule pro Kilogramm nicht unterschreiten und einen maximalen Heizwert von 14,5 Megajoule pro Kilogramm nicht überschreiten.

Schadstoffgehalte in den zur Verbrennung zugelassenen Abfällen

Die der Verbrennung zugeführten Abfälle dürfen die nachfolgend genannten maximalen Schadstoffgehalte nicht überschreiten:

Schadstoffparameter	Einheit	Maximalwerte
Chlorgehalt (Cl)	M.-% TS	1,0
Fluor (F)	M.-% TS	0,14
Schwefel (S)	M.-% TS	0,6
Staubgehalt	M.-%	2,5% < 1 mm
Blei (Pb)	mg/kg TS	600
Zink (Zn)	mg/kg TS	1.300
Antimon (Sb)	mg/kg TS	200
Arsen (As)	mg/kg TS	50
Beryllium (Be)	mg/kg TS	30
Bor (B)	mg/kg TS	100
Cadmium (Cd)	mg/kg TS	30
Chrom (Cr)	mg/kg TS	500
Cobalt (Co)	mg/kg TS	30
Kupfer (Cu)	mg/kg TS	1.200
Mangan (Mn)	mg/kg TS	800
Nickel (Ni)	mg/kg TS	300
Quecksilber (Hg)	mg/kg TS	3
Thallium (Tl)	mg/kg TS	10
Vanadium (V)	mg/kg TS	50
Zinn (Sn)	mg/kg TS	300
Tellur (Te)	mg/kg TS	15
Selen (Se)	mg/kg TS	15
Pentachlorphenol (PCP)	mg/kg TS	< 1
Polychlorierte Biphenyle (PCB)	mg/kg TS	< 3“

Der Genehmigungsbescheid enthält Nebenbestimmungen und ist mit der nachfolgenden Rechtsbehelfsbelehrung versehen:

„Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe – schriftlich oder zur Niederschrift der Urkundsbeam-

tin oder des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle – Klage erhoben werden beim: **Verwaltungsgericht Gießen, Marburger Straße 4, 35390 Gießen.**

Die Klage muss die Klägerin oder den Kläger, die Beklagte oder den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.

Die Klage ist gegen das Land Hessen, vertreten durch das **Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Umwelt, 35390 Gießen, Landgraf-Philipp-Platz 1-7**, zu richten.

Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder Abschrift beigefügt werden.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.“

Eine Durchschrift dieses Genehmigungsbescheides liegt vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen, das heißt **vom Dienstag, dem 12. August 2008 (erster Tag) bis zum Dienstag, dem 26. August 2008 (letzter Tag) beim Regierungspräsidium Gießen, Abteilung IV Umwelt, Raum 425, Marburger Straße 91, 35396 Gießen**, aus und kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Die Klagefrist beginnt am Tage nach dem Ende der Auslegungsfrist am 27. August 2008 und läuft bis zum 26. September 2008.

Hinweis:

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Bis zum Ablauf der Klagefrist können der Bescheid und seine Begründung von den Personen, die Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben, unter folgender Adresse schriftlich angefordert werden (§ 10 Abs. 8 BImSchG): **Regierungspräsidium Gießen, Abteilung IV Umwelt, Az.: IV 42.2 100 g 12.03.01 SWG TREA 1/06, Marburger Straße 91, 35396 Gießen.**

Dabei bitte das unten stehende Aktenzeichen angeben.

Innerhalb der Klagefrist können diejenigen, die schriftlich Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben haben, Klage einlegen.

Gießen, 29. Juli 2008

Regierungspräsidium Gießen

Abteilung IV Umwelt

IV 42.2 100 g 12.03.01 SWG TREA 1/06

StAnz. 33/2008 S. 2151

703

KASSEL

Zweieundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Vom 8. Juli 2008

Aufgrund von § 28 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes (HENatG) vom 4. Dezember 2006 (GVBl. I S. 619), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2007 (GVBl. I S. 854) wird nach Beteiligung der Verbände im Sinne des § 48 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Juni 2007 (StAnz. S. 1401), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000 mit kariertem Schraffur kenntlich gemachte Fläche aufgehoben (Anlage 1). Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird zusammen mit der Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 (Anlage 2), die ebenfalls Bestandteil dieser Verordnung ist, vom Regierungspräsidium Kassel – Obere Naturschutzbehörde – Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich bei dem Kreisausschuss des Landkreises Fulda – Untere Naturschutzbehörde –, Wörthstraße 15, 36037 Fulda.

Die Karten können bei der genannten oberen und unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 8. Juli 2008

Regierungspräsidium Kassel

Obere Naturschutzbehörde

gez. Klein

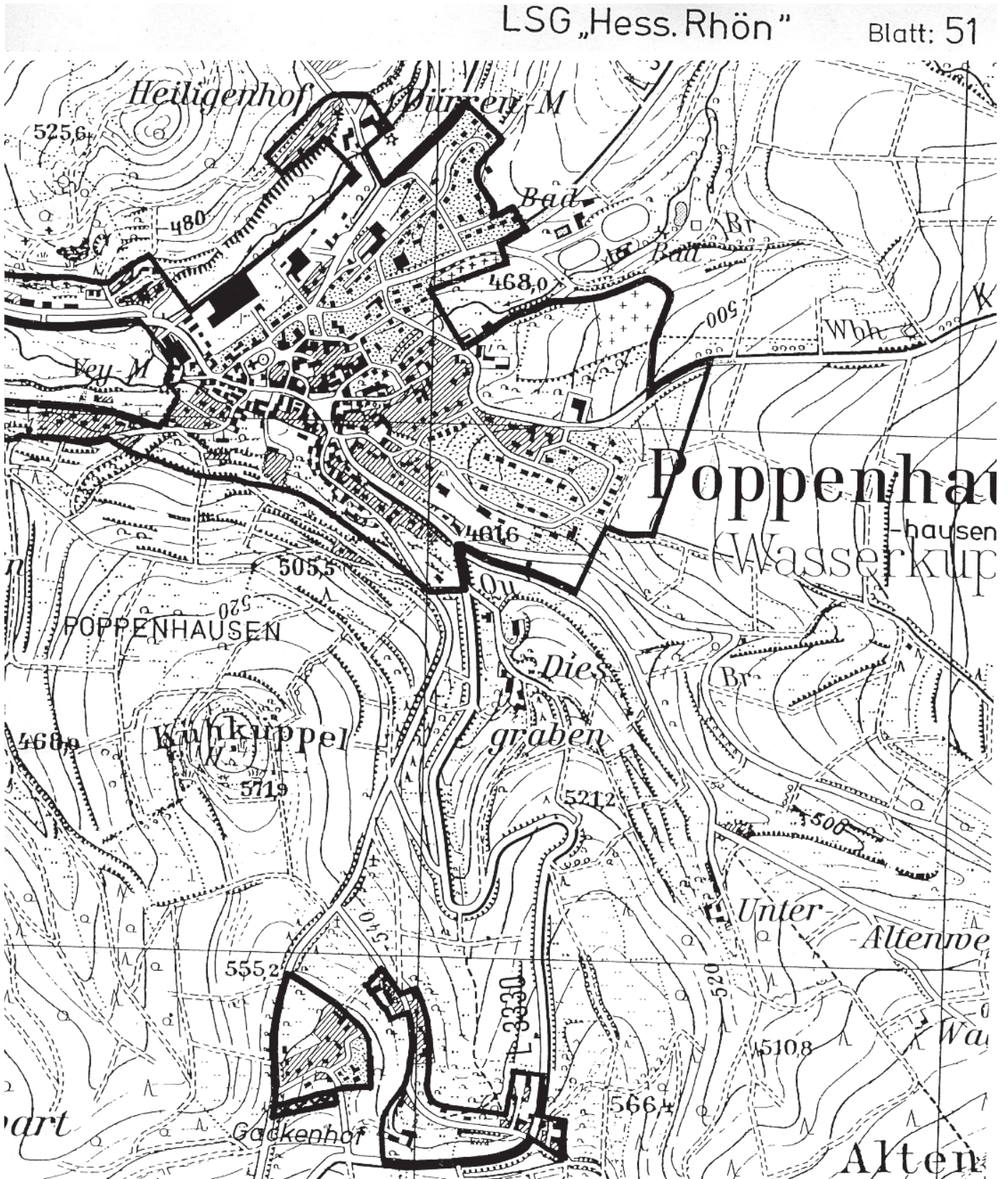
Regierungspräsident

StAnz. 33/2008 S. 2152

Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000

Bestandteil der Zweiundzwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“
 Kassel, 8. Juli 2008

Regierungspräsidium Kassel
 Obere Naturschutzbehörde
 27.1 – R 21.2 – 6043 – popp
 gez. Klein, Regierungspräsident



Gemeinde Poppenhausen, Gemarkung Gackenhof
 Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000
 Kartengrundlage: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

919**Vorhaben der SCA Hygiene Products GmbH;**

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Die Firma SCA Hygiene Products GmbH beabsichtigt, auf ihrem Werksgelände in 55246 Mainz-Kostheim die zu ihrer biologischen Abwasserbehandlungsanlage gehörige Abluftreinigung wesentlich zu ändern.

Geplant ist die Errichtung und der Betrieb zusätzlicher Abluftbehandlungsstufen (zweistufiger chemischer Wäscher; Biofilter).

Für dieses Vorhaben war nach § 3e in Verbindung mit § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 12. Februar 1990 (BGBl. I S. 205) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juni 2005 (BGBl. I S. 1757, 2797), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470), zu prüfen, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die Prüfung des Einzelfalles ergab, dass das Vorhaben keine erheblichen Umweltauswirkungen haben kann und somit keine Verpflichtung besteht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Diese Feststellung ist gemäß § 3a UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Wiesbaden, 7. Oktober 2008

Regierungspräsidium Darmstadt

Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Wiesbaden
IV/WI – 41.3 – 79 f 12 (2588) – WI – H – 1 (SCA/UVPG)
StAnz. 43/2008 S. 2675

920**Genehmigung der Auflösung des Schlachtviehversicherungsvereins a. G. Oedelsheim**

Die Mitgliederversammlung der Zentralen Kranken- und Sterbekasse Klein-Krotzenburg hat durch ihre Mitgliederversammlung am 12. August 2008 die Auflösung zum 30. November 2008 beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Die Verteilung des Vermögens wird gemäß dem Beschluss der Mitgliederversammlung vom 12. August 2008 vorgenommen.

Darmstadt, 7. Oktober 2008

Regierungspräsidium Darmstadt

III 32 – 39 f 16/01 (8) – 8
StAnz. 43/2008 S. 2675

921

KASSEL

Vorhaben der Firma SCA Packaging Containerboard Deutschland GmbH zur Errichtung und zum Betrieb einer Kompaktflotationsanlage;

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Die Firma SCA Packaging Containerboard Deutschland GmbH hat beantragt, die betriebseigene Abwasserreinigungsanlage wesentlich zu ändern und zu betreiben.

Die Anlage befindet sich in 37213 Witzenhausen, Kasseler Landstraße 23, Gemarkung Witzenhausen, Flur 24, Flurstück 70/18.

Für dieses Vorhaben war nach § 3e Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen der Anlagenänderung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die Vorprüfung des Einzelfalles ergab, dass das Vorhaben keine erheblichen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären. Daher wird festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Bad Hersfeld, 25. September 2008

Regierungspräsidium Kassel

Abteilung Umwelt- und Arbeitsschutz Bad Hersfeld
Dezernat 31.4/Hef – 79 f 12 – 59.16
StAnz. 43/2008 S. 2675

922**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“;**

hier: Berichtigung

Bezug: Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 19. Juni 2007 (StAnz. S. 1401)

In der Überschrift muss es statt einundzwanzigste Verordnung lauten:

Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 19. Juni 2007

Kassel, 19. September 2008

Regierungspräsidium Kassel

27.1 – R 21.2 – 6029
StAnz. 43/2008 S. 2675

923**Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“;**

hier: Berichtigung

Bezug: Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Juli 2008 (StAnz. S. 2152)

In der Überschrift muss es statt zweiundzwanzigste Verordnung lauten:

Dreiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Juli 2008

Kassel, 19. September 2008

Regierungspräsidium Kassel

27.1 – R 21.2 – 6043 – popp
StAnz. 43/2008 S. 2675

Für dieses Vorhaben war nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären. Daher wird festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Gießen, 7. März 2012

Regierungspräsidium Gießen

Abteilung IV Umwelt

IV 43.1 – 53 e 621 SWG BHKW Lahnstraße 01/2011 Scho
StAnz. 13/2012 S. 364

287

KASSEL

Vorhaben der Adolf Jass GmbH & Co. KG;

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Die Adolf Jass GmbH & Co. KG beabsichtigt, die bestehende Energiezentrale (Austausch von zwei Erdgasturbinen) als Neben-einrichtung zur Anlage zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe wesentlich zu ändern und in der geänderten Form zu betreiben.

Das Vorhaben soll in 36039 Fulda, Gemarkung: Fulda, Flur 10, Flurstück 80/71, realisiert werden.

Für dieses Vorhaben war nach § 1 Abs. 3 der 9. BImSchV zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Bad Hersfeld, 27. Februar 2012

Regierungspräsidium Kassel

Abteilung Umwelt- und Arbeitsschutz
33 53 e 621 1.4.2 Jass/aug

StAnz. 13/2012 S. 365

288

Anerkennung der „Stiftung für deutsche Stabreimkunst“ als rechtsfähige Stiftung mit Sitz in Petersberg

Nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung des Art. 1 des Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts vom 15. Juli 2002 (BGBl. I S. 2634) und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der derzeit gültigen Fassung

habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 13. Februar 2012 errichtete „Stiftung für deutsche Stabreimkunst“, Sitz in Petersberg, mit Stiftungsurkunde vom 14. März 2012 als rechtsfähig anerkannt.

Kassel, 14. März 2012

Regierungspräsidium Kassel

15.1 – 25 d 04/11 – (2) – 62

StAnz. 13/2012 S. 365

289

24. Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“

Vom 27. Februar 2012

Aufgrund von § 22 und § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542) in Verbindung mit § 12 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGB-NatSchG) vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I S. 624) wird, nachdem den Naturschutzvereinigungen nach § 63 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, für das Stadtgebiet Hünfeld sowie das Gemeindegebiet Poppenhausen verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. September 2008 (StAnz. S. 2675), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die Geltungsbereiche in der Stadt Hünfeld und der Gemeinde Poppenhausen auf ALK-Basis neu abgegrenzt. Der Geltungsbereich ist in der Übersichtskarte (Anlage 1) dargestellt. Die Abgrenzung wird in den Karten im Maßstab 1 : 5.000 kenntlich gemacht (Anlage 2), Entlassungsflächen sind schraffiert. Die Karten werden als Bestandteil dieser Verordnung veröffentlicht. Sie werden vom Regierungspräsidium Kassel – obere Naturschutzbehörde – Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreisausschuss – untere Naturschutzbehörde – des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei der genannten oberen und unteren Naturschutzbehörde von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Hinweis:

Soweit die Fläche des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Rhön“ durch die Fläche eines Naturschutzgebietes überlagert wird, gehen die Regelungen der Naturschutzgebietsverordnung denjenigen Regelungen der Landschaftsschutzgebietsverordnung vor.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 27. Februar 2012

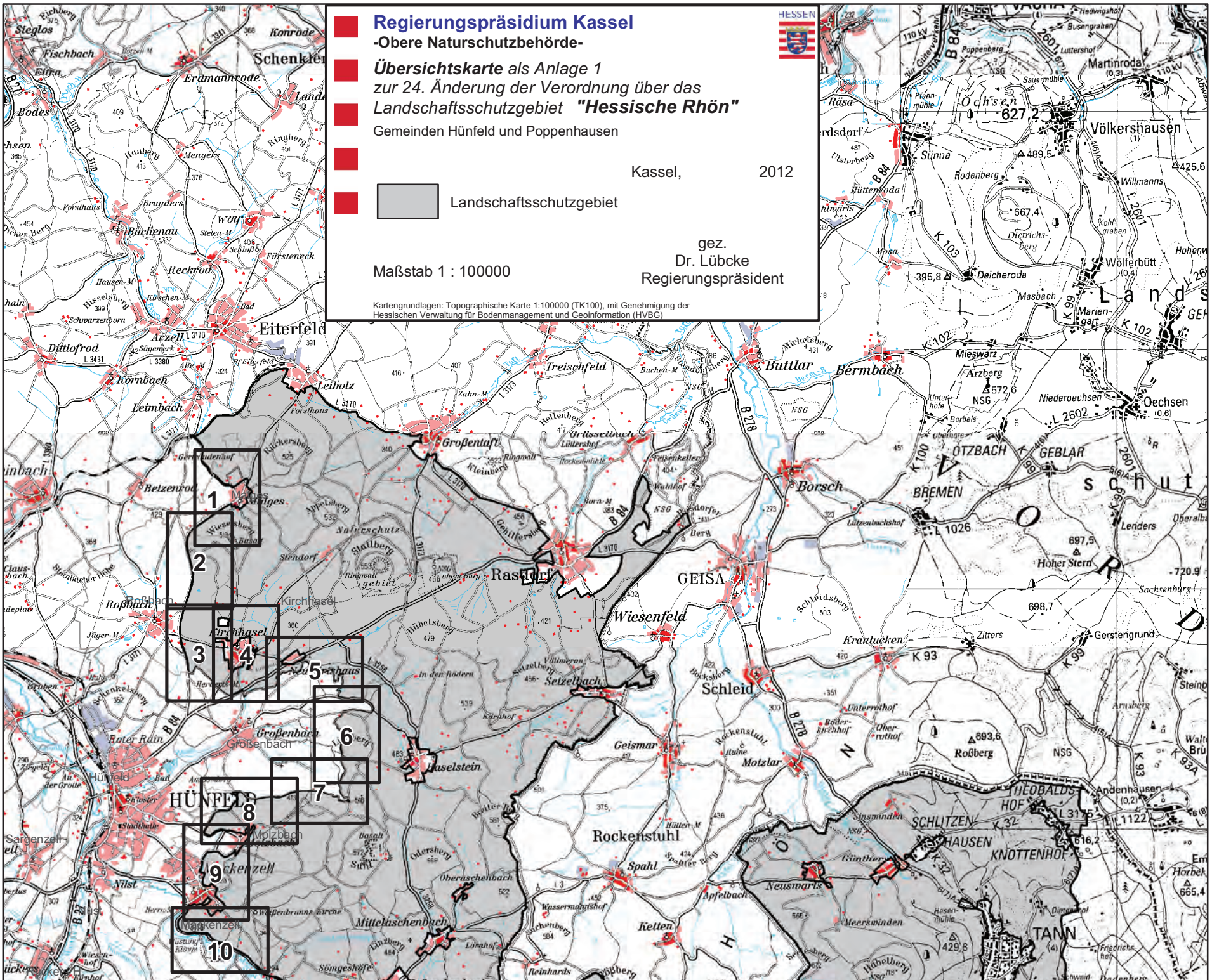
Regierungspräsidium Kassel

Obere Naturschutzbehörde

gez. Dr. L ü b c k e

Regierungspräsident

StAnz. 13/2012 S. 365



Regierungspräsidium Kassel
 -Obere Naturschutzbehörde-

Übersichtskarte als Anlage 1
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Gemeinden Hünfeld und Poppenhausen



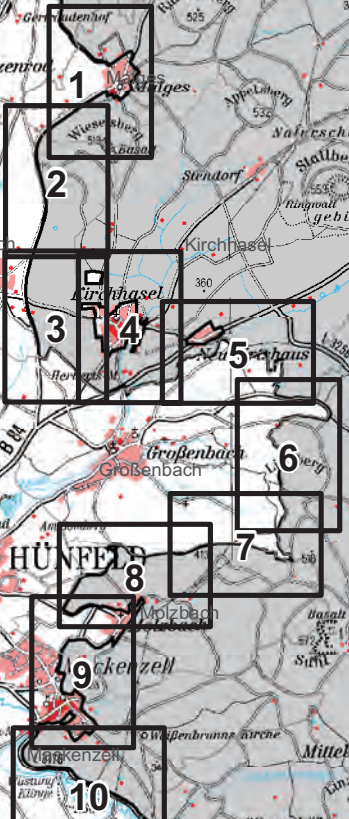
Kassel, 2012

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

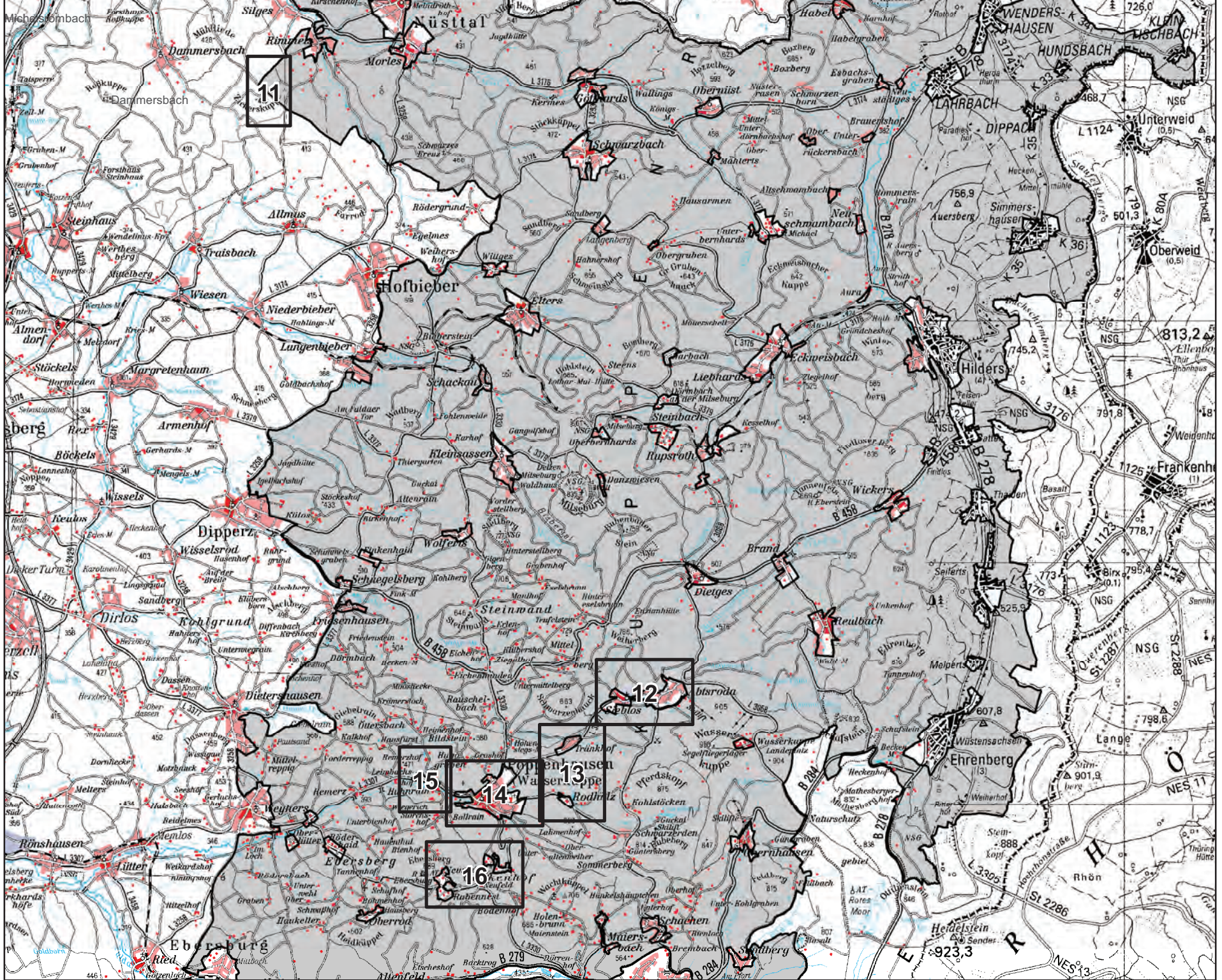
Maßstab 1 : 100000

Landschaftsschutzgebiet

Kartengrundlagen: Topographische Karte 1:100000 (TK100), mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

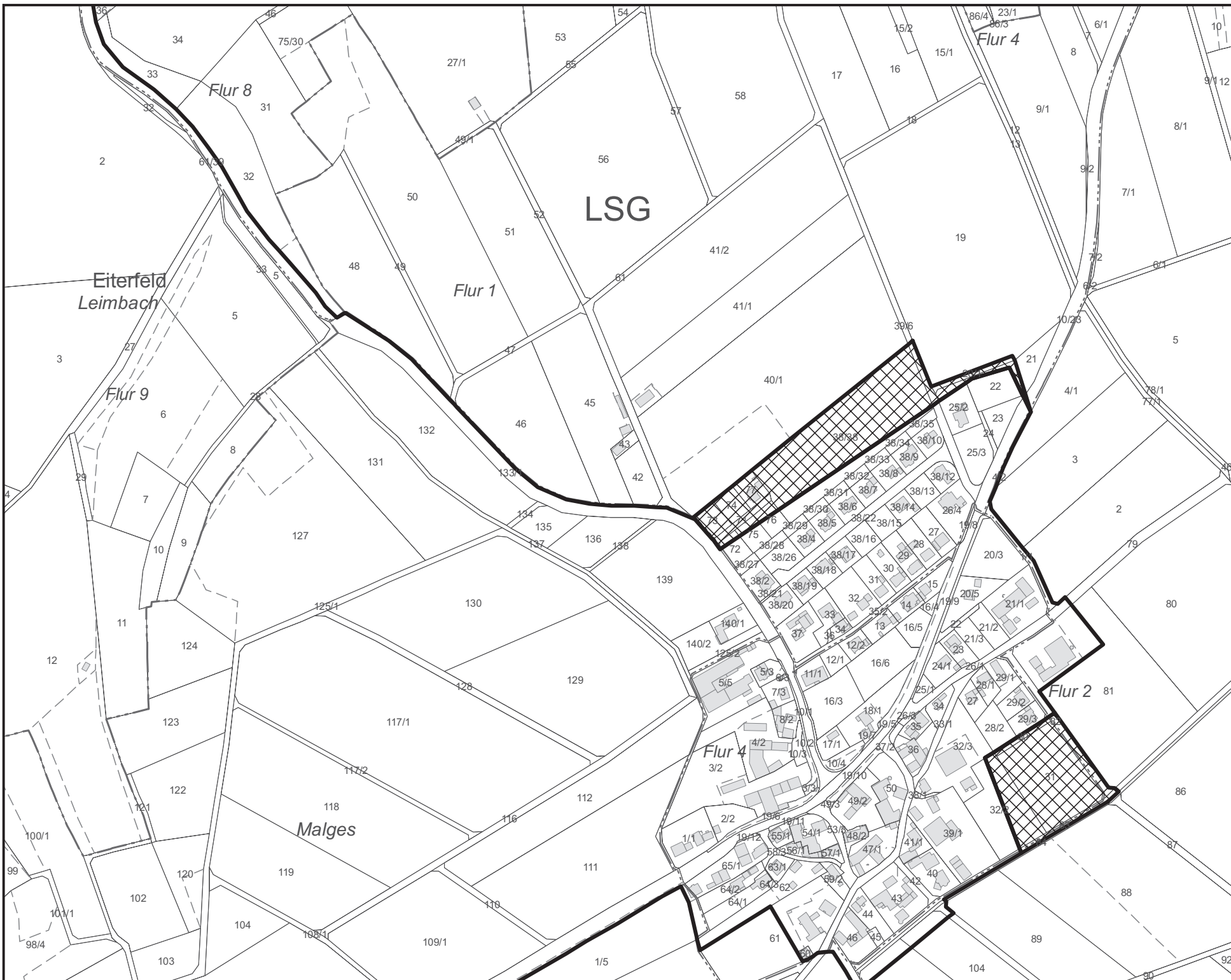


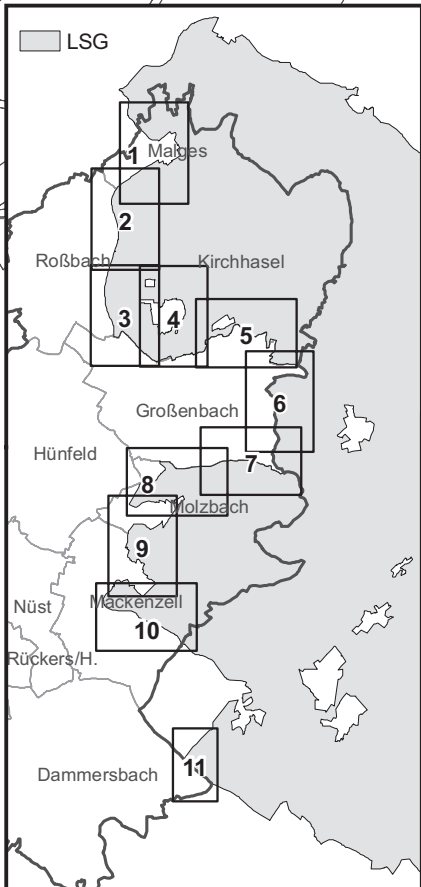
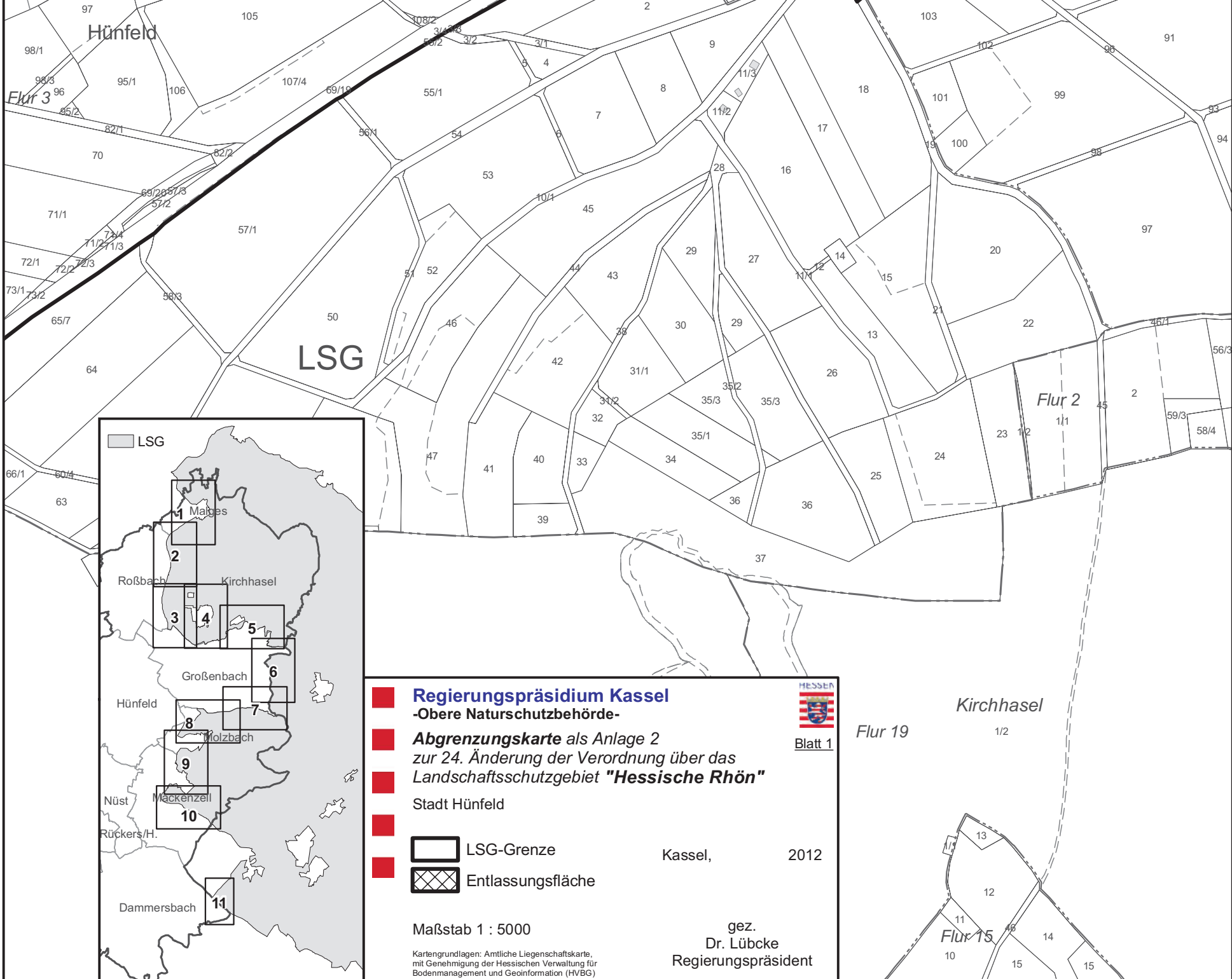
Übersichtskarte zur 24. Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Rhön“, Stadtgebiet Hünfeld und Gemeindegebiet Poppenhausen vom Maßstab 1 : 25.000



Abgrenzungskarten zur 24. Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Rhön“ vom Maßstab 1 : 5.000

Anlage 2 (16 Blätter)





Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Stadt Hünfeld

Kassel, 2012

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

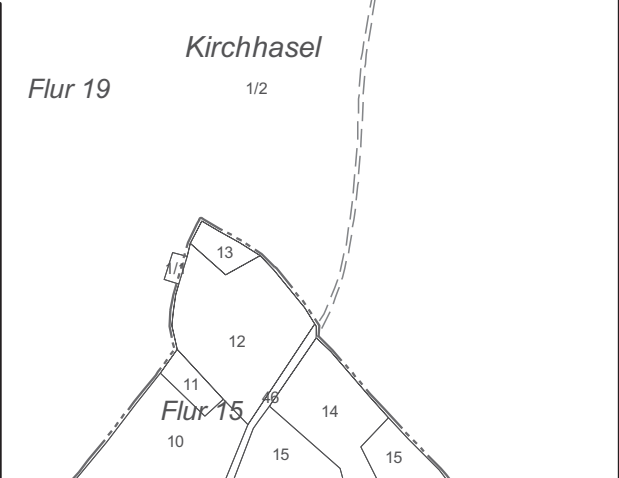
Blatt 1

Maßstab 1 : 5000

Kartgrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

Legend:

- LSG-Grenze
- Entlassungsfläche



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Stadt Hünfeld
 Kassel, 2012

LSG-Grenze

Maßstab 1 : 5000

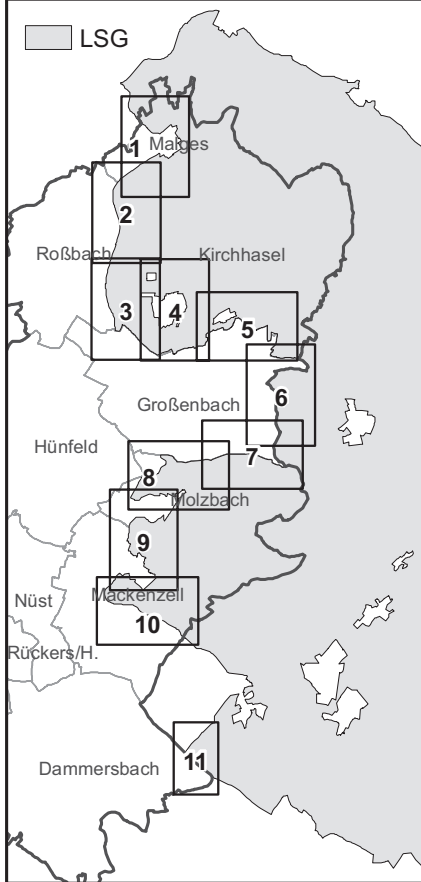
Kassel, 2012

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Kartgrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)



Blatt 2





Roßbach

Flur 2

Flur 15

Flur 15

LSG

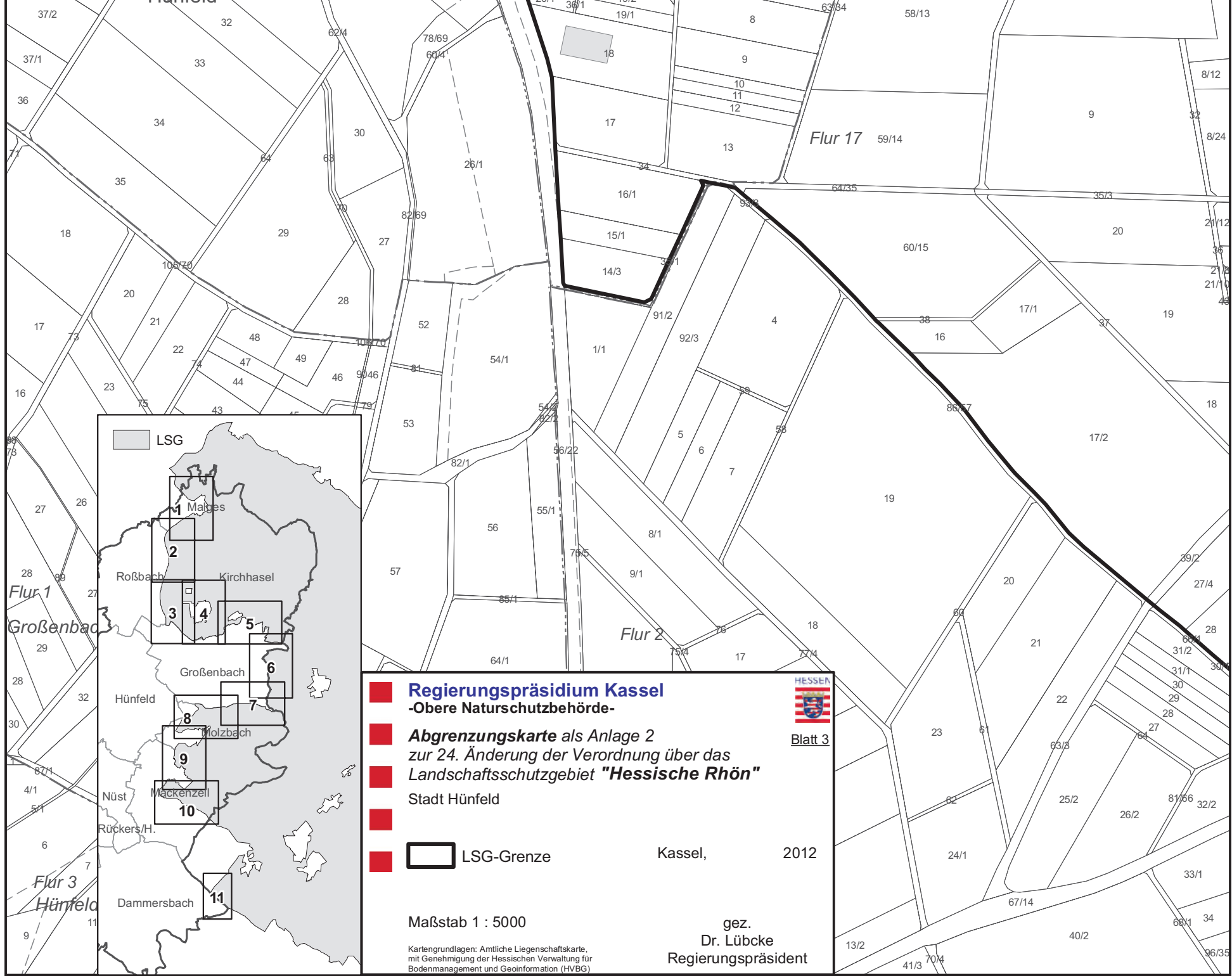
Flur 3

Flur 5

Flur 6

Flur 16
Kirchhasel





Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Stadt Hünfeld

LSG-Grenze

Kassel, 2012

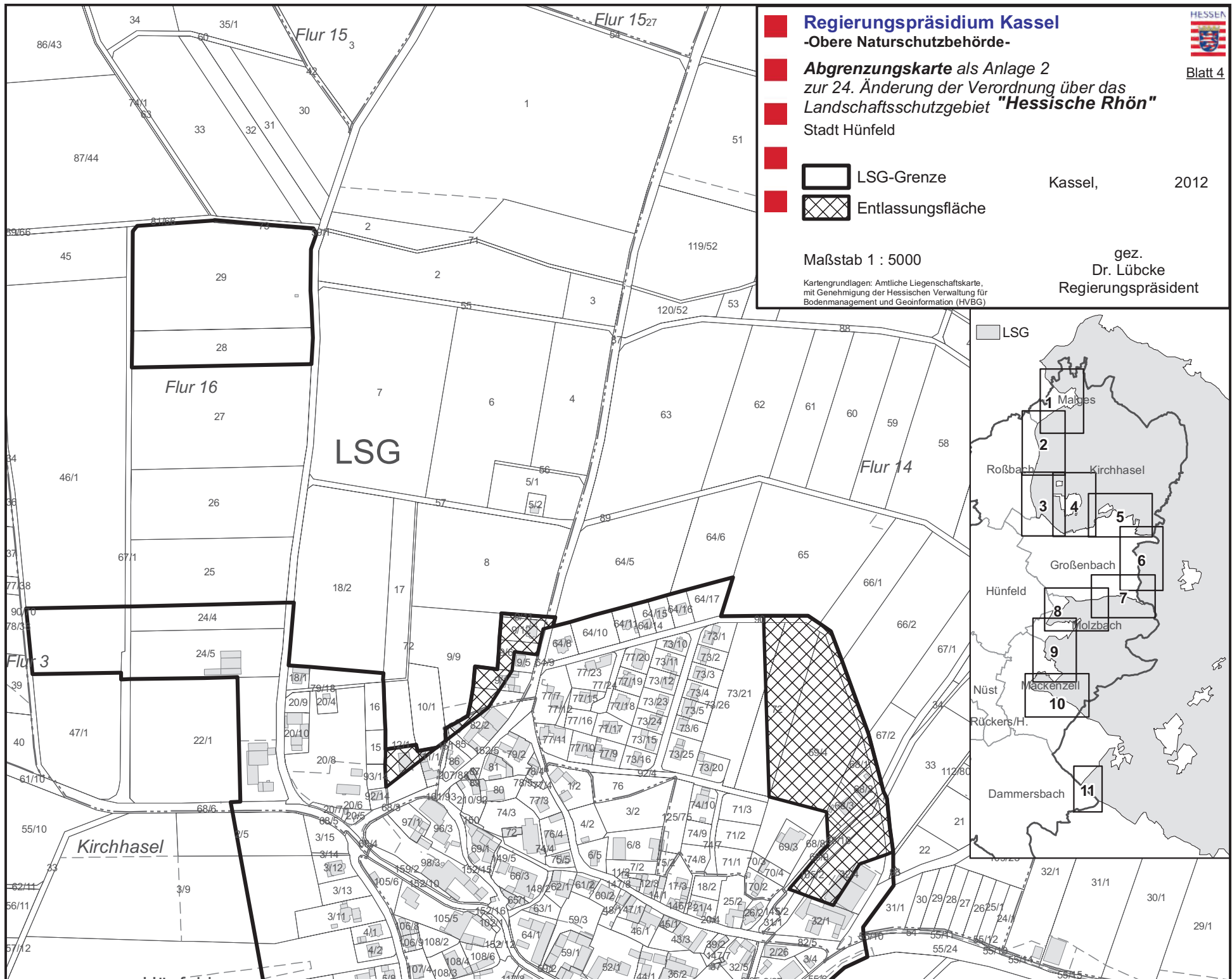
Blatt 3

HESSEN

Maßstab 1 : 5000

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)



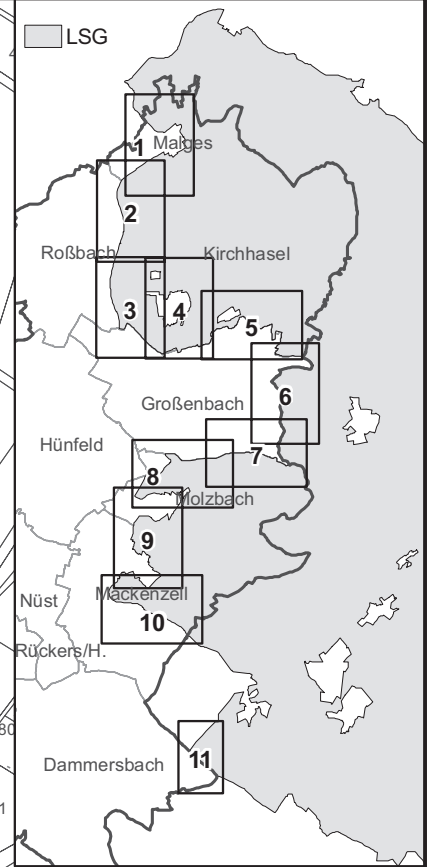
Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

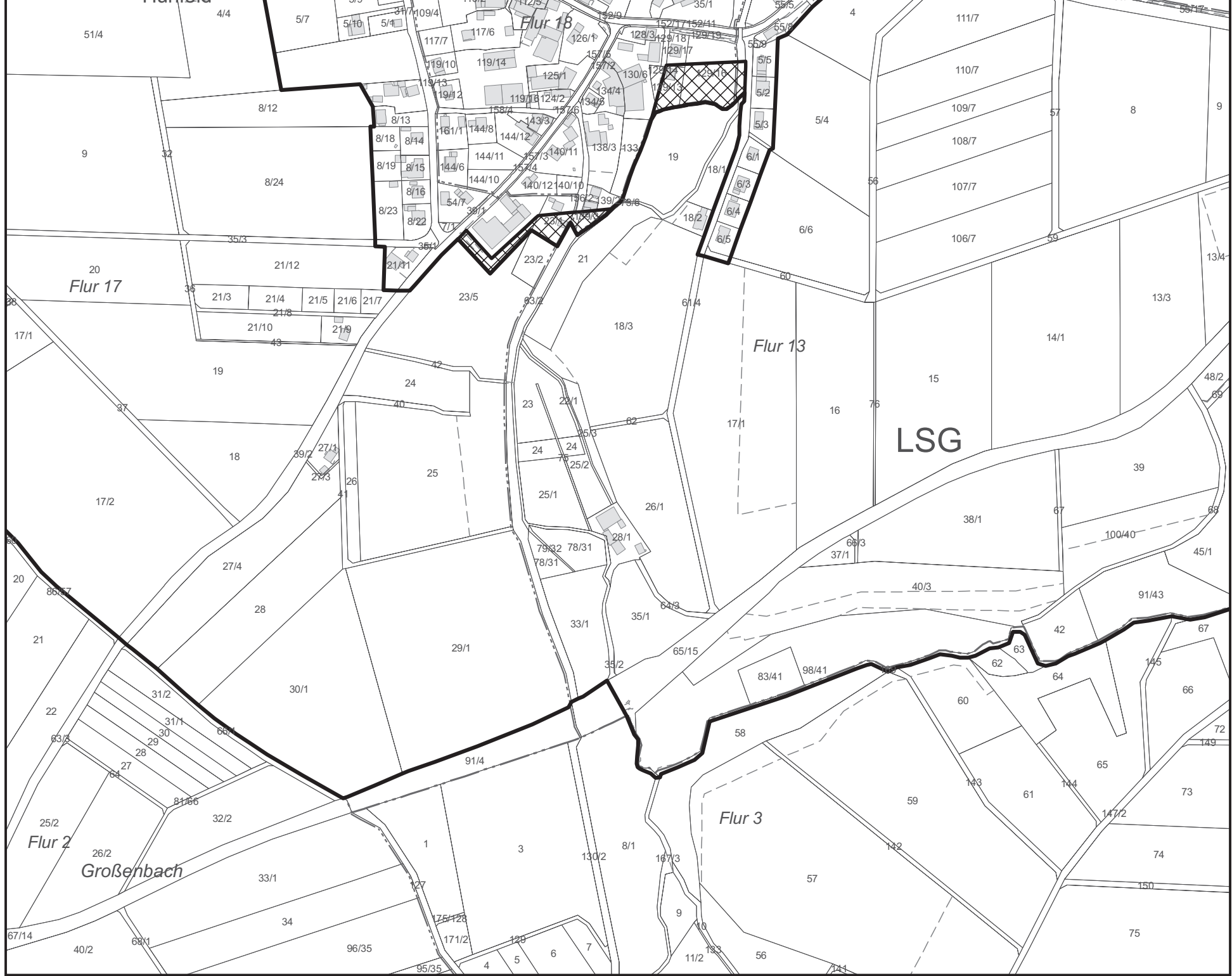
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 Stadt Hünfeld

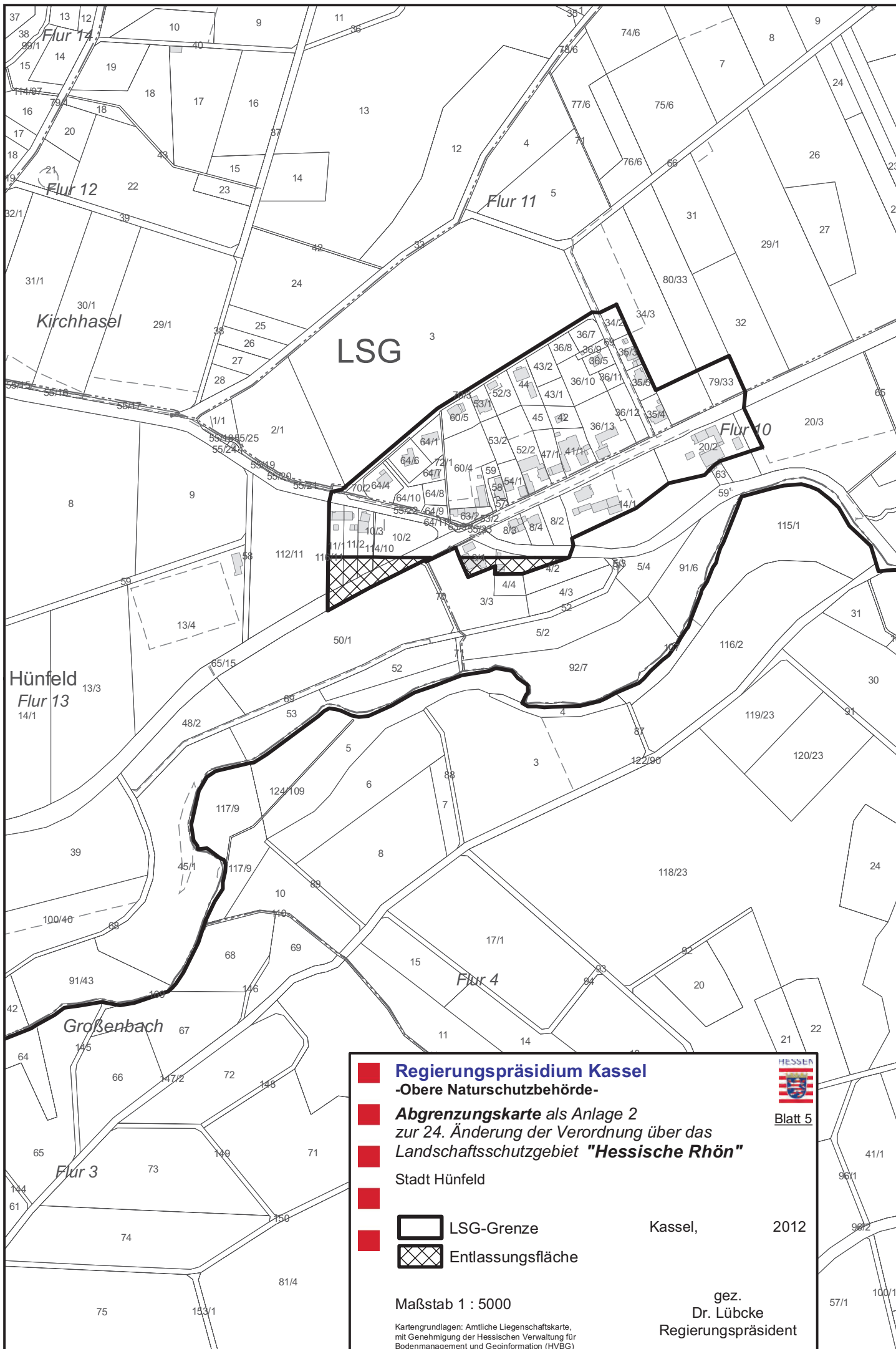
 LSG-Grenze
 Entlassungsfläche

Kassel, 2012
 gez. Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Maßstab 1 : 5000
 Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)










Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Stadt Hünfeld

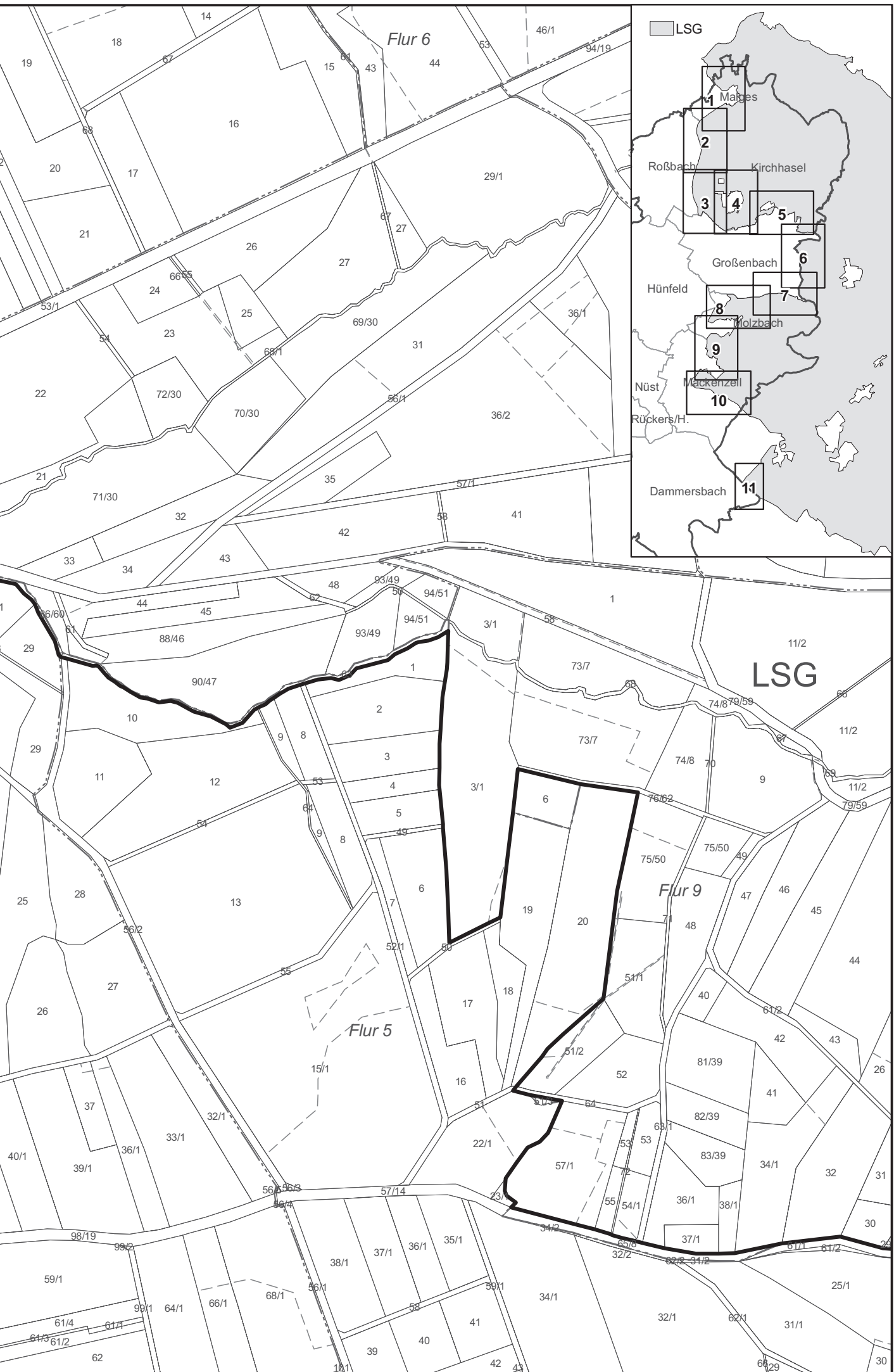
 LSG-Grenze
 Entlassungsfläche


 Blatt 5

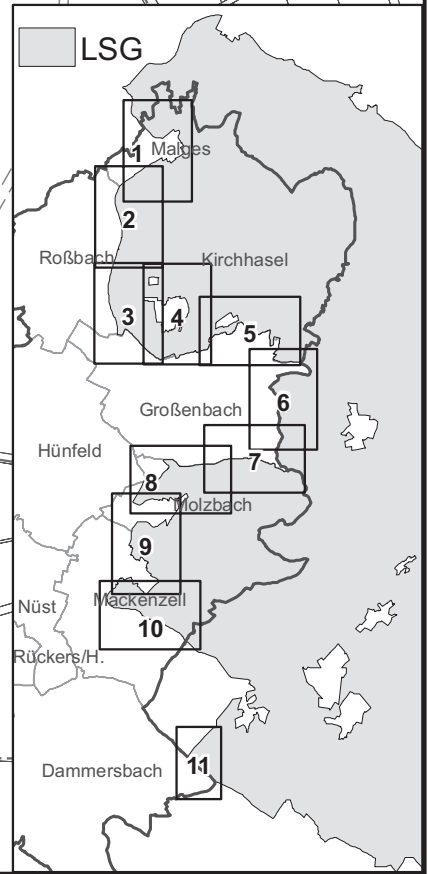
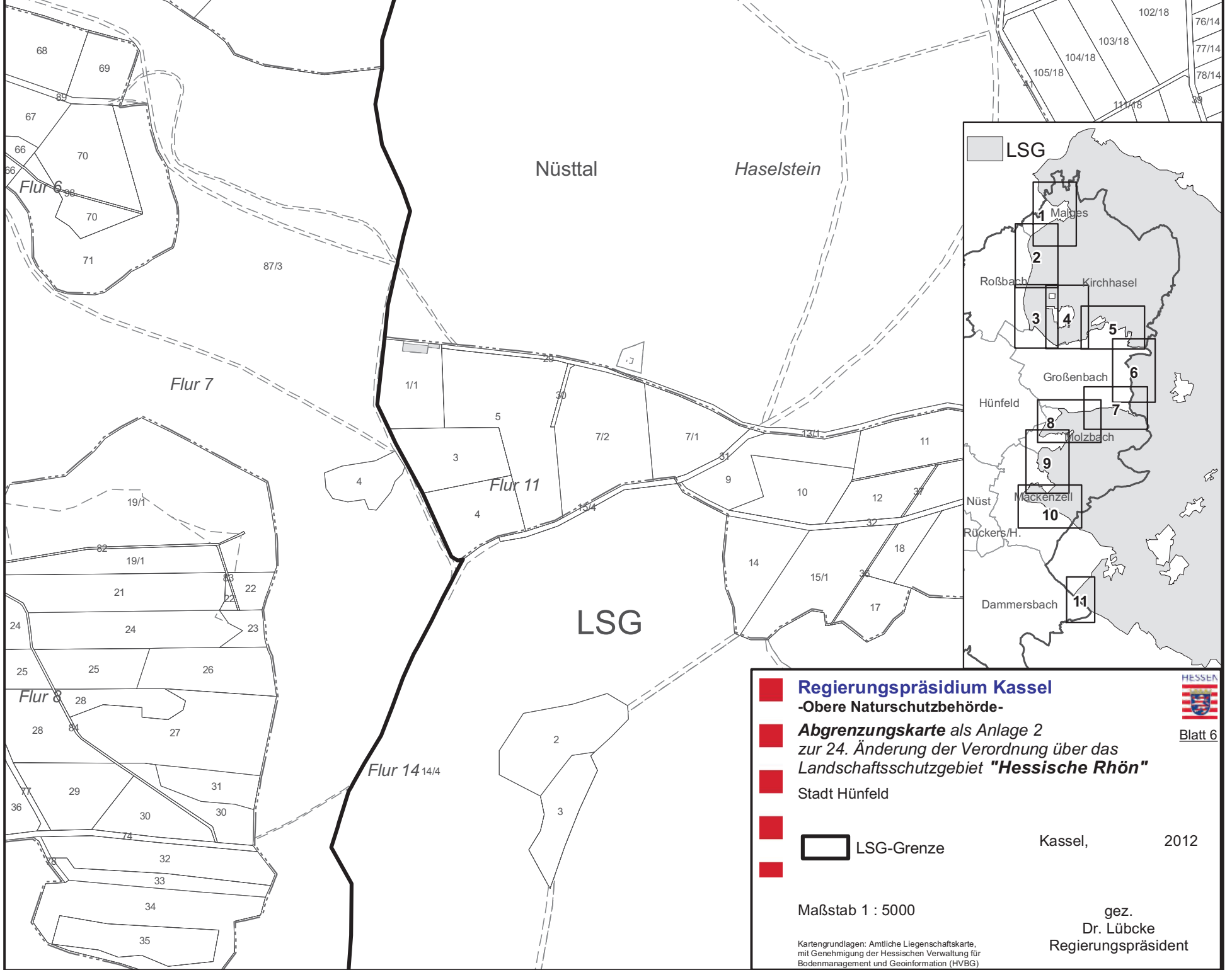
Kassel, 2012

Maßstab 1 : 5000
 gez. Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)














Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**


Stadt Hünfeld

       LSG-Grenze

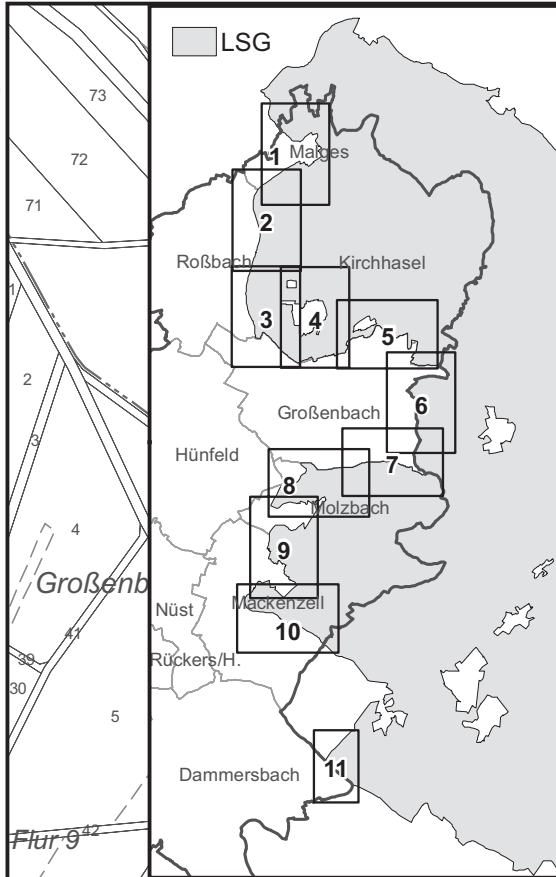
Kassel, 2012

Maßstab 1 : 5000

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

 **HESSEN**
 Blatt 6

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

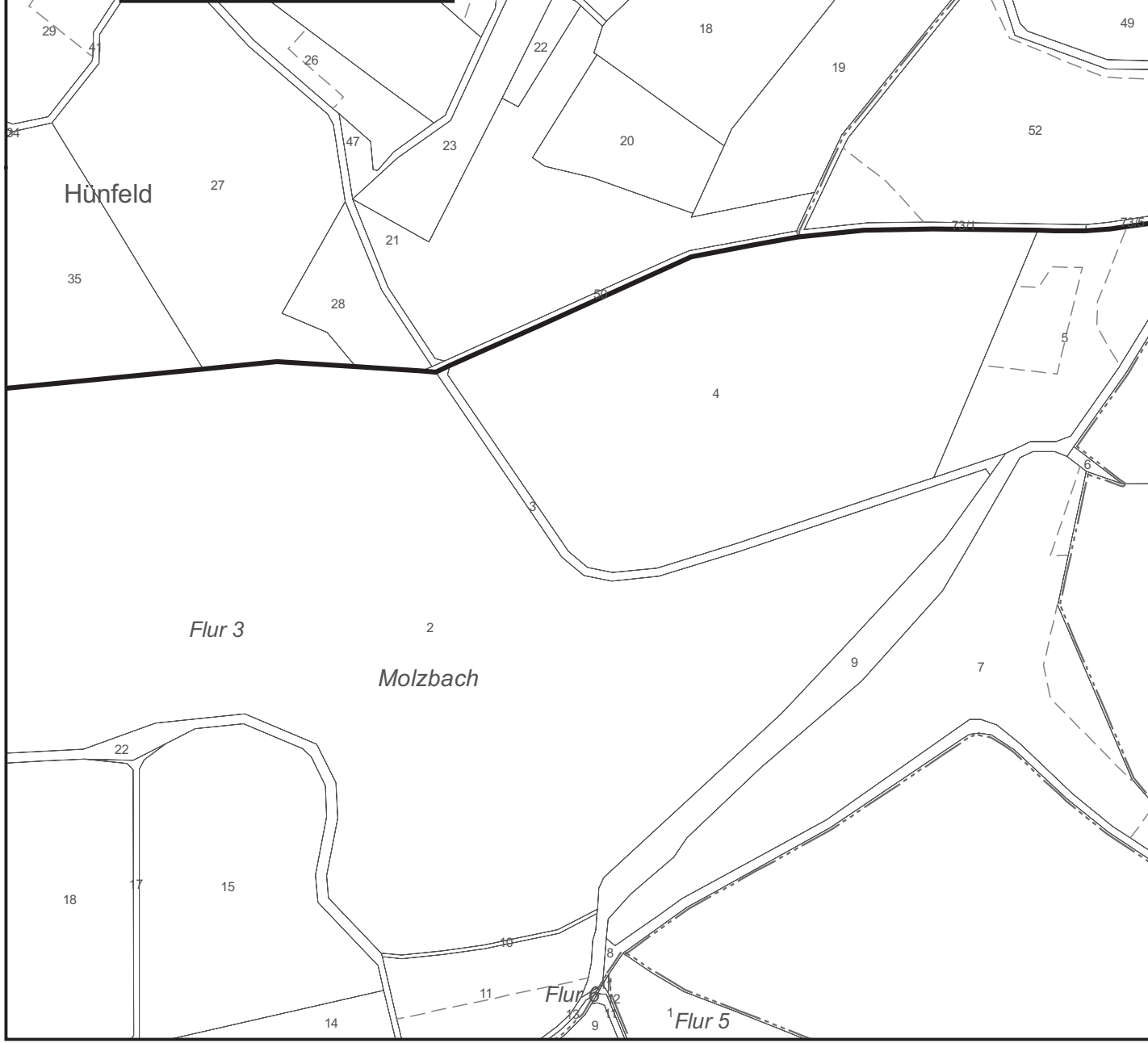
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 Stadt Hünfeld, Gemeinde Nüsttal

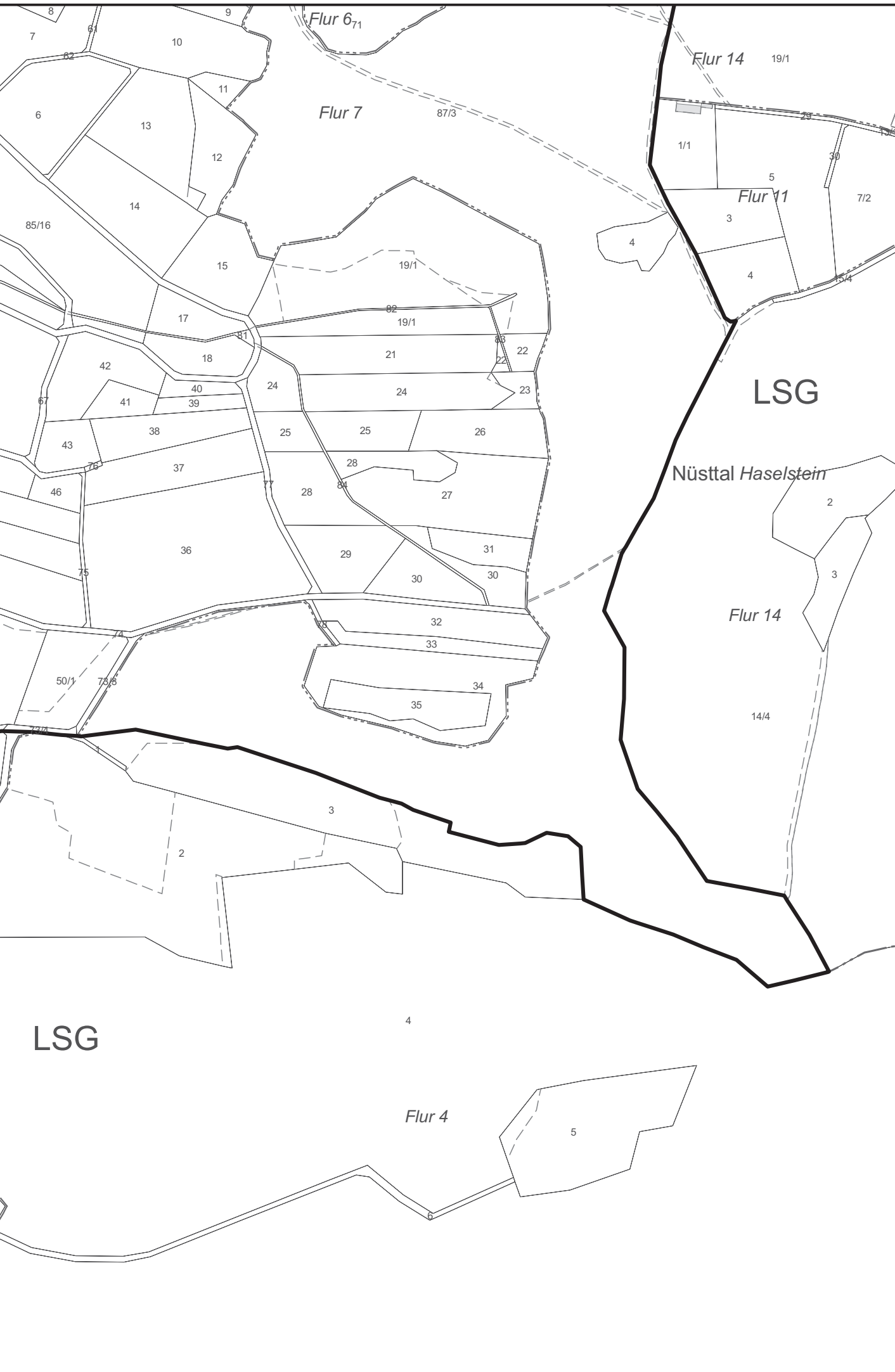
LSG-Grenze Kassel, 2012

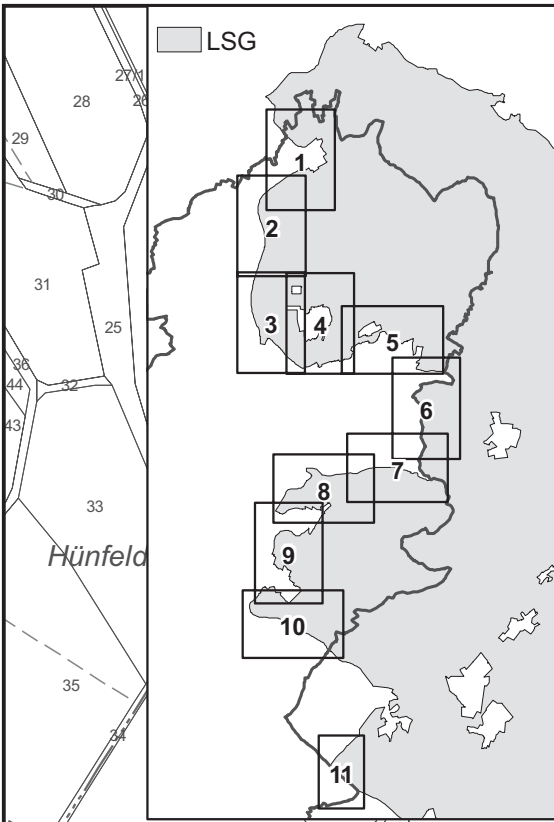
Maßstab 1 : 5000

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident







Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 Stadt Hünfeld

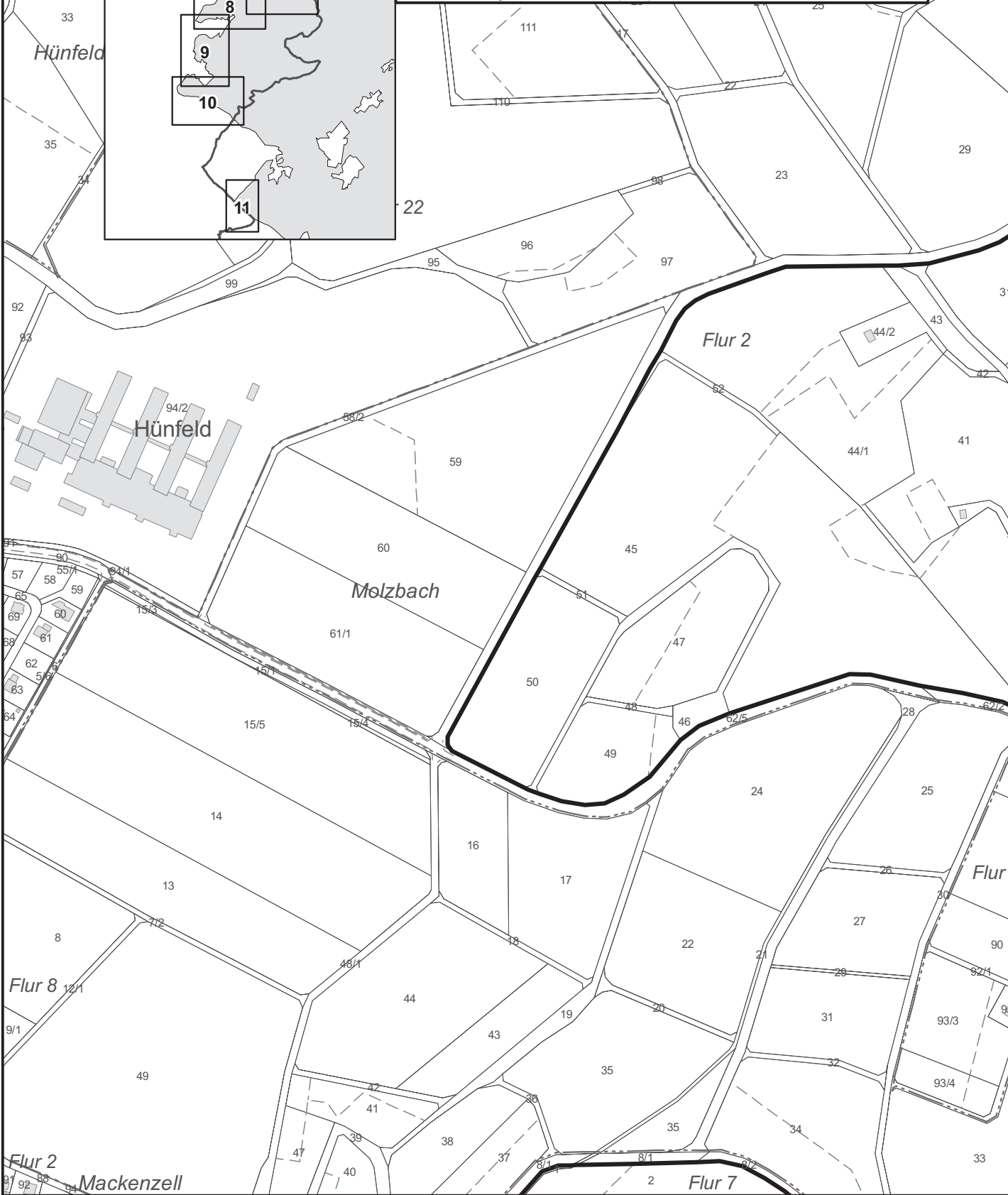
-  LSG-Grenze
-  Entlassungsfläche

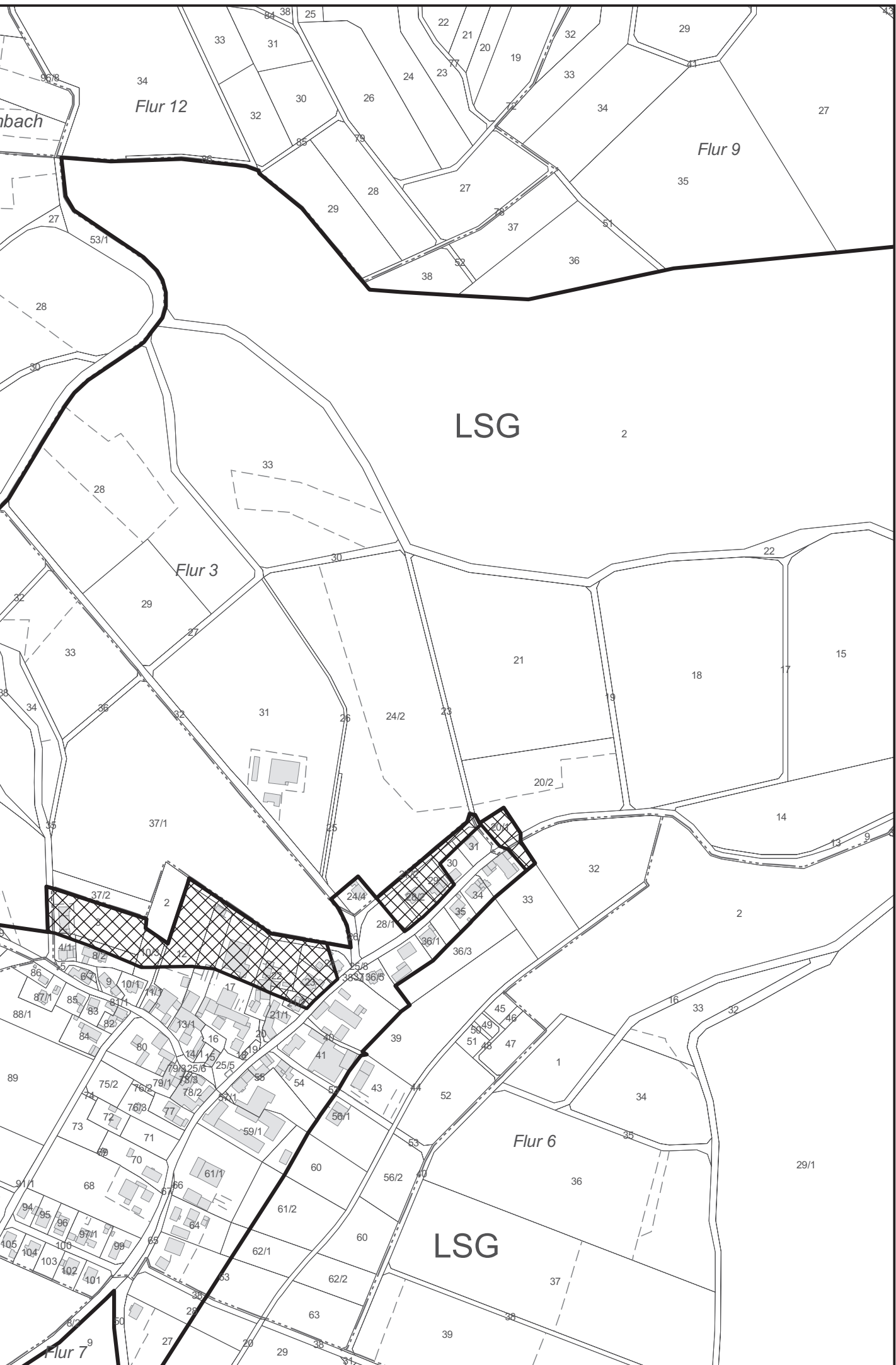
Maßstab 1 : 5000

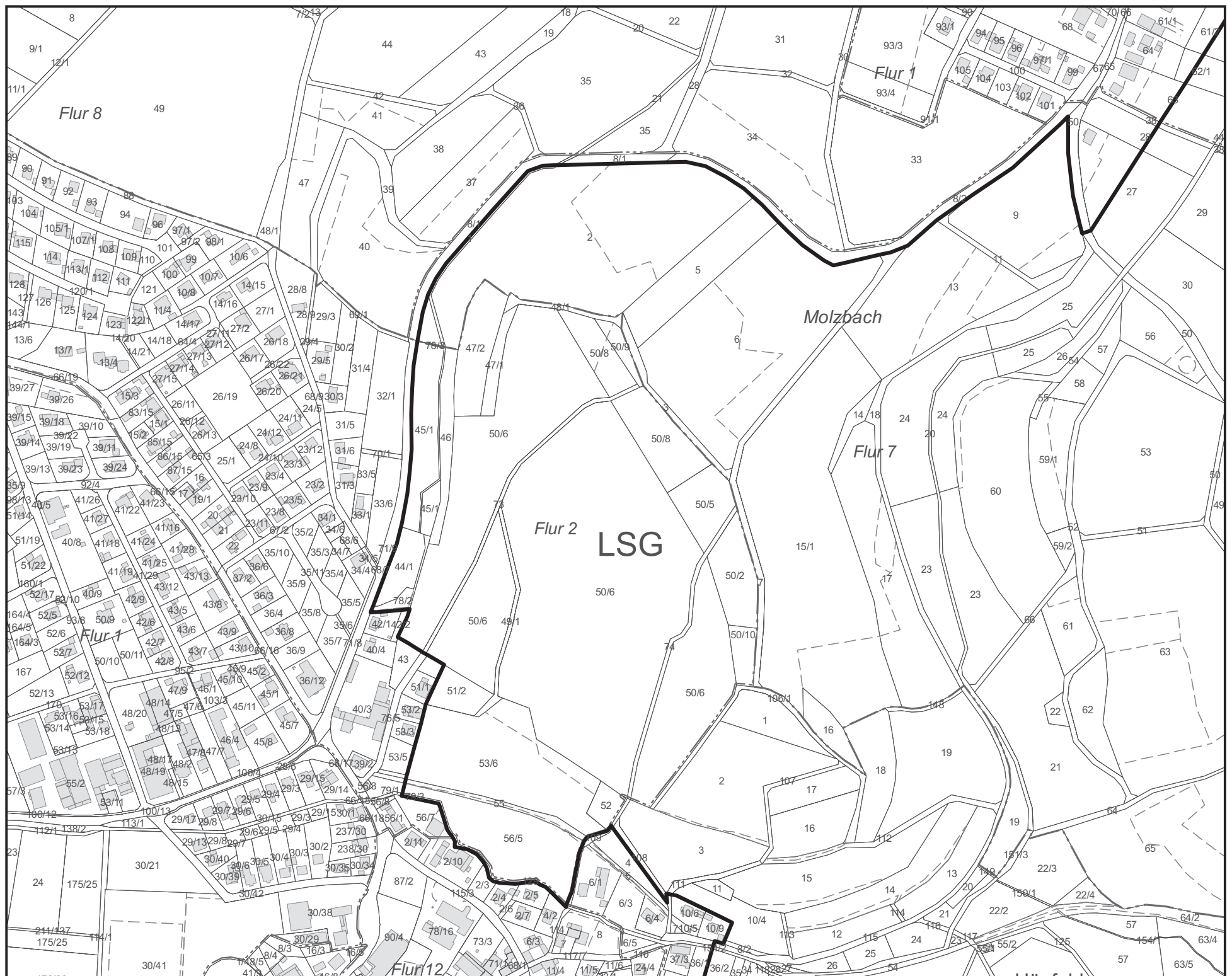
Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

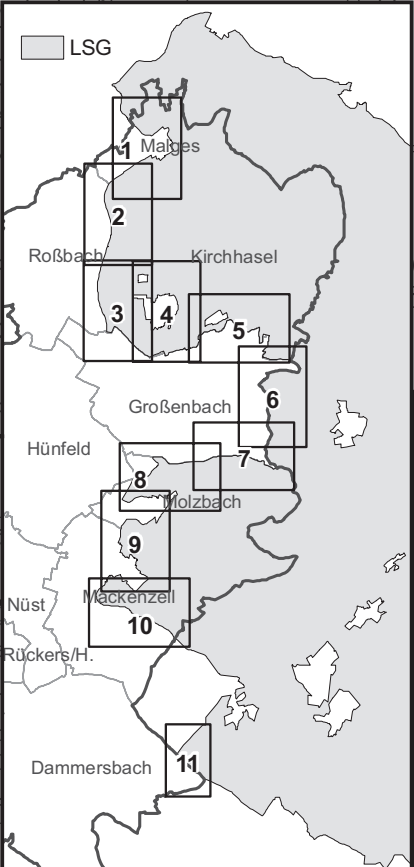
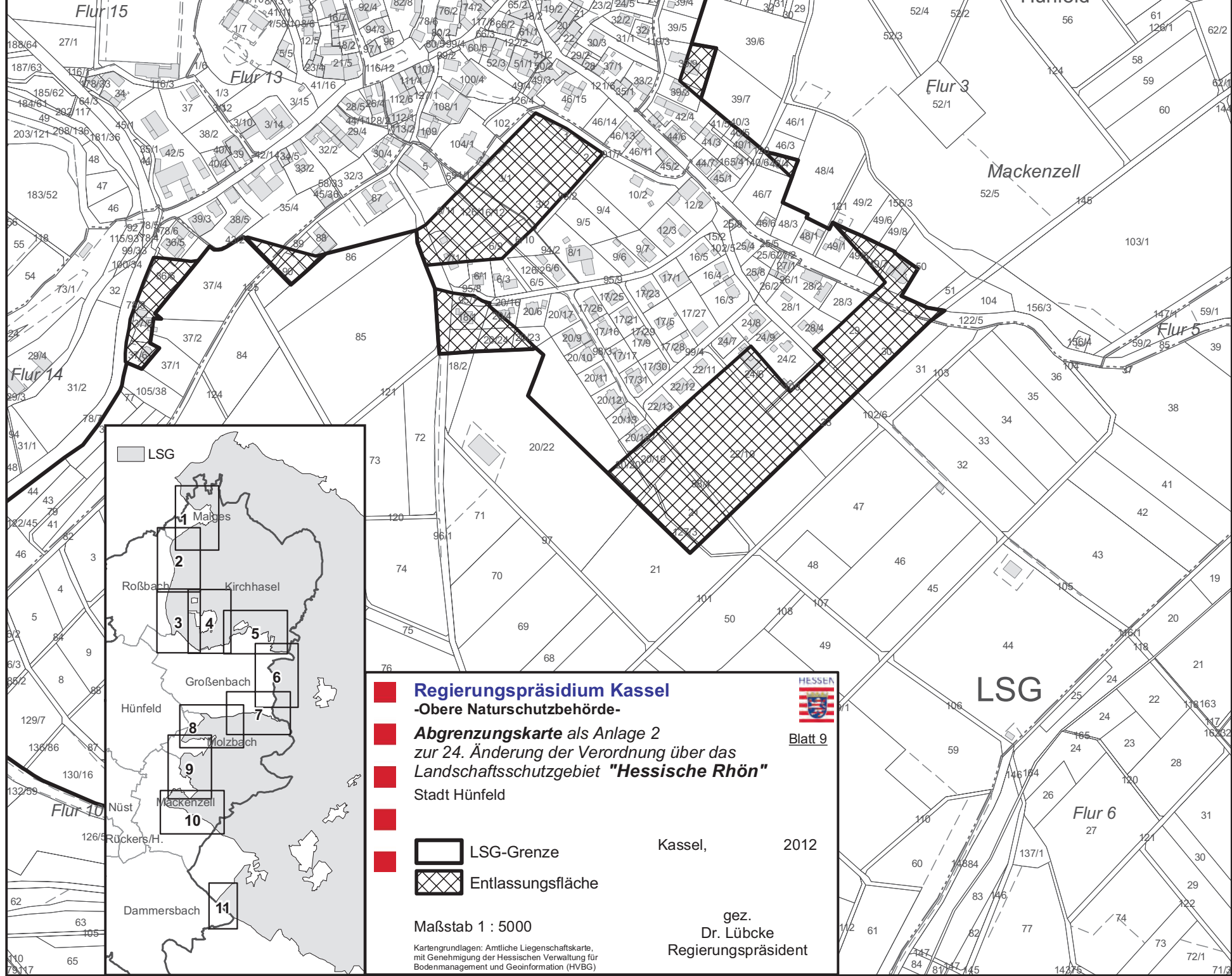
Kassel, 2012







gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident






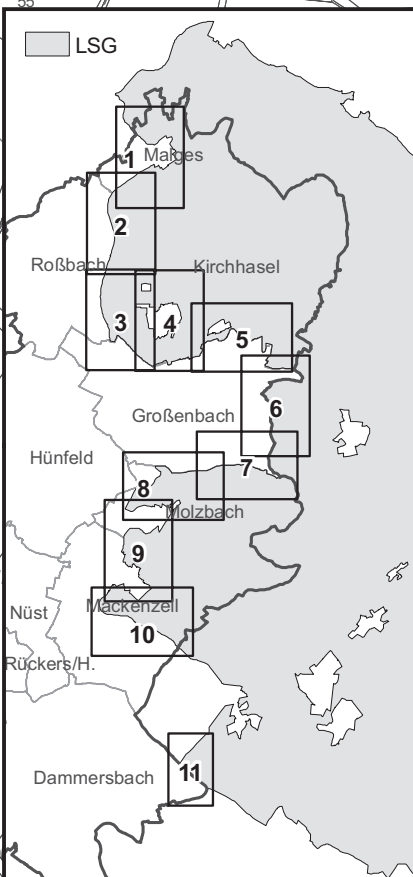
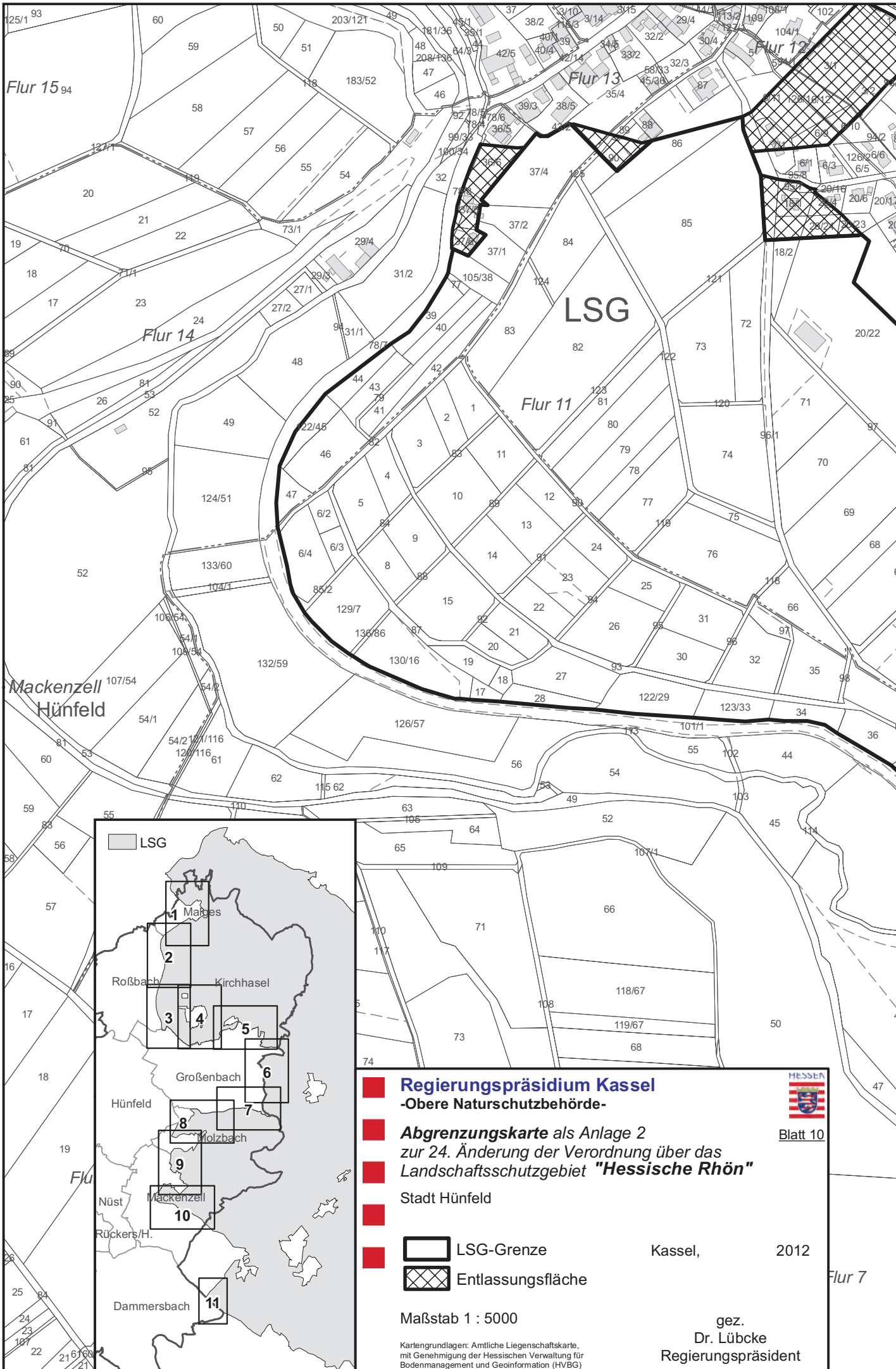




 **Regierungspräsidium Kassel**
-Obere Naturschutzbehörde-
 **Abgrenzungskarte als Anlage 2**
zur 24. Änderung der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 Stadt Hünfeld
  LSG-Grenze
  Entlassungsfläche


 Blatt 9
 Kassel, 2012
 gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Maßstab 1 : 5000
 Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
zur 24. Änderung der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"

Stadt Hüinfeld

Kassel, 2012

gez.
Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

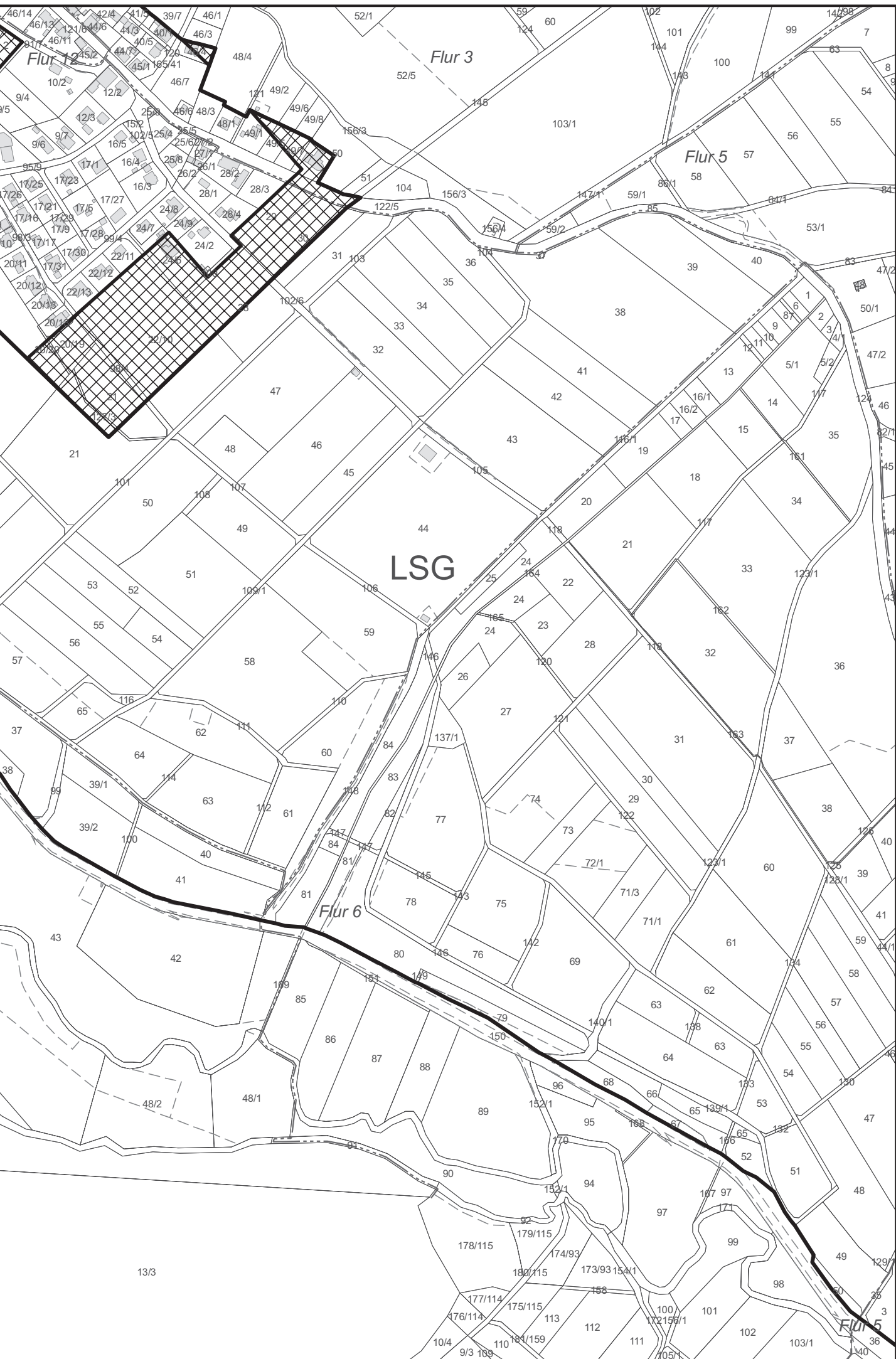
Blatt 10

Maßstab 1 : 5000

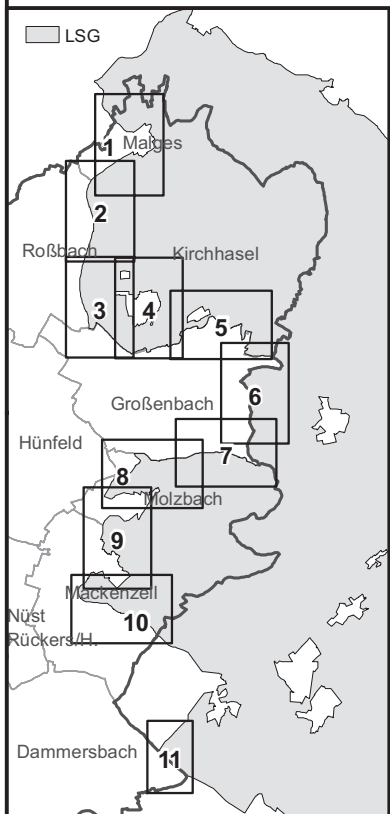
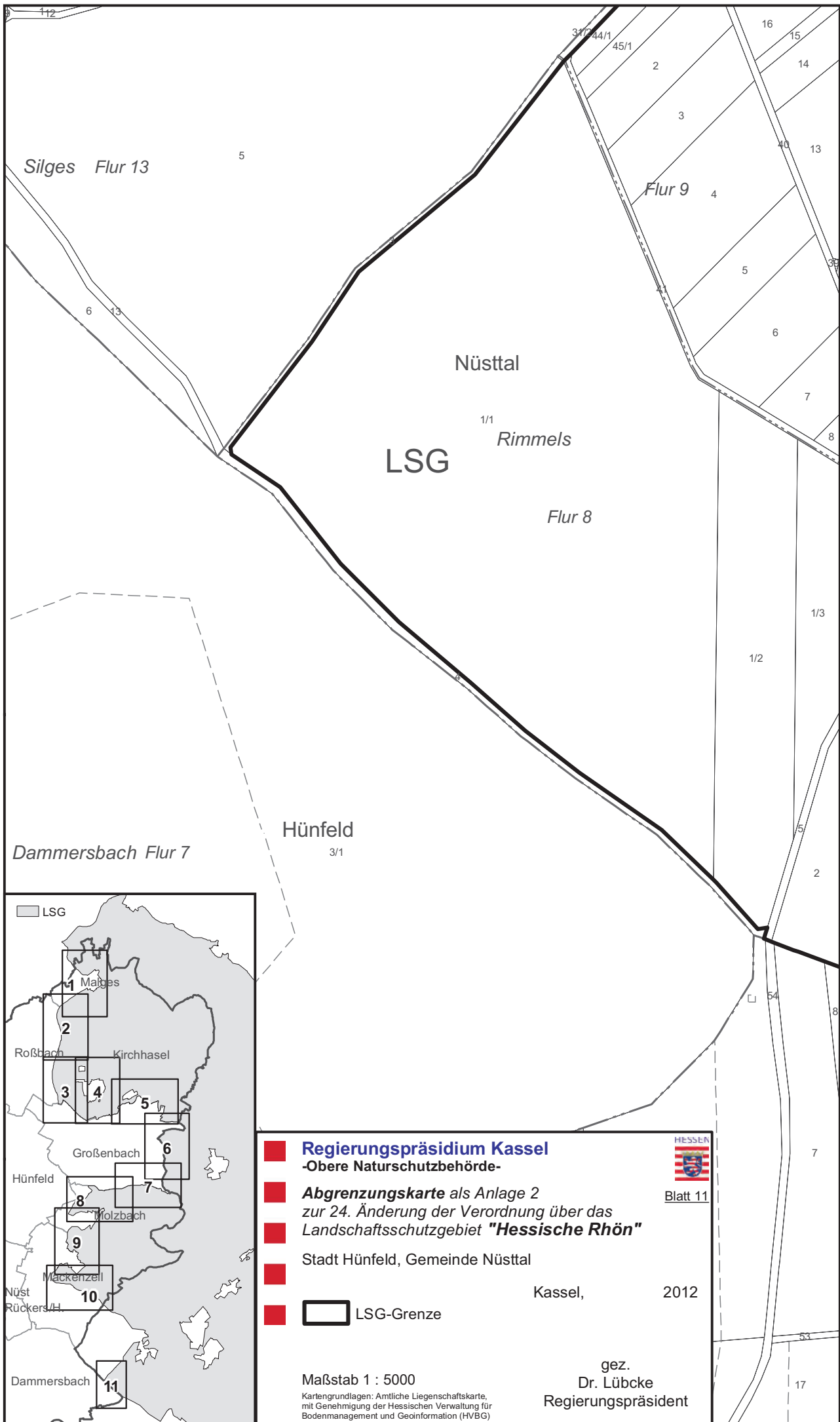
Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

Legend:

- LSG
- LSG-Grenze
- ▨ Entlassungsfläche



Diese Seite
ist
unbedruckt



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Stadt Hünfeld, Gemeinde Nüsttal

Kassel, 2012

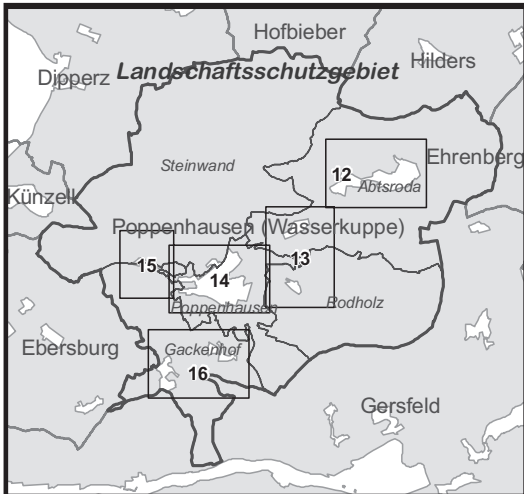
Blatt 11

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Maßstab 1 : 5000

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

Legend:
 ■ LSG
 ■ Abgrenzungskarte
 ■ Stadt Hünfeld, Gemeinde Nüsttal
 ■ Kassel, 2012
 ■ LSG-Grenze



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-



Blatt 12

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Gemeinde Poppenhausen

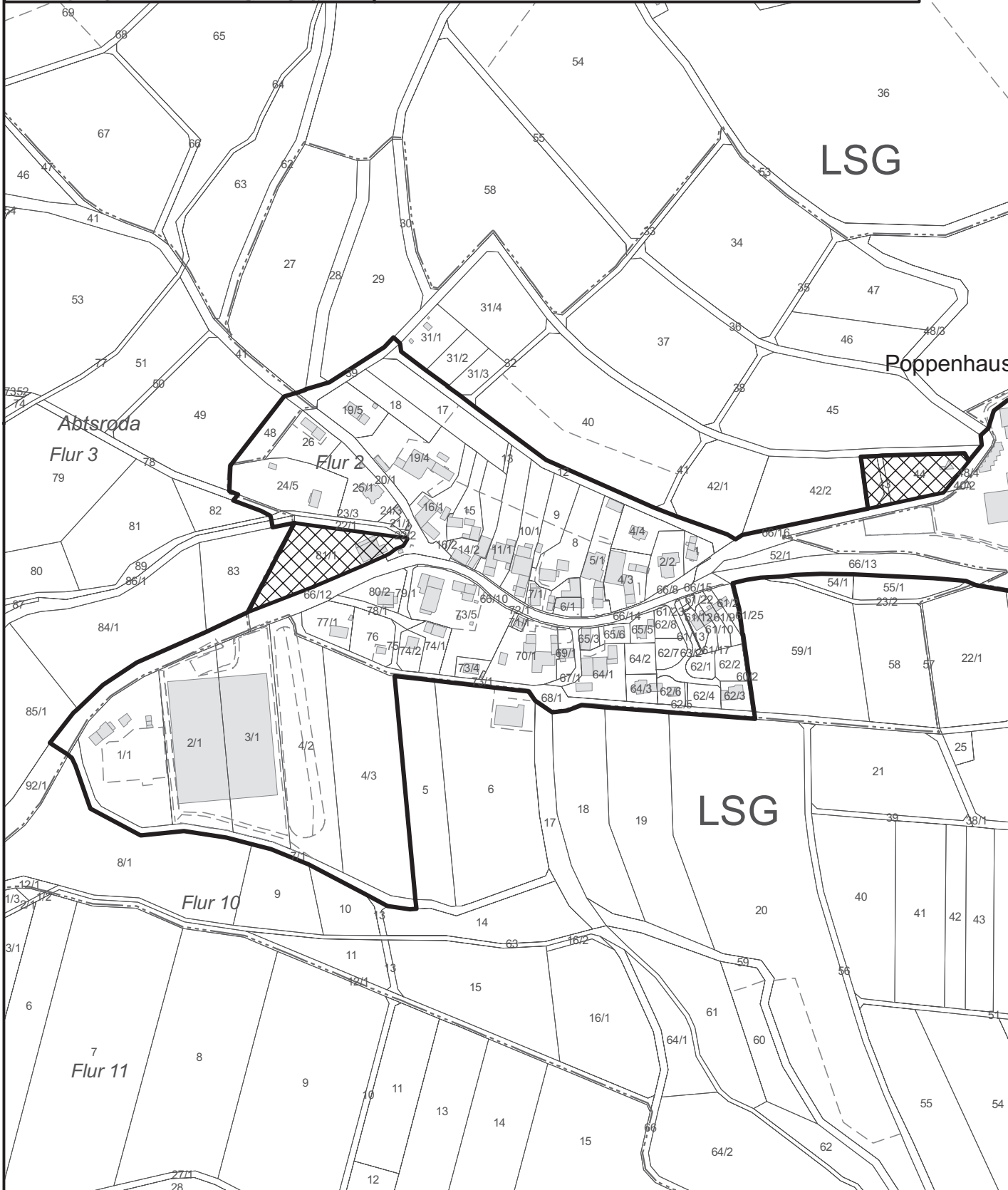
-  LSG-Grenze
-  Entlassungsfläche

Kassel, 2012

Maßstab 1 : 5000

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)







Regierungspräsidium Kassel
 -Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Gemeinde Poppenhausen

LSG-Grenze
 Entlassungsfläche

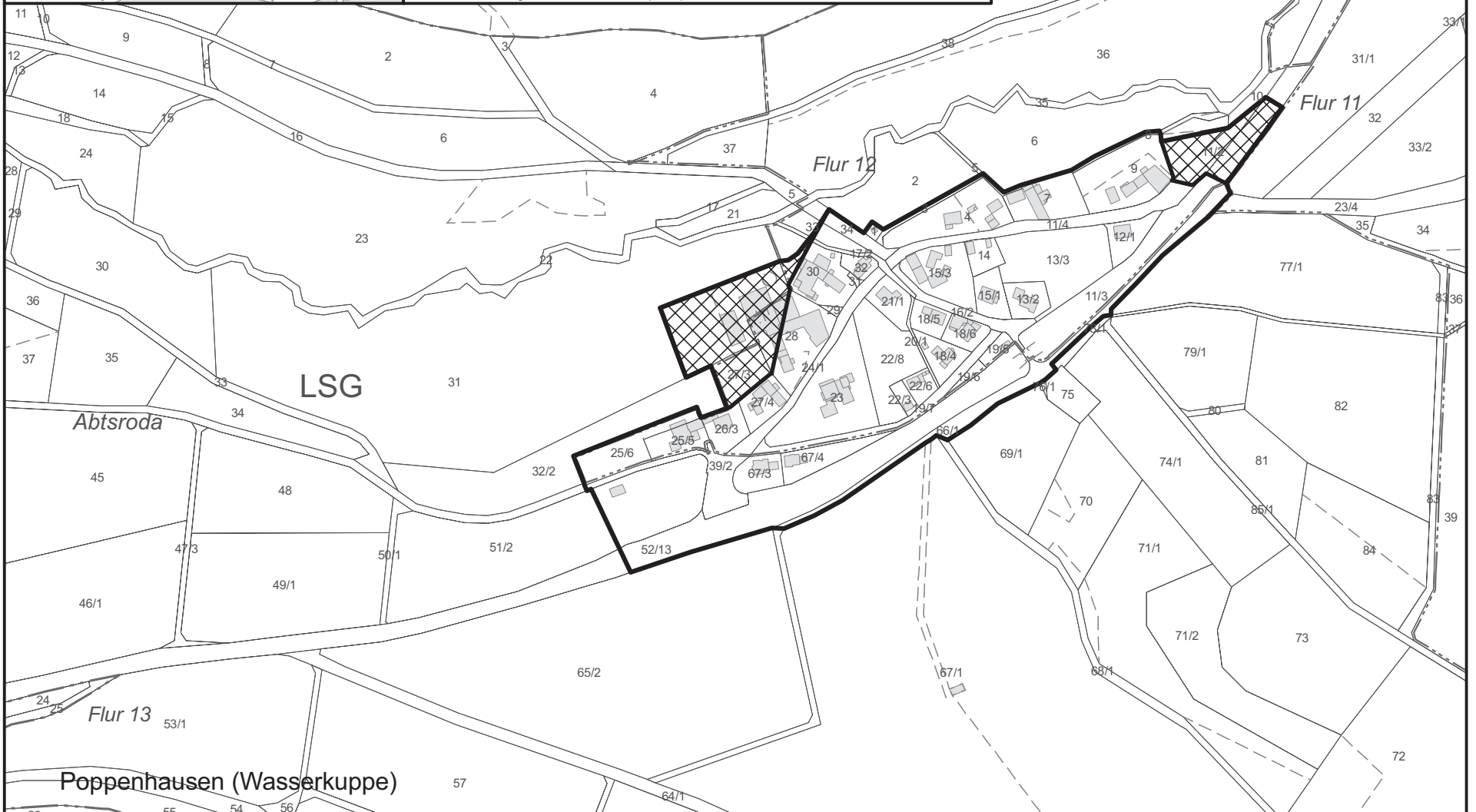
Kassel, 2012

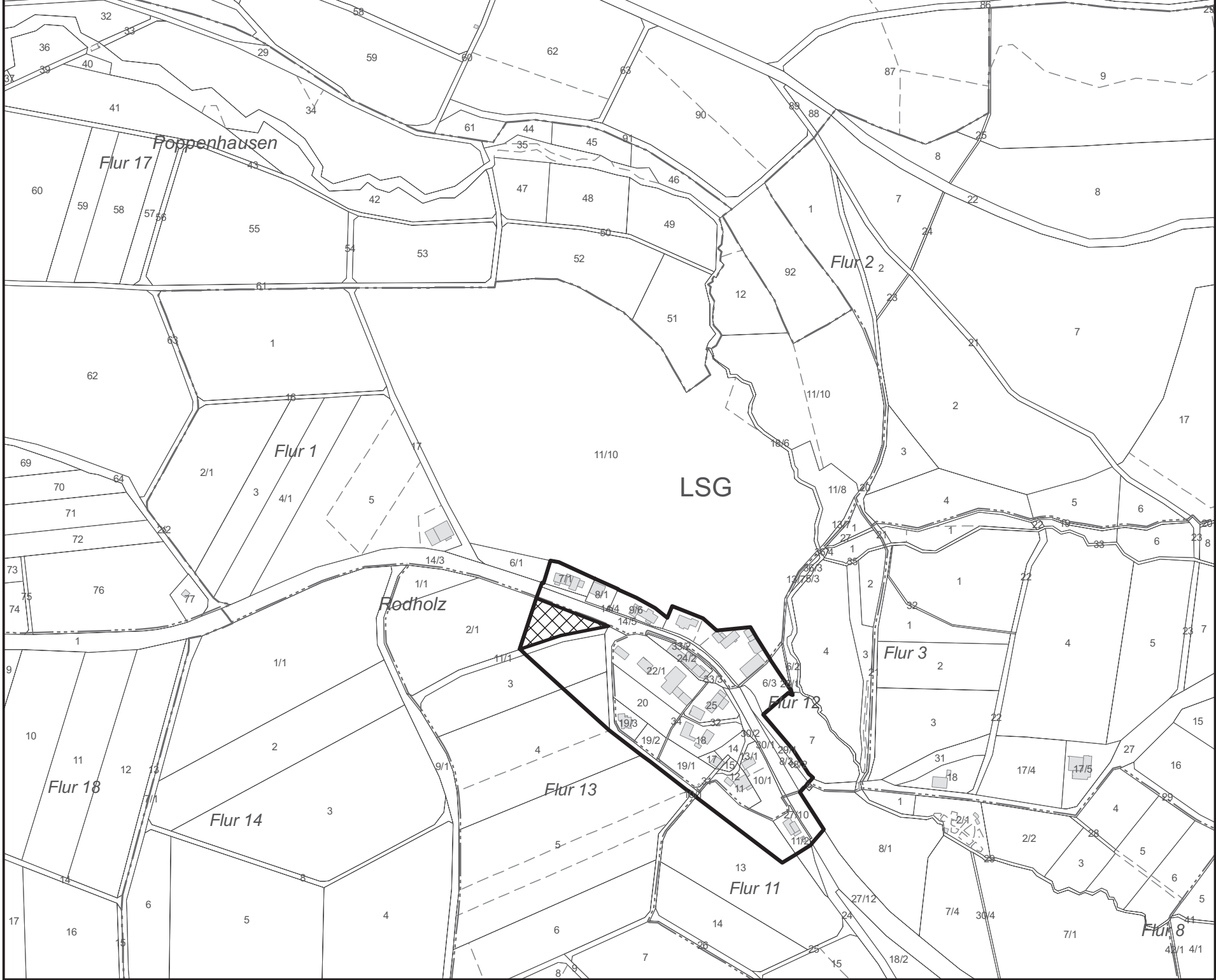
Blatt 13

Maßstab 1 : 5000

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)







Regierungspräsidium Kassel

-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
zur 24. Änderung der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Gemeinde Poppenhausen

-  LSG-Grenze
-  Entlassungsfläche

Maßstab 1 : 5000

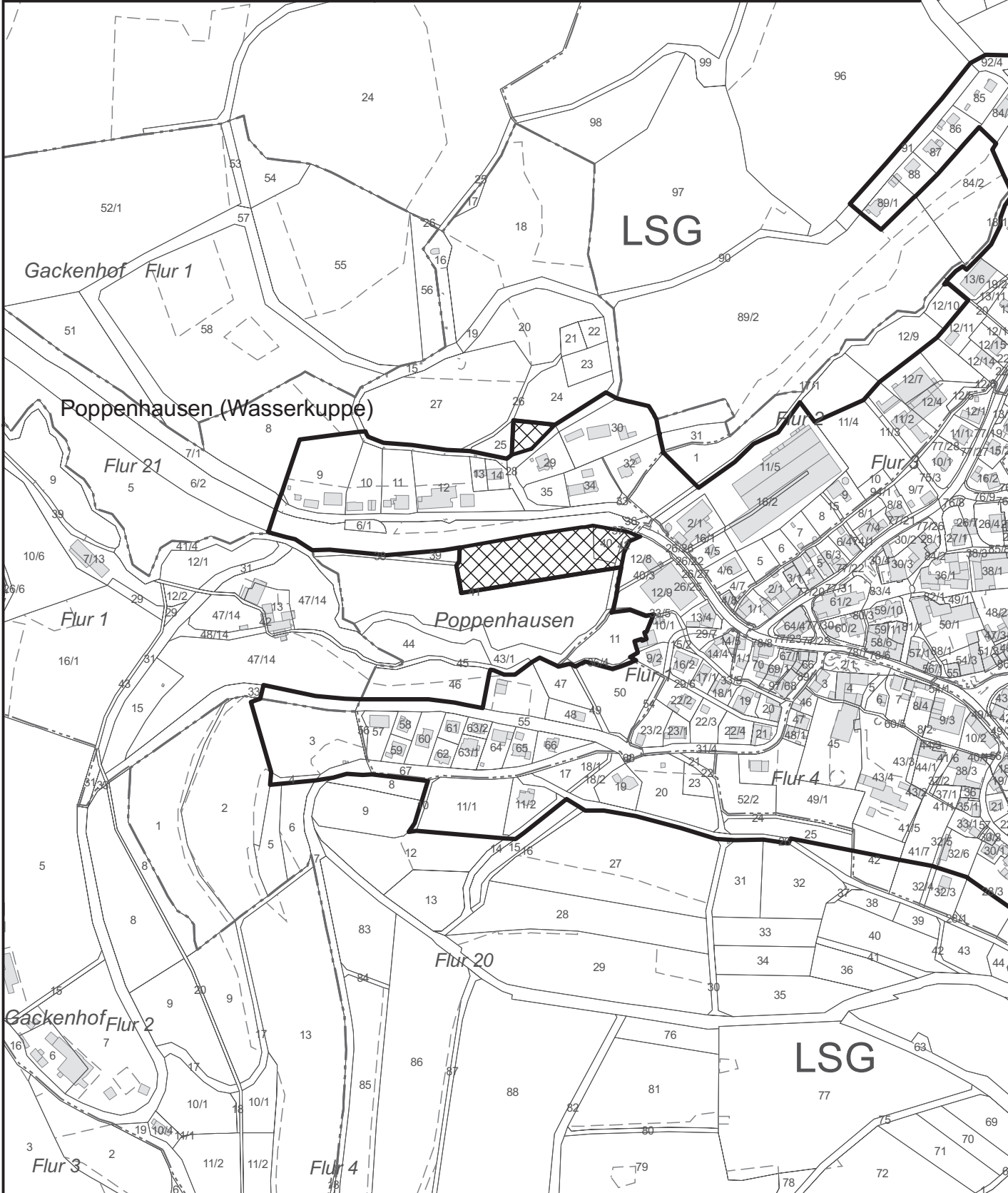
Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

Kassel, 2012

gez.
Dr. Lübcke
Regierungspräsident

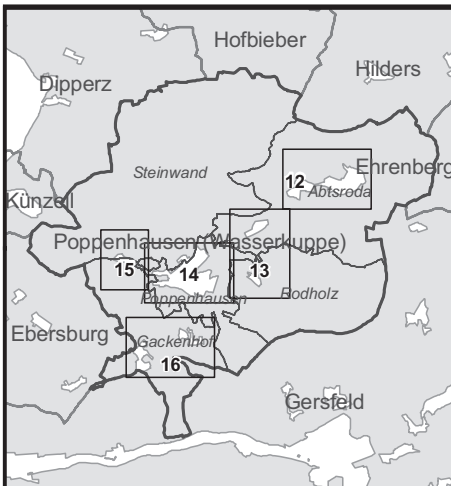


Blatt 14





Diese Seite
ist
unbedruckt



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-



Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 24. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**

Blatt 15

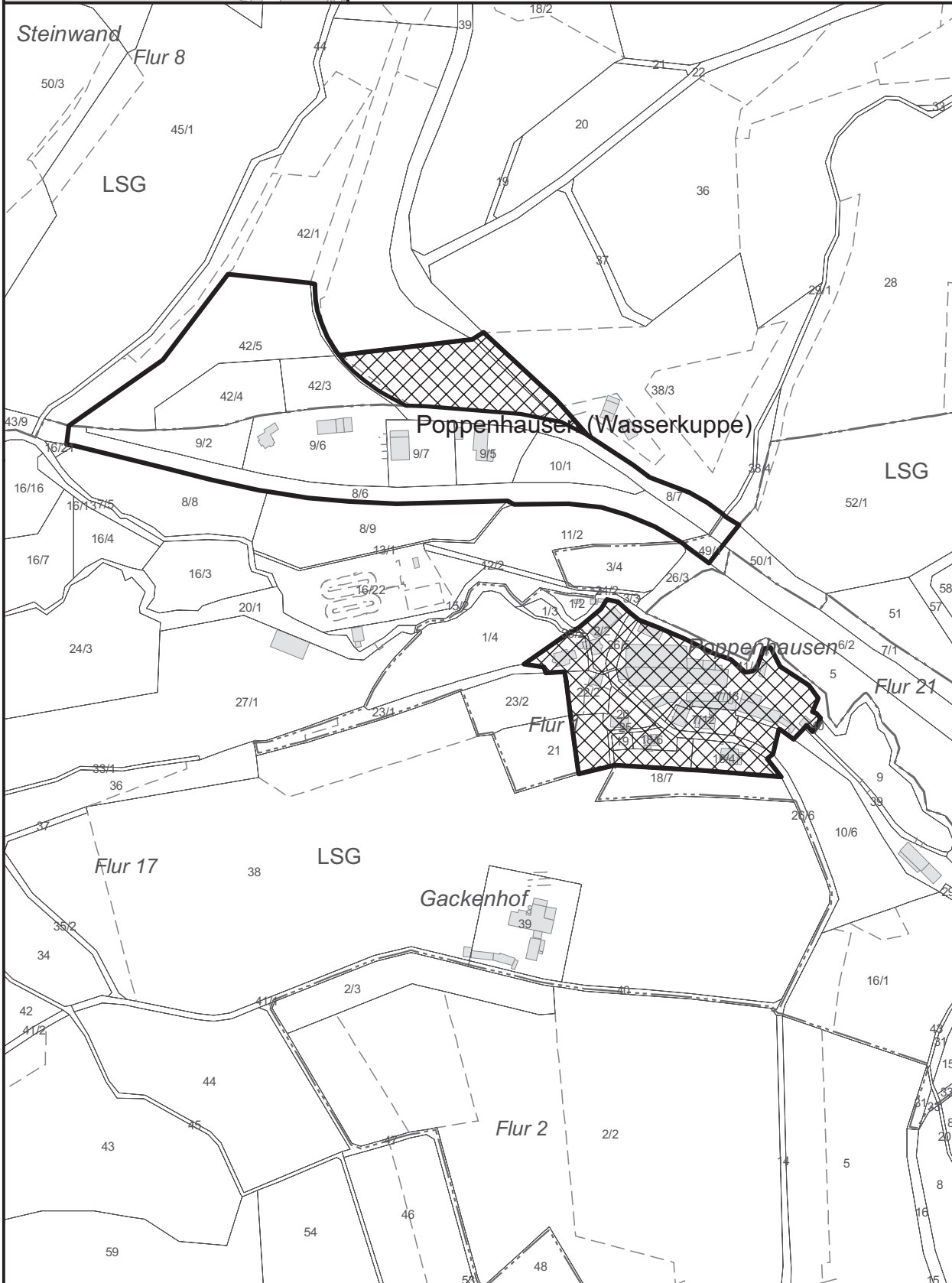
- Gemeindefläche
- LSG-Grenze
- Entlassungsfläche

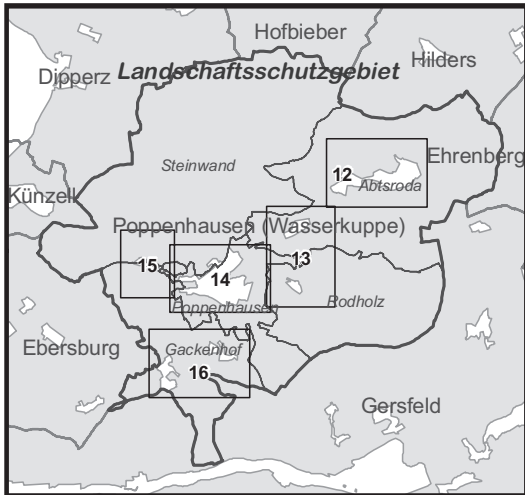
Kassel, 2012

Maßstab 1 : 5000

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)





Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-


Abgrenzungskarte als Anlage 2
zur 24. Änderung der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"

Gemeinde Poppenhausen

 LSG-Grenze
 Entlassungsfläche

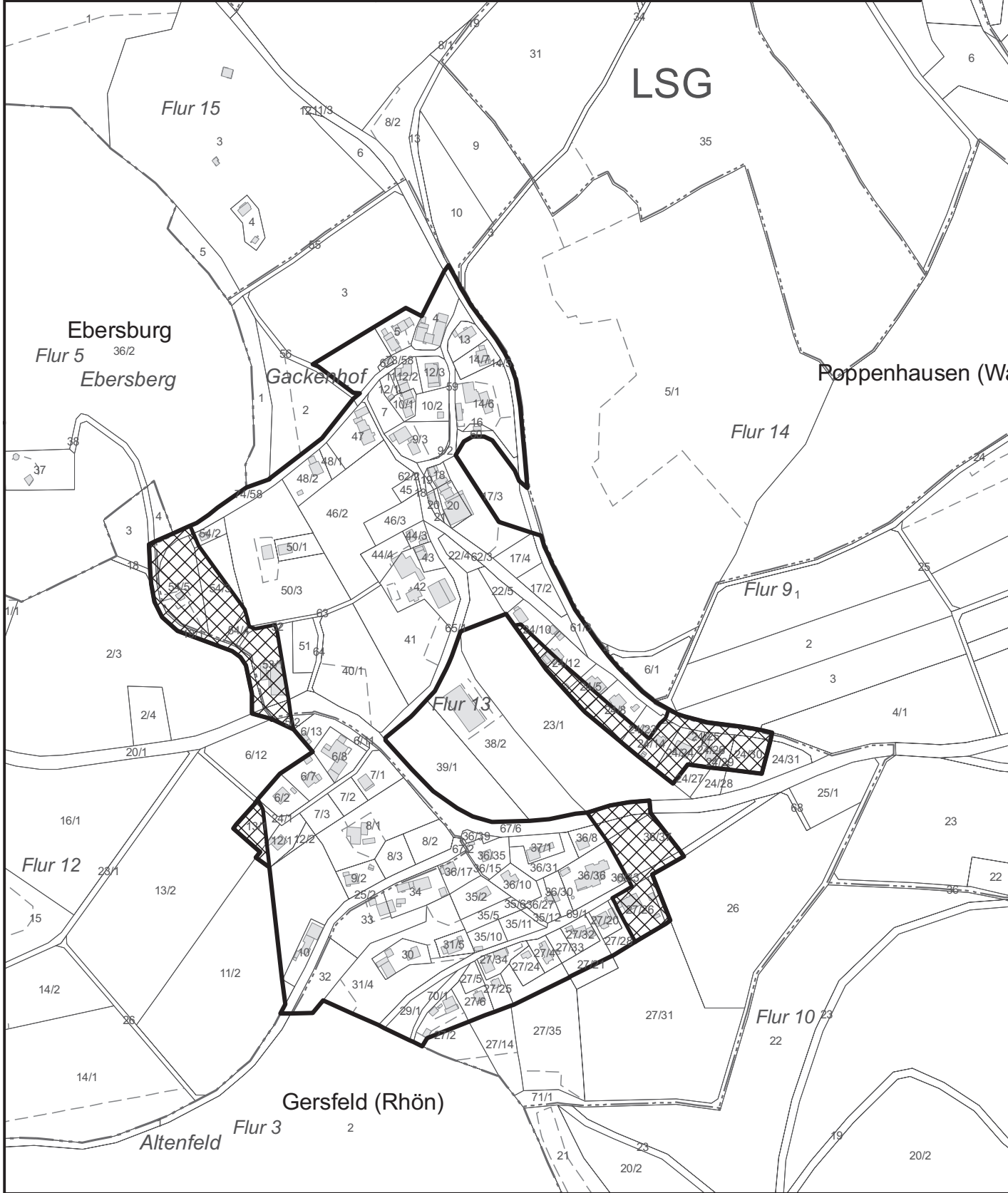
Kassel, 2012
 gez. Dr. Lübcke
 Regierungspräsident

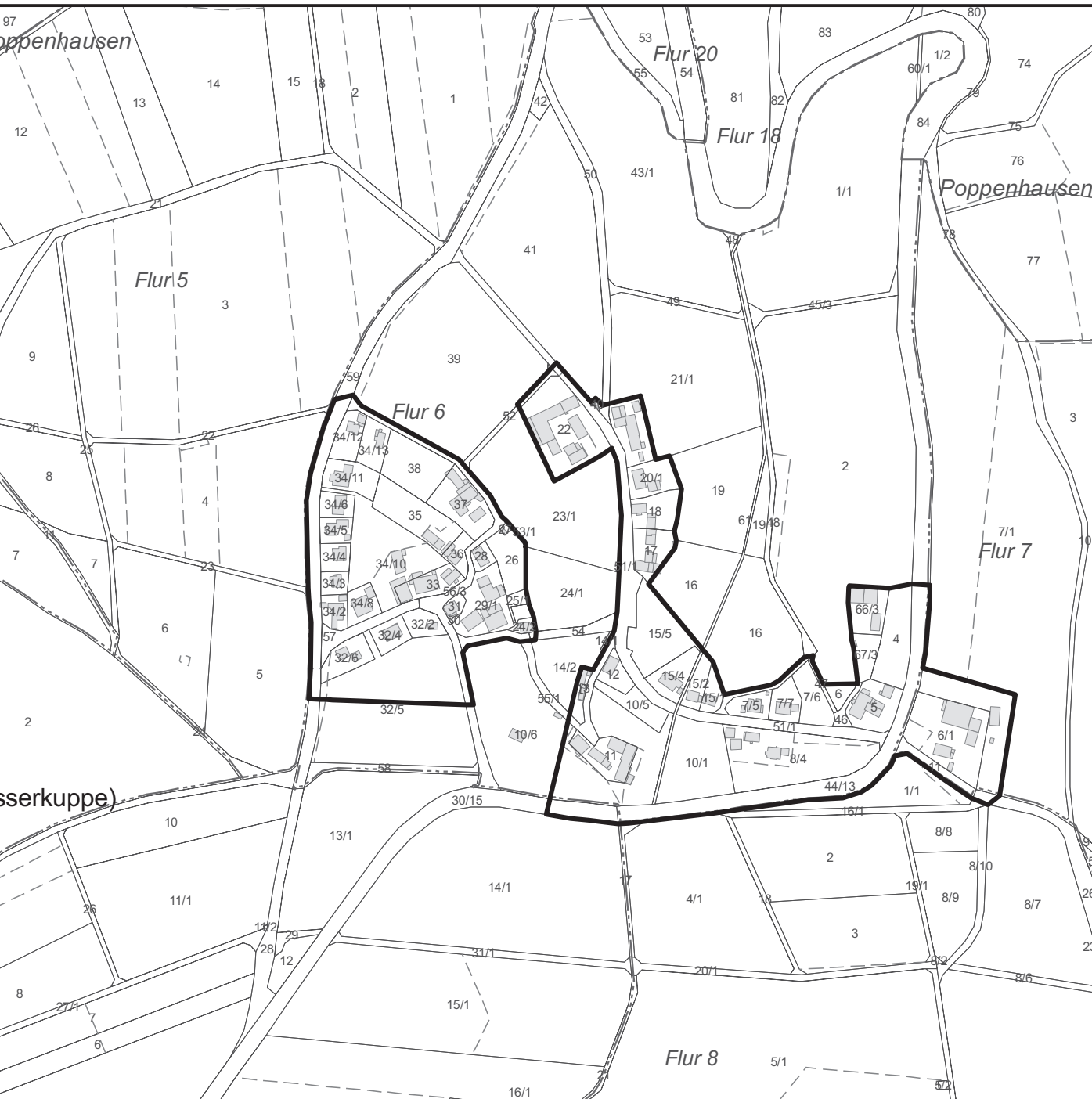
Maßstab 1 : 5000
 Kartgrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)



Blatt 16

Flur 20 96
94 95
11
10
4
6





290

HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND

Dienstbefreiung zur Vorbereitung auf Prüfungen des Hessischen Verwaltungsschulverbandes

Im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport empfehle ich zur Vorbereitung auf Prüfungen durch den Hessischen Verwaltungsschulverband Dienstbefreiung wie folgt zu gewähren, um unterschiedliche Verfahrensweisen durch einzelne Verwaltungen und damit ungleiche Ausgangsvoraussetzungen für die Prüflinge zu vermeiden:

Laufbahnprüfung mittlerer Dienst

- für jede schriftliche Prüfung einen Tag
- vor der praktischen Prüfung einen Tag

Basislehrgang Verwaltung

- für jede schriftliche Prüfung einen Tag

Abschlussprüfung für Externe in den Ausbildungsberufen „Verwaltungsfachangestellte/r“, „Fachangestellte/r für Bürokommunikation“ und „Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste“

- für jede schriftliche Prüfung einen Tag
- vor jeder praktischen Prüfung einen Tag

Fortbildungsprüfung zur/zum „Verwaltungsfachwirt/in“ und zur/zum „Fachwirt/in für Medien- und Informationsdienste“

- für die schriftlichen Prüfungen und die praktische Prüfung insgesamt fünf Tage

Prüfung Lehrgang zur betriebswirtschaftlichen Qualifizierung Verwaltungsbetriebswirt/Verwaltungsbetriebswirtin (HVSV)

- insgesamt drei Tage

Prüfung zum Nachweis berufs- und arbeitspädagogischer Kenntnisse

- einen Tag

Darmstadt, 13. März 2012

Hessischer Verwaltungsschulverband
Der Schulleiter

StAnz. 13/2012 S. 399

39

Vorhaben der HeidelbergCement AG, 69120 Heidelberg;

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Die Firma HeidelbergCement AG, 69120 Heidelberg beabsichtigt, den bestehenden Gips- und Anhydritsteinbruch Oberellenbach um circa 1,22 ha nach Südwesten zu erweitern (neue Gesamtfläche ca. 8,02 ha).

Das Vorhaben soll in 36211 Alheim, Gemarkung: Oberellenbach, Flur: 1, Flurstück: 130/69, 67/1, 107/5, jeweils teilweise realisiert werden.

Für dieses Vorhaben war nach § 1 Abs. 3 der 9. BImSchV zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Bad Hersfeld, den 16. Dezember 2013

Regierungspräsidium Kassel
Abteilung Umwelt- und Arbeitsschutz
33/Hef 53e 621 1.3 HeidelbergCement/aug
StAnz. 1-2/2014 S. 35

40

Fünfundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ –

Vom 6. Dezember 2013

Aufgrund von § 22 und § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), in Verbindung mit § 12 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I S. 624), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 458), wird, nachdem den Naturschutzvereinigen gemäß § 63 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, für das Stadtgebiet Gersfeld verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Februar 2012 (StAnz. S. 365), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die Geltungsbereiche in der Stadt Gersfeld auf Basis der ALK (automatisiertes Liegenschaftskataster) neu abgegrenzt. Der Geltungsbereich ist in der Übersichtskarte (Anlage 1) dargestellt. Es handelt sich um die südliche Außenabgrenzung, die Innenabgrenzung der Ortsteile sowie die Binnenabgrenzung zu den Landschaftsschutzgebieten „Hohe Rhön“ und „Auenverbund Fulda“. Die Abgrenzung wird in den Karten im Maßstab 1 : 5000 kenntlich gemacht (Anlage 2). Die Karten werden als Bestandteil dieser Verordnung veröffentlicht. Sie werden vom Regierungspräsidium Kassel – Obere Naturschutzbehörde – Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreisausschuss – Untere Naturschutzbehörde – des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei den genannten Naturschutzbehörden von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, den 6. Dezember 2013

Regierungspräsidium Kassel
– Obere Naturschutzbehörde –
gez. D r . L ü b c k e
Regierungspräsident

StAnz. 1-2/2014 S. 35

Anlage 1

Übersichtskarte zur Fünfundzwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Rhön“, Stadtgebiet Gersfeld vom 6. Dezember 2013

Maßstab 1 : 50000

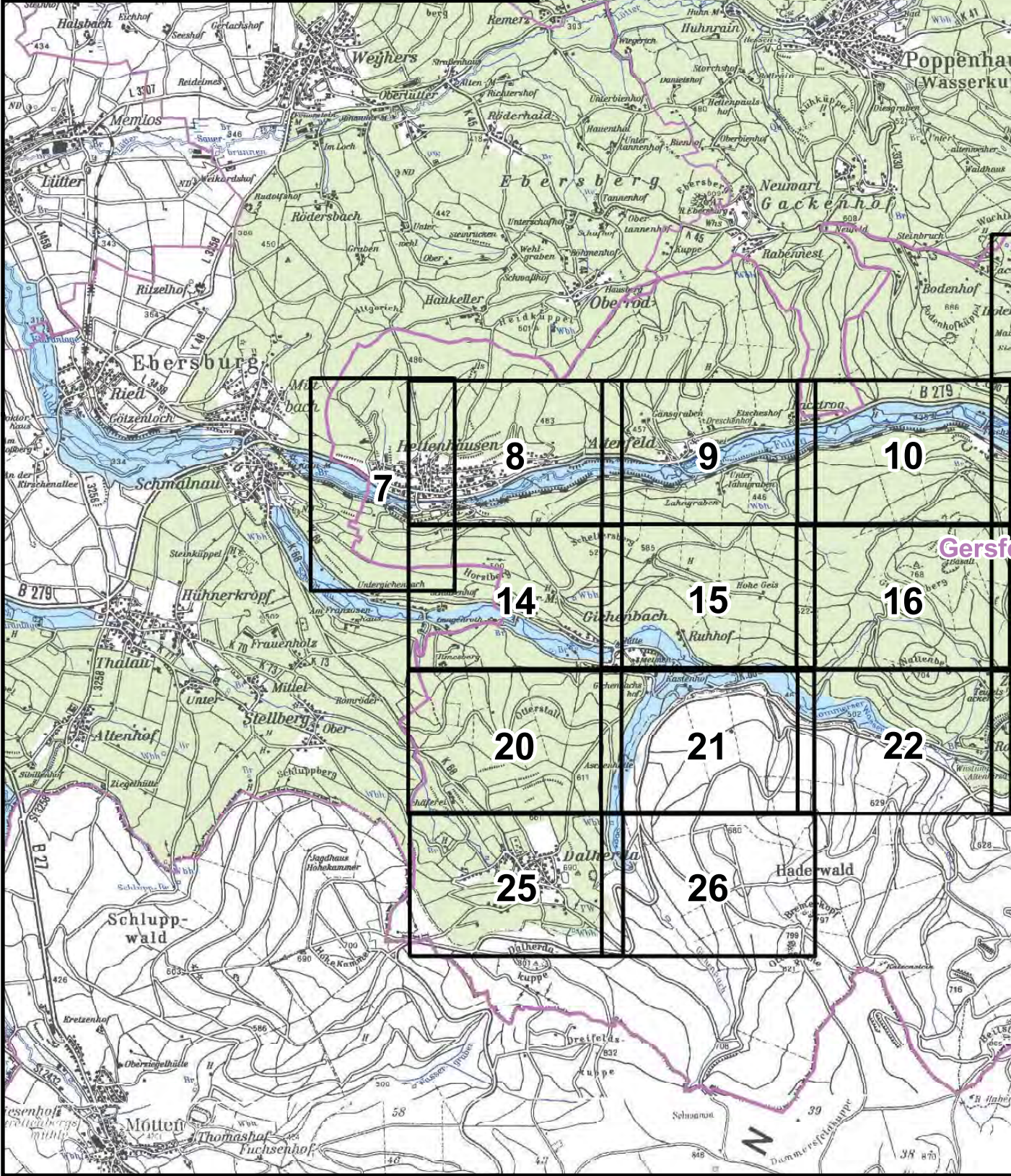
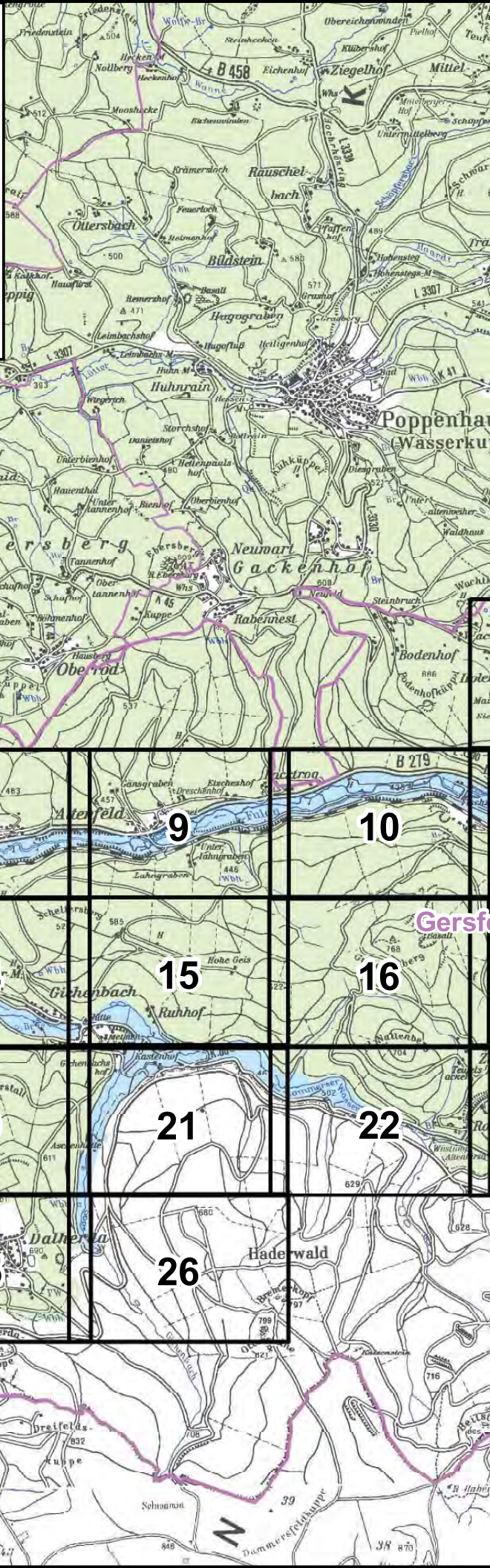
Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

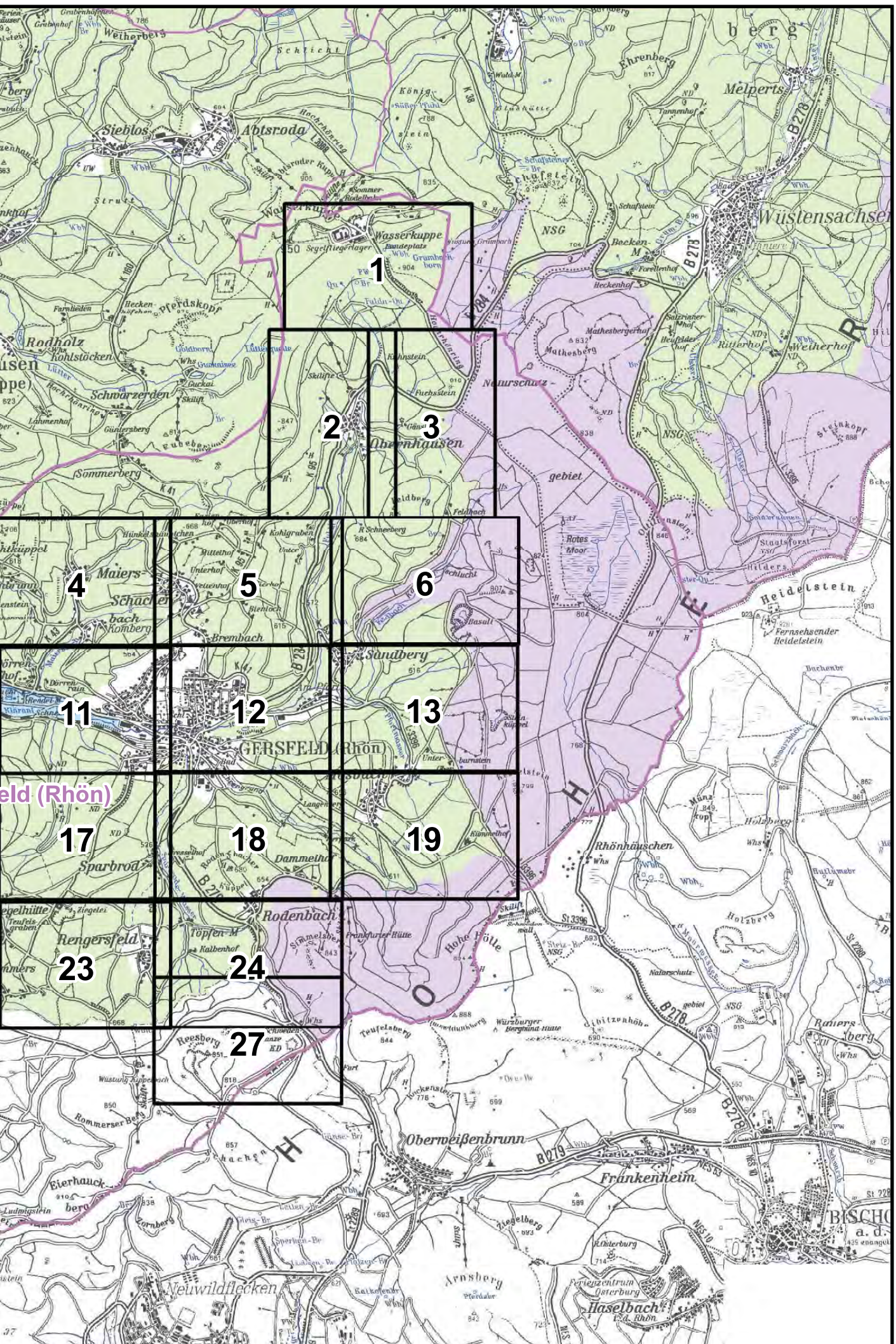
Übersichtskarte als Anlage 1
 zur 25. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Stadt Gersfeld

LSG Hessischen Rhön
 (dient nur zur Übersicht)
 LSG Auenverbund Fulda Kassel,
 LSG Hohe Rhön

Maßstab 1:50000
 Kartengrundlage: Topographische Karte 1:50000,
 mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
 Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

gez.
 Dr. Lübcke
 Regierungspräsident





369

Sechszwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ –

Vom 3. April 2014

Aufgrund von § 22 und § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) in Verbindung mit § 12 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGB-NatSchG) vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I S. 624), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 458), wird, nachdem den Naturschutzvereinigungen gemäß § 63 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Dezember 2013 (StAnz. S. 35), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für zwei Teilflächen im Gemeindegebiet Poppenhausen, die in den Karten mit kariertem Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 2). Die Karten werden als Bestandteil dieser Verordnung veröffentlicht. Sie werden vom Regierungspräsidium Kassel – Obere Naturschutzbehörde – Steinweg 6, 34117 Kassel, archivmäßig verwahrt. Abschriften dieser Karten befinden sich beim Kreisausschuss – Untere Naturschutzbehörde – des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda. Die Karten können bei den genannten Naturschutzbehörden von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, den 3. April 2014

Regierungspräsidium Kassel
– Obere Naturschutzbehörde –
gez. D r. L ü b c k e
Regierungspräsident

StAnz. 18/2014 S. 406

Anlage 1

Übersichtskarte zur Sechszwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Rhön“, Gemeinde Poppenhausen; Gemarkung Steinwand und Poppenhausen vom 3. April 2014, Maßstab 1 : 50000

Anlage 2 (2 Blätter)

Abgrenzungskarten zur Sechszwanzigsten Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Rhön“, vom 3. April 2014, Maßstab 1 : 5000

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-


Übersichtskarte als Anlage 1
zur 26. Änderung der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
in der Gemeinde Poppenhausen

Gemarkung Poppenhausen, Steinwand

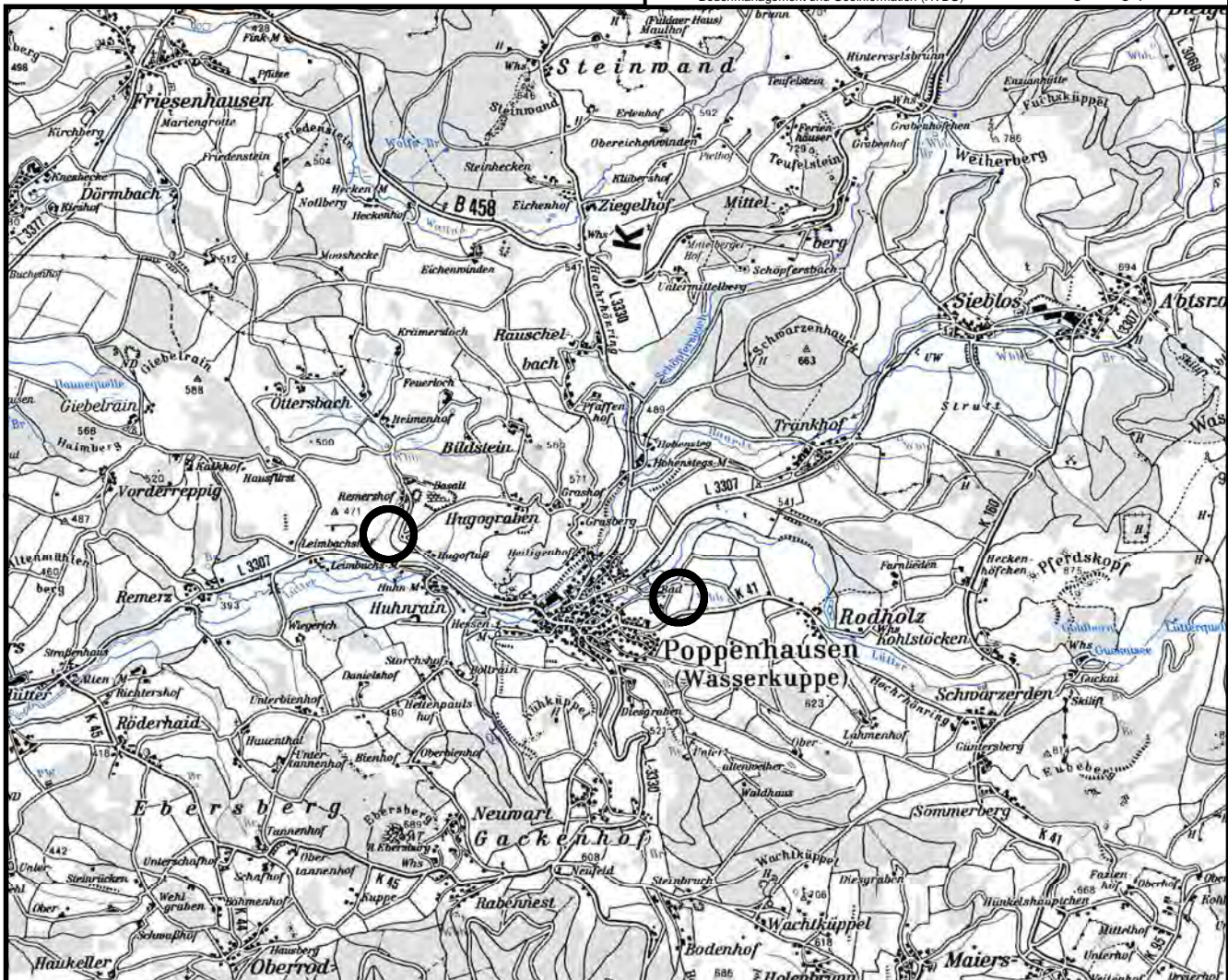
Kassel,

Maßstab 1:50000

Kartengrundlage: Topographische Karte 1:50000,
mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)





gez.
Dr. Lübcke
Regierungspräsident





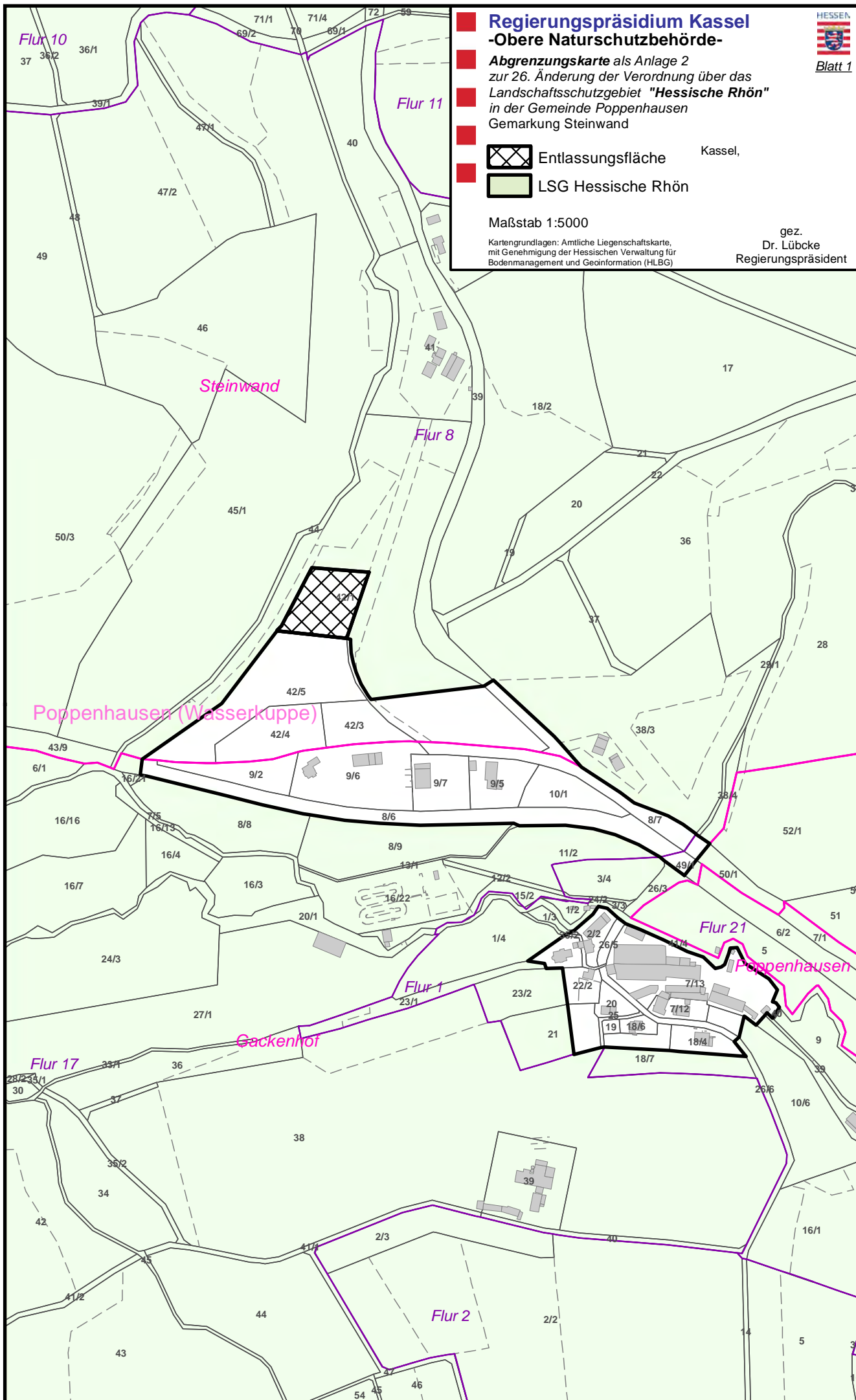
Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-
Abgrenzungskarte als Anlage 2
zur 26. Änderung der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
in der Gemeinde Poppenhausen
 Gemarkung Steinwand

-  Entlassungsfläche Kassel,
-  LSG Hessische Rhön

Maßstab 1:5000

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

gez.
Dr. Lübcke
Regierungspräsident



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

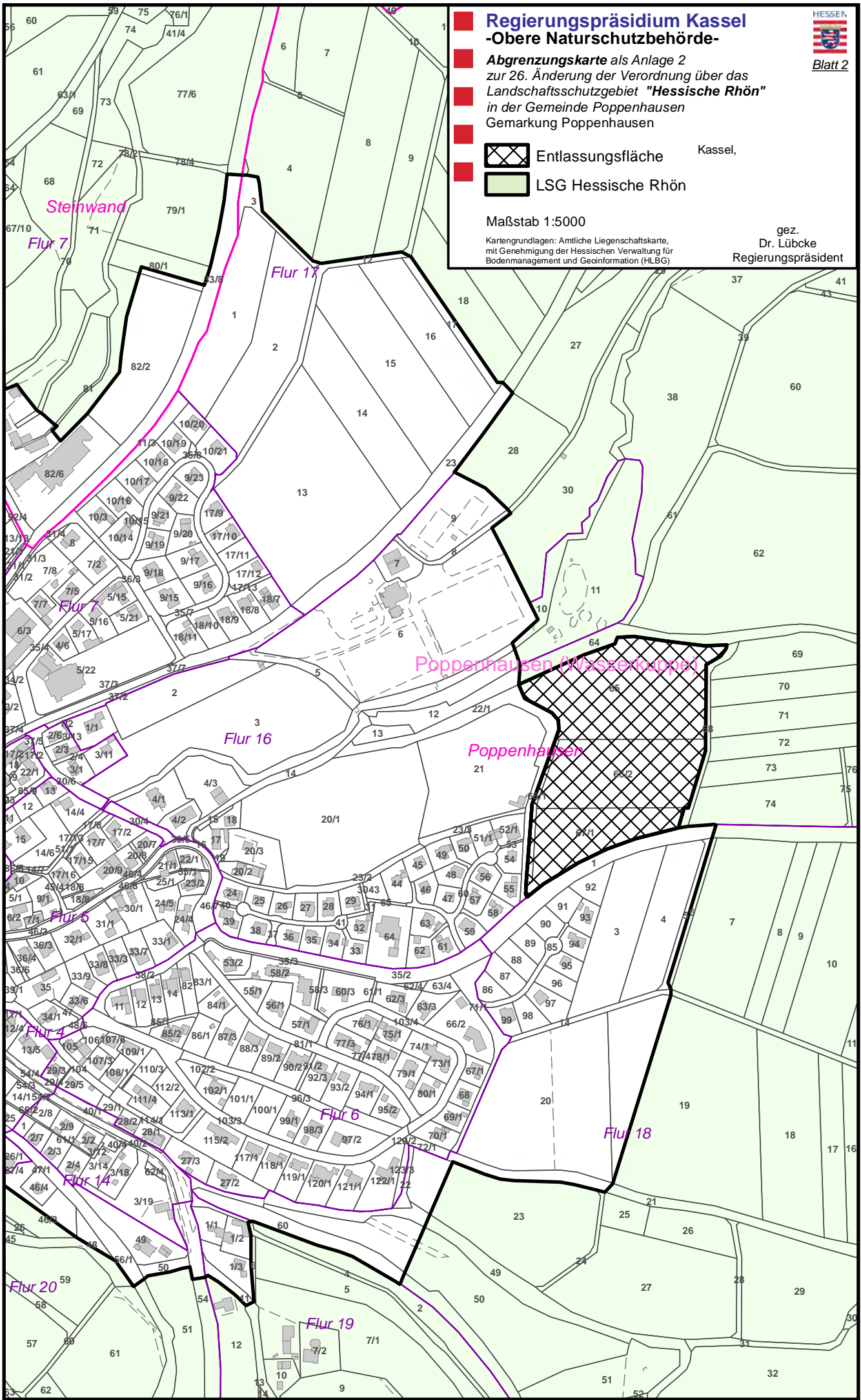
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 26. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Poppenhausen
 Gemarkung Poppenhausen

Entlassungsfläche Kassel,
 LSG Hessische Rhön

Maßstab 1:5000

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte,
mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für
Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

gez.
Dr. Lübcke
Regierungspräsident



678 KASSEL

27. Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ –

Vom 2. Juni 2020

Aufgrund von § 22 und § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 2020 (BGBl. I S. 440), in Verbindung mit § 12 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I S. 624), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 184), wird, nachdem den Naturschutzvereinigungen nach § 63 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. April 2014 (StAnz. S. 406), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die Geltungsbereiche in der Gemeinde Hilders auf Basis der ALK (automatisierte Liegenschaftskarte) neu abgegrenzt. Der Geltungsbereich ist in der Übersichtskarte (Anlage 1) dargestellt. Es handelt sich um die Innenabgrenzung der Ortsteile sowie die Binnenabgrenzung zum Landschaftsschutzgebiet „Hohe Rhön“. Die Abgrenzung wird in den Karten im Maßstab 1: 5000 mit einer ununterbrochenen schwarzen Linie kenntlich gemacht (Anlage 2). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Sie werden vom Regierungspräsidium Kassel – Obere Naturschutzbehörde – Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel, archivmäßig geordnet verwahrt. Abschriften dieser Karten werden beim Kreisarchiv – Untere Naturschutzbehörde – des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda, archivmäßig geordnet bereitgehalten. Die Karten können bei den genannten Naturschutzbehörden von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, den 2. Juni 2020

Regierungspräsidium Kassel
gez. Klüber
Regierungspräsident

StAnz. 31/2020 S. 799

679

Vorhaben: Errichtung und Betrieb einer Windenergieanlage durch die PNE AG in 36277 Schenklengsfeld

Die PNE AG, Peter-Henlein-Straße 2–4 in 27472 Cuxhaven, hat am 22. März 2019 einen Antrag gestellt auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb eines Vorhabens zur Nutzung von Windenergie mit einer Windenergieanlage in 36277 Schenklengsfeld, Gemarkung Wehrshausen, Flur 2, Flurstück 10/7.

Dabei handelt es sich um den Anlagentyp Siemens SG 6.0-155 mit einer Nennleistung von 6,6 MW, einer Nabenhöhe von 165 m, einem Rotordurchmesser von 155 m und einer Gesamthöhe von 242,5 m. Das Vorhaben zur Nutzung von Windenergie soll nach erhaltener Genehmigung im zweiten Quartal des Jahres 2022 in der genehmigten Form in Betrieb genommen werden.

Das Regierungspräsidium Kassel ist nach § 1 der Verordnung über immissionsschutzrechtliche Zuständigkeiten, zur Bestimmung der federführenden Behörde nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung und über Zuständigkeiten nach dem Benzinbleigesetz für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens zuständig. Dieses Vorhaben bedarf nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und den §§ 1 und 2 der 4. Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) in Verbindung mit Nr. 1.6.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung.

Für das Vorhaben besteht die Pflicht, eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen, da die Durchführung einer

UVP durch die Vorhabenträgerin nach § 7 Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) beantragt wurde und das Regierungspräsidium Kassel das Entfallen einer gesonderten Vorprüfung als zweckmäßig erachtet hat. Wegen der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist daher über die Zulässigkeit des Vorhabens nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c der 4. BImSchV im förmlichen Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 10 BImSchG zu entscheiden. Der dazu erforderliche UVP-Bericht wurde mit den Antragsunterlagen vorgelegt und ist dort im Kapitel 20 eingebunden.

Das Vorhaben sowie der Antrag der PNE AG werden hiermit nach den §§ 8 ff. der 9. BImSchV in Verbindung mit § 10 BImSchG bekanntgemacht.

Nach § 9 Abs. 1 Nr. 3 der 9. BImSchV muss die Bekanntmachung auch die Bezeichnung der für das Vorhaben entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Genehmigungsbehörde zum Zeitpunkt des Beginns des Teilnahmeverfahrens vorliegen, enthalten. Hierzu gehören neben dem UVP-Bericht insbesondere:

Beschreibung von Standort und Umgebung, Anlagen- und Betriebsbeschreibung, Angaben über eingesetzte Stoffe, Stoffmengen und Stoffdaten, Angaben zur Abfallvermeidung und der Abfallentsorgung, Angaben zur Abwasserentsorgung (Niederschlagsentwässerung), Angaben und Gutachten zu Lärm, Erschütterungen und sonstigen Immissionen, Angaben zur Anlagensicherheit – Schutz der Allgemeinheit, der Nachbarschaft sowie der Arbeitnehmer, Angaben zum Arbeitsschutz, Angaben und Gutachten zum Brandschutz, Angaben zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, Bauantrag und Bauvorlagen inklusive Gutachten, Unterlagen zur Luftsicherheit, naturschutzrechtliche Antragsunterlagen (Landschaftspflegerischer Begleitplan, Fachbeitrag Artenschutz, avifaunistischer Fachbeitrag, FFH-Verträglichkeitsprüfung, Visualisierung und Sichtbarkeitsanalyse), Unterlagen zum Denkmalschutz, Angaben zum Wasserecht, Unterlagen zum Bodenschutz, Angaben zum Wetterradar, Angaben zur Raumordnung, Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsprüfung.

Weiterhin wurden von folgenden öffentlichen Stellen und Trägern öffentlicher Belange bereits Stellungnahmen abgegeben:

- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistung der Bundeswehr
- Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement
- Landesamt für Denkmalpflege – Abteilung Archäologie
- Landesamt für Denkmalpflege – Bau- und Kunstdenkmalpflege
- Landkreis Hersfeld-Rotenburg
 - Fachdienst Bauordnung: Bauaufsicht
 - Fachdienst Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
 - Fachdienst Ländlicher Raum: Sachgebiet Wasser- und Bodenschutz
- Landkreis Fulda
 - Fachdienst Wasser- und Bodenschutz
- Regierungspräsidium Kassel
 - Dezernat 24 – Schutzgebiete, Artenschutz, Biologische Vielfalt, Landschaftspflege
 - Dezernat 25 – Landwirtschaft, Fischerei
 - Dezernat 34 – Bergaufsicht

Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung und alle Unterlagen werden in der Zeit vom 3. August 2020 (erster Tag) bis 2. September 2020 (letzter Tag) auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Kassel elektronisch zur Einsichtnahme bereitgestellt und können dort unter dem folgenden Link abgerufen werden:

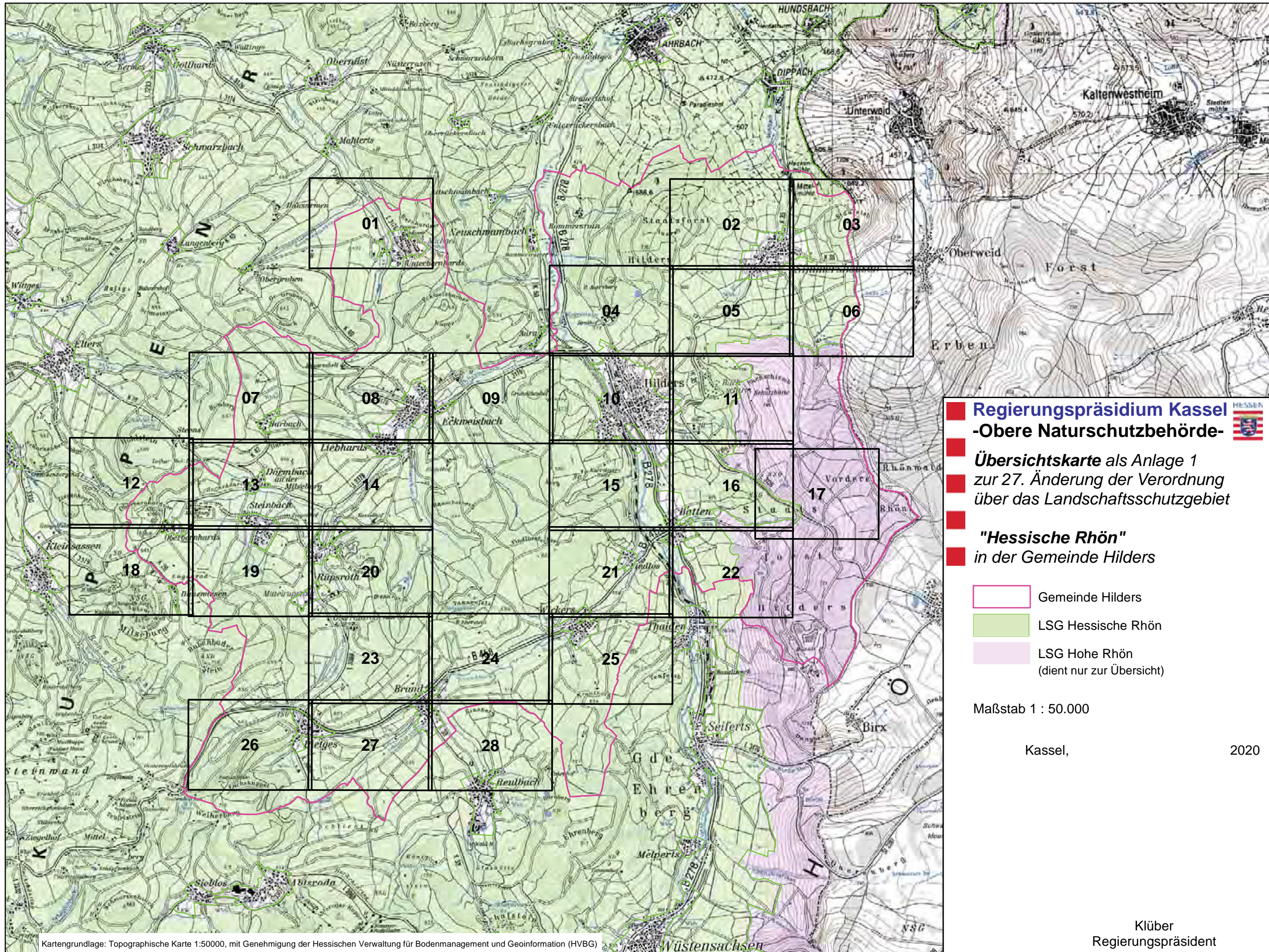
<https://tp-kassel.hessen.de/presse> >>Öffentliche Bekanntmachungen

Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung und die Unterlagen liegen als zusätzliches Informationsangebot in der Zeit vom 3. August 2020 (erster Tag) bis 2. September 2020 (letzter Tag)

- beim Regierungspräsidium Kassel, Gebäude A, Raum A211, Hubertusweg 19, 36251 Bad Hersfeld, Telefon: 0561-106-2892,
- bei der Gemeinde Schenklengsfeld, Rathaus, Bürgerbüro, Zimmer 1, Rathausstraße 2, 36277 Schenklengsfeld, Telefon: 06629-9202-20,
- bei der Marktgemeinde Eiterfeld, Rathaus, Raum 310 (Ebene 3), Fürstenecker Straße 2, 36132 Eiterfeld, Telefon: 06672-9299-0

aus und können dort nach Maßgabe des § 3 des Planungssicherungsgesetzes (PlanSiG) unter Einhaltung der nachfolgend genannten Infektionsschutzmaßnahmen eingesehen werden:

Aufgrund der Covid-19-Pandemie (Coronavirus) kann die Einsichtnahme nur nach vorheriger telefonischer Terminabsprache unter



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-



*Übersichtskarte als Anlage 1
zur 27. Änderung der Verordnung
über das Landschaftsschutzgebiet*

"Hessische Rhön"
in der Gemeinde Hilders

- Gemeinde Hilders
- LSG Hessische Rhön
- LSG Hohe Rhön
(dient nur zur Übersicht)

Maßstab 1 : 50.000
Kassel, 2020

Klüber
Regierungspräsident

Kartengrundlage: Topographische Karte 1:50000, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

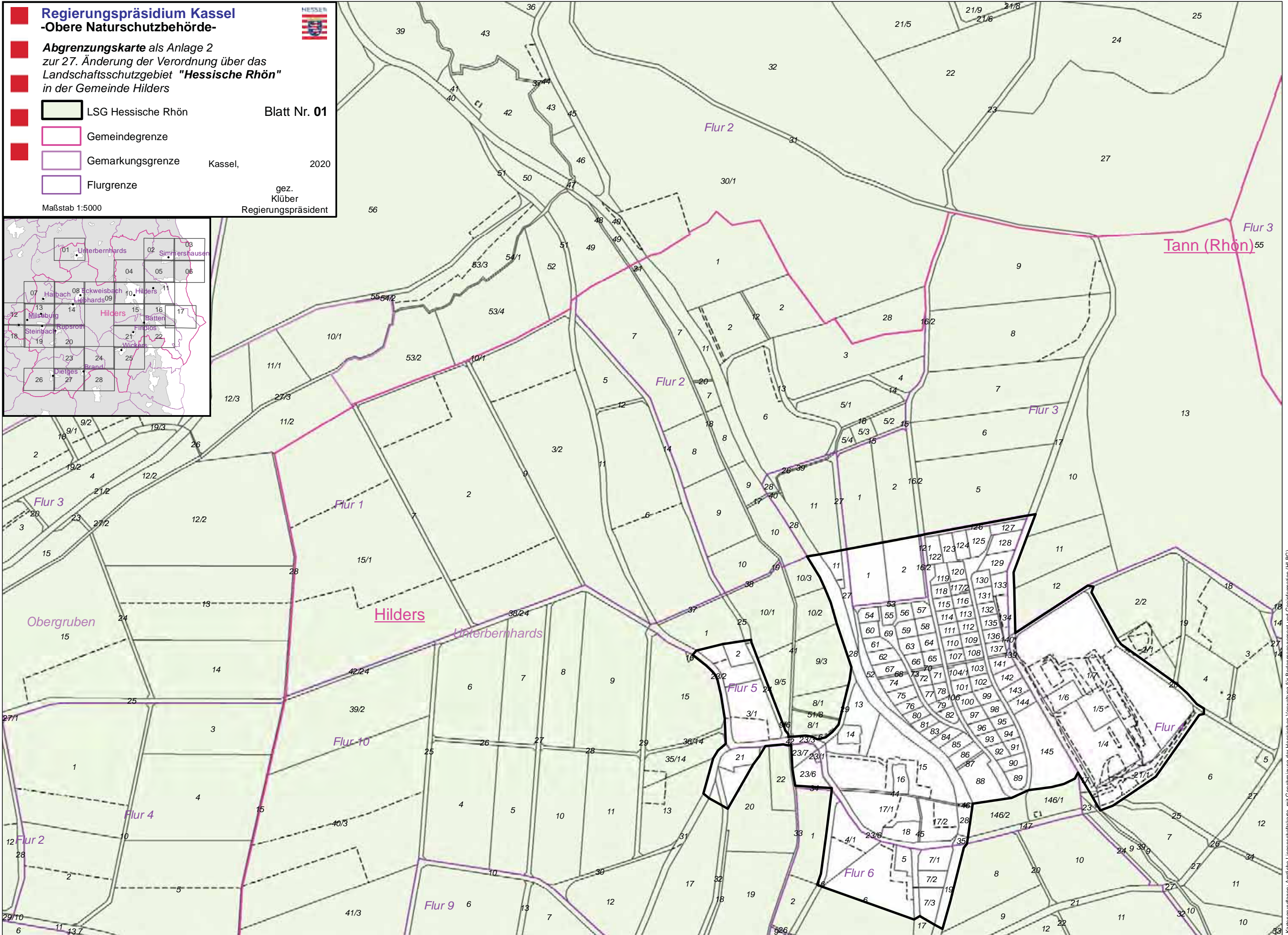
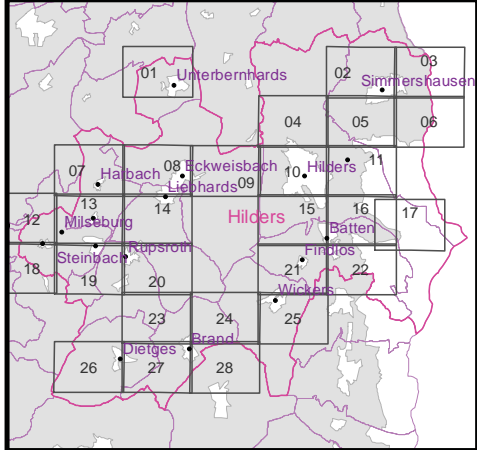
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 01

Maßstab 1:5000

Kassel, 2020

gez.
 Klüber
 Regierungspräsident



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

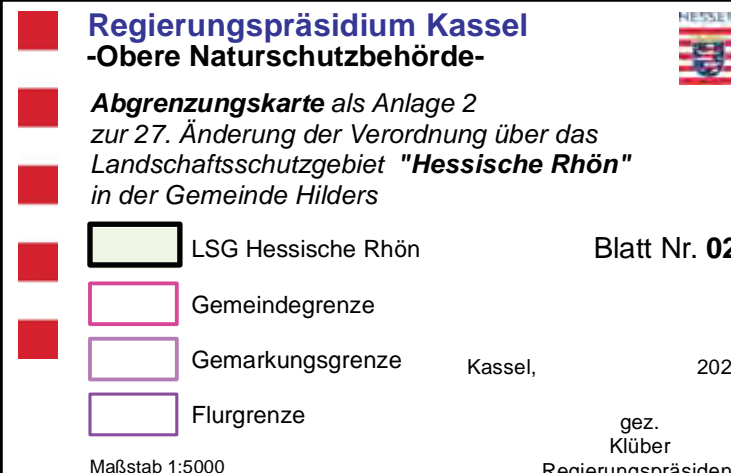
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 02

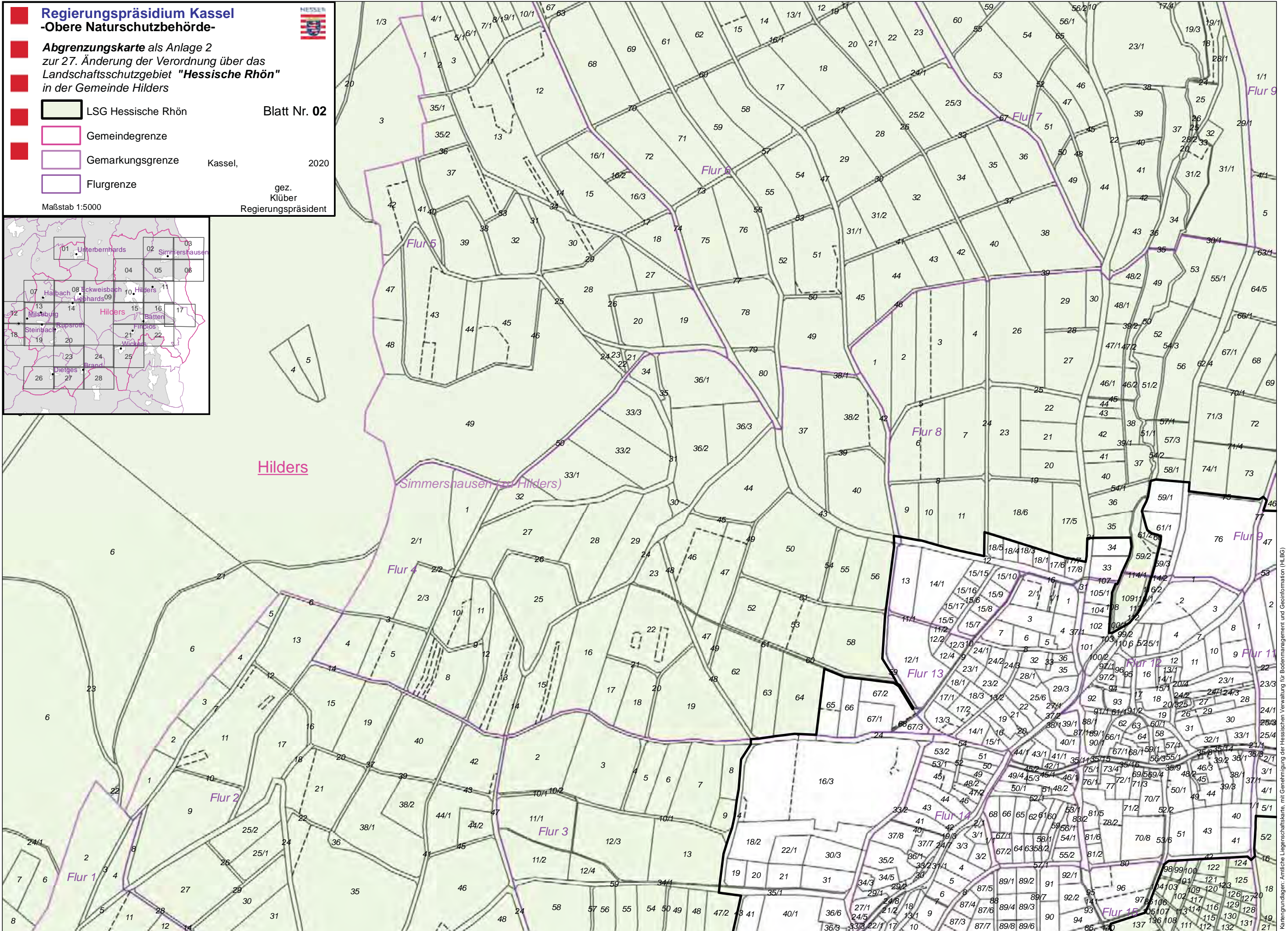
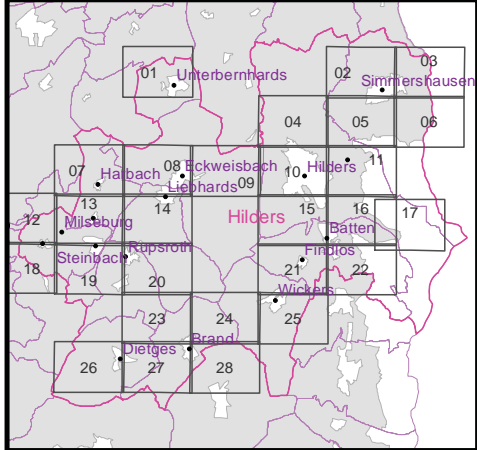
Maßstab 1:5000

Kassel, 2020

gez. Klüber
 Regierungspräsident

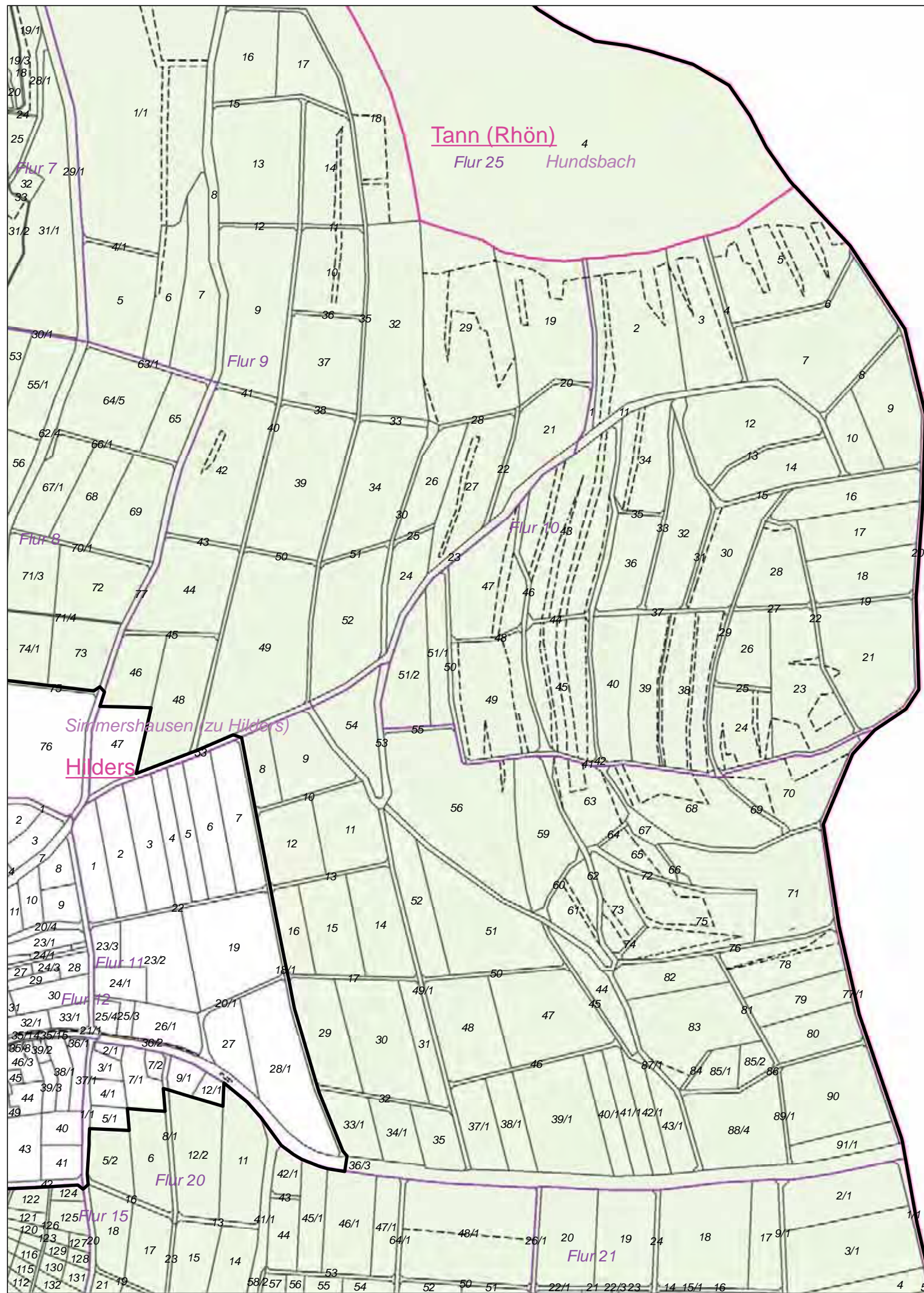


 LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

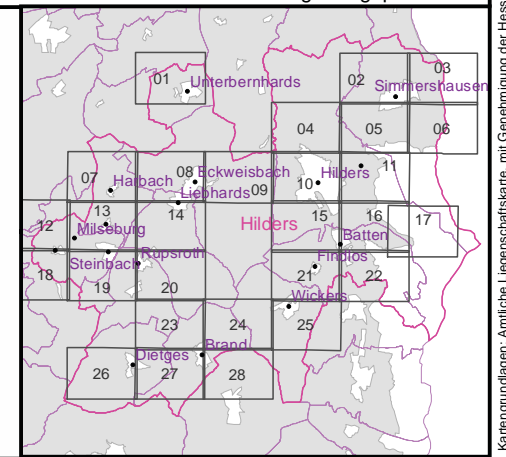
Blatt Nr. 03

LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Kassel, 2020

gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

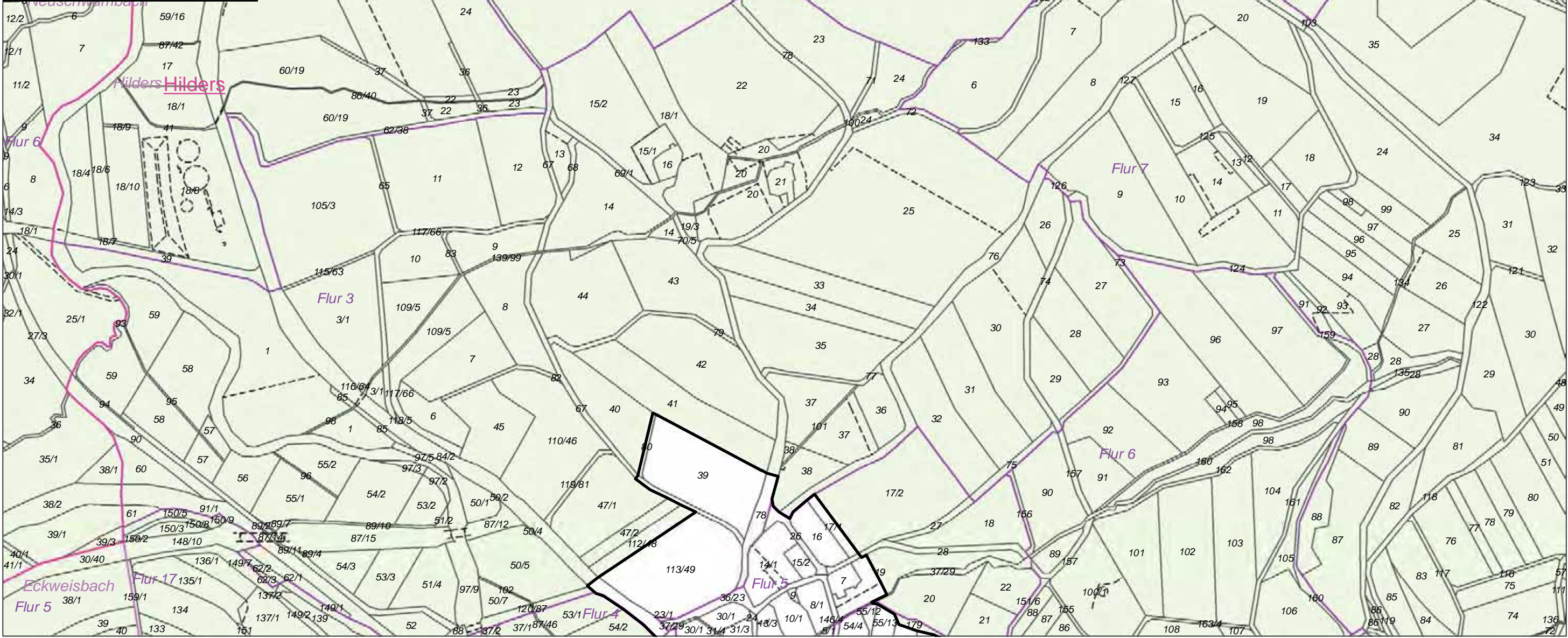
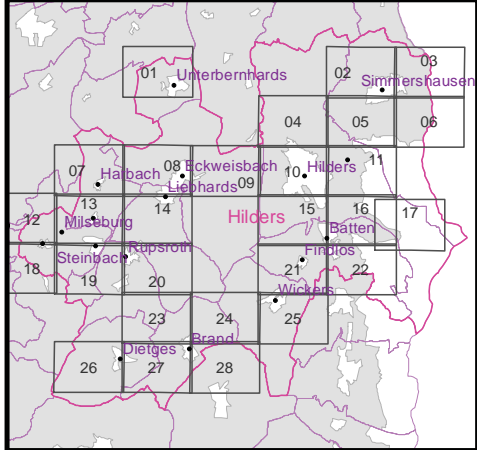
Blatt Nr. 04

Maßstab 1:5000

gez. Klüber
 Regierungspräsident

Kassel, 2020

- LSG Hessische Rhön
- Gemeindegrenze
- Gemarkungsgrenze
- Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

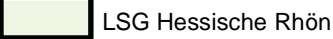
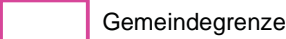
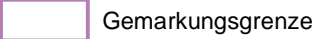
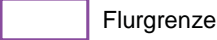
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde **Hilders**

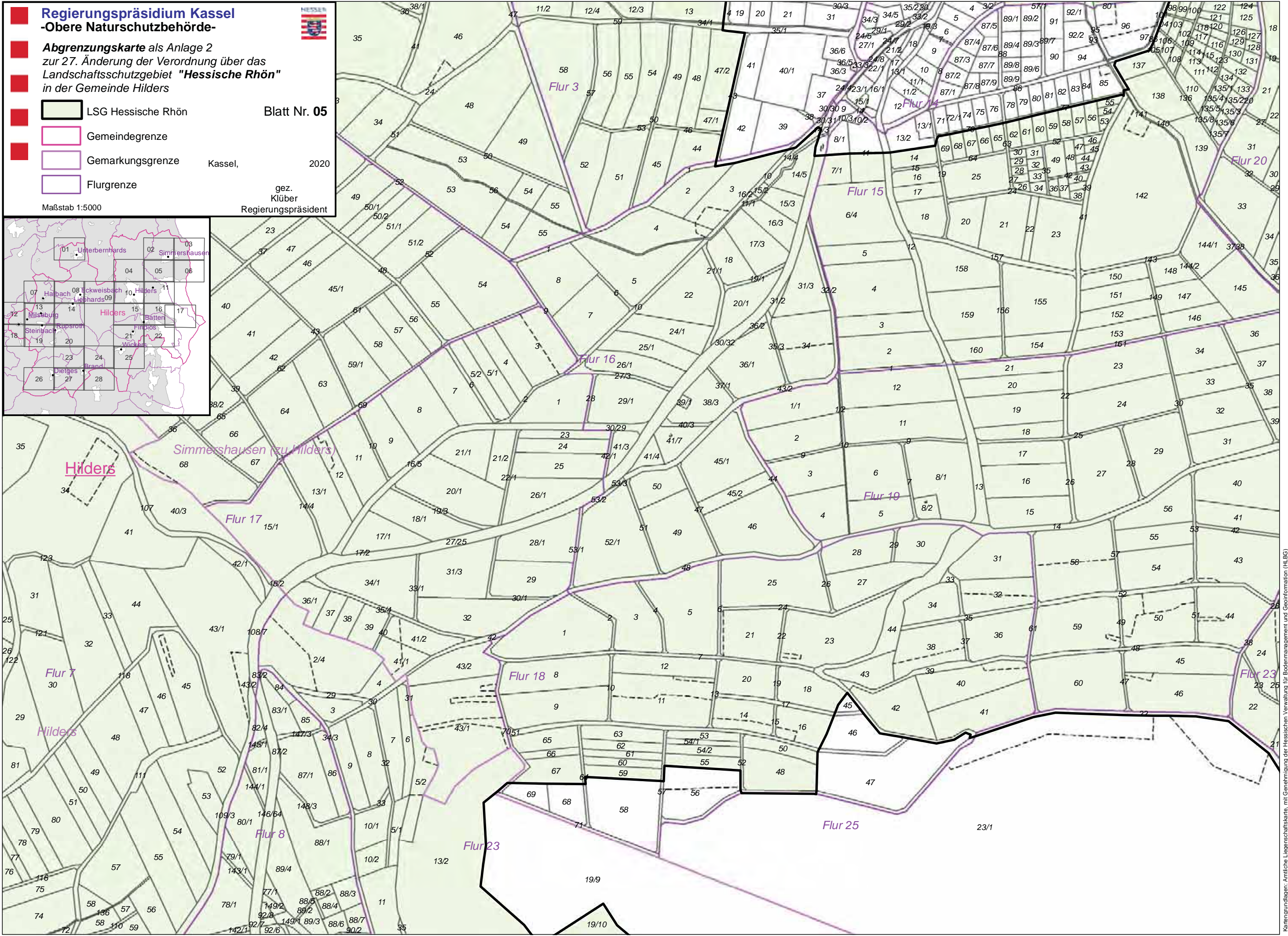
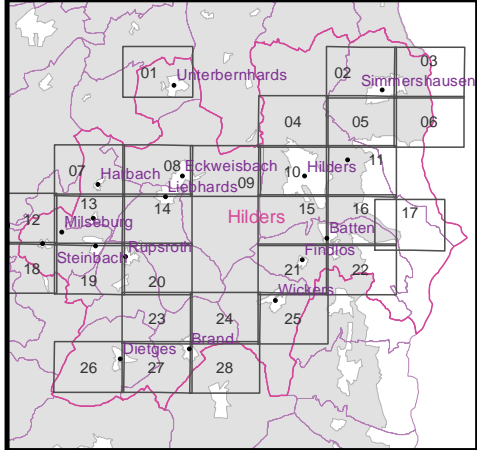
Blatt Nr. 05

Maßstab 1:5000

gez. Klüber
 Regierungspräsident

Kassel, 2020

-  LSG Hessische Rhön
-  Gemeindegrenze
-  Gemarkungsgrenze
-  Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

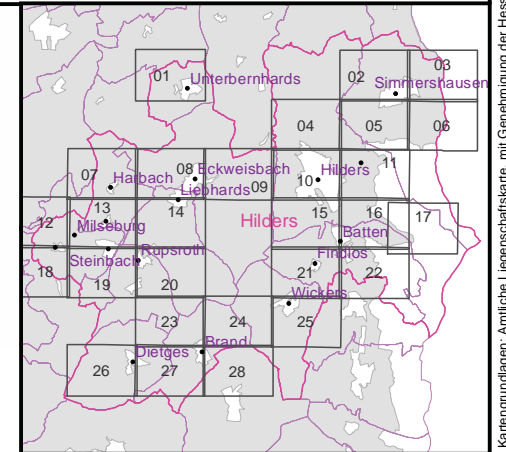
Blatt Nr. 06

Maßstab 1:5000

gez. Klüber
 Regierungspräsident

2020

LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze







Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

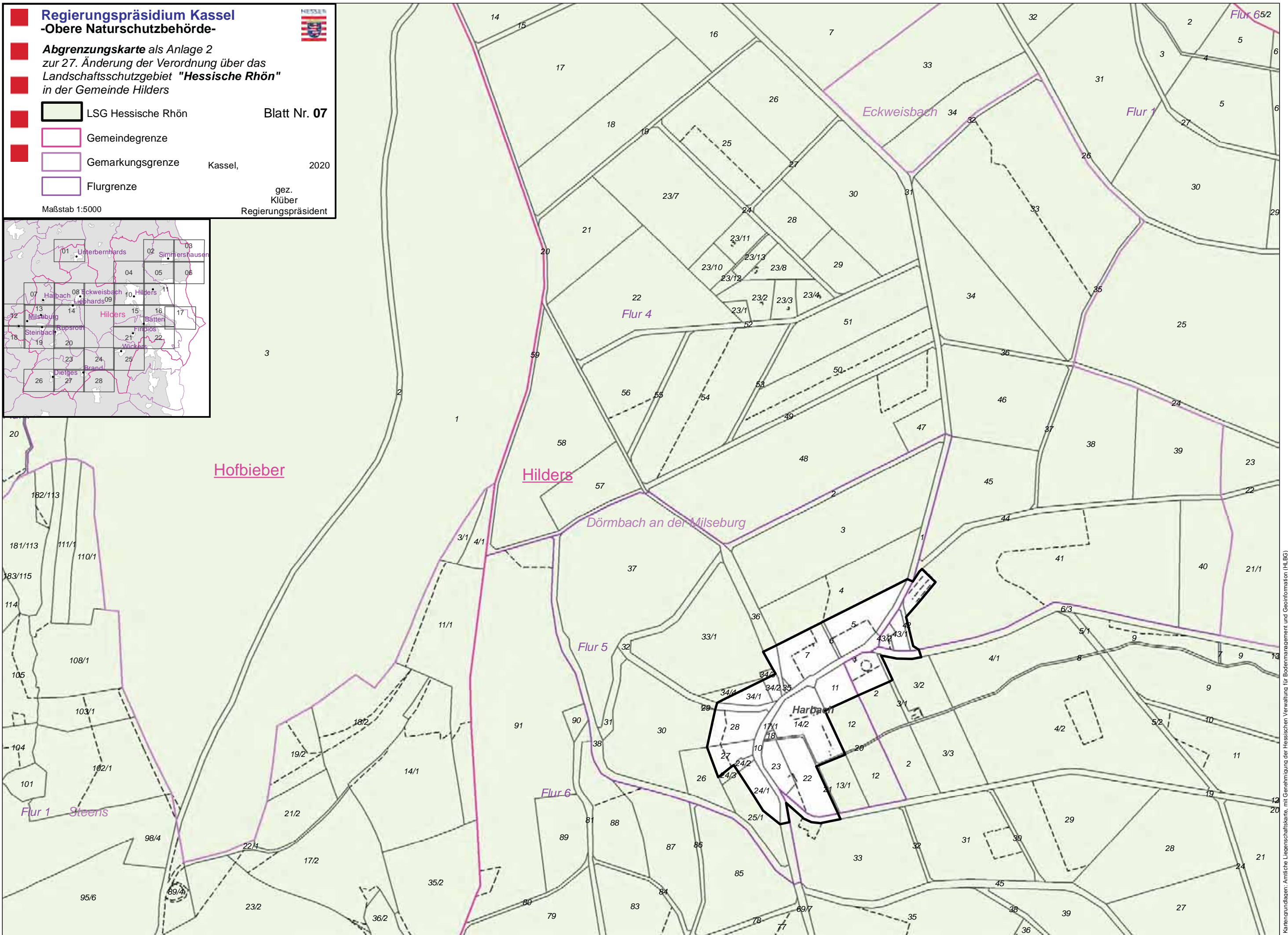
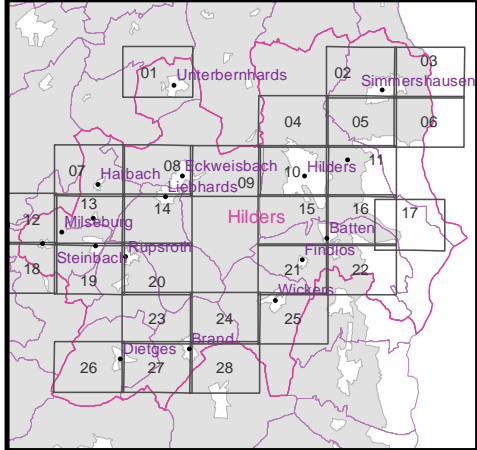
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 07

 LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 08

LSG Hessische Rhön

Gemeindegrenze

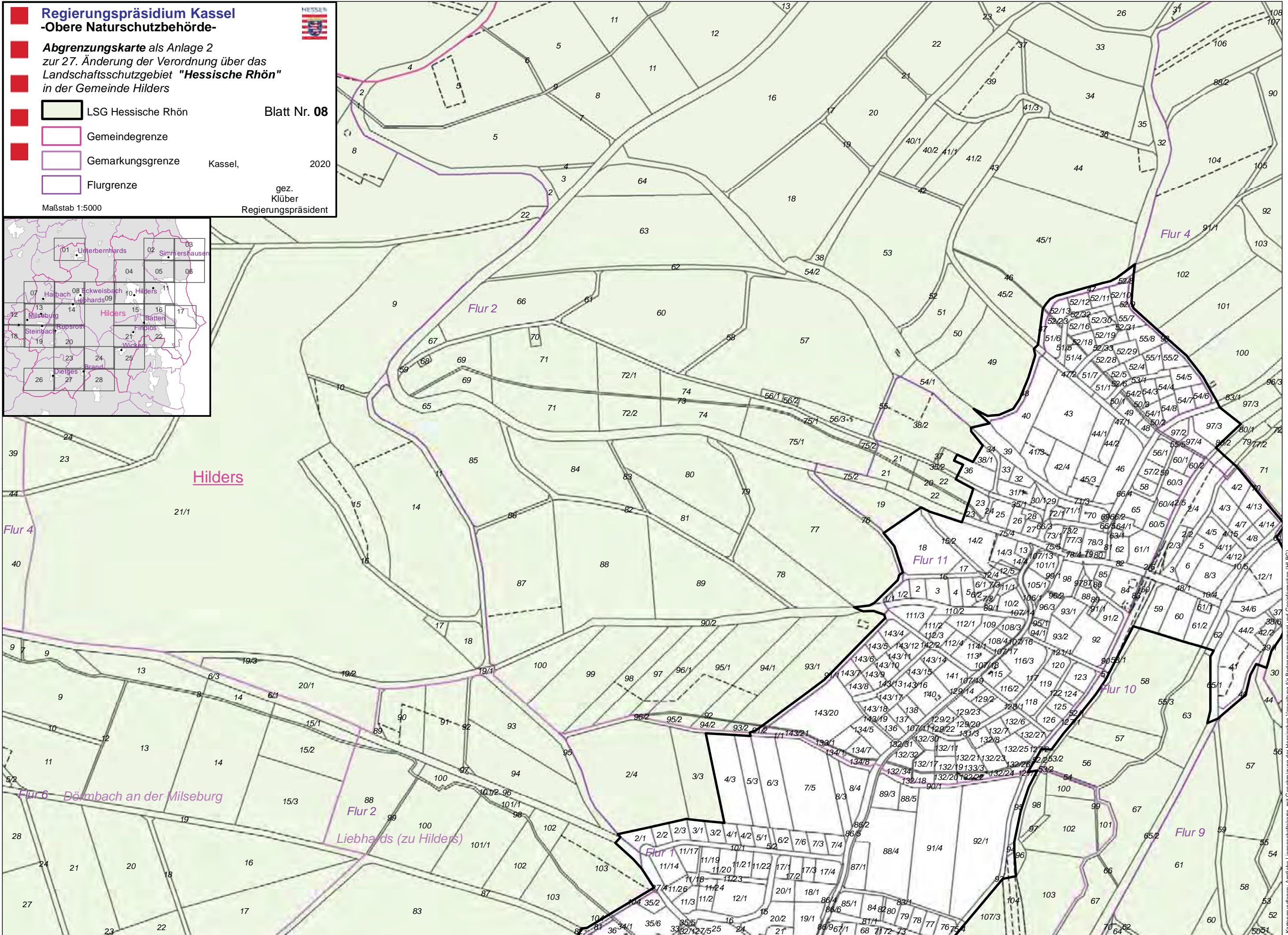
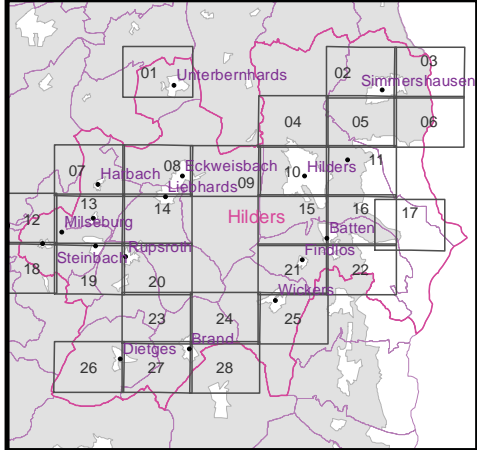
Gemarkungsgrenze

Flurgrenze

Kassel, 2020

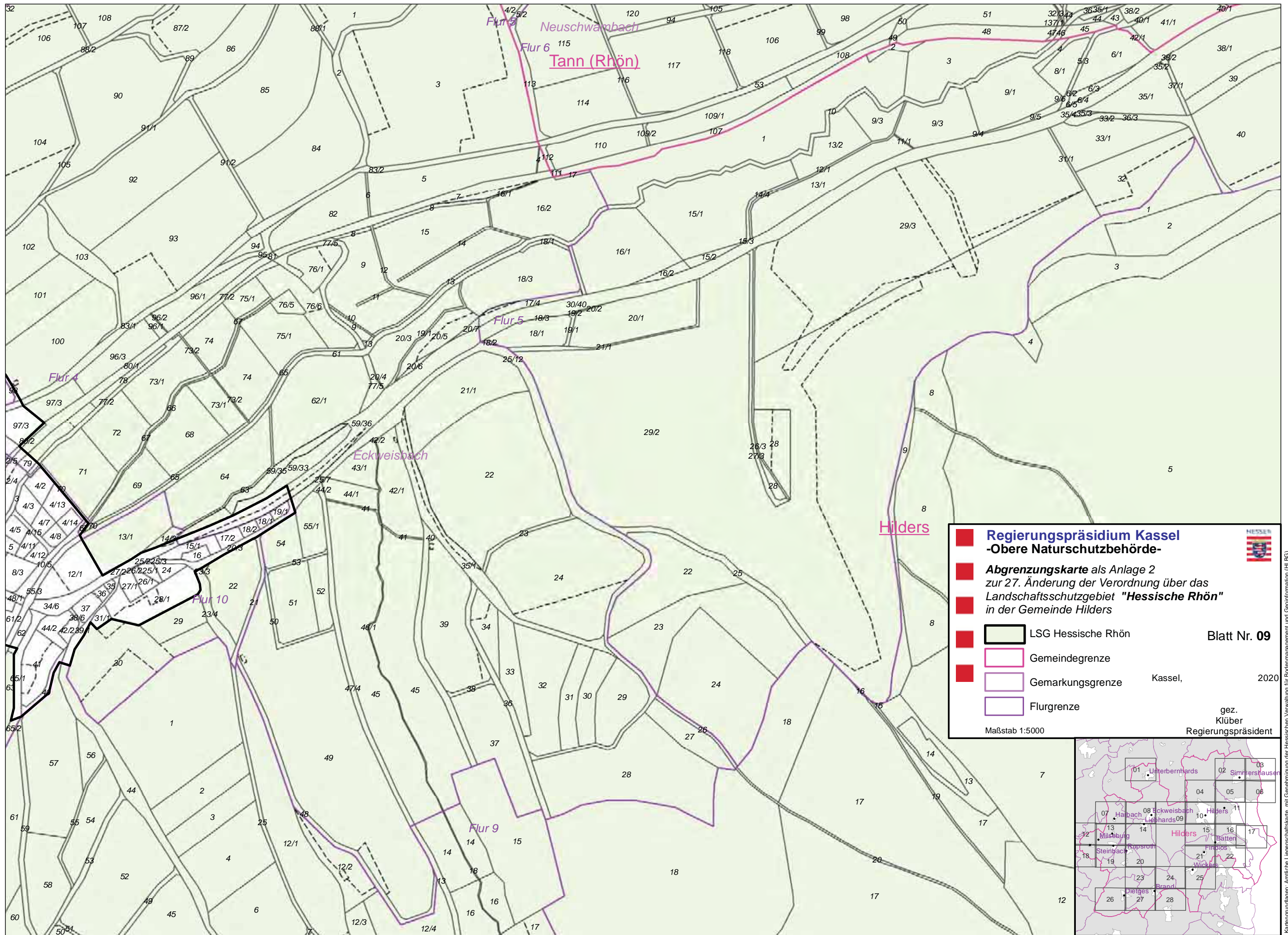
gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

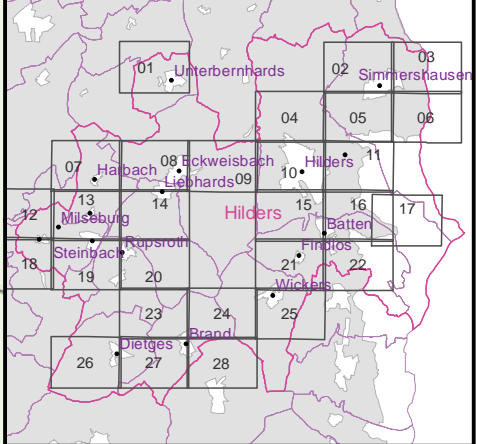
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 09

LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

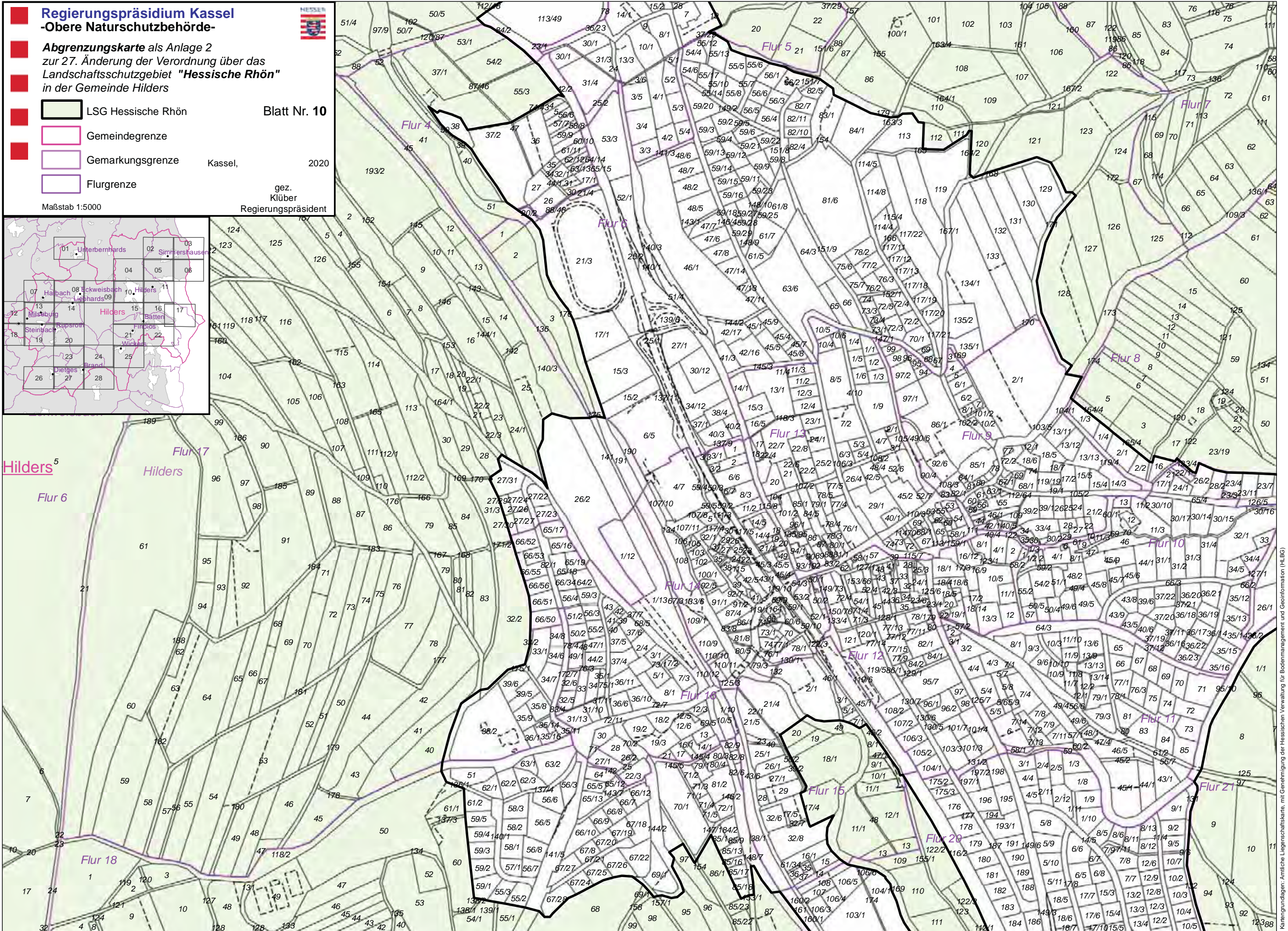
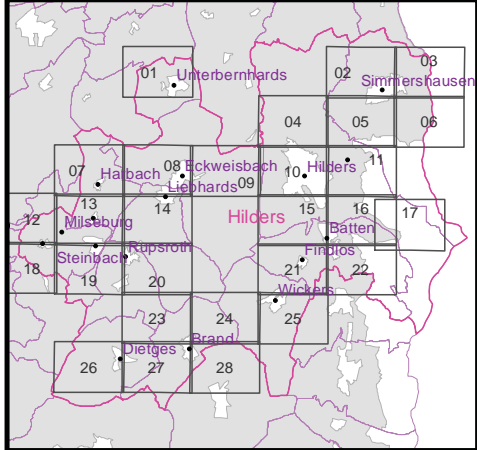
Blatt Nr. 10

Maßstab 1:5000

gez. Klüber
 Regierungspräsident

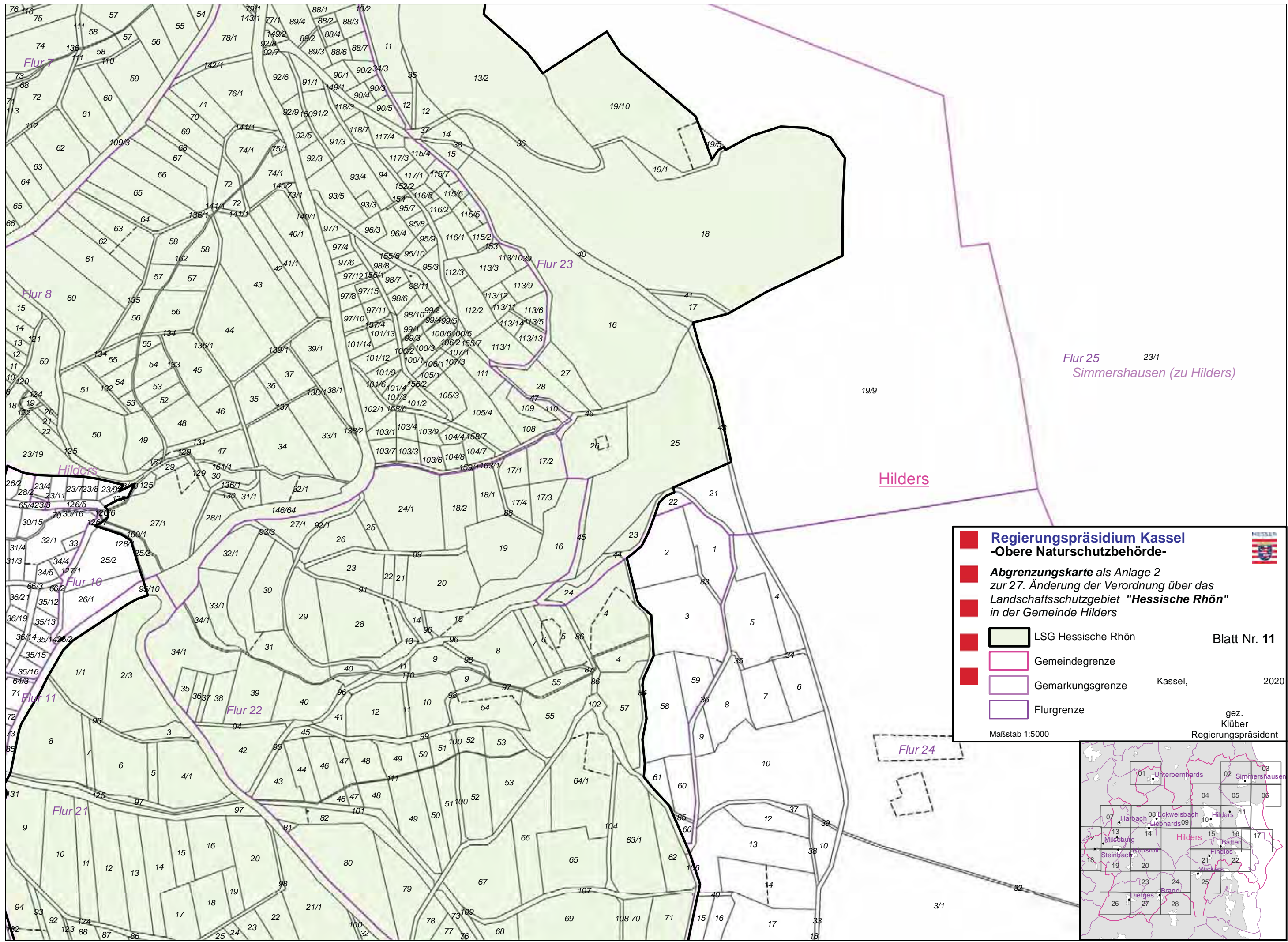
Kassel, 2020

- LSG Hessische Rhön
- Gemeindegrenze
- Gemarkungsgrenze
- Flurgrenze







Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

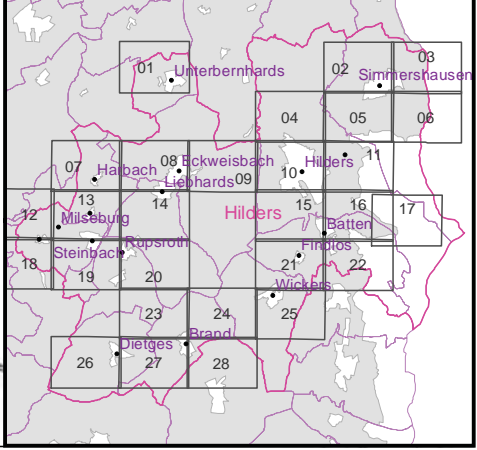


Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

 LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Blatt Nr. 11
 Kassel, 2020
 Maßstab 1:5000
 gez. Klüber
 Regierungspräsident



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

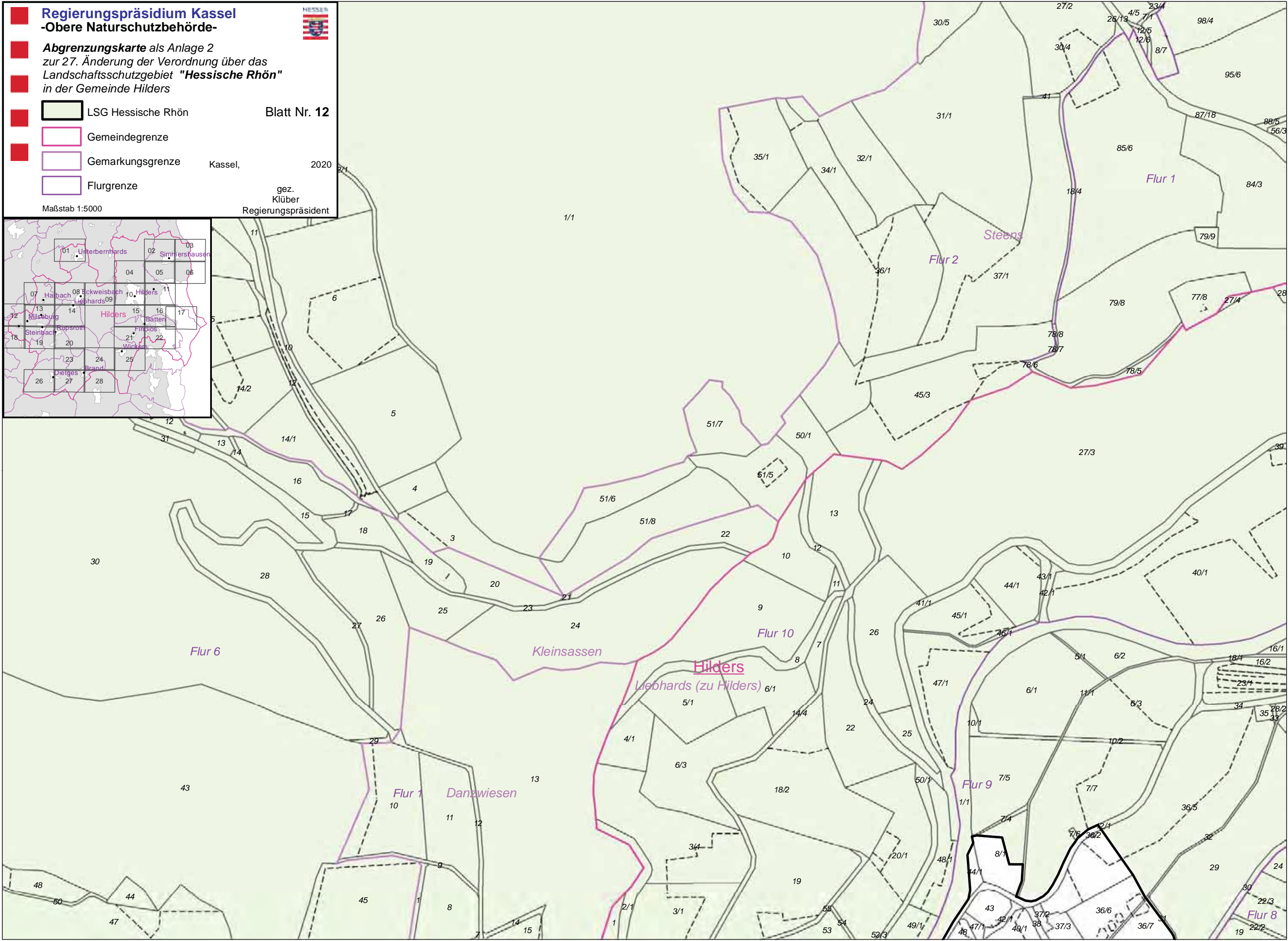
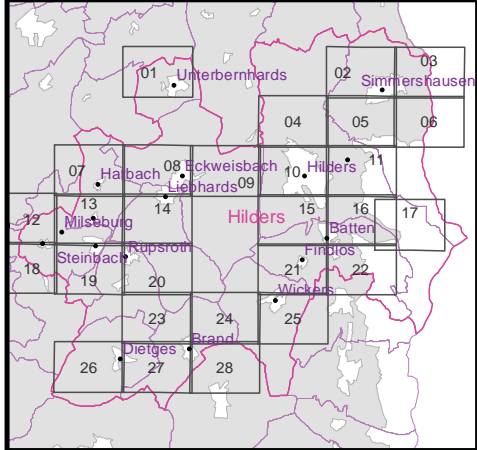
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 12

Maßstab 1:5000

Kassel, 2020

gez. Klüber
 Regierungspräsident




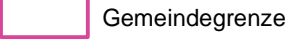
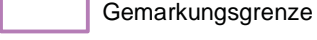
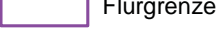
Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

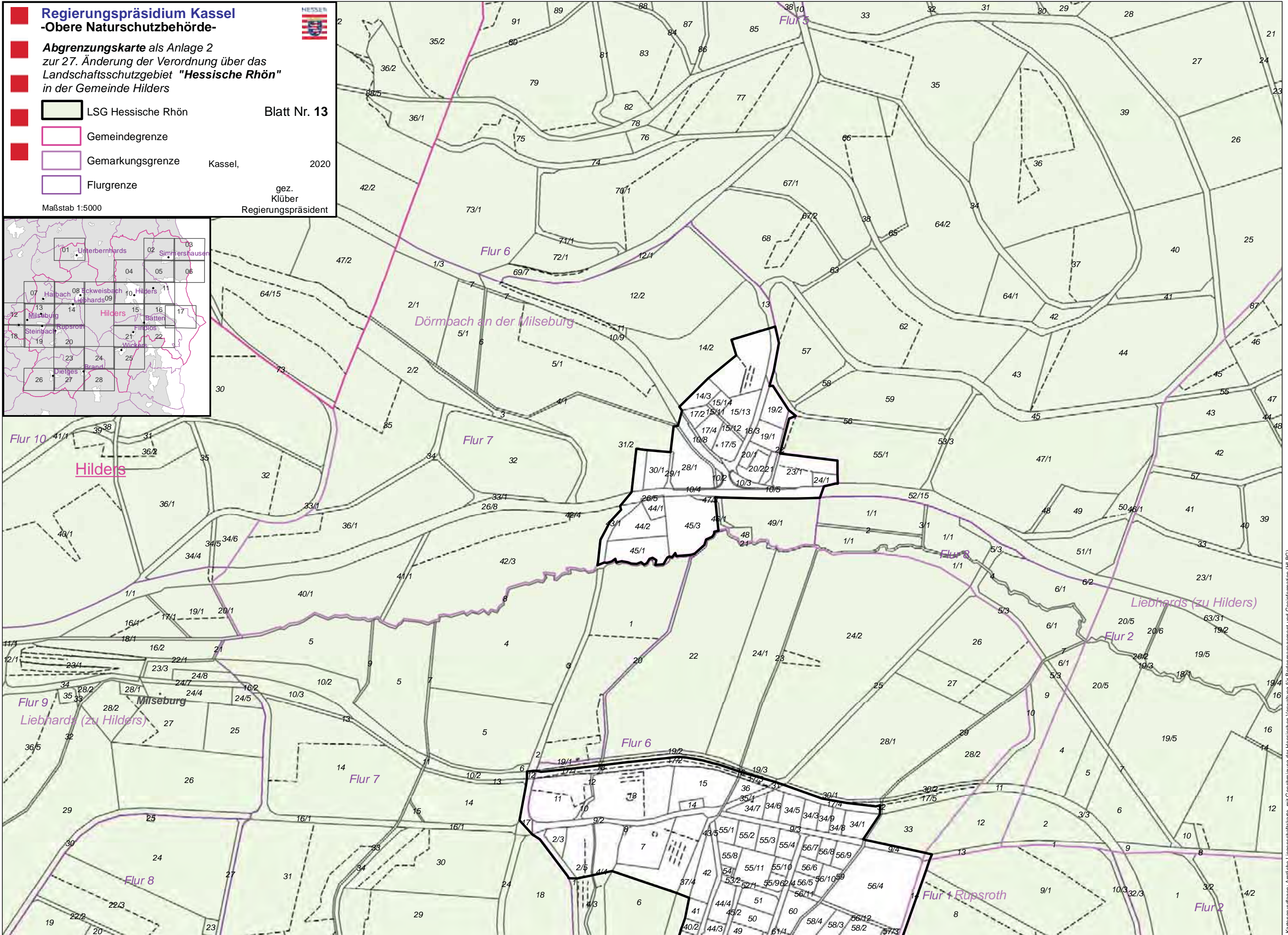
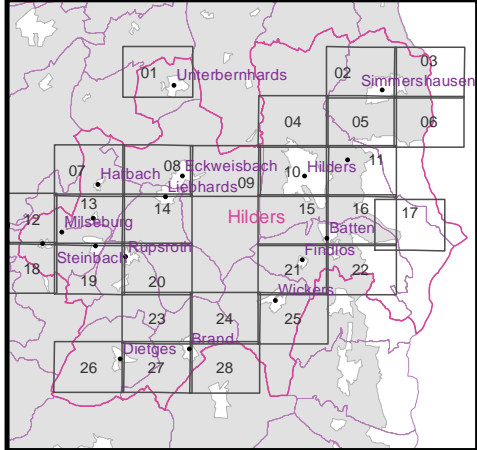
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 13

 LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-


Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

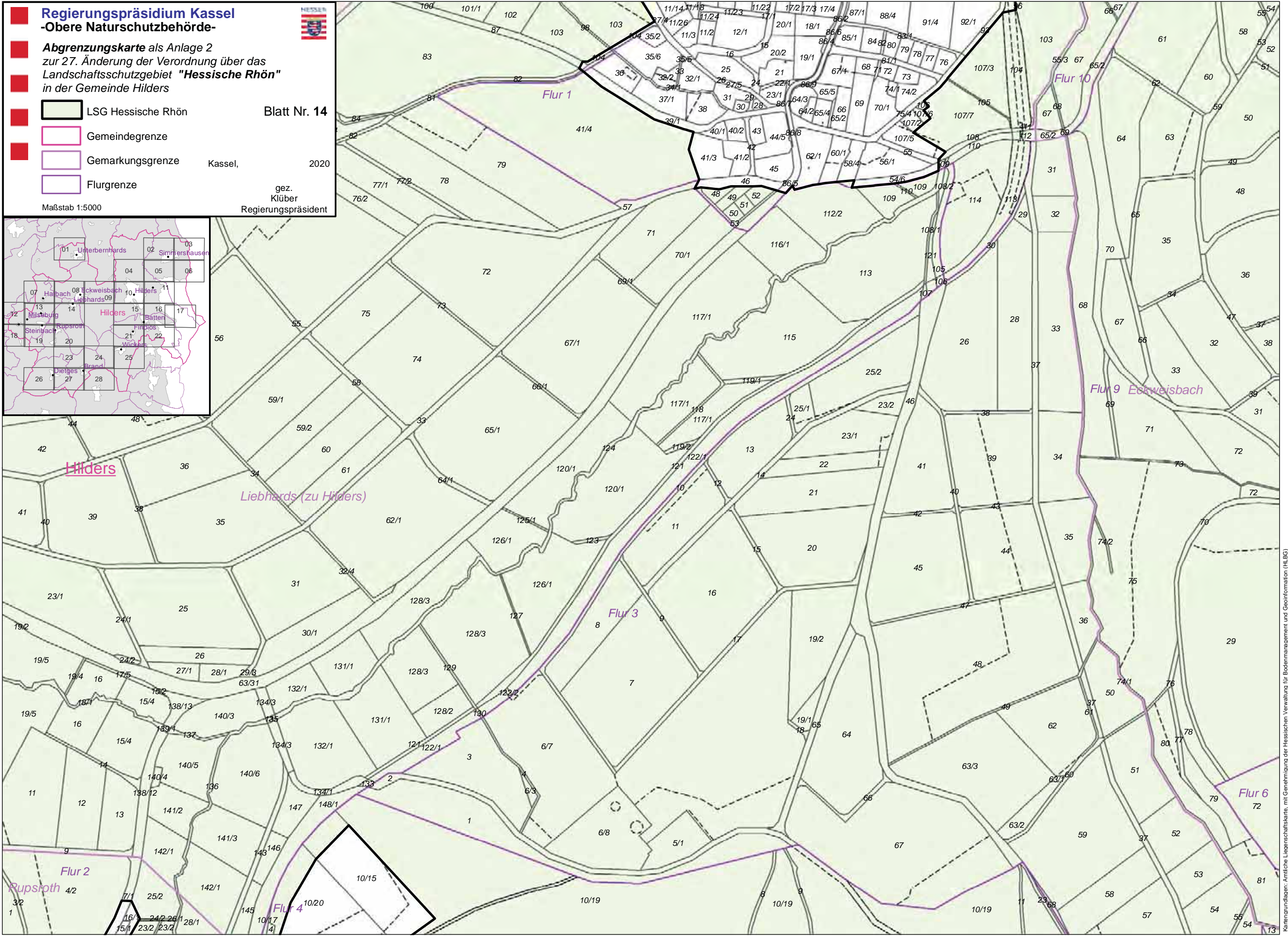
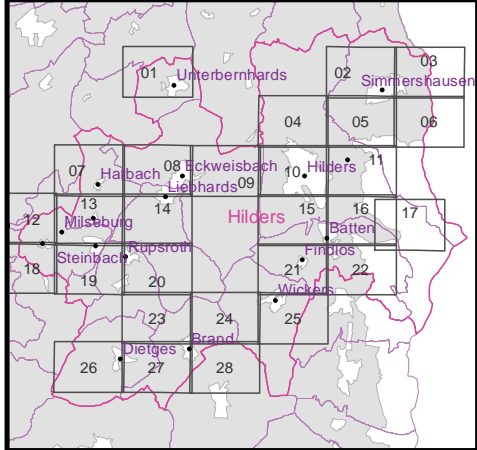
Blatt Nr. 14

Maßstab 1:5000

Kassel, 2020

gez. Klüber
 Regierungspräsident


 LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)


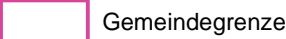
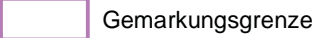
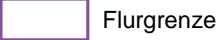
Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

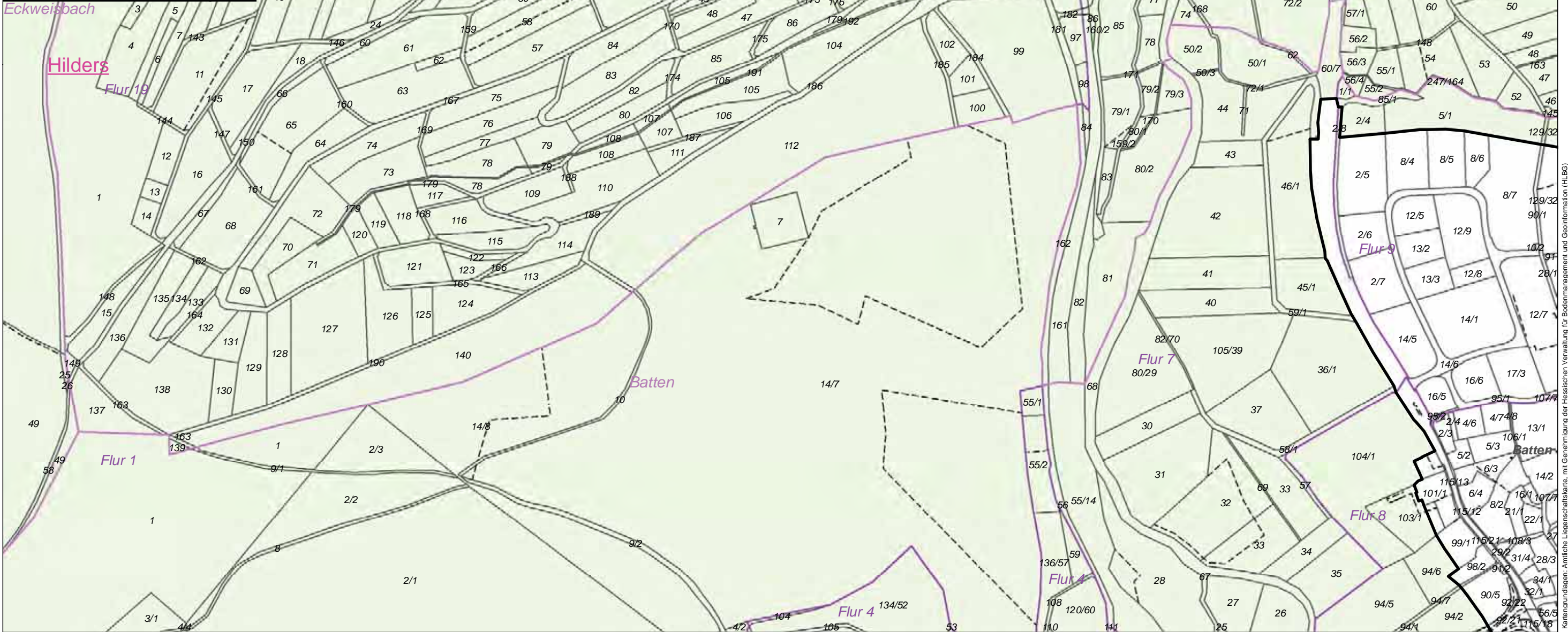
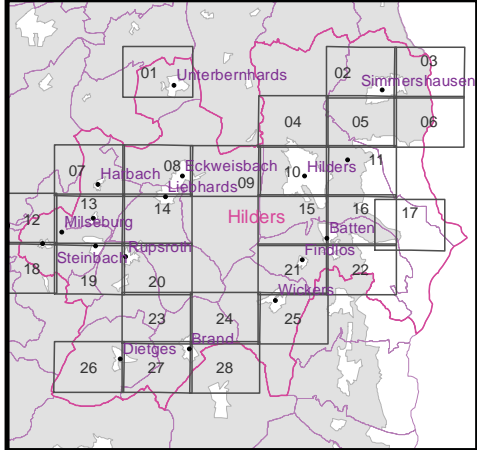
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 15

Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000

-  LSG Hessische Rhön
-  Gemeindegrenze
-  Gemarkungsgrenze
-  Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

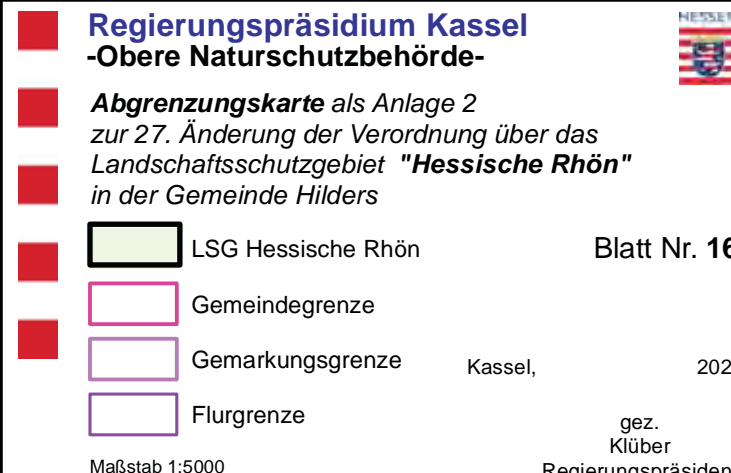
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders





Blatt Nr. 16

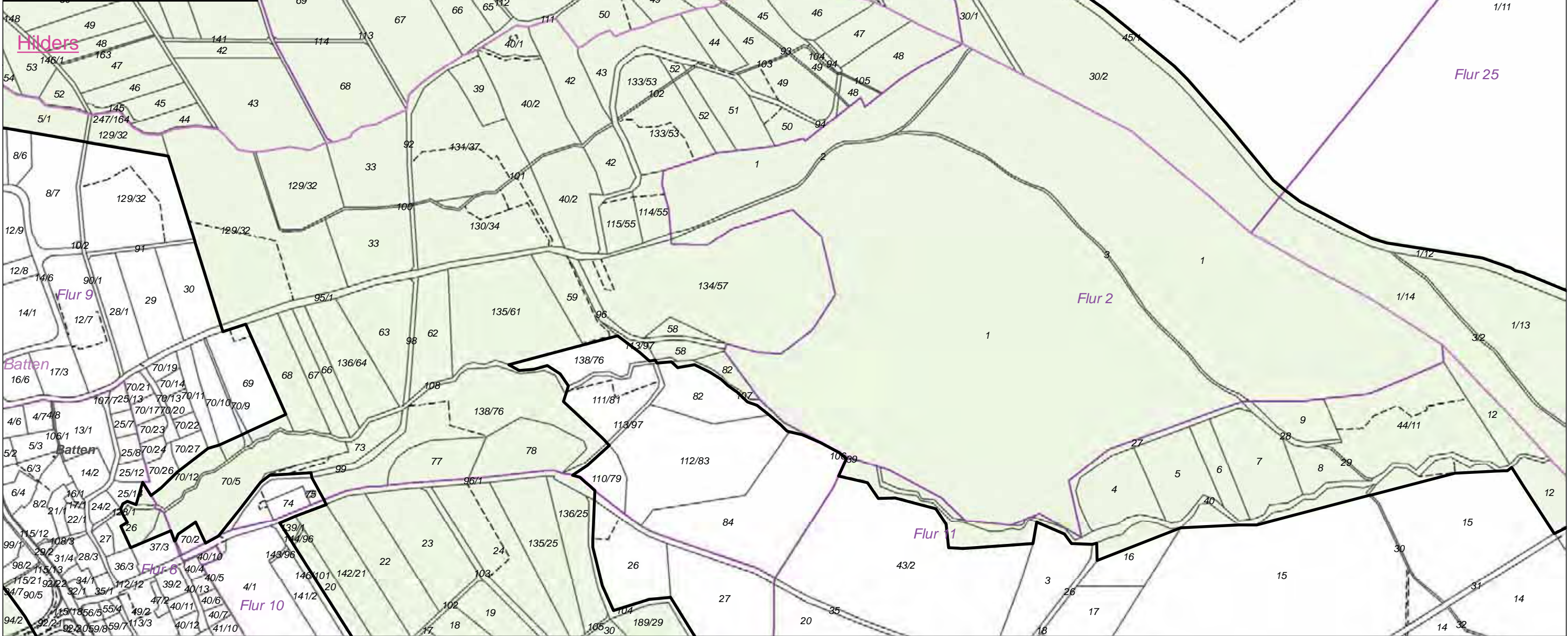
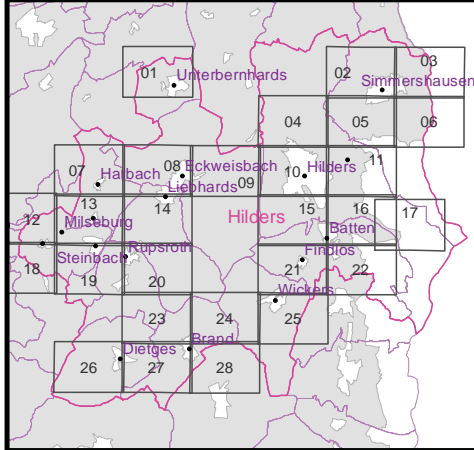
Maßstab 1:5000

Kassel, 2020

gez. Klüber
 Regierungspräsident

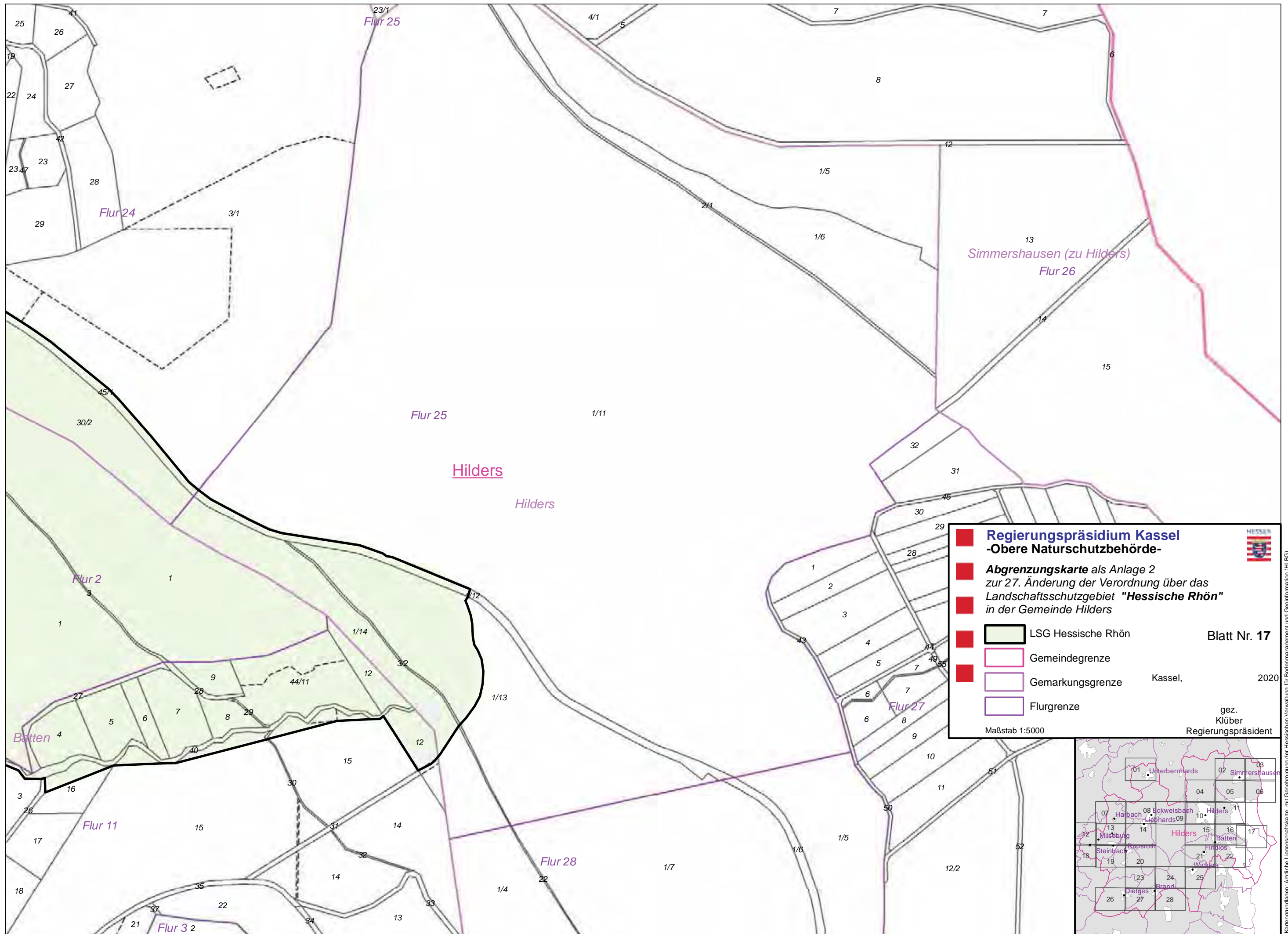


-  LSG Hessische Rhön
-  Gemeindegrenze
-  Gemarkungsgrenze
-  Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

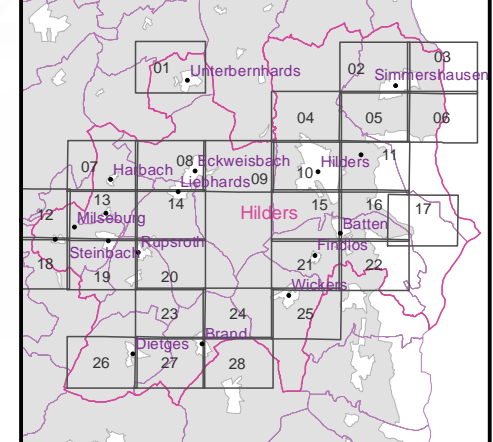
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 17

LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

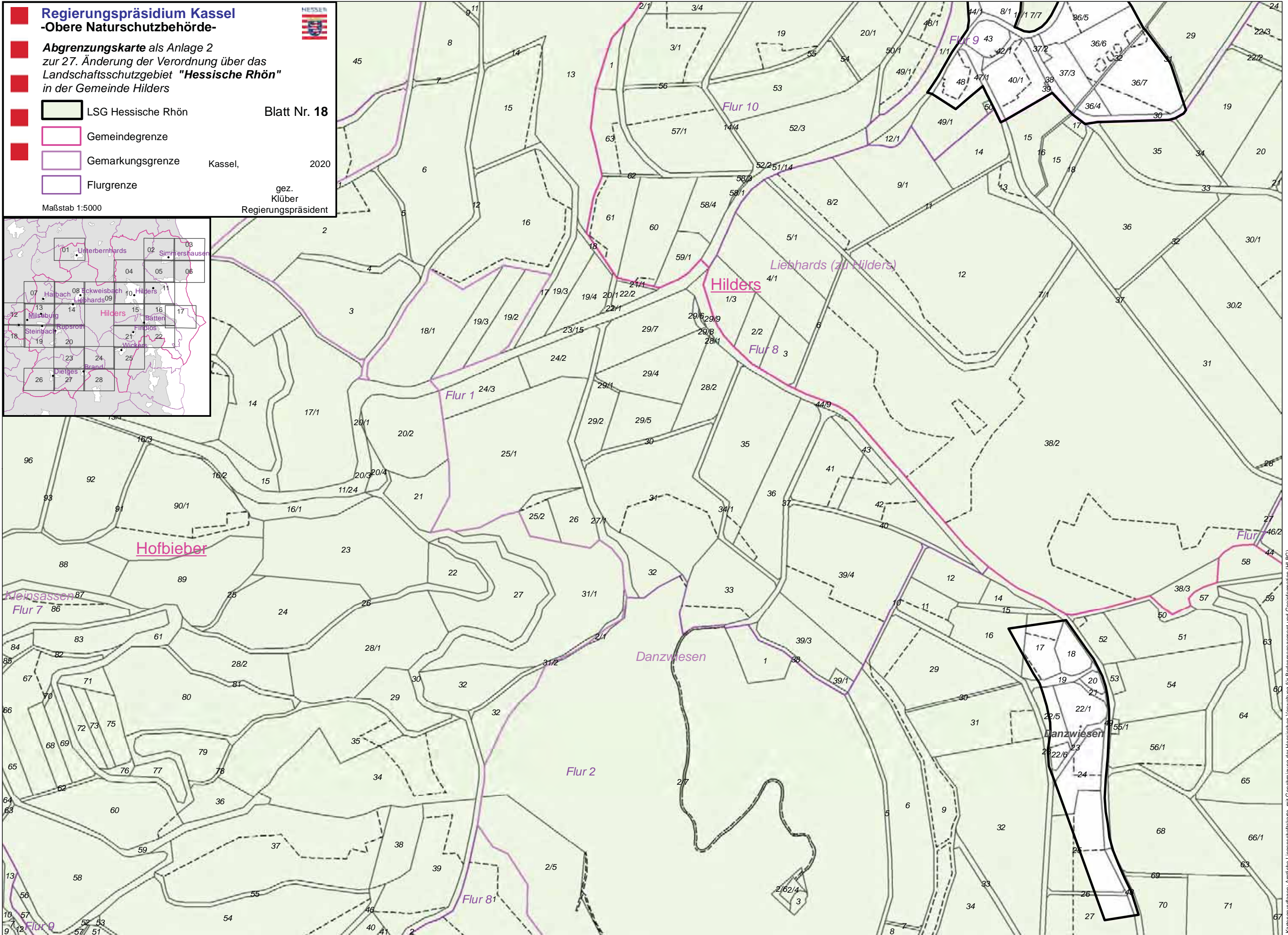
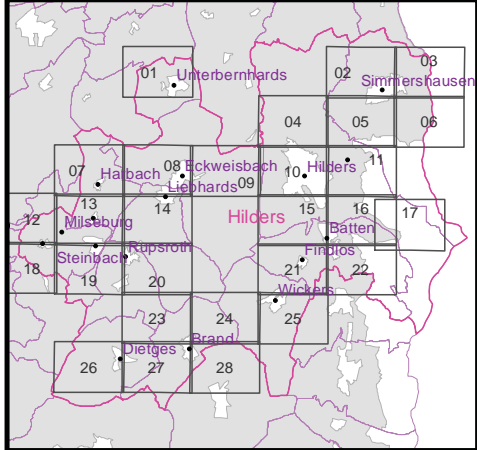
Blatt Nr. 18

Maßstab 1:5000

Kassel, 2020

gez. Klüber
 Regierungspräsident

LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

Blatt Nr. 19

LSG Hessische Rhön

Gemeindegrenze

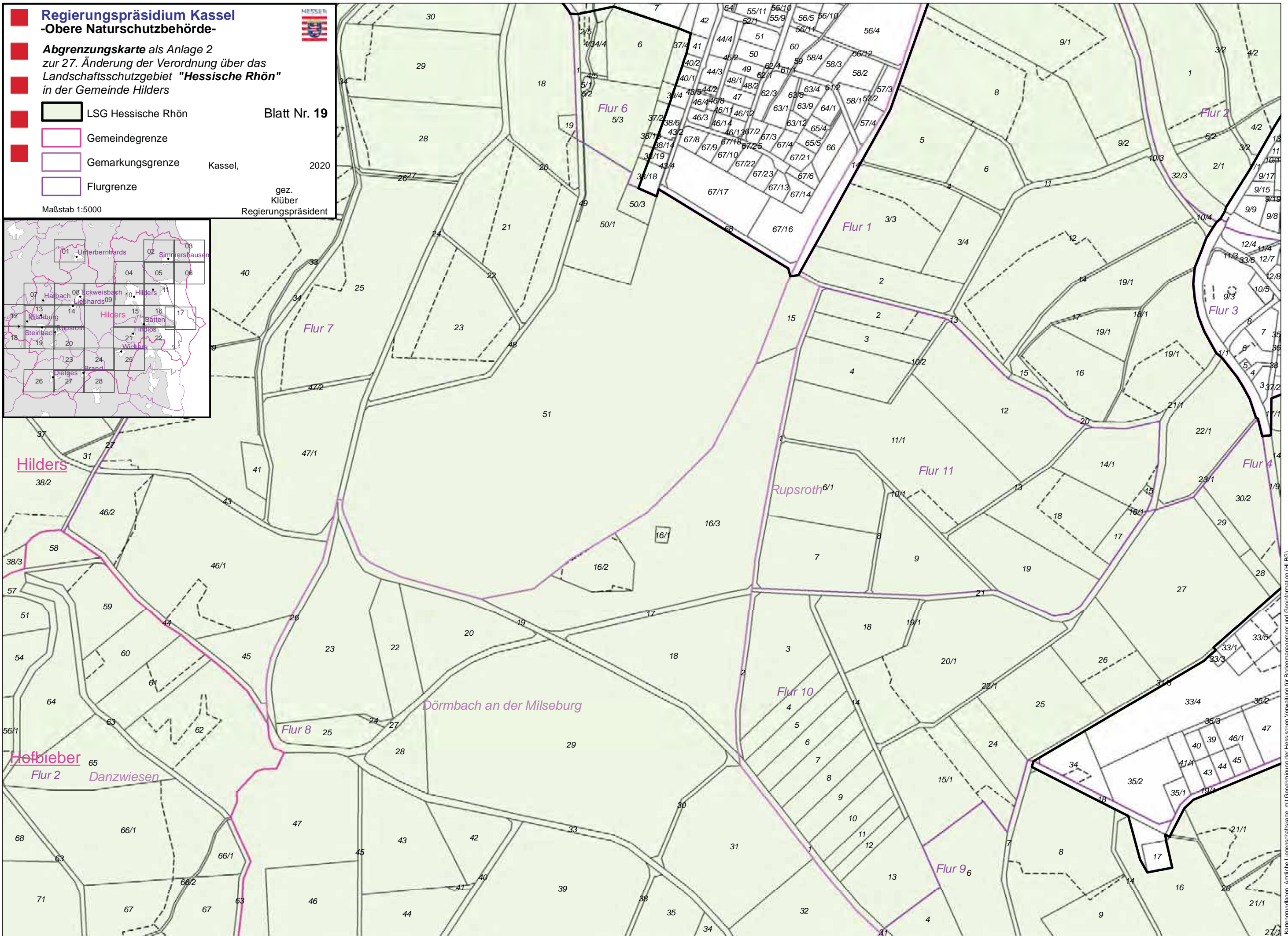
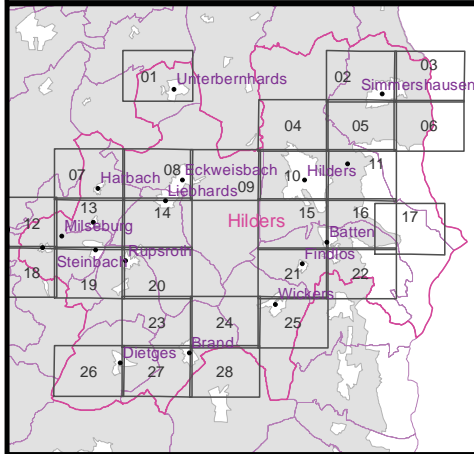
Gemarkungsgrenze

Flurgrenze

Kassel, 2020

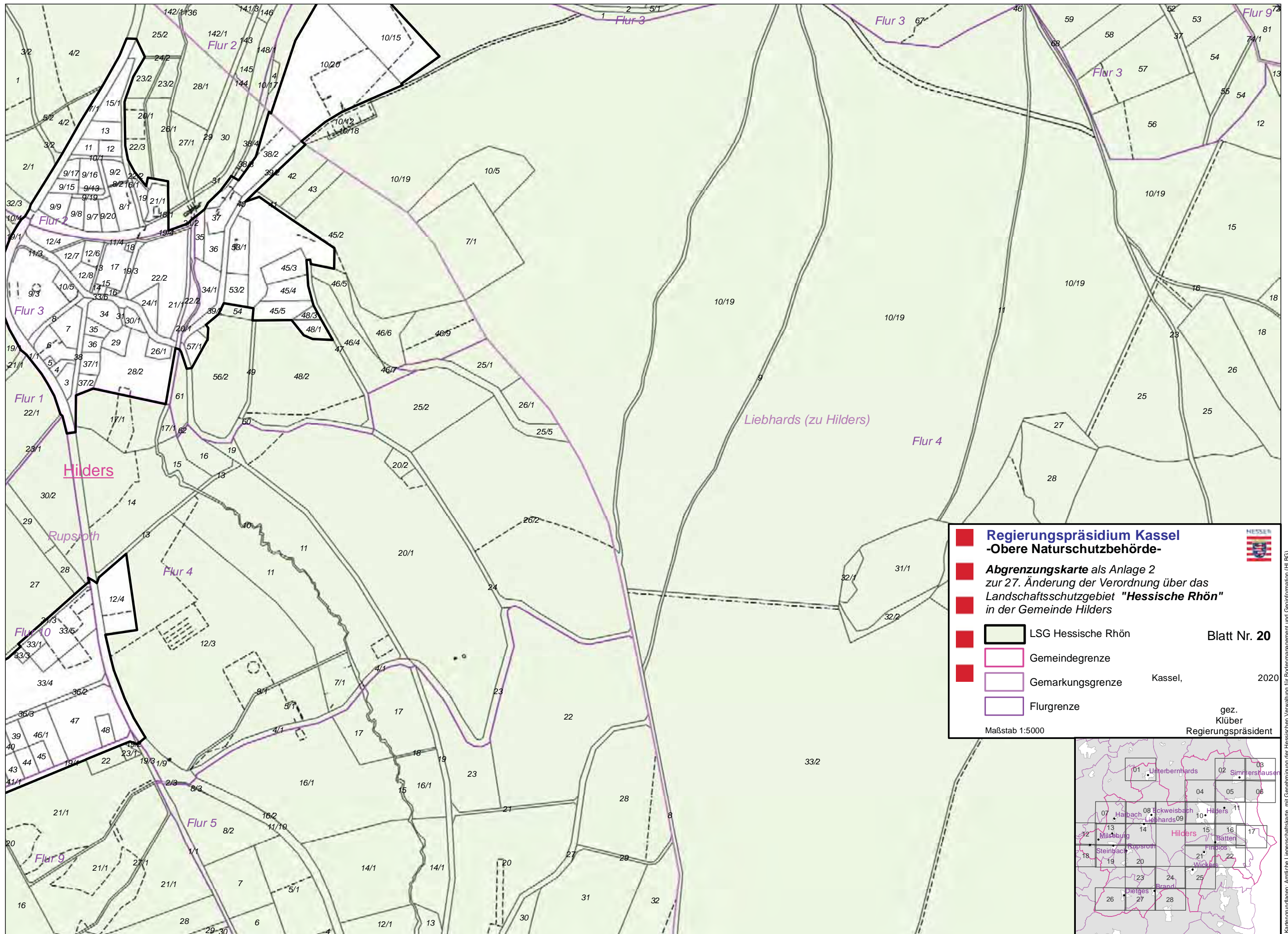
gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders


Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders





Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-



Abgrenzungskarte als Anlage 2
zur 27. Änderung der Verordnung über das
Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
in der Gemeinde Hilders

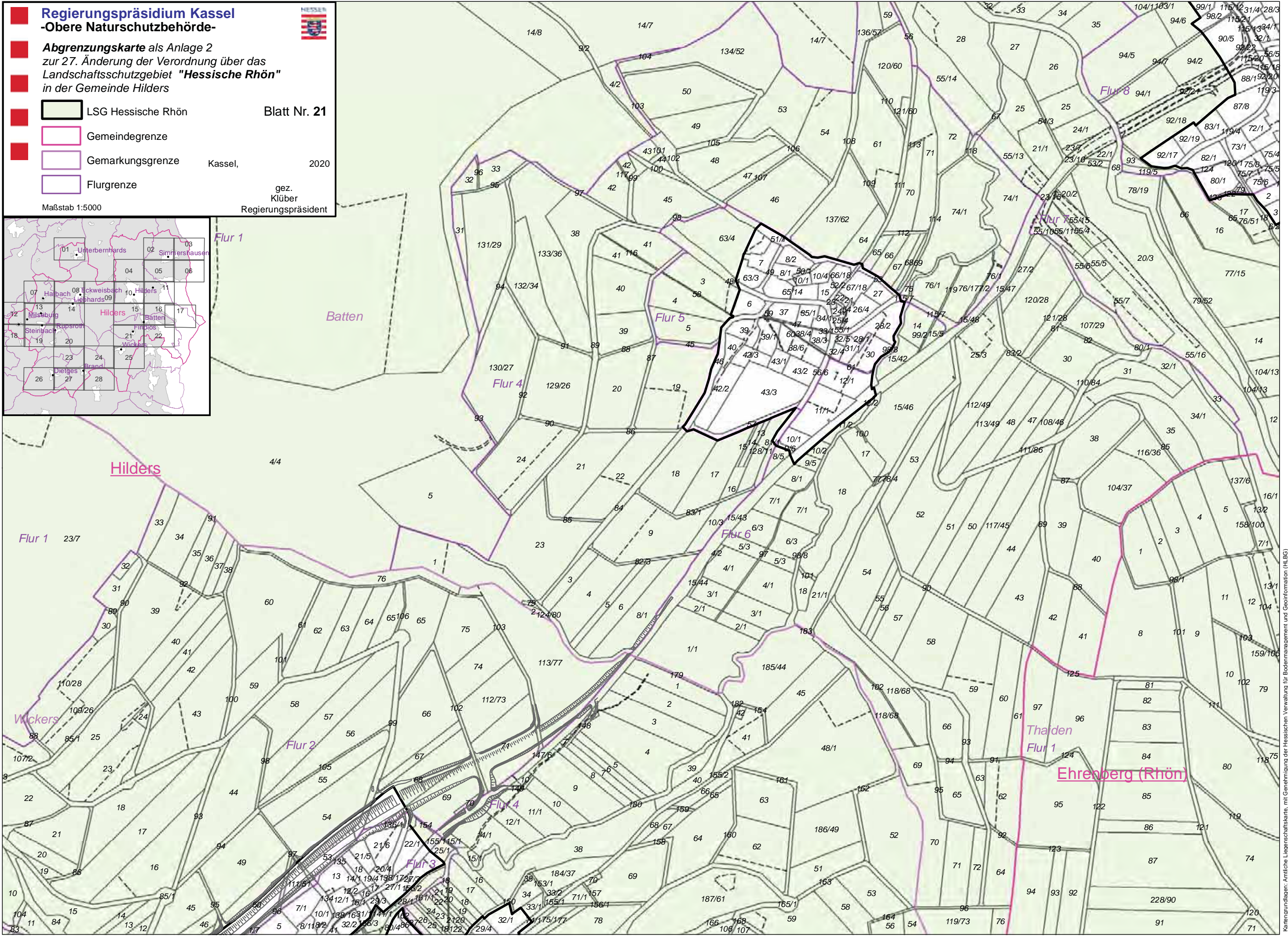
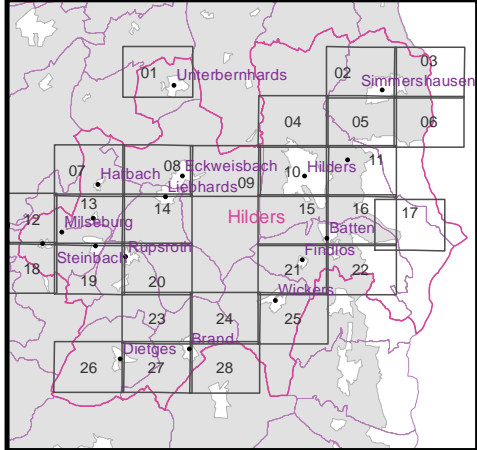
Blatt Nr. 21

 LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Kassel, 2020

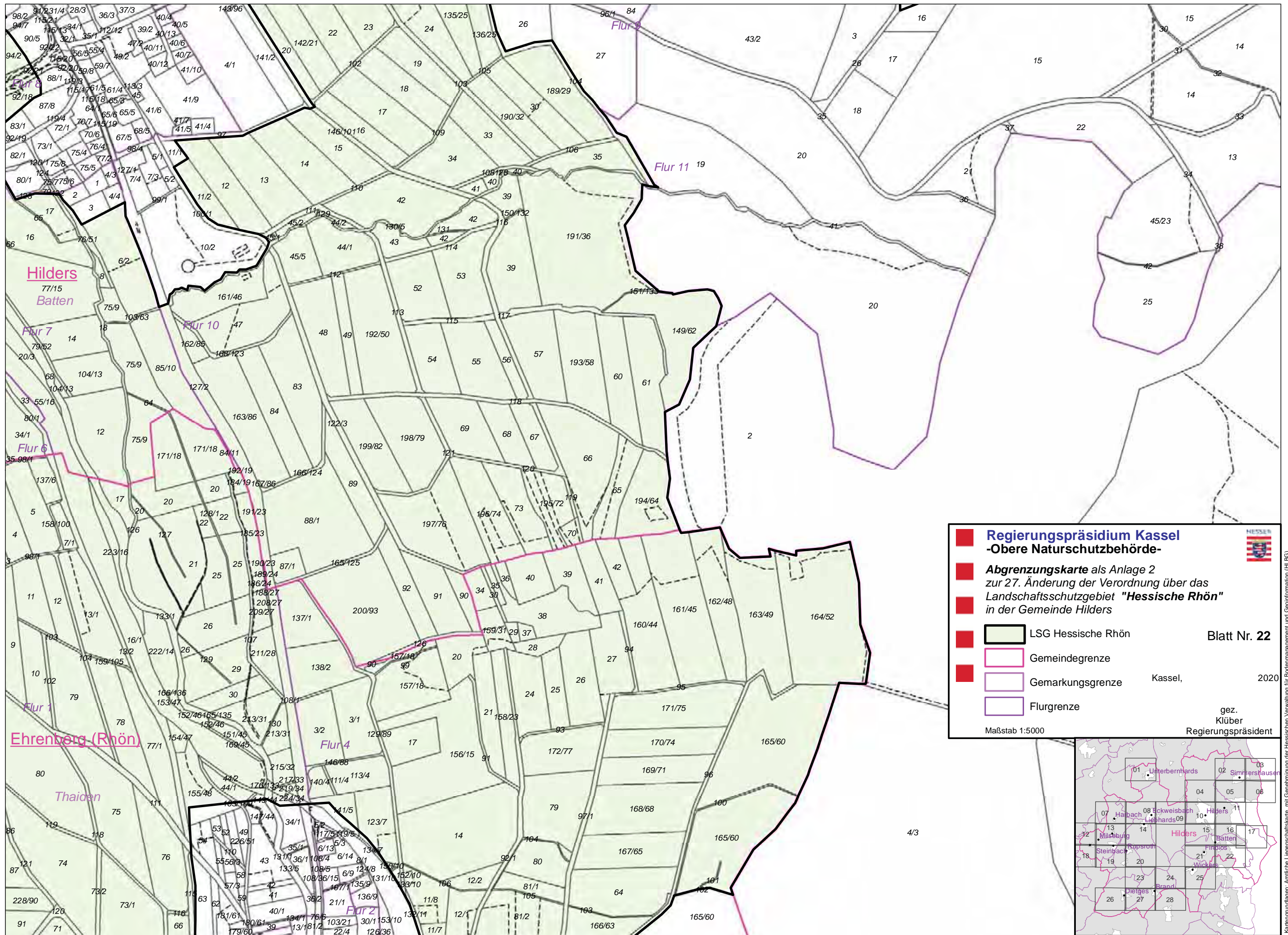
gez.
Klüber
Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde **Hilders**

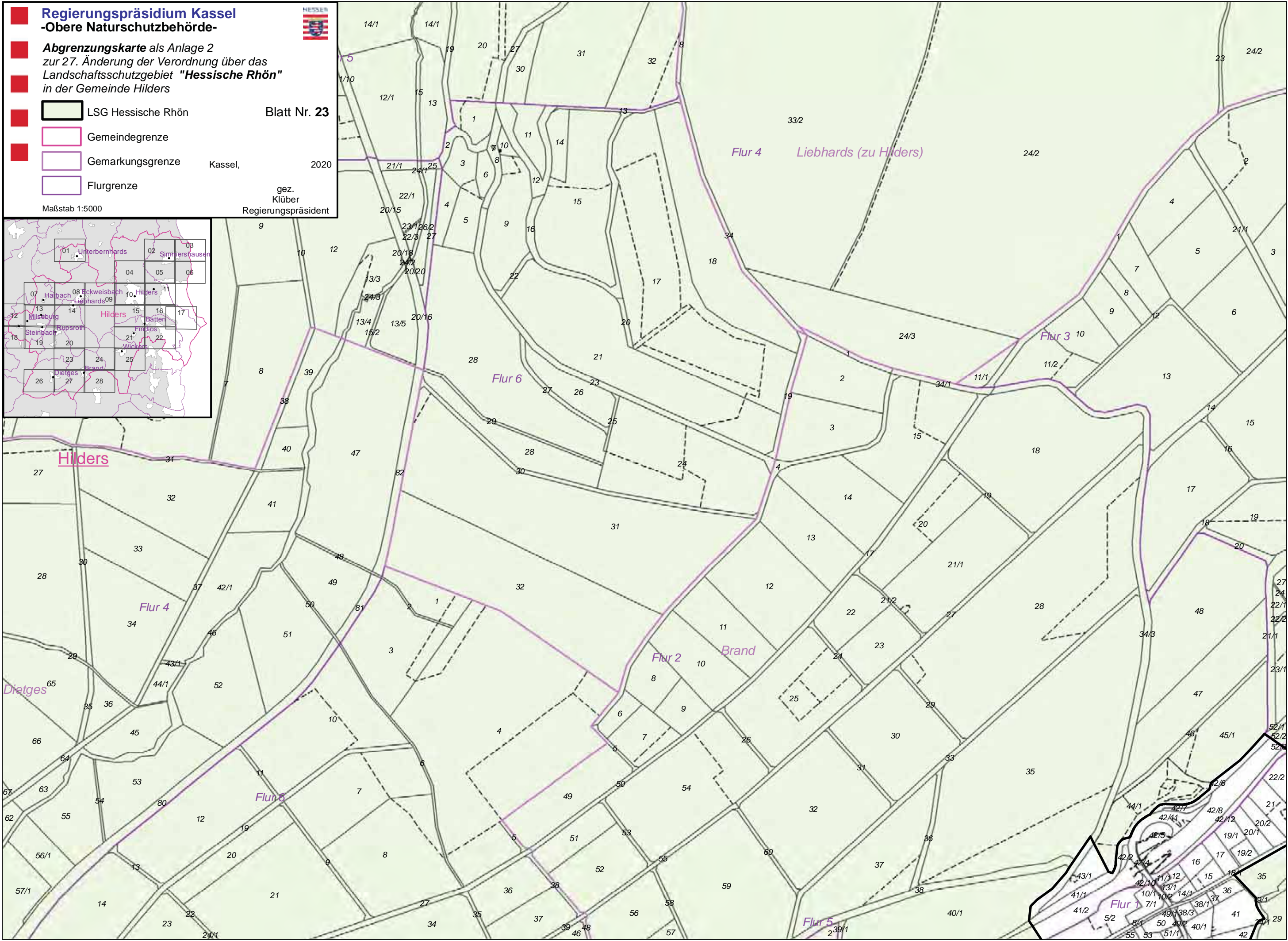
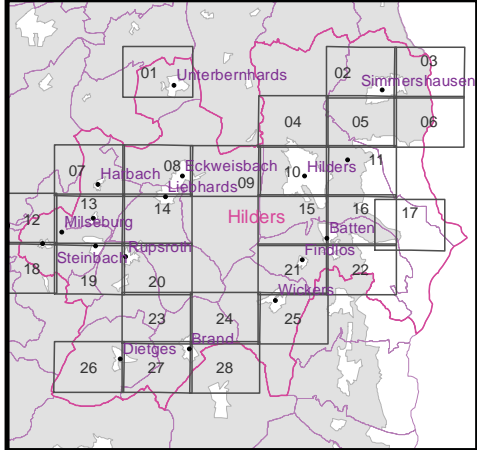
Blatt Nr. 23

Kassel, 2020

gez.
 Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000

- LSG Hessische Rhön
- Gemeindegrenze
- Gemarkungsgrenze
- Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet "Hessische Rhön"
 in der Gemeinde Hilders

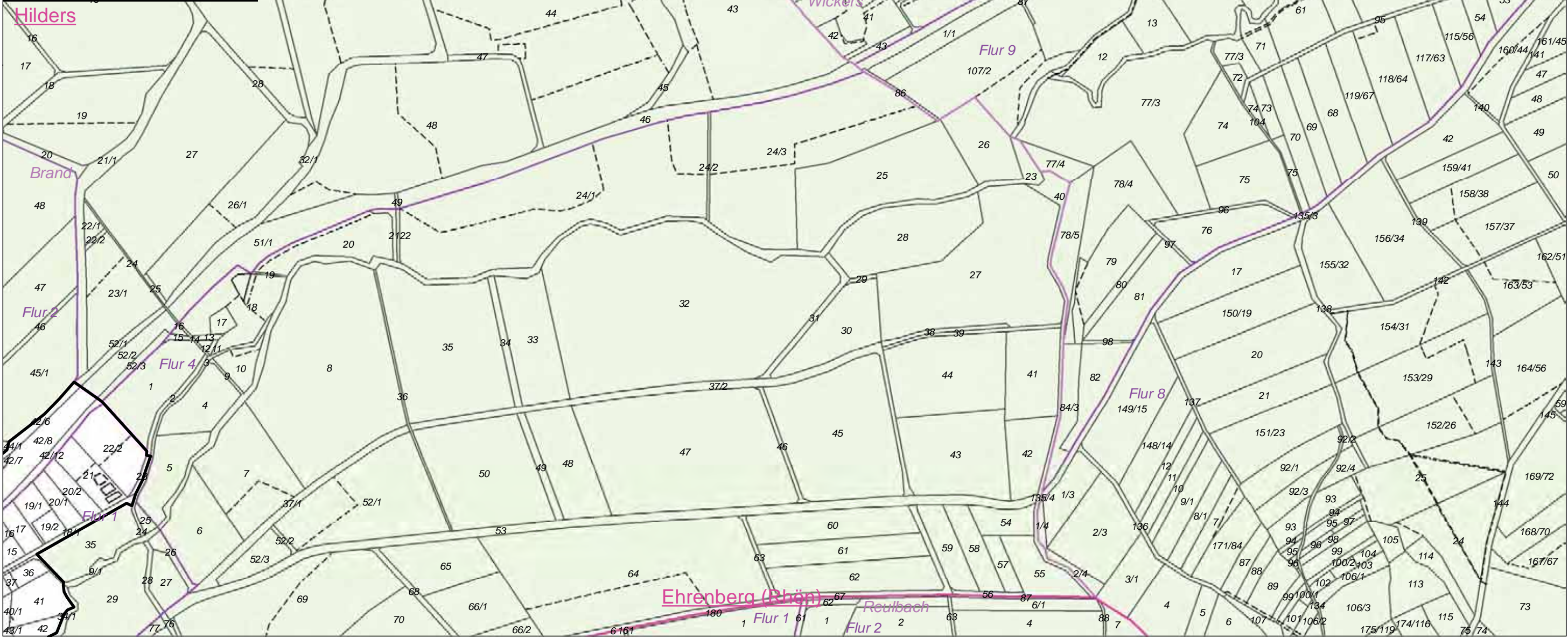
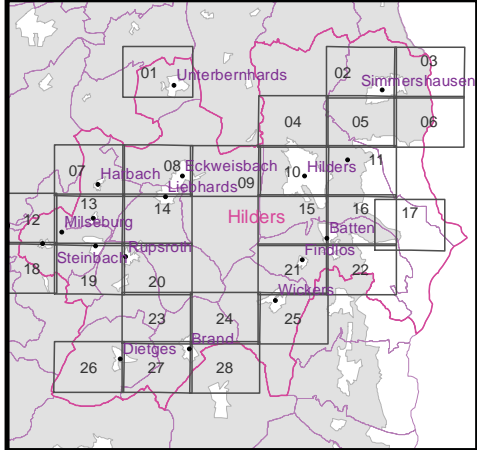
Blatt Nr. 24

Kassel, 2020

gez.
 Klüber
 Regierungspräsident

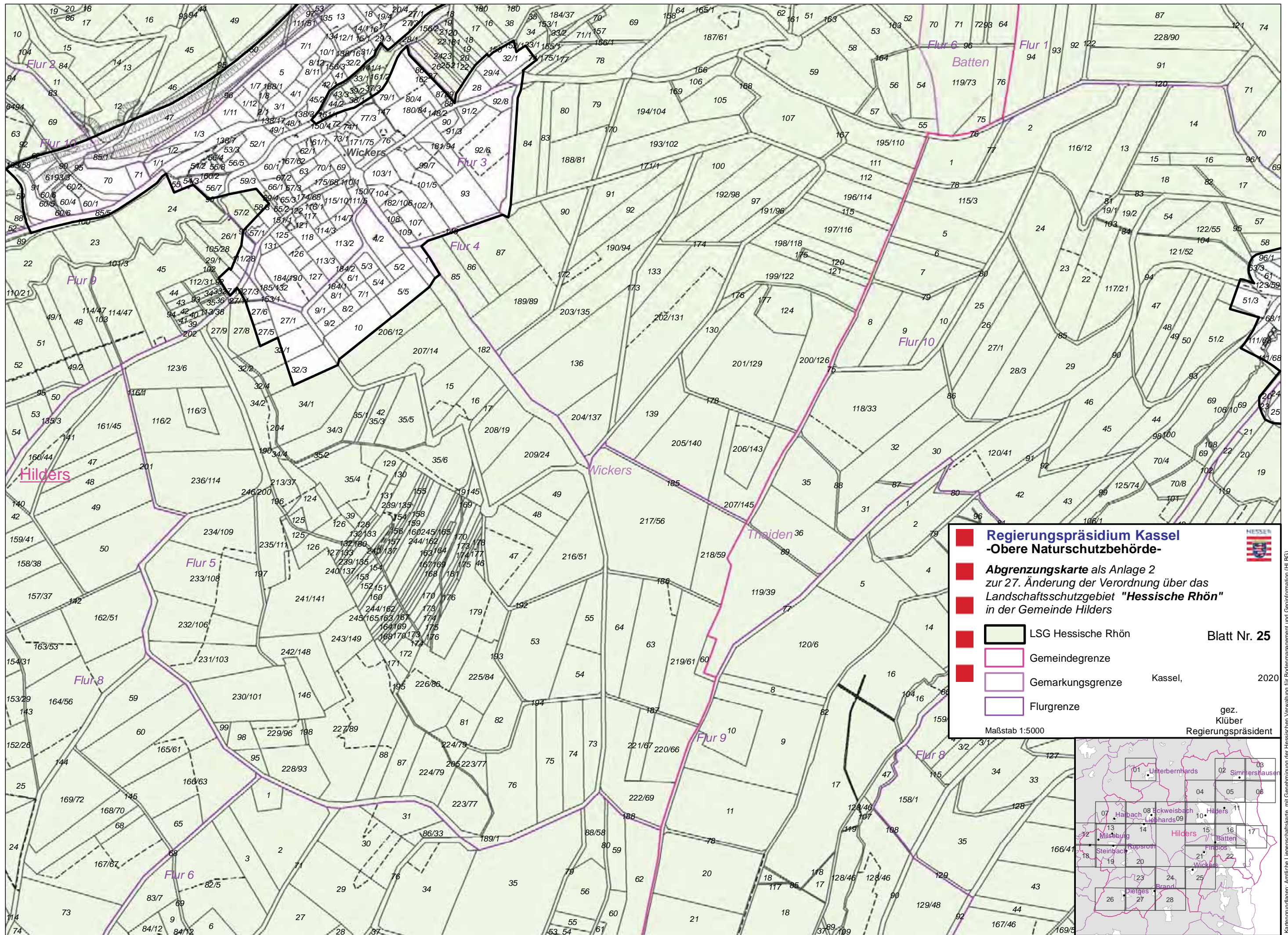
Maßstab 1:5000

- LSG Hessische Rhön
- Gemeindegrenze
- Gemarkungsgrenze
- Flurgrenze



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



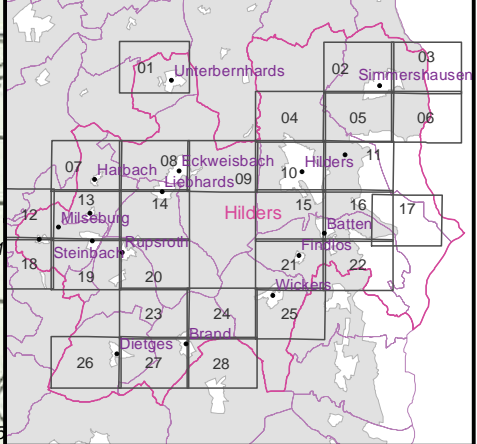
Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Blatt Nr. 25
 Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000




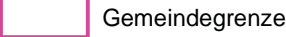
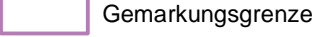

Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

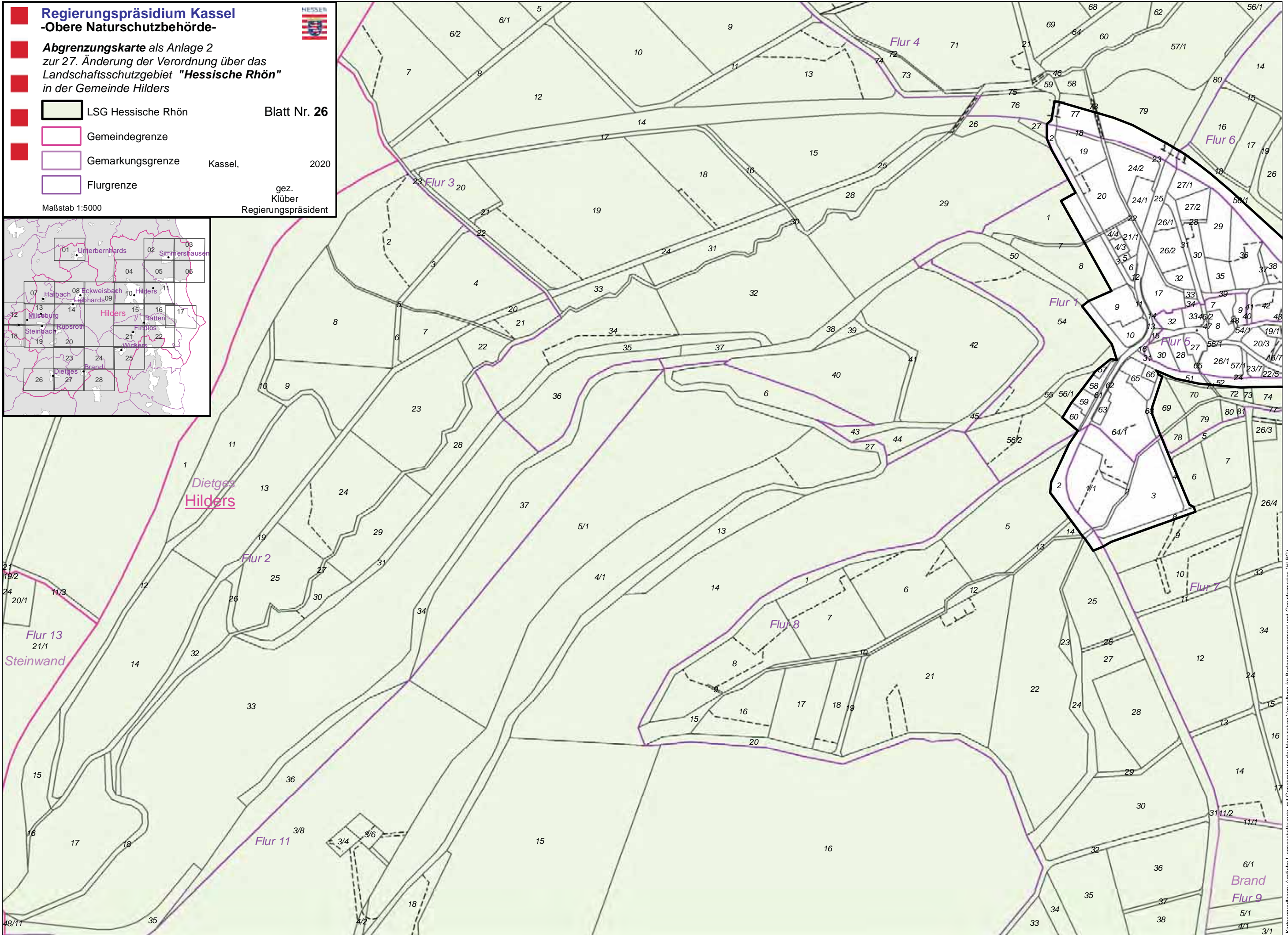
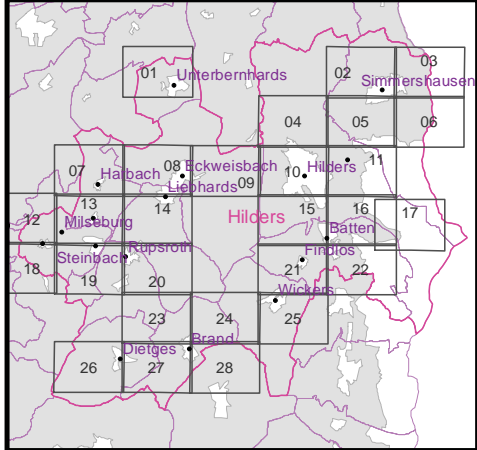
Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde **Hilders**

Blatt Nr. 26

 LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

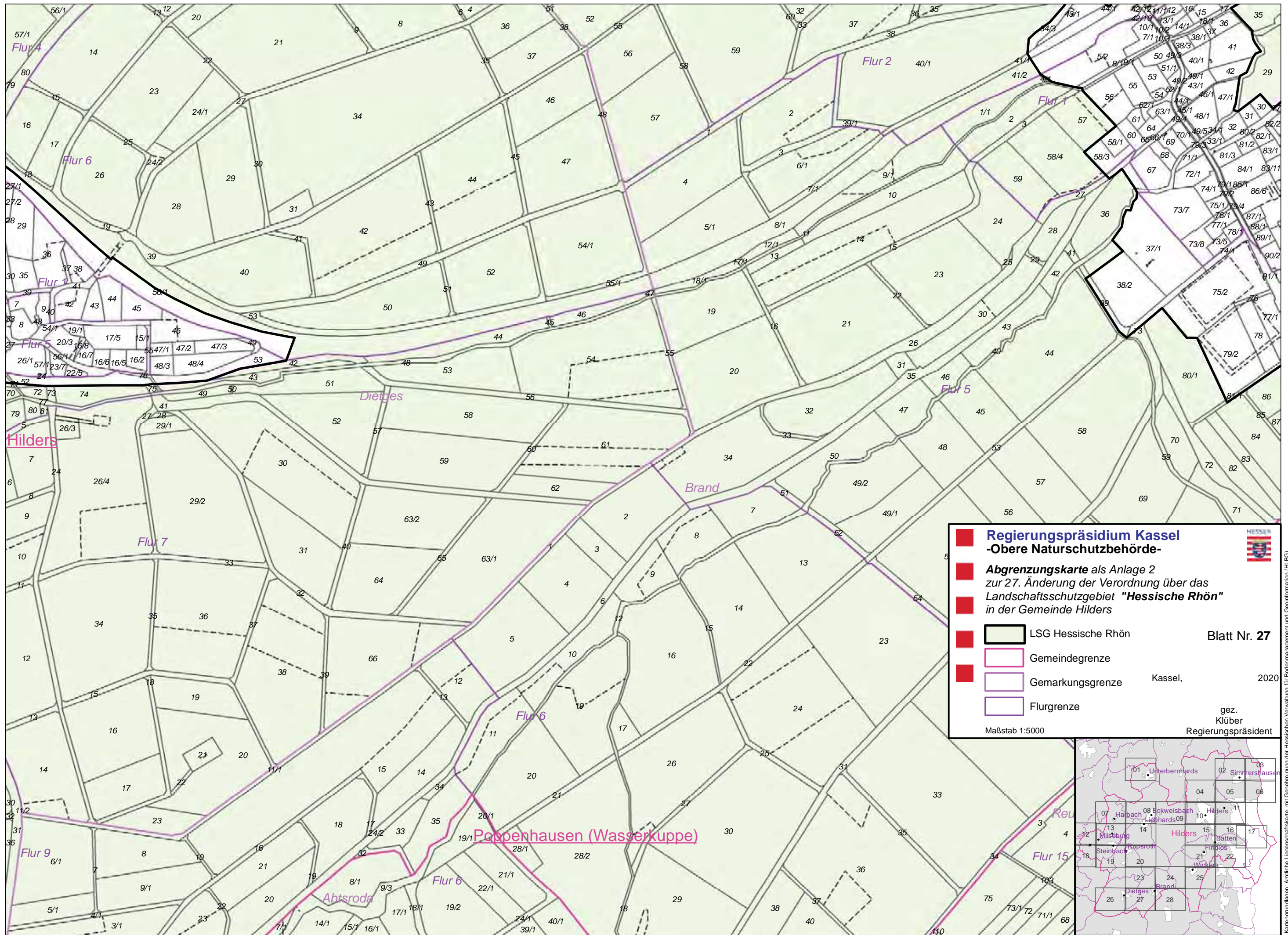
Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

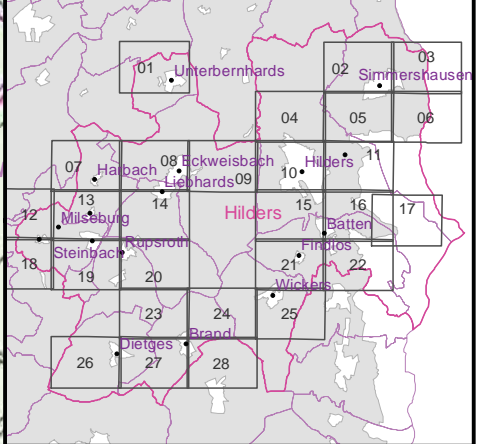


Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

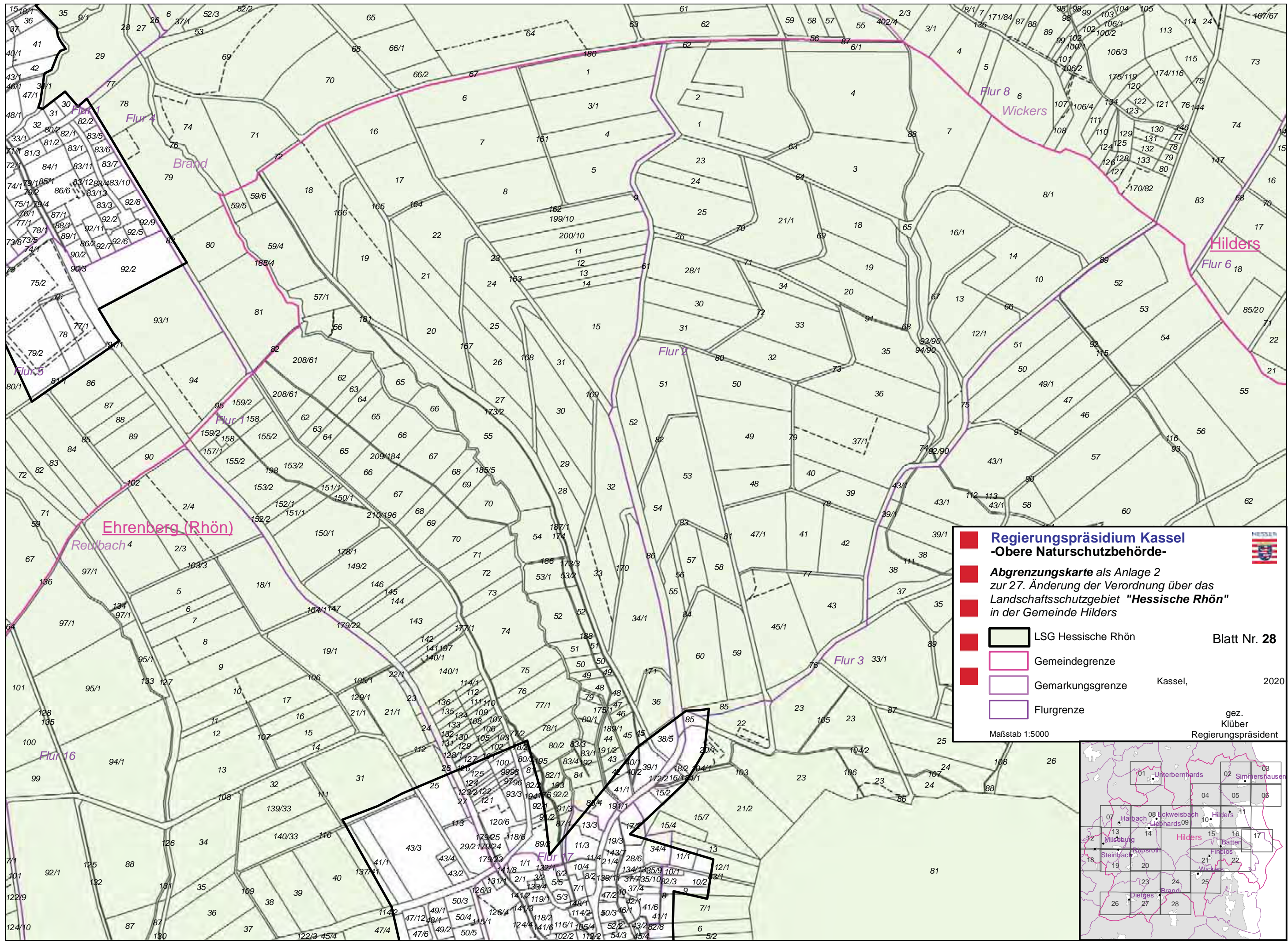
LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Blatt Nr. 27
 Kassel, 2020
 Maßstab 1:5000
 gez. Klüber
 Regierungspräsident



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)



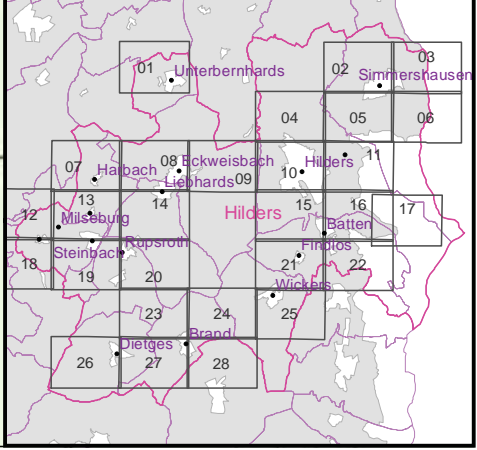
Regierungspräsidium Kassel
-Obere Naturschutzbehörde-

Abgrenzungskarte als Anlage 2
 zur 27. Änderung der Verordnung über das
 Landschaftsschutzgebiet **"Hessische Rhön"**
 in der Gemeinde Hilders

LSG Hessische Rhön
 Gemeindegrenze
 Gemarkungsgrenze
 Flurgrenze

Blatt Nr. 28
 Kassel, 2020
 gez. Klüber
 Regierungspräsident

Maßstab 1:5000



Abgrenzung des Landschaftsschutzgebietes Hess. Rhön in der Gemeinde Hilders

Kartengrundlagen: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG)

Verfüllung erfolgt zudem unter der Maßgabe, dass anschließend eine Oberflächenabdichtung zu realisieren ist.

Im Ergebnis sind von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten

Diese Feststellung ist nach § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Wiesbaden, den 3. November 2020

Regierungspräsidium Darmstadt
Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt
Wiesbaden
RPDA - Dez. IV/Wi 42-100 g 24/2-2020/1
StAnz. 47/2020 S. 1204

1023

Anerkennung der adesta-Stiftung mit Sitz in Darmstadt als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts

Nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Stiftungsgeschäft und Stiftungssatzung vom 10. September 2020 errichtete adesta-Stiftung mit Stiftungsurkunde vom 28. Oktober 2020 als rechtsfähig anerkannt.

Darmstadt, den 28. Oktober 2020

Regierungspräsidium Darmstadt
I 13 - 25 d 04.11/71-2020
StAnz. 47/2020 S. 1205

1024

Anerkennung der Karl Roßkopf-Löbigs-Stiftung mit Sitz in Bad Orb als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts

Nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Testament vom 5. Dezember 2013 und Stiftungssatzung vom 26. Oktober 2020 errichtete Karl Roßkopf-Löbigs-Stiftung mit Stiftungsurkunde vom 4. November 2020 als rechtsfähig anerkannt.

Darmstadt, den 4. November 2020

Regierungspräsidium Darmstadt
I 13 - 25 d 04.05/5-2020
StAnz. 47/2020 S. 1205

1025 GIESSEN

Niederbringung einer Erkundungsbohrung zum Zweck der Erschließung einer Trinkwassergewinnungsanlage mit anschließender Durchführung eines Pumpversuchs in der Gemarkung Limburg durch die Energieversorgung Limburg GmbH (EVL);

Öffentliche Bekanntmachung nach § 5 UVPG

Die EVL hat die wasserrechtliche Erlaubnis nach §§ 8 und 9 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408) beantragt, auf dem Grundstück Gemarkung Limburg, Flur 8, Flurstück 73/9 eine Bohrung zum Zweck der Erschließung einer neuen Trinkwassergewinnungsanlage niederzubringen und anschließend einen Pumpversuch durchzuführen.

Nach § 7 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 13.4 der Anlage 1 zum UVPG ist für Tiefbohrungen zum Zweck der Wasserversorgung im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls festzustellen, ob durch das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu erwarten sind, welche die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig machen.

Die allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht hat ergeben, dass durch die beantragte Tiefbohrung und den anschließenden Pumpversuch keine erheblichen nachteiligen Aus-

wirkungen auf die nach Anlage 3 zum UVPG zu untersuchenden Schutzgüter zu erwarten sind, so dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die Schutzgüter Fläche, Boden und Wasser werden durch das beantragte Vorhaben nur in geringem Umfang und lediglich kurzzeitig beansprucht. Die übrigen Schutzgüter sind vom Vorhaben nicht betroffen. Eine Beeinträchtigung des Grundwasserkörpers kann aufgrund der eingesetzten Materialien und der geplanten Vorgehensweise unter Einhaltung der gängigen Vorschriften zur Niederbringung einer Tiefbohrung und zur Durchführung von Pumpversuchen ausgeschlossen werden.

Diese Feststellung ist nach § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Gießen, den 3. November 2020

Regierungspräsidium Gießen
Abteilung Umwelt
RPGI-41.1-79b0400/40-2018/2
StAnz. 47/2020 S. 1205

1026 KASSEL

28. Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen im Landkreis Fulda im Regierungsbezirk Kassel – Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ –

Vom 22. September 2020

Aufgrund von § 22 und § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328), in Verbindung mit § 12 Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) vom 20. Dezember 2010 (GVBl. I S. 624), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Mai 2020 (GVBl. I S. 318), wird, nachdem den Naturschutzvereinigungen gemäß § 63 Abs. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Rhön“ vom 8. Oktober 1967 (Fuldaer Volkszeitung vom 10. November 1967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Juni 2020 (StAnz. S. 799), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung wird für die Geltungsbereiche in der Stadt Tann auf Basis der Automatisierten Liegenschaftskarte neu abgegrenzt. Der Geltungsbereich ist in der Übersichtskarte (Anlage 1) dargestellt. Es handelt sich um die Innenabgrenzung der Ortsteile sowie die Binnenabgrenzung zum Landschaftsschutzgebiet „Hohe Rhön“. Die Abgrenzung wird in den Karten im Maßstab 1 : 5.000 mit einer ununterbrochenen schwarzen Linie kenntlich gemacht (Anlage 2). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Sie werden vom Regierungspräsidium Kassel – Obere Naturschutzbehörde – Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel, archivmäßig geordnet verwahrt. Abschriften dieser Karten werden beim Kreisausschuss – Untere Naturschutzbehörde – des Landkreises Fulda, Wörthstraße 15, 36037 Fulda, archivmäßig geordnet bereitgehalten. Die Karten können bei den genannten Naturschutzbehörden von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Artikel 2

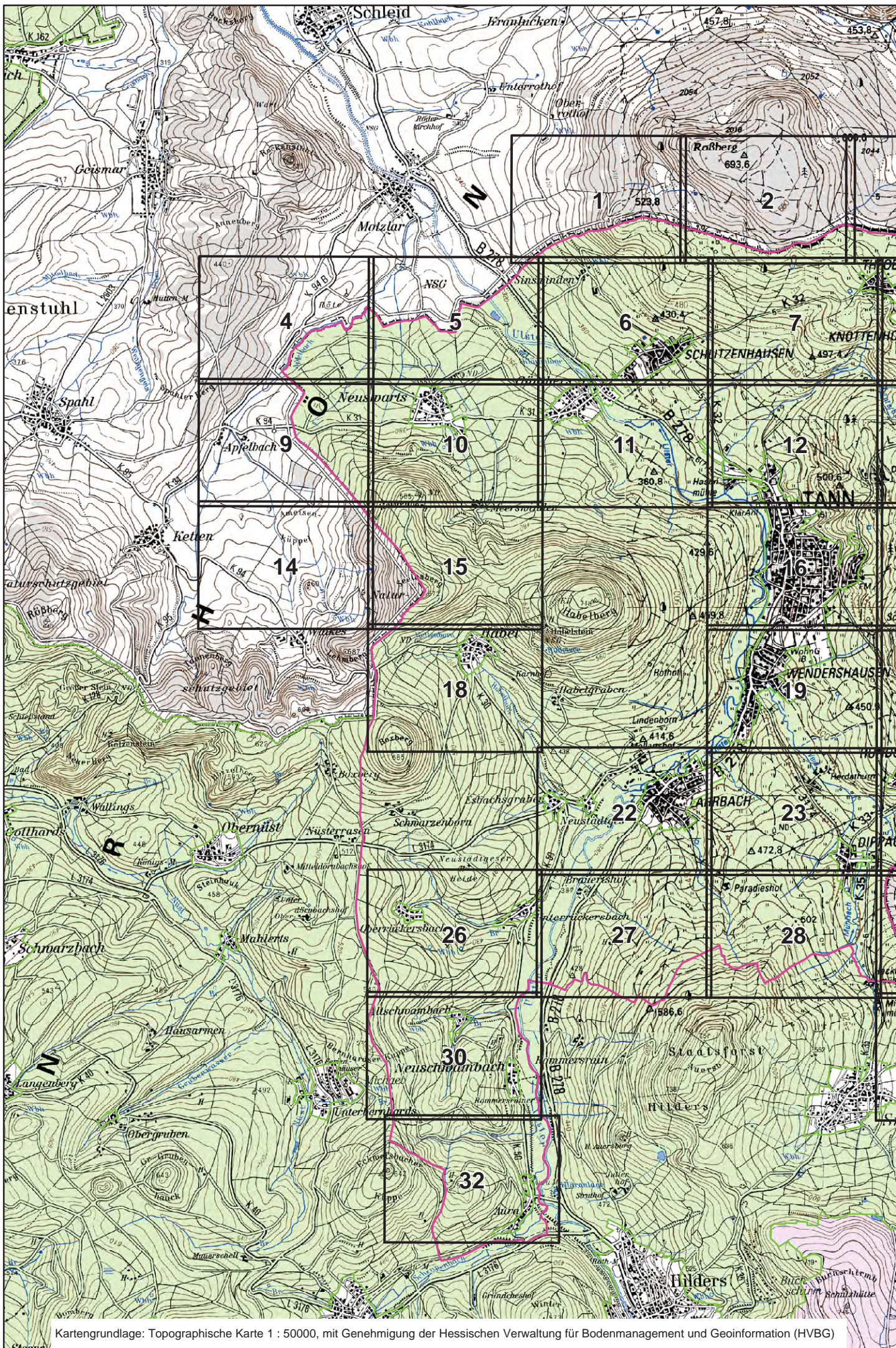
Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, den 22. September 2020

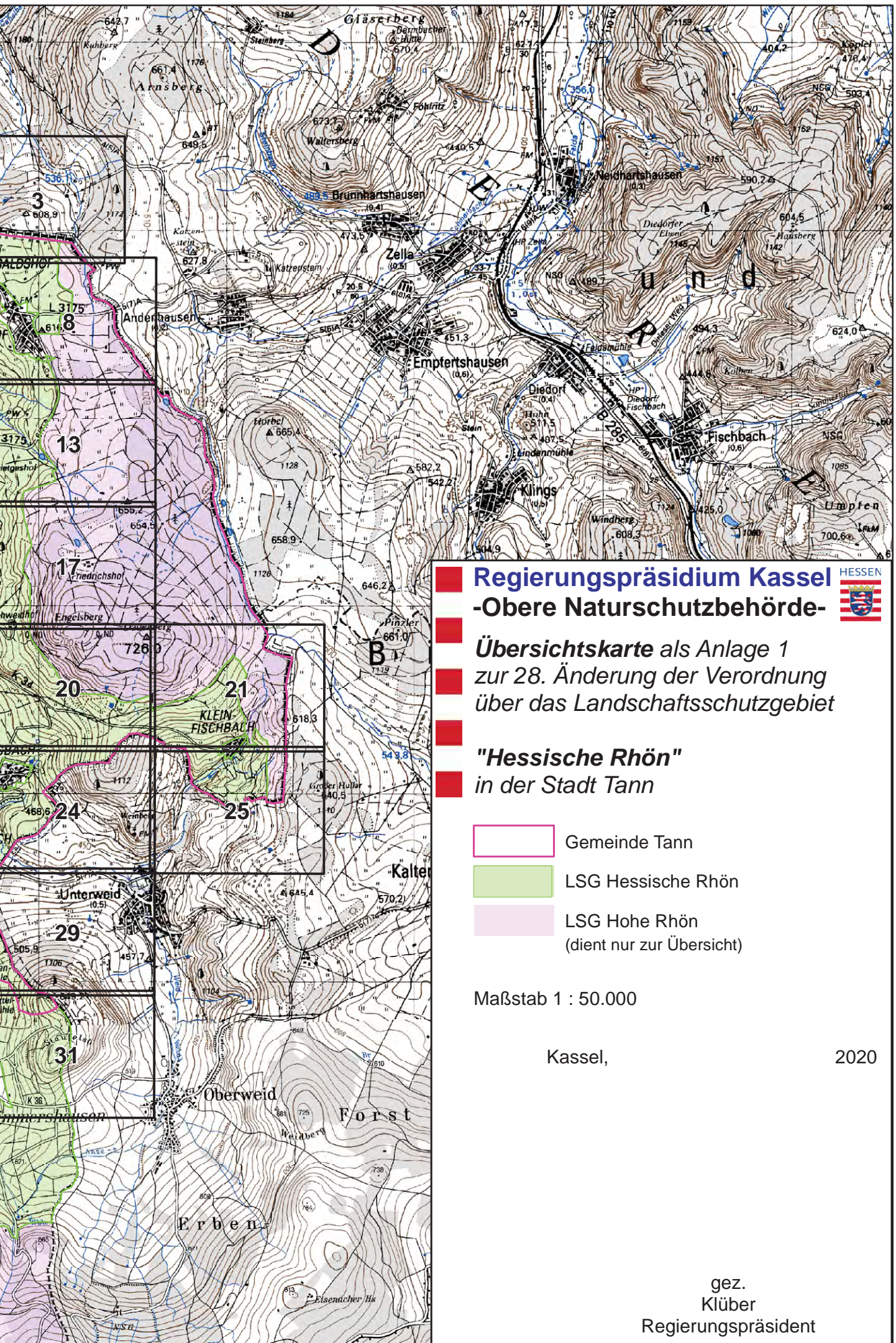
Regierungspräsidium Kassel
gez. Klüber
Regierungspräsident
StAnz. 47/2020 S. 1205

Anlage 1

Übersichtskarte zur 28. Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landschaftsschutzgebietes „Hessische Rhön“, Stadtgebiet Tann vom 22. September 2020
Maßstab 1 : 50.000




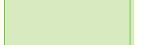
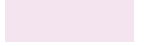
Kartengrundlage: Topographische Karte 1 : 50000, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG)



Regierungspräsidium Kassel 
-Obere Naturschutzbehörde-

*Übersichtskarte als Anlage 1
zur 28. Änderung der Verordnung
über das Landschaftsschutzgebiet*

"Hessische Rhön"
in der Stadt Tann

-  Gemeinde Tann
-  LSG Hessische Rhön
-  LSG Hohe Rhön
(dient nur zur Übersicht)

Maßstab 1 : 50.000

Kassel,

2020

gez.
Klüber
Regierungspräsident